

Christian Peer / Emanuela Semlitsch / Simon Güntner /
Mara Haas / Andreas Bernögger (Hrsg.)

URBANE TRANSFORMATION DURCH SOZIALE INNOVATION

Schlüsselbegriffe und Perspektiven



Academic Press

Christian Peer / Emanuela Semlitsch / Simon Güntner / Mara Haas /
Andreas Bernögger (Hrsg.)

URBANE TRANSFORMATION DURCH SOZIALE INNOVATION

Diese Publikation entstand am future.lab der TU Wien, finanziell ermöglicht durch die Immobilien Privatstiftung im Kontext der Innovationswerkstatt, die gleichfalls aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Programms Leuchttürme für resiliente Städte 2040 durchgeführt wird.

IMMOBILIEN PRIVATSTIFTUNG



Christian Peer / Emanuela Semlitsch / Simon Güntner /
Mara Haas / Andreas Bernögger (Hrsg.)

URBANE TRANSFORMATION DURCH SOZIALE INNOVATION

Schlüsselbegriffe und Perspektiven



Academic Press 

Zitiervorschlag:

Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (Hrsg.). (2024). *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven*. TU Wien Academic Press. <https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8>

TU Wien Academic Press 2024

c/o TU Wien Bibliothek
TU Wien
Resselgasse 4, 1040 Wien
academicpress@tuwien.ac.at
www.tuwien.at/academicpress



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Sofern enthaltene Bilder nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz stehen, ist für Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

ISBN (Printversion): 978-3-85448-063-1
ISBN (Onlineversion): 978-3-85448-064-8

Online verfügbar: <https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8>

Medieninhaber: TU Wien, Karlsplatz 13, 1040 Wien

Verleger: TU Wien Academic Press

Herausgeber*innen (für den Inhalt verantwortlich): Christian Peer, Emanuela Semlitsch, Simon Güntner, Mara Haas, Andreas Bernögger

Herstellung: Gröbner Druckgesellschaft m.b.H.

Grafik, Layout: Lukas Bast, Vanessa Kobras, Madlyn Miesgang

Korrektur: Kristin Lohmann, Erdmuthé-Annika Eben, WortSchatz Bureau für Übersetzung und Lektorat

Herausgeber*innen

Vorwort

Die Idee zu diesem Sammelband entstand im Zuge von Diskussionen und Projekten am future.lab, der inter- und transdisziplinären Plattform für Forschung und Lehre zu gesellschaftlichen Zukunftsthemen der Architektur und Raumplanung an der TU Wien. Seit März 2022 ist dort die Innovationswerkstatt verortet, die einen Beitrag zur urbanen Transformation leisten will, indem sie soziale Innovationsprozesse im Kontext der Stadtentwicklung erforscht und bestärkt. Sie wird über das Förderinstrument Innovationslabor im Rahmen der Smart Cities Initiative des österreichischen Klima- und Energiefonds sowie von der Immobilien Privatstiftung und weiteren Organisationen aus der Praxis, Zivilgesellschaft und Wissenschaft finanziell wie praktisch unterstützt. Das Team der Herausgeber*innen besteht aus Christian Peer, Mara Haas und Andreas Bernögger, welche die Innovationswerkstatt entwickeln, koordinieren und betreiben, sowie Emanuela Semlitsch und Simon Güntner, die als Teil des Scientific Boards die Laboraktivitäten begleitend unterstützen.

Die Förderung nachhaltigkeitsorientierter urbaner Transformation korrespondiert mit der Agenda vieler europäischer Städte, mit der EU-Mission 100 klimaneutrale Städte bis 2030 und der österreichischen Mission Klimaneutrale Stadt. Innovation gilt dabei als wesentlicher Erfolgsfaktor, weil sie die Akteure verbindet und diese auf einen gemeinsamen Transformationspfad bringen kann. Allerdings zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass das Verständnis von Innovation oft unscharf oder sehr unterschiedlich ist. Der Akzent auf soziale Innovation steht hier durchaus in Konkurrenz zu technik- und ökonomiezentrierten Konzepten, die zahlreiche Programme und Strategien nach wie vor dominieren. In wissenschaftlichen Diskursen werden Innovationen weitgehend als soziotechnische Phänomene behandelt und die besondere Bedeutung sozialer Innovationen als Schlüssel für eine transformative Innovationspolitik ist längst bekannt. Innovation bedeutet zudem, dass in den Diskurs um Lösungen für städtische Probleme laufend neue Schlagworte und Ideen eingebracht werden.

Der vorliegende Sammelband will vor diesem Hintergrund zur Klarheit beitragen und zum Weiterdenken anregen. Dies geschieht über eine Zusammenstellung von Schlüsselbegriffen, die wir auf Basis unserer Erfahrungen in der Stadtentwicklung sowie der angewandten Forschung ausgewählt und im Dialog mit den geladenen Autor*innen ergänzt und verfeinert haben.

Die Autor*innen legen ihre Perspektive auf je einen Schlüsselbegriff dar und machen diesen so für Praxis und Forschung nutzbar. Ziel war kein umfassendes Hand- oder Lehrbuch mit grundlegenden Definitionen und Abhandlungen – vielmehr sollen kompakte, zugängliche Texte die Debatte mit Vokabeln und Argumenten, Impulsen und Inspiration versorgen. Die Auswahl der Autor*innen aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft fängt die Vielfalt an Disziplinen und Zugängen ein, die den Diskurs prägen. Die Beiträge richten sich an Planungspraxis und Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie sollen v. a. die transdisziplinäre Praxis und transformative Forschung im dynamischen und zukunftsgerichteten Handlungsfeld Stadtentwicklung bereichern, enthalten aber auch Impulse für andere gesellschaftliche Handlungsfelder.

Christian Peer, Emanuela Semlitsch, Simon Güntner, Mara Haas, Andreas Bernögger

Vorwort

Die Immobilien Privatstiftung fördert in Kooperation mit dem future.lab der TU Wien die Erstellung wissenschaftlicher Publikationen über relevante Zukunftsthemen und innovative Entwicklungen des Bauens und Umbauens in städtischen und ländlichen Räumen. Auf Gemeinschaftliches Wohnen (2021) und Vages Terrain (2023) folgt nun ein Sammelband, der Schlüsselbegriffe rund um urbane Transformation und soziale Innovation beleuchtet. Die Herausgeber*innen von der Fakultät für Architektur und Raumplanung Christian Peer, Emanuela Semlitsch, Simon Güntner, Mara Haas und Andreas Bernögger ermöglichen damit einen spannenden und produktiven Diskurs über Konzepte und Ideen zu alternativen Denk- und Handlungsweisen, um die auch für die Immobilienwirtschaft immer wichtiger werdende Transformation zur Nachhaltigkeit zu stärken und zu beschleunigen. Die kompakten Beiträge der Autor*innen zeigen vielfältige und bedeutende Perspektiven für die Entwicklung nachhaltiger Städte auf, die zum Nach-, Um- und Weiterdenken einladen und auch für das Arbeitsfeld der Immobilien- und Standortentwicklung in Wien zahlreiche Anknüpfungen und Impulse bieten.

Der Vorstand der Immobilien Privatstiftung

Vorwort

Die nachhaltige Entwicklung von Städten spielt für die Erreichung der Klimaziele eine wesentliche Rolle, stellt uns aber durchaus vor Herausforderungen. Der Klima- und Energiefonds fördert daher eine breite Palette an Lösungen und Aktivitäten für Städte – von Technologien wie Batteriespeichern und Photovoltaikanlagen über Umsetzungsvorhaben in Gebäuden und Quartieren bis zu gesamtstädtischen Klimaneutralitätsfahrplänen und vielem mehr. Dabei ist längst deutlich geworden: neben technischen braucht es soziale Innovationen.

Mit der Förderung der Innovationswerkstatt wollen wir Aspekte stärken, die die Lebensqualität in unseren Städten verbessern und gleichzeitig das Klima schützen. Soziale Innovationen sind dabei nicht nur neue Lösungen für alte Probleme, sondern auch neue Formen der Kooperation, Partizipation und Inklusion. Dieser Blickwinkel ist uns als Fördergeber wichtig: Nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen der Stadtentwicklung müssen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Mit Stadtpolitik und -verwaltungen, mit der Bevölkerung, mit den zahlreichen Stakeholdern und Expert*innen. Wir laden Sie ein, sich mit uns auf diese spannende Reise in eine klimafitte Zukunft zu begeben!

Die Autor*innen dieses Sammelbandes geben uns für diese Reise Wertvolles mit auf den Weg: neue Blickwinkel auf Begriffe und Konzepte sowie alternative Lösungsansätze. Ich freue mich auf den weiteren Dialog und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Bernd Vogl, Geschäftsführer Klima- und Energiefonds

Inhalt

	Christian Peer / Emanuela Semlitsch / Simon Güntner / Mara Haas / Andreas Bernögger
1	Editorial
	Ingrid Breckner
9	Aushandlung
	Lisa Bohunovsky / Alexandra Penicka-Arndt
17	Bildung
	Manuela Brandstetter
25	Empowerment
	Helena Mathis / Daniel Shams
33	Engagement
	Rafael Ziegler
41	Exnovation
	Johannes Suitner
49	Experiment
	Hans Holzinger
57	Gemeinwohl
	Dragana Damjanovic / Paul Hahnenkamp
65	Gerechtigkeit
	Margaret Haderer / Alexander Hamedinger
73	Governance
	Michaela Moser
81	Inklusion
	Werner Rammert
89	Innovation
	Oliver Fehren
99	Intermediarität
	Jens S. Dangschat
107	Kapital
	Andrea Mann
117	Kommunikation
	Manfred Rolfes / Jan Lorenz Wilhelm
127	Komplexität
	Klaus Selle
135	Kontext

143	Martin Sondermann Kultur
151	Othmar Fett Lernen
161	Susann Ahn / Thomas E. Hauck Mediation
169	Ingolfur Blühdorn / Hauke Dannemann Nachhaltigkeit
175	Katja Mayer Partizipation
183	Johann Jessen / Daniela Zupan Planung
191	Christian Kuhlicke Resilienz
197	Antje Daniel Selbstorganisation
203	Alexander Brunner Soziales
211	Ursula Stein System
219	Susanne Ober / Markus Szaguhn / Annika Fricke Transdisziplinarität
227	Richard Bärnthaler / Andreas Novy Transformation
235	Fritz Reusswig Widerstand
243	Christian Diller Wirksamkeit
249	Kurzbiografien der Autor*innen und Herausgeber*innen

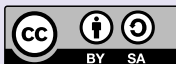
Christian Peer / Emanuela Semlitsch / Simon Güntner /
Mara Haas / Andreas Bernögger

Editorial

Urbane Transformation durch soziale Innovation

Das Editorial begründet die inhaltliche Ausrichtung des Sammelbandes, auf die sich die Autor*innen beziehen können. Es führt die Schlüsselbegriffe ein und setzt sie miteinander in Beziehung. Die in der ganzen Publikation gesetzten farbigen Verknüpfungen sollen ein interesselgeleitetes Lesen unterstützen und Zusammenhänge aufzeigen. Folgen Sie Ihrer Neugier und finden Sie hoffentlich viele Begriffe und Perspektiven, die Sie in Ihrem Engagement für bessere Städte unterstützen.

Zitiervorschlag: Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1-8). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die Umstellung unserer Lebensweise auf ressourcenschonende und **nachhaltige** Strukturen und Praktiken ist eine drängende Aufgabe unserer Zeit. Der Handlungsdruck steigt, denn zwischen wissenschaftlich begründeten Notwendigkeiten (z. B. Intergovernmental Panel on Climate Change [IPCC], 2023), **sozial-** und klimapolitischen Zielen (z. B. United Nations [UN], 2015) und der gelebten Realität klafft nach wie vor eine deutliche Lücke. Dies ist angesichts einer Vielzahl zusammenhängender Krisen sowie lautstarker Proteste jüngerer Generationen und bereits eintretender ökologischer Veränderungen unübersehbar.

Unter **Nachhaltigkeit** wird hier verstanden, dass die **Ökosysteme** der Erde nicht in ihrer Assimilations-, Puffer- und Regenerationsfähigkeit beeinträchtigt werden und gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb dieser planetaren Grenzen sichergestellt wird (Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich, 2021). Während wissenschaftlicher Konsens darüber vorliegt, dass es sich bei der notwendigen **Transformation** hin zu einem **nachhaltigen** Zustand um einen tiefgreifenden Prozess strukturellen Wandels handeln muss, gibt es große Auffassungsunterschiede in Bezug auf die Lösungswege und die angestrebten Ergebnisse (Feola, 2015, S. 377).

Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Handlungs- oder Erneuerungsfähigkeit (Hutter et al., 2016) hergestellt werden, die den aufgeworfenen Aufgaben **gerecht** wird? Wie können erwünschte Praktiken **erlernt** und überholte Praktiken **verlernt** werden, sodass die imperiale Lebensweise (Brand & Wissen, 2017) unserer Externalisierungsgesellschaft (Lessenich, 2016) überwunden wird?

Der Landnutzung, räumlichen **Planung** und **Baukultur** wird diesbezüglich eine hohe Bedeutung zugewiesen (Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich, 2021; Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, 2021; Görg et al., 2023; Österreichische Raumordnungskonferenz [ÖROK], 2021, S. 170; Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [WBGU], 2016). Städte haben in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle – nicht zuletzt, weil eine wachsende Mehrheit der Menschen inzwischen in urbanen Agglomerationen lebt. Deren bauliche und **soziale** Dichte hat grundsätzlich ein hohes Potenzial, effizient mit Ressourcen wie Boden und Energie umzugehen und gleichzeitig eine hohe Lebensqualität zu bieten. Als Knotenpunkte gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen können Städte als Inkubatoren für neue Ideen und Praktiken fungieren.

Stadtentwicklung wird hier als eine demokratische Aufgabe verstanden, an der verschiedene Akteure und Professionen beteiligt sind, und als eine Arena, in der unterschiedliche und auch widersprüchliche Interessen **ausgehandelt** werden – zwischen verschiedenen Generationen und Zeithorizonten, Raum- und **Governance**-Ebenen, **sozialen** Gruppen und Regionen, Lebensstilen und Werthaltungen, **Innovationen** und **Exnovationen**, **Engagement** und **Widerständen**, Kooperation und Konflikt. Die **Aushandlungen** sind damit nicht nur fachlicher, sondern auch **kultureller** und politischer Art. Wissenschaftliche Grundlagen und Begriffe sind dabei als eine gemeinsame Verständigungsbasis unerlässlich.

Soziale Innovation ist ein Konzept, das verspricht ein Schlüssel zur urbanen **Transformation** zu sein und das den wissenschaftlichen und politischen Mainstream der

Entwicklungsverständnisse herausfordert. Zahlreiche Grundlagenarbeiten wurden in den letzten Jahrzehnten erstellt (z. B. Blättel-Mink et al., 2021; Gillwald, 2000; Howaldt & Schwarz, 2010; Rammert, 2010; Rammert et al., 2016; Zapf, 1994), die in der Stadtentwicklung und **Planungswissenschaft** aufgegriffen und weiterentwickelt wurden (z. B. Christmann, 2020; Christmann et al., 2016 & 2020; Ibert, 2003; Moulaert et al., 2013 & 2017 & 2022; Suitner et al., 2022). Aus diesen Arbeiten und Diskursen wird ein Konzept der **sozialen Innovation** für die urbane **Transformation** abgeleitet, das explizit auf Anwendbarkeit bzw. Praxistauglichkeit zielt (insbesondere mit Bezug auf Ardill & Lemes de Oliveira, 2018; Christmann et al., 2016; Rammert, 2010; Suitner et al., 2022).

Soziale Innovation wird als absichtsvoller Prozess der Rekonfiguration **sozialer** Praktiken und Strukturen verstanden, der zu gesellschaftlichen Bedürfnissen und Zielen beitragen soll. Dabei werden drei analytische Elemente unterschieden, die rekursiv miteinander verbunden sind:

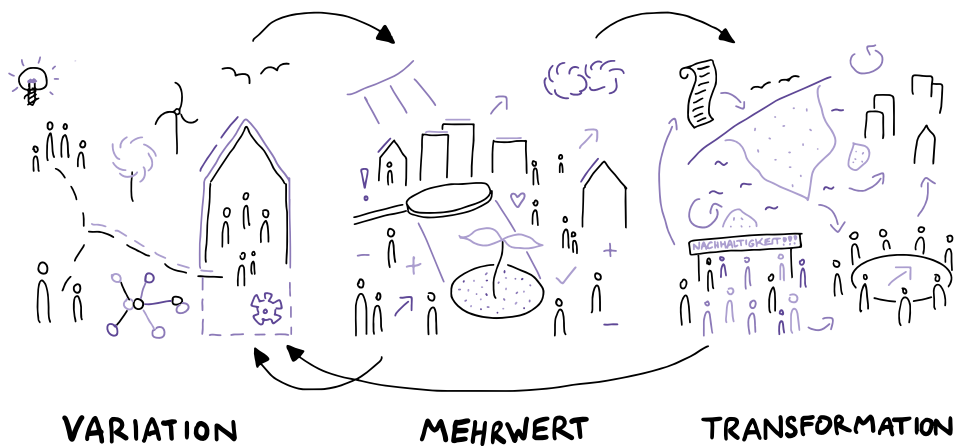


Abbildung: Soziale Innovation als rekursiver Prozess von Variation, Mehrwert und Transformation (Andreas Bernögger, 2024, CC BY-SA)

- **Variation:** Im Zuge **sozialer Innovation** werden Handlungsmuster verändert und variiert, sodass in einem **Kontext** eine neue Art und Weise entsteht, etwas zu tun. Dies geht oft mit anderen gesellschaftlichen (**rechtlichen**, ökonomischen, politischen etc.) oder technischen Neuerungen einher.
- **Mehrwert:** Die Variation ist verbunden mit voraussichtlichen und/oder bereits eingetretenen Verbesserungen in **sozialer** und ökologischer Hinsicht. Der relative Mehrwert im Vergleich zum vorherigen Zustand wird diskursiv **ausgehandelt**, was eine Verschiebung der Wertreferenzen beinhalten kann, und über die Akzeptanz und Nachahmung der Variation legitimiert und gefestigt.
- **Transformation:** Der Prozess der Übertragung und Übernahme und somit der Institutionalisierung neuer Handlungsmuster geht mit individuellem und kollektivem **Lernen** und damit verknüpften gesellschaftlichen Veränderungen einher, die im Ergebnis lokale und globale **Wirksamkeit** entfalten.

Dieses Konzept **transformativ** ausgerichteter **sozialer Innovation** unterscheidet sich von einigen etablierten Verständnissen, die den Begriff **sozial** v. a. normativ hinsichtlich der damit verbundenen Ziele, **Wirkungen** und Mehrwerte verwenden. Das hier dargelegte analytische Verständnis bezieht sich explizit auf die zu beobachtende sowie konzeptionell vorgeschlagene Ausweitung der **Innovationszone**, die im Sinne gesellschaftlicher **Innovationen** auch weitere Zielreferenzen wie z. B. ökologische **Nachhaltigkeit** umfasst (Rammert et al., 2016). So gelesen kann etwa die konkrete **soziale Innovation** einer Baugruppe (die sich als Variation zu üblichen Miet- und Eigentumsverhältnissen auf **sozialer** Ebene neuartig organisiert) nicht nur zu **sozialen** Verbesserungen führen (z. B. höherer Wohnzufriedenheit, Angeboten für die Nachbarschaft, mehr gegenseitiger Hilfe und besserem Zusammenleben), sondern auch ökologische Vorteile mit sich bringen (z. B. Teilen von Räumen und Einrichtungen, weniger individuelle Wohnflächen, gemeinschaftliche Energie- und Mobilitätskonzepte). Ein solches Verständnis ist gerade vor dem Hintergrund der Klimakrise, die ökologische und **soziale** Problemstellungen auf lokaler wie globaler Ebene verzahnt, unerlässlich. Für die urbane **Transformation** werden also **soziale Innovationen** (im doppelten Wortsinn) benötigt, die zugleich auch ökologisch verantwortungsvoll sind. Dabei ist jedoch zu beachten, dass eine Beteiligung an der praktischen Umsetzung neuer Lösungen voraussetzungsvoll und daher nicht allen in gleicher Weise möglich ist. Es gilt, die Machtverhältnisse und damit verknüpfte Ambivalenzen sowie Widersprüche kritisch zu reflektieren und das **Empowerment** benachteiligter Gruppen zu unterstützen.

Der Begriff **Innovation** ist bereits vielfach konnotiert und stößt in vielen wissenschaftlichen wie praktischen **Kontexten** auf einen kritischen bis abweisenden Reflex. Mitunter gut begründet, steht die immerwährende Suche nach dem Neuen den gesellschaftlichen **Nachhaltigkeitszielen** doch eher im Weg, als dass sie ihnen nutzt. Auch spüren viele Initiativen Frustration und Erschöpfung, wenn nach allem **Engagement** für eine gute und wichtige – aber eben nicht mehr ganz neue – Idee die Unterstützung nachlässt. Das hier skizzierte prozessorientierte Konzept **sozialer Innovation** als Schlüssel zur urbanen **Transformation** soll dieser oft anzutreffenden konzeptionellen Kurzlebigkeit des etablierten Begriffs eine Neuinterpretation entgegensetzen. Dies soll zu einem stärker über den Wandel gesellschaftlicher Strukturen und Praktiken informierten und an gesellschaftlichen Zielen interessierten Entwicklungsverständnis beitragen, das auch die Langfristigkeit der **Transformationsprozesse** im Blick behält.

Die **Komplexität** und **Transdisziplinarität** aktueller Fragestellungen der Stadtentwicklung verlangt nach Wegen, einerseits die Möglichkeiten von **Governance** und **Planung** zu ergründen und andererseits die für alle intendierten Entwicklungen wesentlichen Prozesse der Reflexion, der **Bildung** und des **Lernens** anzustoßen und mitzugestalten (Fett, 2017; Singer-Brodowski et al., 2018). Zunehmend werden auch **experimentelle** und **transdisziplinäre** Formate der Wissensproduktion etabliert, welche die Debatte auch methodologisch anreichern (Jahn & Keil, 2016; Parodi et al. 2018; Schneidewind, 2015). Dies macht etwa der Beitrag **Partizipation** deutlich, hinter dem sich mit einem Einblick in Citizen Science etwas anderes verbirgt, als man im **Kontext** der Stadtentwicklung zunächst vermuten würde. Für einen weiteren **transdisziplinären** Zugang stehen Reallabore, die Wissen und Kompetenzen gemeinsam mit den beteiligten Personen und/oder Institutionen iterativ erarbeiten und neue

soziale Strukturen und Praktiken erproben wollen (Wanner et al., 2018). Denn in demokratischen Entwicklungsprozessen müssen sich alle Beteiligten – teils unterstützt durch Intermediäre – über ausgesprochen **komplexe** Thematiken verständigen. Das **transdisziplinäre** Zusammenspiel von Theorie und Praxis der Stadtentwicklung bietet dafür mannigfaltige und dringend benötigte Perspektiven der Wissens- und Kompetenzerweiterung (Ardill & Lemes de Oliveira, 2018, S. 219). Dabei stellen sich tiefgreifende methodologische wie auch politische Fragen, denn nicht jedes Problem kann in einer Laborsituation ergründet bzw. **experimentell** gelöst werden und die Zuständigkeit für eine Lösung ist in einem Setting außerhalb bestehender Strukturen schwer zu klären.

Der normative Kompass für die urbane **Transformation** ist mit den Sustainable Development Goals (UN, 2015) – die etwa Klimaschutz, Klimaanpassung, Biodiversität, globale und regionale Chancengleichheit und den Schutz der Menschenrechte hervorheben – gesetzt, soll und muss aber laufend diskutiert werden. Dies macht etwa der Beitrag **Nachhaltigkeit** deutlich, welcher der Diagnose der „nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn et al., 2020) folgend eine kritische Position einnimmt. Dies rückt ergänzende Zielkonzepte, wie **Gerechtigkeit**, **Resilienz**, **Gemeinwohl**, **Inklusion** und **Empowerment**, verstärkt in den Blick und regt ein Nachdenken über verschiedene Formen von **Kapital** an. Die Beschäftigung mit Schlüsselbegriffen dient damit auch einer analytischen Reflexion über Ziele und Maßstäbe. Denn neben der Bedeutung von Perspektivwechseln, Neustrukturierungen und Verhaltensänderungen finden sich im **komplexen** Prozess der **Transformation** auch inhärente Widersprüche sowie Ziel- und Interessenkonflikte. Die politisch-normative Dimension wird nicht nur durch **Engagement** und **Widerstand** deutlich, sondern auch im **Planen** und Entwerfen des gebauten Raums sowie in urbanen Prozessen der **Selbstorganisation**, **Partizipation**, **Koproduktion**, **Kommunikation**, **Mediation** und **Aushandlung**. All dies ist von ungleichen Möglichkeiten sowie ungleich verteilten Gewinnen und Verlusten gekennzeichnet, was wiederum mit Herrschafts- und Machtverhältnissen verbunden ist (Kubeczko et al., 2023, S. 5).

Der inhärent **transdisziplinäre** Charakter und der **transformative** Anspruch von derart verstandener **sozialer Innovation** machen diese zu einem zentralen Schauplatz der **Aushandlung** über unseren gesellschaftlichen Umgang mit multiplen Krisen und planetaren Grenzen. Damit einhergehend bedarf es eines klaren und offen geführten Austauschs über Rollen und Aufgaben im Prozess der **Transformation**. Für die Wissenschaften erscheint die Perspektive lohnend, **innovations-** und **transformationsorientierte** Aktivitäten präzise zu beschreiben und zu fassen, um ein gesellschaftliches **Lernen** und sich **nachhaltig** ändernde Praxen zu unterstützen.

Literaturverzeichnis

- Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich (Hrsg.). (2021). *UniNETZ-Optionenbericht: Österreichs Handlungsoptionen für die Umsetzung der UN-Agenda 2030 für eine lebenswerte Zukunft*. <https://www.uninetz.at/optionsbericht>
- Ardill, N., & Lemes de Oliveira, F. (2018). Social innovation in urban spaces. *International Journal of Urban Sustainable Development*, 10(3), 207–221. <https://doi.org/10.1080/19463138.2018.1526177>
- Blättel-Mink, B., Schulz-Schaeffer, I., & Windeler, A. (Hrsg.). (2021). *Handbuch Innovationsforschung: Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17668-6>
- Blühdorn, I., Butzlaff, F., Deflorian, M., Hausknost, D., & Mock, M. (Hrsg.). (2020). *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Transcript.
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Oekom.
- Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (2021). *Vierter Baukulturreport: Baukulturpolitik konkret: Der Weg zur Agentur für Baukultur*. <https://www.baukulturpolitik.at/downloads/vierterbaukulturreport.pdf>
- Christmann, G. (2020). Introduction: Struggling with innovations. Social innovations and conflicts in urban development and planning. *European Planning Studies*, 28(3), 423–433. <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1639396>
- Christmann, G., Ibert, O., Jessen, J., & Walther, U.-J. (2016). Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung? In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 273–300). Springer VS. https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-10874-8_13
- Feola, G. (2015). Societal transformation in response to global environmental change: A review of emerging concepts. *Ambio*, 44, 376–390. <https://doi.org/10.1007/s13280-014-0582-z>
- Fett, O. (2017). Lost in Transformation: Transformatives Lernen im Übergang. *Der Mensch*, (54), 55–59.
- Gillwald, K. (2000). *Konzepte sozialer Innovation*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Görg, C., Madner, V., Muhar, A., Novy, A., Posch, A., Steininger, K., & Aigner, E. (Hrsg.). (2023). *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*. Springer Spektrum.
- Howaldt, J., & Schwarz, M. (2010). Soziale Innovation - Konzepte, Forschungsfelder und -perspektiven. In J. Howaldt & H. Jacobsen (Hrsg.), *Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma* (S. 87–108). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4_5
- Hutter, M., Knoblauch, H., Rammert, W., & Windeler, A. (2016). Innovationsgesellschaft heute: Die reflexive Herstellung des Neuen. In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 15–38). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8_2
- Ibert, O. (2003). *Innovationsorientierte Planung: Verfahren und Strategien zur Organisation von Innovation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-93457-4>
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). (2023). *Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability: Working Group II Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009325844>
- Jahn, T., & Keil, F. (2016). Reallabore im Kontext transdisziplinärer Forschung. *GAIA*, 25(4), 247–252. <http://dx.doi.org/10.14512/gaia.25.4.6>
- Kubeczko, K., Tödtling, F., Ornetzeder, M., Novy, A., Fankhauser, J., & Exner, A. (2023). Theorien des Wandels und der Gestaltung von Strukturen: Innovationsperspektive. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*. Springer Spektrum.
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Hanser.
- Moulaert, F., MacCallum, D., Mehmood, A., & Hamdouch, A. (2013). *The International Handbook on Social Innovation: Collective Action, Social Learning and Transdisciplinary Research*. Edward Elgar.
- Moulaert, F., Mehmood, A., MacCallum, D., & Leubolt, B. (Hrsg.). (2017). *Social Innovation as a Trigger for Transformations: The Role of Research*. European Commission, Directorate-General for Research and Innovation. <https://data.europa.eu/doi/10.2777/68949>
- Moulaert, F., Jessop, B., Swyngedouw, E., Simmons, L., & Van den Broeck, P. (2022). *Political Change through Social Innovation: A Debate*. Edward Elgar.

- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK). (2021). *Österreichisches Raumentwicklungskonzept ÖREK 2030: Raum für Wandel*. <https://www.oerek2030.at/ueber-das-oerek2030>
- Parodi, O., Waitz, C., Bachinger, M., Kuhn, R., Meyer-Soylu, S., Alcántara, S., & Rhodius, R. (2018). Insights into and Recommendations from Three Real-World Laboratories: An Experience-Based Comparison. *GAIA*, 27(S1), 52–59.
- Rammert, W. (2010). Die Innovationen der Gesellschaft. In J. Howaldt & H. Jacobsen (Hrsg.), *Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma* (S. 21–51). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4_2
- Rammert, W., Windeler, A., Knoblauch, H., & Hutter, M. (Hrsg.). (2016). *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8>
- Schneidewind, U. (2015). Transformative Wissenschaft – Motor für gute Wissenschaft und lebendige Demokratie. *GAIA*, 24(2), 88–91. <https://doi.org/10.14512/gaia.24.2.5>
- Singer-Brodowski, M., Beecroft, R., & Parodi, O. (2018). Learning in real-world laboratories: A systematic impulse for discussion. *GAIA*, 27(S1), 23–27. <https://doi.org/10.14512/gaia.27.S1.7>
- Suitner, J., Haider, W., & Philipp, S. (2022). Social innovation for regional energy transition? An agency perspective on transformative change in non-core regions. *Regional Studies*, 57(8). <https://doi.org/10.1080/00343404.2022.2053096>
- United Nations (UN). (2015). *Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development*. <https://sdgs.un.org/2030agenda>
- Wanner, M., Hilger, A., Westerkowski, J., Rose, M., Stelzer, F., & Schöpke, N. (2018). Towards a Cyclical Concept of Real-World Laboratories. *disP - The Planning Review*, 54(2), 94–114. <https://doi.org/10.1080/02513625.2018.1487651>
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2016). *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte: Hauptgutachten*. WBGU. https://issuu.com/wbgu/docs/wbgu_hg2016-hoch?e=37591641/68732842
- Zapf, W. (1994). Über soziale Innovationen. In W. Zapf (Hrsg.), *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation: Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994* (S. 23–40). Edition Sigma. <http://hdl.handle.net/10419/122762>

Ingrid Breckner

Aushandlung

Warum soziale Innovationen immer aushandlungsbedürftig sind

Dieser Beitrag fokussiert Zusammenhänge zwischen der Aushandlung räumlicher Transformationen und den Möglichkeiten sozialer Innovation. Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass sozial innovative Transformationen meist nur durch Aushandlung räumlicher Entwicklungsperspektiven erreichbar waren. Die gegenwärtige und die zukünftige räumliche Transformation sind durch zunehmende Komplexität und ein breiteres Spektrum beteiligter Akteure gekennzeichnet. Aushandelnde Akteure greifen auf unterschiedliche Ressourcen zurück, woraus spezifische Machtkonstellationen entstehen. Dabei setzen sich Akteure mit geringerer Handlungsmacht am ehesten für soziale Innovationen ein, können diese oft aber nur mit listigen Vorgehensweisen durchsetzen. Die abschließende Diskussion der Chancen und Hindernisse einer Umsetzung sozialer Innovationen in räumlichen Veränderungsprozessen verweist darauf, dass alle an Aushandlungen beteiligten Akteure sich auf Lernprozesse einlassen müssen, wenn diese komplexen Aufgaben in koproduktiver Zusammenarbeit auch unter systemischen Gesichtspunkten bewältigt und demokratisch legitimiert werden sollen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Innovation](#), [Intermediarität](#), [System](#), [Transformation](#), [Widerstand](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Breckner, I. (2024). Aushandlung: Warum soziale Innovationen immer aushandlungsbedürftig sind. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.) *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 9-16). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_2



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Aushandlung in transformativen räumlichen Entwicklungsprozessen

Die Stadtentwicklung ist spätestens seit den 1970ern mit unterschiedlichen **Transformation**serfordernissen konfrontiert: Die Automobilität wurde v. a. in Städten mit einem ausgebauten öffentlichen Nahverkehr angesichts der Ölkrise erstmalig infrage gestellt. Auch der großflächige Abriss von Bausubstanz für Großwohnsiedlungen war spätestens nach der Internationalen Bauausstellung (IBA) Berlin ab den 1980ern nicht mehr selbstverständlich (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR], o. J.). Aktivitäten zur Realisierung einer **sozial**- und klimaverträglichen Energie- und Mobilitätswende wurden ab den 2000ern immer vehementer eingefordert. Die seit dem Jahr 2020 europaweit akzeptierte Neue Leipzig-Charta stellt einen verlässlichen Orientierungsrahmen für koproduktive und ressortübergreifende Praktiken in der Stadtentwicklung dar (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen [BMWSB], o. J.). All diese Veränderungen vollzogen sich in einem Spannungsverhältnis unterschiedlicher Interessen von wirtschaftlichen, politisch-administrativen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und gehen bis heute mit **komplexen** Aushandlungsprozessen einher. Sie beginnen oft erst, wenn **Transformationen** räumlicher Lebensbedingungen einen anhaltenden Protest auslösen, und führen im Idealfall auch zu **nachhaltigen Innovationen**: In Hannover erhöhte beispielsweise der private Betreiber des öffentlichen Nahverkehrs im Jahr 1969 die Preise. Dagegen protestierten Fahrgäste zusammen mit Autofahrer*innen mit der *Aktion Roter Punkt*, die schließlich nicht nur zu einer Reduzierung der Fahrpreise, sondern auch zur **nachhaltigen Innovation** der Kommunalisierung des ehemals privaten Betreibers führten (Schumacher, 2009). Auch die Vermeidung von Kahlschlagsanierungen musste deutschlandweit durch wirtschaftlich und politisch überzeugende fachliche Kritik, Vorschläge für mögliche Veränderungen **rechtlicher** Rahmenbedingungen sowie später in Aushandlungsprozessen legalisierte Hausbesetzungen mühsam erkämpft werden (Selle, 1986). Die Verweigerung verbindlicher, tradierter Wohnformen von Familien und Alleinstehenden manifestierte sich bereits seit den 1920ern immer wieder in **Experimenten** gemeinschaftlichen Wohnens. Gemeinschaftliche Wohnalternativen wurden – ob in Einküchenhäusern, sowjetischen Kommunehäusern, Wohn- oder Baugemeinschaften – verwirklicht und erfordern bis heute langwierige Aushandlungen des Zugangs zu Grundstücken und Krediten, der materiellen, ästhetischen und technologischen baulichen Gestaltung sowie der **rechtlichen** und sozialkulturellen Regulierung von Nutzungsbedingungen (Schmid et al., 2019).

Die gegenwärtig sich überlagernden Krisenphänomene infolge klimatischer, demografischer, politischer, wirtschaftlicher und technologischer Herausforderungen erhöhen auch im Bereich der Stadtentwicklung den Bedarf adäquater, für alle Gesellschaftsmitglieder tragbarer Interventionen. Dadurch steigt die **Komplexität** notwendiger Aushandlungsprozesse, weil unterschiedliche Gegenstandsbereiche und daran geknüpfte Interessen gleichzeitig zu berücksichtigen sind: Die Klimakrise manifestiert sich regional und **sozial**strukturell unterschiedlich. Daraus resultiert eine diverse Wahrnehmung in der Bevölkerung, der mit jeweils spezifischen Erklärungen und überzeugenden Maßnahmen – z. B. in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung oder Hitzeprävention – begegnet werden muss.

Aus der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik der Bevölkerung resultieren eine nach Alter, Geschlecht, Qualifikation und Herkunft höhere oder geringere **soziale** Vielfalt sowie räumlich unterschiedliche Ausprägungen **sozialer** Ungleichheit (vgl. Helbig & Jähnen, 2018). Sie werden in Wirtschaft, Politik und Verwaltung mehr oder weniger ernsthaft adressiert und in **partizipativen** oder koproduktiven Aushandlungsprozessen noch zu wenig konsequent berücksichtigt. Der Zugang von Bürger*innen zu Infrastruktur, Dienstleistungen und Arbeitsmärkten verändert sich gegenwärtig auch durch die zunehmend weiter verbreitete Digitalisierung, die von allen Menschen eine angemessene Qualifizierung erfordert. Angesichts dieser Vielschichtigkeit aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen bedarf es in Aushandlungsprozessen zur **Planung** und Umsetzung **transformativer** Maßnahmen neben verlässlichen Wissensgrundlagen und einem multiperspektivischen Wahrnehmungsvermögen relevanter Fragestellungen auch einer klaren Bestimmung der Zielsetzungen, Zeithorizonte und möglicher **sozialer** Folgen der angestrebten Veränderungen. Nur so kann der potenzielle Mehrwert mutiger urbaner **Transformationen** erkannt und der notwendige gesellschaftliche Wandel unter Vermeidung von Enttäuschungen kleinerer oder größerer Bevölkerungsgruppen für die Verwirklichung **sozialer Innovationen** genutzt werden.

Das Spektrum der Akteure, die eine **transformative** Stadtentwicklung aushandeln, erweist sich in den Sphären des Marktes, des Staates und der Zivilgesellschaft als breit gefächert. Als Marktakteure handeln insbesondere lokale und überlokale Eigentümer*innen von Boden, Gebäuden und Infrastruktur. Dies können einzelne Personen, Personengesellschaften oder anonyme Investor*innen aus dem In- und Ausland sein. Diese Interessengruppen treten in Aushandlungsprozessen oft gar nicht selbst in Erscheinung, sondern lassen sich durch Kanzleien oder Vertraute vertreten, weshalb sie für andere Beteiligte nur schwer greif- und verstehbar sind. Auf staatlicher Seite agieren in Aushandlungsprozessen lokale, regionale oder nationale Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung. Je nach politischer Couleur sowie persönlichen Interessen und Überzeugungen können auch sie sehr unterschiedliche, innerhalb der jeweiligen Handlungssphäre durchaus widersprüchliche Positionen einnehmen und dadurch Aushandlungen verzögern oder erschweren. Zivilgesellschaftliche Akteure gestalten Aushandlungsprozesse mit, sofern sie als Initiativen, Vereine, Verbände, Kirchen oder Stiftungen dazu eingeladen werden oder wenn es ihnen gelingt, eine **Mitwirkung** durch öffentliche Artikulation und solidarische Zusammenschlüsse Gleichgesinnter zu erzwingen. Auch diese Akteursgruppe ist in ihren Positionen keineswegs homogen und greift auf **rechtliche** Unterstützung zurück, sobald sie es sich leisten kann und der Eindruck entsteht, eigenen Vorstellungen mehr Nachdruck verleihen zu müssen. Da sich Aushandlungsprozesse je nach Gegenstand und dessen Relevanz für die Stadtentwicklung über längere Zeiträume hinziehen können, verändern sich aushandelnde Akteurskonstellationen und erfordern von den jeweils Beteiligten, ihre Perspektiven stets neu aufeinander abzustimmen. Gelingt dies nicht, kann es zu einem plötzlichen oder schleichenden Abbruch der Aushandlungen kommen. Dadurch bleiben **transformative** Potenziale in der Stadtentwicklung häufig ungenutzt und können allenfalls in zukünftigen Veränderungsprozessen neu aufgegriffen werden.

Ressourcen von Akteuren und Machtkonstellationen in Aushandlungsprozessen

Akteure, die Aushandlungsprozesse räumlicher **Transformationen** gestalten, unterscheiden sich nicht nur in ihren Interessen und Positionen, bedingt durch ihre Zugehörigkeit zu den Handlungsarenen des Marktes, des Staates oder der Zivilgesellschaft. Sie sind ebenfalls geprägt durch individuelle biografische, berufliche und alltagsweltliche Lebenserfahrungen, Wissensgrundlagen, gesellschaftliche und disziplinäre Denkmodelle, politische, administrative und wirtschaftliche Netzwerke sowie verfügbares **Eigenkapital**. Solche Ressourcen setzen sie in unterschiedlicher Weise offen oder verdeckt für die Etablierung von Handlungsmacht in der Aushandlung räumlicher Veränderungen ein. Je nach Machtkonstellation und den Zeithorizonten der Beteiligten treffen deshalb im Aushandeln wirtschaftliche, **soziale, rechtliche, kulturelle** und politische Argumente aufeinander, um deren Anerkennung mit unterschiedlichen Mitteln gerungen wird. Dazu gehören u. a. öffentliche Transparenz oder Verschwiegenheit, Mobilisierung von fachlicher, politischer oder wirtschaftlicher Unterstützung aus jeweils zugänglichen Netzwerken durch informelle **Kommunikation** oder mediale Intervention, investigative Recherchen sowie der kluge Einsatz indirekter oder paradoxer Interventionen¹, die neue Perspektiven auf den Gegenstand von Aushandlungen eröffnen.

Auch besonders machtvolle Akteure akzeptieren inzwischen in Aushandlungsprozessen die Notwendigkeit **sozialer Innovationen**, erweisen sich bei deren Durchsetzung jedoch häufig als skeptische oder zögerliche Bedenkenräger. Akteure mit geringerer Handlungsmacht, die zumindest auf einer schrittweisen Umsetzung **sozialer Innovationen** bestehen, sind deshalb – wie schon weibliche **Widerstandsformen** gegen patriarchale Einschränkungen im 19. und 20. Jahrhundert – auf *Listen der Ohnmacht*² angewiesen (Honegger & Heintz, 1981): Sie beflügelten ab den 1970ern die kreative Rückbesinnung auf eine behutsame Stadterneuerung (Altrock, 2018, S. 2444), unterschiedliche Variationen kollektiver Wohnformen (Kurz, 2015), die Rückgewinnung öffentlicher Handlungsmacht gegenüber spekulativen Investoren (Altrock et al., 2023; Ziehl, 2020), Ansätze der Rekommunalisierung von Daseinsvorsorge (Höffler et al., 2013) sowie zivilgesellschaftliche Umwandlungen von Verkehrsräumen in Lebensräume (Allianz der freien Straße, 2022; Golomb, 1985).

Die **Komplexität transformativer** Aufgaben in der räumlichen Entwicklung ist angesichts der sich überlagernden Krisen durch klimatische, politische, pandemische und wirtschaftliche Ereignisse offensichtlich. Zudem erzeugen Einzelmaßnahmen gelegentlich auch kontraproduktive Effekte in davon beeinflussten Lebensbereichen. So verteuern sich z. B. dringend erwünschte erneuerbare Energien und dafür nutzbare Technologien und reduzieren dadurch deren Akzeptanz insbesondere bei den vielen Menschen mit niedrigem Einkommen, die sich solche Investitionen nicht leisten

- 1 Paradoxe Interventionen arbeiten mit einer Übertreibung festgefahrener Sichtweisen und Kommunikationspraktiken mit dem Ziel, diese als solche offenzulegen und dadurch neue Perspektiven auf einen Gegenstand zu eröffnen.
- 2 Gemeint sind damit klug konzipierte Interventionen an geeigneten Orten zum richtigen Zeitpunkt, die wie Akupunkturdenkhorizonte und Spielräume für **experimentelles und sozial innovatives Handeln** erweitern können.

können. Gleichzeitig erhöhen klimatische Veränderungen den Zeitdruck zur Umsetzung von Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine **transformative** Stadtentwicklung mit einem Fokus auf **sozialer Innovation**, wie sie von den Herausgeber*innen dieses Bandes angestrebt wird, nur durch eine kluge Bündelung aller verfügbaren Ressourcen in kooperativen Aushandlungsprozessen zu verwirklichen ist. Um entsprechende Maßnahmen realistisch **planen** und umsetzen zu können, ist auch eine Festlegung räumlicher und zeitlicher Prioritäten erforderlich. Diese können jedoch durch aktuelle politische Entwicklungen – wie beispielsweise die mühsam ausgehandelten Umsiedlungen für den Braunkohletagebau (Hater, 2000) – obsolet werden. Angesichts der **Komplexität** notwendiger räumlicher Veränderungen auf unterschiedlichen Handlungsebenen können aushandelnde Akteure längst nicht mehr auf schnelle Patentlösungen hoffen. Vielmehr ist multiperspektivisches Denken und Respekt gegenüber unterschiedlichen Erfahrungen und Wissensbeständen erforderlich, um trotz bestehender Ungewissheit und Unsicherheit relevante Handlungsziele immer wieder neu zu definieren und diese in adäquaten Aushandlungspraktiken unter Berücksichtigung lokaler und regionaler **Kontext**bedingungen umzusetzen. Vor diesem Hintergrund erscheint es im Vorfeld von Aushandlungen geboten, sich intensiver mit (Fehl-)Entscheidungen in der Vergangenheit zu beschäftigen und ihre Hintergründe zu analysieren, um Handlungsansätze auf der Basis einer sorgfältigen, kurz-, mittel- und langfristigen wirtschaftlichen, politischen, soziokulturellen und ökologischen Risikoabwägung entwickeln zu können. Dabei ist auch zu klären, welche Akteurskonstellationen unter welchen ethischen, **rechtlichen** und **sozialen** Gesichtspunkten Verantwortung für mögliche Fehlentwicklungen übernehmen und mit welcher materiellen Ausstattung diese ggf. kompensierbar sind. Die Verschiebung der Verantwortung zwischen Disziplinen, Fachressorts und räumlichen Entscheidungsebenen gilt es in Aushandlungsprozessen frühzeitig zu unterbinden zugunsten einer gemeinsamen Verantwortlichkeit aller Beteiligten und deren Bereitschaft, die **systemischen** Folgen ihres Handelns im Blickfeld zu behalten, um auch zukünftige Veränderungen mit einem Augenmerk für mögliche **soziale Innovationen** gesellschaftspolitisch gestalten zu können. Dieser hohe reflexive Anspruch kann zwar notwendige urbane **Transformationen** verzögern. Vorschnelle Entscheidungen angesichts der Dringlichkeit von **Transformationen** haben sich jedoch schon zu oft als kontraproduktiver und langfristig kostspieliger Bumerang erwiesen. Deshalb wird hier für gut durchdachte, interdisziplinär erarbeitete und schrittweise in ihren Ergebnissen evaluierte **Transformationsprozesse** plädiert, die **soziale Innovationen** am ehesten **nachhaltig** gewährleisten können.

Chancen und Grenzen sozialer Innovationen durch Aushandlung räumlicher Transformationen

Da der quantitative und qualitative Mehrwert **sozialer Innovationen** in unterschiedlichen Phasen der Aushandlung räumlicher **Transformationen** nicht von allen Beteiligten gleichzeitig erkannt wird, sollte diesem Aspekt in entsprechenden Prozessen mehr und gezielte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Denn alle kleineren und größeren räumlichen Veränderungen **wirken** sich auf Menschen aus: Sie nutzen Räume als Wohnende, Beschäftigte oder Reisende und erleben **soziale Innovationen** in unterschiedlicher Weise je nach Alters- und Geschlechtszugehörigkeit, Gesundheitszustand, **Bildungsniveau** und räumlichen Vorerfahrungen. Dies zeigt sich

besonders deutlich, wenn Menschen aus großstädtischen Umgebungen in suburbane Lebenswelten wechseln und auf Schwierigkeiten stoßen, ihre Alltagsroutinen fortzusetzen. Sie finden dort nicht sofort den ihrer Qualifikation angemessenen Arbeitsplatz und auch selten die gewohnte vielfältige Infrastruktur für Kinderbetreuung, **Bildung**, Gesundheitsversorgung etc. und müssen deshalb räumliche Anpassungen vornehmen (Menzl, 2007, S. 167–169). Auch Erfahrungen von Geflüchteten oder hoch qualifizierten Zuwander*innen verweisen darauf, dass eine Anpassung an fremde räumliche Lebensbedingungen nicht nahtlos funktioniert und vielfältige Aushandlungen in Nachbarschaften und mit Institutionen erforderlich sind, die ihrerseits solche Ankunftsräume prägen (Arouna et al., 2022; Becker, 2018; Yildiz, 2023).

Erfolgschancen von Aushandlungen in räumlichen Anpassungsprozessen sind davon abhängig, ob es den Beteiligten gelingt, ihre jeweiligen Perspektiven und Lebensrealitäten verständlich zu machen, um bestmögliche Lebensbedingungen zu erreichen. Dies kann am besten in **partizipativen** Aushandlungsverfahren auf Augenhöhe **gelernt** werden, die sich nicht allein auf Informationsvermittlung beschränken, sondern auch eine koproduktive Mitgestaltung zulassen. Es reicht z. B. nicht aus, Bündnisse für das Wohnen zwischen Politik und Wohnungswirtschaft auszuhandeln, wenn bezahlbares Wohnen dennoch für viele Menschen in der Praxis weiter nicht erreichbar bleibt. Umgekehrt müssen aber auch zivilgesellschaftlich **engagierte** Mieter*innen erkennen, dass die Umsetzung ihrer Forderung nach Kommunalisierung von Wohnungsbeständen nicht von allen Gemeinden finanzierbar ist und längerfristig auch mit Kürzungen staatlicher Leistungen in anderen wichtigen Lebensbereichen einhergehen kann. Auch Unternehmen mussten trotz ihrer **Kapitalmacht** vielerorts **lernen**, dass ihre Ziele nicht ohne Weiteres gegen politisch-administrative und zivilgesellschaftliche Interessen durchsetzbar sind: Denn Kommunen können – wie beispielsweise im Fall des auf spekulative Verwertung wartenden Hamburger Holsten-Areals – Baugenehmigungen verweigern, an Anforderungen knüpfen oder den Rückkauf eines Baugebietes einleiten. Auch Bürger*inneninitiativen gelingt es immer wieder – wie im Hamburger Gängeviertel (Ziehl, 2020) oder auf dem Esso-Areal an der Hamburger Reeperbahn (Tribble, 2021) –, Investoren**pläne** durch künstlerische Interventionen zu durchkreuzen. Empfehlenswerte und bis heute anregende strategische Überlegungen zu erforderlichem **Lernen** von unterschiedlichen Akteuren in Aushandlungsprozessen regionaler Entwicklungsperspektiven finden sich in der Analyse „Lernender Regionen“ von Stein (2015). Die Akzeptanz **komplexer** räumlicher **Transformationen** setzt voraus, dass damit einhergehende **soziale Innovationen** als Mehrwert erlebbar sind. Nur so sind schließlich auch die dafür erforderlichen politischen Mehrheiten in demokratischen Entscheidungsprozessen erreichbar.

Literaturverzeichnis

- Allianz der freien Straße (Hrsg.). (2022). *Manifest der freien Straße*. Jovis.
- Altrock, U. (2018). Stadterneuerung. In Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), *Handwörterbuch der Stadt und Raumentwicklung* (S. 2441-2450). ARL.
- Altrock, U., Kunze, R., Kurth, D., Schmidt, H., & Schmitt, G. (Hrsg.). (2023). *Stadterneuerung und Spekulation: Jahrbuch Stadterneuerung 2022/2023*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39659-6>
- Arouna, M., Breckner, I., Budak-Kim, H., Ibis, U., Meyer, F., & Schroeder, J. (2022). *Transformationsprozesse am Fluchttort Stadt*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-37421-1>
- Becker, A. (2018). *Zwischen Mobilität und Sesshaftigkeit: Sozialräumliche Verortung hochqualifizierter Migranten in Hamburg*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22116-4>
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). (o. J.). *Die Entwicklung der Internationalen Bauausstellungen*. Abgerufen am 11. September 2023 von <http://www.internationale-bauausstellungen.de/iba-geschichte>
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). (o. J.). *Die Neue Leipzig-Charta*. Abgerufen am 19. Dezember 2023 von <https://www.bmwsb.bund.de/Web/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html>
- Golomb, E. (Hrsg.). (1985). *Verkehrsberuhigung und Sozialraumgestaltung im Wohngebiet*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hater, K. (2000). *Gesellschaftliches Lernen im politischen Diskurs: Eine Fallstudie zum Diskurs über das Braunkohletagebauvorhaben Garzweiler II*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-93224-2>
- Helbig, M., & Jähnen, S. (2018). *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. <https://hdl.handle.net/10419/179001>
- Höffler, F., Schaefer, C., Papenfuß, U., Rosenfeld, M. T. W., & Landsberg, G. (2013). Rekommunalisierung: Renaissance öffentlicher Unternehmen? *Wirtschaftsdienst*, 93, 71-86. <https://doi.org/10.1007/s10273-013-1489-1>
- Honegger, C., & Heintz, B. (Hrsg.). (1981). *Listen der Ohnmacht: Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen*. Europäische Verlagsanstalt.
- Kurz, D. (2015). Kollektive Wohnformen. In M. Hugentobler, A. Hofer, & P. Simmendinger (Hrsg.), *Mehr als Wohnen: Genossenschaftlich Planen – Ein Modellfall aus Zürich* (S. 34-39). Birkhäuser. <https://doi.org/10.1515/9783035604634>
- Menzl, M. (2007). *Leben in Suburbia: Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg*. Campus.
- Schmid, S., Eberle, D., & Hugentobler, M. (Hrsg.). (2019). *Eine Geschichte des gemeinschaftlichen Wohnens: Modelle des Zusammenlebens*. Birkhäuser. <https://doi.org/10.1515/9783035618709>
- Schumacher, V. (2009, 8. Januar). Der Rote Punkt der Solidarität. *NDR*. <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Juni-1969-Aktion-Roter-Punkt-Boycott-gegen-Fahrpreiserhoehungen,aktionroterpunkthannover2.html>
- Selle, K. (1986). *Bestandspolitik: Zehn Beiträge zu Stadterneuerung und Wohnungspolitik*. Verlag für wissenschaftliche Publikationen.
- Stein, U. (2015). Die Regionalen in Nordrhein-Westfalen als reflexive Regionalpolitik. *Informationen zur Raumentwicklung*, 3, 261-271.
- Tribble, R. (2021). Reizungen und Reaktionen: Kunst und Planung [Dissertation, HafenCity Universität Hamburg]. <https://repos.hcu-hamburg.de/handle/hcu/562>
- Yildiz, E. (2023). Bausteine zu einer Ethik urbaner Konvivialität. In W.-D. Bukow, J. Rolshoven, & E. Yıldiz (Hrsg.), *(Re-)Konstruktion von lokaler Urbanität* (S. 127-143). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-39635-0_7
- Ziehl, M. (2020). *Koproduktion Urbaner Resilienz: Das Gängeviertel in Hamburg als Reallabor für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung mittels Kooperation von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung*. Jovis.

Bildung

Kompetenzen für und durch soziale Innovation (aus)bilden

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) fokussiert neben entsprechendem Wissen v. a. auf Bewusstsein, Fähigkeiten und Werthaltungen, die notwendig sind, um soziale Innovationen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung anzustoßen, zu gestalten und zu realisieren. Ausgehend von einem breiten Bildungsbegriff, der sowohl formale als auch informelle und nonformale Bildung meint, werden Kernkompetenzen für nachhaltige Entwicklung und ihre Bedeutung für soziale Innovation erläutert. So braucht es z. B. systemisches Denken, um nichtnachhaltige Entwicklungen zu erkennen und über nachhaltige Alternativen nachzudenken. Die tatsächliche Transformation verlangt u. a. Implementierungs- und strategische Kompetenzen. Gleichzeitig können diese Kompetenzen wiederum durch (Mit-)Entwicklung und Teilnahme an sozialen Innovationsprozessen (weiter) ausgebildet werden. Abschließend werden Ansatzpunkte für die lokale Praxis aufgezeigt, um bei allen Beteiligten die Ausbildung wesentlicher Kernkompetenzen für nachhaltige Entwicklung zu fördern und damit auch soziale Innovationen zu unterstützen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Empowerment](#), [Innovation](#), [Lernen](#), [Nachhaltigkeit](#), [Soziales](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Bohunovsky, L., & Penicka-Arndt, A. (2024). Bildung: Kompetenzen für und durch soziale Innovation (aus)bilden. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 17-24). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_3



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Bildung kann in hohem Maße dazu beitragen, gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben und zu unterstützen (Keller & Rauch, 2021). Nicht umsonst befasst sich eines der UN-Nachhaltigkeitsziele – SDG 4 „Hochwertige Bildung“ – explizit mit dem Erwerb notwendiger Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung **nachhaltiger** Entwicklung. Otto et al. (2020) definieren Bildung als eines von sechs **sozialen** Kippelementen, welche eine **soziale Transformation** auslösen können, indem sie zur raschen Verbreitung von Technologien, Verhaltensweisen, **sozialen** Normen und strukturellen Veränderungen beitragen. **Soziale Innovationen** verändern gesellschaftliche Praktiken und Prozesse im Sinne einer **nachhaltigen** Entwicklung (Peer et al., 2024). Um gesellschaftliche Veränderungsprozesse anzustoßen und aktiv einen Beitrag zu einer **nachhaltigen** Entwicklung leisten zu können, braucht es ein Verständnis davon, wie die Welt funktioniert, sowie Fähigkeiten und Fertigkeiten, die über Bildung erworben bzw. gefördert werden können. In diesem Sinne kann Bildung als Querschnittsthema gesehen werden, das wesentlich ist für das Erreichen *aller* SDGs (Bormann et al., 2022).

Im Zusammenhang mit einer **nachhaltigen Transformation** wird meist davon gesprochen, dass es Bildung *für nachhaltige* Entwicklung (BNE) braucht. BNE geht weiter als Bildung *über nachhaltige* Entwicklung, die v. a. auf Wissensvermittlung setzt. BNE hinterfragt gängige Annahmen kritisch und möchte einen Beitrag zur Problemlösung leisten (Mochizuki & Yarime, 2015). Sie zielt darauf ab, Wissen, Bewusstsein, Fähigkeiten und Werthaltungen zu entwickeln, um im Sinne einer **nachhaltigen Transformation** der Gesellschaft tätig zu werden (UNESCO, 2021). Daran zeigt sich bereits, dass der Aspekt des **Empowerments** eine wichtige Rolle spielt – es geht nicht nur um Wissensvermittlung, sondern um die Befähigung, aktiv werden und zu einer **nachhaltigen** Entwicklung beitragen zu können. Bildung *als nachhaltige* Entwicklung geht noch einen Schritt weiter und zielt auf **transformatives Lernen** und damit auf eine grundlegende Veränderung von Weltbildern und Handlungsmustern ab (Mochizuki & Yarime, 2015).

Bildung leistet zweifelsohne einen wesentlichen Beitrag zu **nachhaltiger** Entwicklung, die u. a. durch **soziale Innovationen** vorangebracht werden kann. Gleichzeitig ist es wichtig, Bildung nicht als Allheilmittel zu verstehen. Denn sie **wirkt** mit großen zeitlichen Verzögerungen (Otto et al., 2020) und schreibt z. T. **nichtnachhaltige** Praktiken fort, wenn z. B. Lehrpläne vorherrschende Paradigmen widerspiegeln oder Prüfungsmodi kritisches Denken eher unterbinden statt zu fördern.

Die Basis für BNE sollte im frühen Alter gelegt werden und sich durch alle Stufen unseres formalen Bildungssystems ziehen; gleichzeitig muss BNE angesichts der drängenden und tiefgreifenden Herausforderungen unserer Zeit über den formalen **Kontext** hinausgedacht werden (Bohunovsky & Keller, 2023). Gerade in Bezug auf **soziale Innovation** umfasst dies auch den informellen und nonformalen Sektor.

Dabei kann die lokale (urbane) Ebene eine besondere Rolle spielen. Dort treffen Menschen aufeinander, **lernen** voneinander und übersetzen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten in konkrete (mehr oder weniger **nachhaltige**) Handlungen. Die UNESCO möchte die lokale Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und Gesellschaft

fördern, um aktuelles Wissen für eine **nachhaltige** Entwicklung nutzbar zu machen (UNESCO, 2021, Teilziel 5).

Kernkompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung

Es gibt umfangreiche Literatur dazu, welche Kompetenzen notwendig sind, um zu einer **nachhaltigen** Entwicklung beitragen zu können. Unter Kompetenzen werden dabei Wissen, aber auch Fähigkeiten, Werte und Haltungen verstanden. International stark rezipiert wird das Konzept der „key competencies in sustainability“ von Wiek et al. (2011), das mit Inputs zahlreicher Expert*innen von Brundiars et al. (2021) überarbeitet und erweitert wurde.

Diese Autor*innen betonen die Notwendigkeit, erfassen zu können, welche Werte, Prinzipien, Ziele und Vorgaben mit einer **nachhaltigen** Entwicklung verbunden sind, um in der Lage zu sein, diese in der Gemeinschaft zu diskutieren und **auszuverhandeln**. Diese normative Kompetenz gibt Orientierung für alle anderen Kompetenzen und ermöglicht es z. B., die Nicht**nachhaltigkeit** von **Systemen** zu erkennen. Darüber hinaus ist **systemisches** Denken notwendig, um ein Verständnis **komplexer Systeme** zu erlangen. Das heißt, lokale bis globale Zusammenhänge in und zwischen Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft zu erkennen und dabei spezifische Merkmale **komplexer Systeme** (z. B. Kaskadeneffekte, zeitliche Verzögerungen, Rückkopplungen) berücksichtigen zu können. Wenn wir etwas zu einer **nachhaltigen** Entwicklung beitragen wollen, müssen wir auch **lernen**, in die Zukunft zu denken und Vorstellungen einer (**nachhaltigen**) Zukunft zu analysieren und zu bewerten, um mit deren Hilfe (positive) Zukunftsszenarien entwickeln zu können – ohne tatsächlich zu wissen, wie die Zukunft aussehen wird (antizipative Kompetenz). Außerdem braucht es strategische Kompetenzen, um Handlungen und Interventionen in Richtung **Nachhaltigkeit** zu entwerfen und umzusetzen. In Brundiars et al. (2021) wurde diese Kompetenz noch um die handlungsorientierte Implementierungskompetenz ergänzt, die notwendig ist, um in Aktion zu treten und bewusst Umsetzungsschritte zu gehen und somit die vorab erarbeiteten Lösungsansätze zu realisieren. Dazu gehört auch, Fortschritte zu messen und zu evaluieren sowie laufend Maßnahmen anzupassen. Dabei ist es wesentlich zu verstehen, dass der Problemlösungsprozess in Bezug auf **nachhaltige Transformation** ein langfristiger und iterativer Prozess von **Planen**, Umsetzen und Evaluieren ist.

Nachhaltigkeit ist ein gemeinsames Vorhaben, das die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Werten, Prinzipien und Zielen notwendig macht. Diese **Nachhaltigkeits**prozesse kollaborativ zu gestalten und dabei motivierend zu **wirken**, erfordert interpersonelle Kompetenzen. In Brundiars et al. (2021) wurden darüber hinaus intrapersonelle Kompetenzen ergänzt. Sie erlauben es, auf eigene Bedürfnisse, Gedanken, Verhaltensmuster, Wertehaltungen etc. zu achten. Allerdings wird intrapersonelle Kompetenz unter Expert*innen auch teilweise im Sinne eines – für eine **Nachhaltigkeitstransformation** grundlegenden – *Mindsets* verstanden.

Schließlich sollten mehrere dieser Kompetenzen kombiniert zur Lösung von **Nachhaltigkeits**problemen angewandt werden (integrierte Problemlösungskompetenz).

Soziale Innovation braucht und stärkt Kompetenzen

Wie eingangs erläutert, will BNE Menschen dazu befähigen, zur **nachhaltigen Transformation** beizutragen und aktiv zu werden. Prozesse **sozialer Innovation** mitzugestalten, anzustoßen und zu begleiten, kann so ein *aktiver Beitrag zur Transformation* sein. In diesem Sinne wird hier argumentiert, dass BNE die **Lernenden** als (gesellschaftliche) Akteure dazu befähigen kann, **soziale Innovationen** hervorzubringen, mitzugestalten, zu verstehen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig werden durch die (Mit-)Gestaltung und Teilnahme an **sozialen Innovationsprozessen** die notwendigen Kompetenzen ausgebildet und weiterentwickelt.

Bezugnehmend auf die Definition im Editorial dieses Sammelbandes (Peer et al., 2024), die **soziale Innovation** als „Rekonfiguration sozialer Praktiken und Strukturen“ versteht und drei analytische Elemente – Variation, Mehrwert und **Transformation** – benennt, kann gut veranschaulicht werden, inwiefern **Nachhaltigkeitskompetenzen** hierfür förderlich sein können. Im Folgenden werden jeweils exemplarische Kompetenzen herausgegriffen – wenngleich alle Kompetenzen hinsichtlich aller drei Elemente Anwendung finden können – und an **sozialen Innovationen** im Ernährungssystem konkretisiert.

- *Variation* bezieht sich auf Veränderungen bzw. Erneuerungen von Handlungsmustern, die von der bisher gelebten Routine abweichen. Um Variation entstehen zu lassen, braucht es jedenfalls **systemische** und antizipative Kompetenzen, da neue Handlungsmuster im Hinblick auf ihre **Wirkungen** im aktuellen **System** und für das gewünschte **System** verstanden werden müssen. So ist es z. B. notwendig zu verstehen, wie Lebensmittel aktuell produziert werden und welche **Auswirkungen** dies regional, aber auch global gesehen auf Gesellschaft und Umwelt hat (**systemische** Kompetenz). Normative Kompetenz hilft zu erkennen, dass aktuelle **nachhaltige** Produktionsformen und globale Lieferketten im Ernährungssystem massive negative **Auswirkungen** auf Umwelt und Mensch haben. Als Konsequenz kann über Alternativen wie FoodCoops oder solidarische Landwirtschaft nachgedacht (antizipative Kompetenz) und letztendlich daran teilgenommen werden (strategische und Implementierungskompetenz). Es braucht daher ein **Zusammenwirken** verschiedener Kompetenzen (integrative Problemlösungskompetenz), damit Variationen im Ernährungssystem entstehen. Umgekehrt werden durch die (Mit-)Gestaltung von und die Teilnahme an solchen **sozialen Innovationen** Kompetenzen in informellen **Lernprozessen** ausgebildet. Zum Beispiel wird durch den Austausch mit Gleichgesinnten und Expert*innen Wissen über die Zusammenhänge und **Auswirkungen** des Ernährungssystems erlangt, was wiederum **systemische** Kompetenzen stärkt.
- Um den *Mehrwert*, der durch die veränderten Handlungsweisen generiert wird – also **soziale** und ökologische Verbesserungen – zu erkennen, braucht es intrapersonelle Kompetenz. Sie ermöglicht es, eigene Bedürfnisse und Denkmuster zu reflektieren und sich möglicher Ängste und Wünsche, die mit **sozialer Innovation** einhergehen, bewusst zu werden. Um beim Beispiel Ernährungssystem zu bleiben: Die Teilnahme an einer FoodCoop oder einer solidarischen Landwirtschaft kann mit Wünschen (z. B. preis-

- werte, transparent und ökologisch produzierte Lebensmittel von regionalen Landwirt*innen zu konsumieren), aber auch mit Ängsten (z. B. erhöhter Aufwand, unsichere Versorgung) verbunden sein. Außerdem braucht es normative Kompetenzen, um den sozial-ökologischen Mehrwert mit den eigenen Werten, Prinzipien und Zielen abzugleichen. Was letztlich gesamtgesellschaftlich als Mehrwert betrachtet wird, ist ein Aushandlungsprozess, der ebenfalls normative Kompetenz benötigt. In solchen sozialen Prozessen stoßen oftmals unterschiedliche Wertesysteme aufeinander bzw. müssen sich Teilnehmer*innen möglicherweise gegenüber Menschen rechtfertigen, die den Mehrwert einer sozialen Innovation nicht erkennen. Gerade diese Auseinandersetzung mit anderen Wertesystemen – der man sich durch den Einkauf im Supermarkt gut entziehen kann – fördert umgekehrt wieder die Ausbildung der genannten Kompetenzen.
- Werden neue Handlungsmuster schließlich übernommen und institutionalisiert, spricht man von *Transformation* – das dritte Element sozialer Innovation. Dafür braucht es strategische und Implementierungskompetenz. Diese Kompetenzen sind v. a. für das (Weiter-)Entwickeln und Etablieren – weniger für die bloße Teilnahme an – sozialer Innovation notwendig. Initiator*innen einer FoodCoop müssen sich z. B. mit Angelegenheiten rund um Finanzierbarkeit, Langfristigkeit sowie strategischen Partner*innen und potenziellen Teilnehmer*innen etc. auseinandersetzen (strategische Kompetenz). Schließlich geht es auch darum, Überlegungen und geplante Schritte aktiv umzusetzen (Implementierungskompetenz).

Insgesamt muss nicht jede*r über all diese Kompetenzen verfügen, sie können auch auf verschiedene Akteure aufgeteilt sein – womit wir auch bei den interpersonellen und integrativen Problemlösungskompetenzen wären, die eine ganzheitliche Herangehensweise und gelingende Zusammenarbeit unterstützen. Das betrifft die Zusammenarbeit innerhalb einer sozialen Innovation, z. B. die Aufteilung von Kompetenzen, aber auch die Interaktion mit externen Stakeholdern, wie z. B. der Bezirksverwaltung, angrenzenden Geschäften und Bewohner*innen der Nachbarschaft oder Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen. Auch in intermediären Einrichtungen (wie z. B. Reallaboren), wo unterschiedliche Stakeholder transdisziplinär miteinander arbeiten, sind derartige Kompetenzen für die gelingende Moderation von Innovationsprozessen erforderlich.

Lokale Ansatzpunkte für die Praxis

Die lokale Ebene ist bestens geeignet, um Kompetenzen im Sinne einer nachhaltigen Transformation auszubilden und zu entwickeln, weil hier tagtäglich Entscheidungen getroffen, Mitstreiter*innen gefunden und Vorhaben umgesetzt werden (UNESCO, 2021). Städte und Quartiere können zu Reallaboren werden, in denen gemeinsam Innovation vorangebracht und nonformal Nachhaltigkeitskompetenzen (weiter) entwickelt werden. Die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen kann darüber hinaus die Kompetenzbildung im formalen Sektor fördern und den klassischen Schulunterricht ergänzen.

Kooperationen zwischen Träger*innen **sozialer Innovationen** und wissenschaftlichen Akteuren, nonformalen Bildungspartner*innen und/oder formalen Lehrkräften im Rahmen von **transdisziplinären** Forschungsprojekten können die Wissens- und Methodenbasis für **soziale Innovationen** verbreitern. Ebenso können Service-Learning-Projekte, d. h. die Begleitung bzw. Durchführung von lokalen Projekten durch Studierende oder Schüler*innen innerhalb des Unterrichts, ein **wirksames** Format für **soziale Innovation** sein (Bormann et al., 2022). Praktische Beispiele dafür sind die *Sustainability Challenge* (RCE Vienna, 2023) oder das Projekt TrafoBNE (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2023) mit ihren **Lernwerkstätten**.

Um Projekte wie diese auf den Weg zu bringen und ihr Potenzial für eine **nachhaltige Transformation** besser auszuschöpfen, braucht es förderliche Strukturen. Dazu gehören offene Bildungszentren, Austauschplattformen und Angebote zur **Partizipation** sowie die Unterstützung von politischer Seite. Gleichzeitig müssen solche Prozesse kritisch begleitet werden und dürfen nicht als Allheilmittel betrachtet werden. So zeigten Huckle und Wals (2015), dass auch die BNE-Dekade der United Nations stark in vorherrschenden nicht**nachhaltigen** Paradigmen verankert blieb.

Unterschiedliche Formen der Bildung (formal, nonformal, informell) können Schlüssel für **soziale Innovationen** inner- und außerhalb des urbanen Raums sein. Dabei spielt die Kompetenzentwicklung von Praktiker*innen der Stadtentwicklung eine ebenso wichtige Rolle wie die von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren sowie der breiten Bevölkerung. Auch wenn Bildungsprozesse Zeit benötigen, die angesichts der Dringlichkeit der Herausforderungen knapp ist, sind sie zentrale Teile einer **Nachhaltigkeitstransformation** und haben das Potenzial, nötige Veränderungen auszulösen (Otto et al., 2020).

Literaturverzeichnis

- Bohunovsky, L., & Keller, L. (2023). Kapitel 21: Bildung und Wissenschaft für ein klimafreundliches Leben. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 567-589). Springer Spektrum.
- Bormann, I., Singer-Brodowski, M., Janina, T., Wanner, M., Schmitt, M., & Blum, J. (2022). *Transformatives Lernen durch Engagement – Soziale Innovationen als Impulsgeber für Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Umweltbundesamt.
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/transformatives-lernen-durch-engagement-soziale>
- Brundiars, K., Barth, M., Cebrián, G., Cohen, M., Díaz, L., Doucette-Remington, S., Dripps, W., Habron, G., Harré, N., Jarchow, M., Losch, K., Michel, J., Mochizuki, Y., Rieckmann, M., Parnell, R., Walker, P., & Zint, M. (2021). Key competencies in sustainability in higher education – toward an agreed-upon reference framework. *Sustainability Science*, 16(1), 13-29. <https://doi.org/10.1007/s11625-020-00838-2>
- Huckle, J., & Wals, A. E. J. (2015). The UN Decade of Education for Sustainable Development: business as usual in the end. *Environmental Education Research*, 21(3), 491-505.
<https://doi.org/10.1080/13504622.2015.1011084>
- Keller, L., & Rauch, F. (2021). SDG 4 Hochwertige Bildung. In Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich (Hrsg.), *UniNETZ-Optionenbericht: Österreichs Handlungsoptionen für die Umsetzung der UN-Agenda 2030 für eine lebenswerte Zukunft*. <https://www.uninetz.at/optionsbericht>
- Mochizuki, Y., & Yarime, M. (2015). Education for Sustainable Development and Sustainability Science. In M. Barth, G. Michelsen, M. Rieckmann, & I. Thomas (Hrsg.), *Routledge Handbook of Higher Education for Sustainable Development* (S. 11-24). Routledge.
- Otto, I. M., Donges, J. F., Cremades, R., Bhowmik, A., Hewitt, R. J., Lucht, W., Rockstrom, J., Allerberger, F., McCaffrey, M., Doe, S. S. P., Lenferna, A., Moran, N., van Vuuren, D. P., & Schellnhuber, H. J. (2020). Social tipping dynamics for stabilizing Earth's climate by 2050. *PNAS*, 117(5), 2354-2365.
<https://doi.org/10.1073/pnas.1900577117>
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1-9). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- RCE Vienna. (2023). *Sustainability Challenge: Regional Centre of Expertise Vienna*. Abgerufen am 18. Juli 2023 von <https://sc.rce-vienna.at/>
- UNESCO (2021). *Bildung für nachhaltige Entwicklung: Eine Roadmap*.
<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf00000379488>
- Wiek, A., Withycombe, L., & Redman, C. L. (2011). Key competencies in sustainability: a reference framework for academic program development. *Sustainability Science*, 6(2), 203-218.
<https://doi.org/10.1007/s11625-011-0132-6>
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. (2023). *TrafoBNE: Transformatives Lernen durch Engagement – soziale Innovationen als Impulse für Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Abgerufen am 18. Juli 2023 von <https://wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/814>

Empowerment

Wer ermächtigt wen nachhaltig? Ein Klärungsversuch

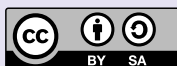
Empowerment bzw. Ermächtigung ist seit den 1980ern in internationalen und nationalen Diskursen als einflussreiches, transdisziplinäres Konzept quer zu wissenschaftlichen Disziplinen und gesellschaftlichen Funktionssystemen gut bekannt. Es thematisiert soziale Ungleichheiten und zielt auf deren Überwindung. Anhand eines konkreten Beispiels wird im folgenden Beitrag gezeigt, wie Empowerment-Ansätze implementiert werden und an ihren Ansprüchen auch scheitern können. In refeudalisierenden Praxen der Statuszuweisung zeigt sich, dass Ermächtigungsansätze auch ausschließend wirken und Ungleichheiten verschärfen können. Transformationsvorhaben aus Gemeinwohl-Ökonomie, aus sozial-ökologisch nachhaltigem Handeln gleichermaßen wie aus regionaler und urbaner Planung mit Ermächtigungsanspruch können diesem Risiko aufsitzen, so die These dieses Beitrags.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Gemeinwohl](#), [Gerechtigkeit](#), [Kapital](#), [Soziales](#), [Wirksamkeit](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Brandstetter, M. (2024). Empowerment: Wer ermächtigt wen nachhaltig? Ein Klärungsversuch. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 25-32). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_4



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Empowerment gilt in einschlägigen Glossaren und auch in handlungspraktischen Anleitungen als grundsätzlich *gelingendes politisch motiviertes Handeln* (Herriger, 2002; Perkins, 2010), das auf **sozialen** Wandel abzielt bzw. auf die Ermächtigung von ungleichen oder benachteiligten Statusgruppen. Nicht nur in mehreren Berufen und akademischen Disziplinen kommt es zur Anwendung, sondern auch in allen gesellschaftlichen Funktionssystemen (Gesundheit, **Recht**, Erziehung, Wissenschaft, Technologie, Medien) wird Empowerment gegen ethnozentrische, konservative Ansätze und gegen unfaire Macht-, Chancen- und Mittelverteilungen zur Lösung **sozialer**, ökonomischer, politischer, gesundheitlicher und ökologischer Probleme seit den 1980ern eingesetzt.

Dem Konzept Empowerment – wie es u. a. von Solomon (1987), Rappaport (1984), Berger und Neuhaus (1977), Zimmermann (1989), Hur (2006) und Szlamka et al. (2022) über Dekaden in verschiedenen international geführten Debattensträngen der Geistes-, **Sozial-** und **Kulturwissenschaften** laufend weiterentwickelt wurde – empirisch sowie theoretisch fundierte Kritik entgegenzubringen, ist in den **sozialwissenschaftlichen** Fachdiskursen eher unüblich (Bakic, 2013). Aus politik-, gesundheits- und volkswirtschaftlicher sowie pädagogischer und soziologischer Sicht gilt der Empowerment-Ansatz – oft synonym mit *Advocacy* verwendet (vgl. dazu Sabo et al., 2013; Solomon, 1987) – als theoretisch zuverlässig und als interdisziplinär anerkannt.

Empowerment erhebt aber den Anspruch, **komplexe** organisatorische **Transformationsprozesse** nicht nur zu initiieren, sondern auch bewerten zu können (Perkins & Zimmermann, 1995). Mögliche Überfrachtungen können daraus resultieren, so die Ausgangshypothese dieses Beitrags. So könnte der Blick auf relevante **soziale** Dynamiken dadurch verloren gehen, was insbesondere für die Durchführung von **transdisziplinären sozial-ökologischen Nachhaltigkeitsprojekten** relevant erscheint: Gerade in **Transformationsprozessen** geht es i. d. R. um Fragen des *Machtungleichgewichts* bzw. um die damit verbundenen unterschiedlichen „Machtraten“ (Neckel & Mijic, 2010, S. 359) von Statusgruppen¹. **Planerische** Sachzwänge (demografischer Wandel, ökologische Veränderungen, Wanderungsdynamiken etc.), die großen gesellschaftlichen Fragen von urbanen wie auch suburbanen oder peripheren Gebietskörperschaften, die Fragen von Privilegien und von Nachteilen sind entlang von Statusunterschieden verteilt und berühren vielfach Themen der fairen Verteilung begehrter Ressourcen bzw. der Verfügungsgewalt über bestimmte Güter.

Im Folgenden wird aus diesem Grund anhand eines *konkreten* Empowerment-Vorhabens in einer kleinen Kommune sichtbar gemacht, wie Fragen von Verfügungsmacht (Elias & Scotson, 1990) immer an entsprechende vorherrschende **soziale** Ordnungssysteme gekoppelt sind, warum **Transformation** immer mit dem **Widerstand** etablierter Gruppen und Akteure einhergeht bzw. weshalb Empowerment als Lehrbuchkonzept an manchen Stellen womöglich zu kurz greifen kann und warum es gerade in **Nachhaltigkeitsprojekten** von Bedeutung ist.

1 Damit ist gemeint, dass Gruppen in **sozialen** Dynamiken stets unterschiedlichen Verfügungsgewalten unterliegen, die im jeweiligen Empowerment-Prozess eine relevante Rolle spielen. Gruppen mit geringerer Verfügungsgewalt treten ggf. weniger bestimmend auf, was zum besagten Ungleichgewicht in Umsetzungsprozessen führen kann.

Empowerment als Prozess

Um *gelungenes politisch motiviertes Handeln* als Handlungsansatz auch bei **Nachhaltigkeits**projekten, bei Vorhaben der Verteilungsgerechtigkeit und anderen heiklen Themen zum Einsatz zu bringen, hat Sadan (2017) ein renommiertes Modell eines Empowerment-Vorgehens vorgelegt, das die Fragen der machtbezogenen Strukturbildung auf der Ebene von Kommunen, Regionen, Nationen und supranationalen Institutionen in den Blick nimmt und das auf die Schaffung von „neuen, verlässlichen Bündnissen“ (Neckel, 2022, S. 165) in Projekten abzielt.

So beschreibt Sadan (2017; vgl. auch Rubin & Rubin, 1992) folgende Etappen einer idealtypischen Durchführung von Empowerment-Prozessen gleichermaßen wie eine kritische Prüfung solcher Vorhaben mithilfe der sogenannten DARE-Kriterien, die für die Etappen des *Definierens, Agierens, Erhaltens und Evaluierens* stehen:

- *Who determines the goals?* Wer sind die bestimmenden Kräfte, die das Vorhaben voranbringen können und wollen? Welche Definitionswirksamkeit erzielen diese auch im Vorhaben?
- *Who acts to achieve the goals?* Wer sind die zentralen Akteure, die eine Rolle einnehmen bzw. die auf jeden Fall berücksichtigt werden müssen?
- *Who receives the actions?* Wer sind die Betroffenen, die vom Empowerment (am meisten) profitieren?
- *Who evaluates the actions?* Welche (unabhängige) Stelle ist fähig und willens, die gesetzten Schritte anhand der Empowerment-Ansprüche zu prüfen?

Unter exakter Bearbeitung dieser Fragen kann – so die Autor*innen – ein empirisch geprüfter „Test für Community Empowerment“ (Rubin & Rubin, 1992)² initiiert und damit eine kritisierbare Planungs-, Handlungs- und Durchführungsanleitung geschaffen werden. So haben Anwender*innen, die einen verlässlichen Wandel – im Modell als „notwendiger Wandel“ bezeichnet – der dahinterstehenden Macht- und Beziehungsstrukturen und letztlich auch einen Zugewinn an politischer Macht erreichen wollen, ein kritisches Instrument zur Hand (Sadan, 2017, S. 90).

Felsendorf – Ein Fallbeispiel für gelungenes Empowerment?

Ziehen wir nun ein kommunales Beispiel heran, das entlang der DARE-Kriterien entwickelt bzw. im Feldexperiment umgesetzt worden ist, um den o. g. Anspruch, politische Macht zu gewinnen, zu diskutieren. Das für diesen Beitrag anonymisierte und verfremdete Fallbeispiel Felsendorf soll darstellen, ob und inwieweit über eine solche Konzeption von Empowerment tatsächlich der geforderte Wandel erreicht werden bzw. wie ein konkretes Empowerment-Projekt in einer Kommune (im peripheren wie auch im urbanen Raum) aussehen kann. Inhaltlich ging es dabei um die Herausforderungen des demografischen Wandels in der Raum- und Infrastruktur-

2 Als Community wird in diesem Beitrag eine *Gemeinde* im kulturwissenschaftlichen Sinn nach König (1958) verstanden, der eine Gemeinde stets als Abbild einer globalen Gesellschaft in einer kleinräumigen Lokalität mit unterschiedlichen Funktionen, sozialen Gruppen und Einheiten in vielzähligen und -fältigen sozialen Interaktionen und geteilten Verbindungen sowie Wertsetzungen, Symbolen und Institutionen begreift.

planung, die viele Regionen und Kommunen suburbaner Einzugsgebiete aktuell beschäftigen. In dieser Kleinstadt ist aufgrund ihrer demografischen Entwicklung ein Konflikt um die Verteilung öffentlicher Ressourcen erwartbar. Das Risiko, dass Jugendliche und junge Erwachsene wegen ihres abnehmenden Stimmenpotenzials benachteiligt werden könnten, bildete den Hintergrund für das Projekt *Jugendbeteiligung in Felsendorf*, das 2019 startete. In der Initiierungsphase (*Who acts to achieve the goals?*) traten Bürgermeister*in und Jugendgemeinderät*in an eine Hochschule mit dem Auftrag heran, einen Jugendbeteiligungsprozess zu begleiten, bei dem 20 % der Jugendlichen mit türkischem und 30 % mit rumänischem Migrationshintergrund vom Melderegister ausgewiesen wurden.

Als Initiatorin für die Erfassung der Ausgangslage, Problemstellung und Zielformulierung agierte die Gemeindeführung selbst, die *ihre Jugendlichen* – so der Auftrag – in den letzten Jahren nicht mehr erreicht hatte und sich in Anbetracht eines *unterbesuchten Jugendzentrums* und eines *Mitgliederschwunds in den kommunalen Vereinen* im Kern der Kleinstadt ratlos zeigte.

Hinter der Auftragsvergabe stand eine Problembeschreibung, die das *Who receives the action?* im Blick und das Problembild *jugendliche Zugezogene* zum Gegenstand hatte. Es war also klar, dass die Jugendlichen selbst (als *türkischstämmig* und als *rumänischstämmig* bezeichnet) als die Problemträger*innen gesehen wurden. Idealtypisch kam dies auch in Sprachbildern zum Vorschein: *Die türkischen Jugendlichen machen viel Ärger. Die rumänischen sind angepasst und gut in der Schule*; so der*die Schuldirektor*in. *Meistens ziehen die Clans eh nach wenigen Jahren wieder weiter*; so der*die Jugendgemeinderät*in.

Ein **partizipativer** Ansatz der Forschung (Sauer, 2017; Unger, 2014) im Sinne von Koforschung war das Mittel der Wahl, in dem Jugendliche selbst in die Rolle der Forschenden eingeführt wurden und selbst wiederum andere Jugendliche befragten. Die Frage *Who receives the action?* konnte beantwortet werden mit: *die Jugendlichen*.

Von zwanzig Studierenden und rund achtzig jugendlichen Koforscher*innen wurden Gruppendiskussionen, Begehungen und Beobachtungen initiiert und durchgeführt. Insgesamt waren 300 Jugendliche erreicht worden, die sich mit z. T. hohem Einsatz eingebracht hatten und den Studierenden in regelmäßigen Abständen berichteten sowie Fotografien und Gesprächsprotokolle lieferten.

Trotz umfassender Bekanntmachung blieben die Jugendlichen der Ergebnispräsentation in einer dafür anberaumten Gemeindegemeinschaft aber geschlossen fern. Kein*e Koforscher*in erschien. Ausschließlich Gemeinderät*innen, Vereinsvorstände und interessierte erwachsene Bürger*innen kamen. Auch die Familienangehörigen sowie Lehrer*innen der involvierten Jugendlichen folgten der Einladung der Gemeindevertretung nicht.

Das lokale Jugendzentrum war letztlich damit beauftragt worden, den Misserfolg des Empowerment-Projekts im Zuge der Präsentation entlang der Frage *Who evaluates the action?* unabhängig in den Blick zu nehmen, und resümierte: Das Scheitern war auf den Risikofaktor Ausgangslage – *Who defines the goal?* – zurückzuführen; es

hatte am Nichteinbeziehen von Jugendlichen in der Auftragsvergabephase gelegen, so eine erste Evaluierung des Empowerment-Prozesses.

Während der Selbstevaluierung vonseiten der Hochschule zeichnete sich eine weitere „Unzuhandenheit“ (Wolff, 2015, S. 234) ab, die auf eine andere Leerstelle im Empowerment-Vorgehen verwies: die unberücksichtigt gebliebenen Themen der **sozialen** Ungleichheitspositionen der Akteursgruppen im Projekt sowie in der Kommune selbst. Die Statusdifferenz von Jugendlichen und Auftraggeber*innen bildete den Stolperstein. Die unbearbeitete Ungleichheitsrelation zwischen den (erwachsenen) Auftraggeber*innen und den involvierten Jugendlichen, die bis zur Projektpräsentation kein Abgeben von Handlungsmacht (an die Jugendlichen) mit sich gebracht hatte, spielte eine entscheidende Rolle für das Fernbleiben. Das gilt nicht nur für Felsendorf, sondern für Empowerment-Projekte grundsätzlich: Statusunterschiede und ungleich verteilte Machtraten stellen – so die Deutung – immer einen, wenn nicht gar *den* kritischen Faktor dar.

Mit der Frage *Who determines the goals?* findet zwar eine Andeutung eines (möglichen) machtbezogenen Ungleichgewichts zwischen Akteuren und (mehreren) anderen Gruppen statt, die Notwendigkeit seiner Auflösung wird aber damit nicht veranlasst. Ähnlich wie die Jugendlichen bei der Gemeindegemeinschaften könnte auch in Empowerment-Vorhaben die erforderliche Diskussion der Bewältigung unterschiedlicher Statuspositionen ausbleiben, wenn es zu keiner echten Verhandlung über ein Abgeben von Handlungsmacht kommt.

So wiesen schon Elias und Scotson (1990) in der klassischen Studie „Etablierte und Außenseiter“ nach, dass bzw. warum Vorhaben wie die oben beschriebenen mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern und welches fehlende Werkzeug in Empowerment-Vorhaben einem solchen Misslingen vorbeugen könnte. Im englischen Vorort Winston Parva war idealtypisch nachgewiesen worden, wie eine bestimmte (zugezogene) Bevölkerungsgruppe voraussetzungslos zum Träger negativer Merkmale (gemacht) wurde: einfach weil sie über eine schlechtere Machtrate verfügte. Im konkreten Fall war es die schlichte Tatsache, dass eine Gruppe *nach* den angestammten Gruppen in die Gemeinde gezogen war, die den Grund für den **systematischen** Ausschluss bildete. Elias' und Scotsons (1990) Schlussfolgerung: Außenseiter*innen werden *gemacht* und sie fügen sich für gewöhnlich auch in die Rolle derjenigen, die exkludiert werden, indem sie sich in einen Zustand des (auch passiven) **Widerstands** begeben (vgl. Neckel & Mijic, 2010, S. 358).

Für Empowerment-Vorhaben verallgemeinernd als Arbeitshypothese auf den Punkt gebracht: Herrschende, statusüberlegene Gruppen sind *i. d. R.* dazu veranlasst – allein weil sie zur ersten Gruppe am Ort gehören –, sich als „besserer Menschenschlag“ (Neckel & Mijic, 2010, S. 358) zu verstehen und die verfügbaren Machtquellen für gewöhnlich auch dafür zu nutzen. Die erste Gruppe zu sein, führt im Allgemeinen zu einem Statusungleichgewicht, was wiederum auf der Seite der weniger Mächtigen vielfach in Ohnmachts-, Rebellions- oder Rückzugshandeln mündet. Macht als streng relationale Ressource oder **Kapital** geht demnach zwangsläufig mit dem Gefühl des *Nicht-entsprechen-Könnens* einher und entzieht sich für gewöhnlich einem kritischen Blick – als ein von Macht verursachtes Problem.

Dieser Deutungsansatz, mit dem das Fernbleiben der Jugendlichen bei der Gemeindegemeinschaft in Felsendorf auf den Punkt zu bringen ist, erscheint plausibel: Es war eine letzte Bastion des **Widerstands** vonseiten der Jugendlichen, eine Strategie des Protests in Anbetracht der Tatsache, dass die Gemeindeführung bis zuletzt keine konkreten Zugeständnisse an die Beteiligten bzw. Koforscher*innen gemacht hatte und die auftragnehmende Hochschule diesen Prozessschritt auch nicht eingefordert hatte. Nur ein konkret thematisierter und **ausverhandelter** Machtausgleich zwischen Jugendlichen und Gemeindeführung – vermutlich bereits bei Auftragsvergabe – hätte gewährleisten können, dass nicht nur die Bedürfnisse der Jugendlichen gesehen, sondern auch ihre Gestaltungs- und **Mitwirkungsmacht** hätte anerkannt werden müssen.

Fazit

Entscheidend für Empowerment-Projekte ist letztlich eine *erweiterte* Frage nach dem *Who determines the goals?* Offensichtlich braucht es hier eine Ausweitung auf die Dimension der *Statusanalyse aller Akteursgruppen* und auf das Moment, wer in diesem **Kontext** wen genau ermächtigt und welche Ressourcen von Autonomie wie auch von Macht dabei bereitgestellt werden (vgl. Zychlinski, 2012, S. 102).

Das wäre die Stoßrichtung, die v. a. im Umgang mit **sozial-ökologischen** Projekten und Empowerment-Prozessen einzuschlagen ist, geht es doch gerade in solchen Vorhaben um die erhebliche Frage des Veränderns von Machtverhältnissen, des Abgebens von Definitions- und Gestaltungswirksamkeit. Sobald Infrastrukturen als „unabdingbare Voraussetzung jedweden Wandels hin zum Gemeinwohl und zur Nachhaltigkeit“ (Neckel, 2022, S. 161) im Fokus von Vorhaben und Projekten stehen, ist die in Winston Parva und Felsendorf in den Vordergrund geratene Frage nach dem *Wie* der Veränderung von Institutionen, Gesetzen und Praktiken nur durch die konkrete, anwendungsbezogene Berücksichtigung von macht- und statusbezogenen Variablen denkbar.

In Empowerment-Projekten sollen alle Anspruchsgruppen in die Lage gebracht werden, Machtverhältnisse nachweisbar und *frühzeitig* im Prozess zu übertragen bzw. übertragen zu bekommen. Empowerment kommt nicht nur mit „Zugeständnissen“, „gutem Willen“ oder „Utopien“ (Sadan, 2017, S. 91) allein aus, sondern braucht ein klares Abgeben der Entscheidungsgewalt an den jeweils entscheidenden Stellen der politischen, **sozialen** und/oder ökonomischen Machtkonzentrationen. Die sich aktuell in **Transformation** befindliche Struktur **sozialer** Ungleichheit spätmoderner Gegenwartsgesellschaften hingegen, die sich über „versteckte Exklusionsstrategien in Inklusionsmustern bzw. in refeudalisierenden Praxen der Statuszuweisung“ (Neckel, 2020, S. 7) charakterisiert, findet sich de facto (noch) nicht in den gängigen Arbeiten zu Empowerment. Zeitdiagnostiker wie Lessenich, Nachtwey (2021) oder Neckel machen anhand zahlreicher Beispiele sichtbar: Ungleiche Machtverhältnisse stehen etwa hinter dem „global im großen Stil betriebenen Ressourcenabbau und den damit in den rohstofffördernden Ländern einhergehenden Umweltbelastungen, Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen“ (Lessenich, 2016, S. 13). Sie beschreiben den o. g. **sozialtheoretisch** fundierten Einblick in die **sozialstrukturellen** Zusammenhänge, die ungeschönte Einsicht in Abhängigkeiten, in mikro-, meso- sowie makro**soziale** Beziehungsstrukturen und Wechsel**wirkungen**. Ein glaubwürdiges Empowerment-Modell braucht exakt

eine so formulierte, empirisch fundierte Analyse der Statusvor- und -nachteile, der sozialen Über- und Unterordnung. Erst dann kann die Frage nach dem *Who defines the goals?* oder *Wer beteiligt wen?* glaubwürdig gestellt werden. Nur auf diese Weise kann ein neuer *Gesellschaftsvertrag* (Singer-Brodowski & Schneidewind, 2014; vgl. auch Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [WBGU], 2011) hergestellt werden, der eine (empirisch evidente) ermächtigende Einbeziehung nichtakademischer Akteure als einen Schüsselfaktor für **Nachhaltigkeit** (Lang et al., 2012) erlaubt.

Literaturverzeichnis

- Bakic, J. (2013). Resilienz und Empowerment. In J. Bakic, M. Diebäcker, & E. Hammer (Hrsg.), *Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit: Ein kritisches Handbuch* (Bd. 2, S. 174-190). Löcker.
- Berger, P., & Neuhaus, R. J. (1977). *To empower people: The role of mediating structures in public policy*. American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Elias, N., & Scotson, J. L. (1990). *Etablierte und Außenseiter*. Suhrkamp.
- Herriger, N. (2002). *Empowerment – Brückenschläge zur Gesundheitsförderung*. In *Gesundheit: Strukturen und Arbeitsfelder* (Loseblattwerk, Ergänzungslieferung 4, S. 1-24). Luchterhand. <https://www.empowerment.de/files/Materialie-2-Empowerment-Brueckenschlaeage-zur-Gesundheitsfoerderung.pdf>
- Hur, M. H. (2006). Empowerment in terms of theoretical perspectives: Exploring a typology of the process and components across disciplines. *Journal of Community Psychology, 34*(5), 523-540. <https://doi.org/10.1002/jcop.20113>
- König, R. (1958). *Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde*. Rowohlt.
- Lang, D. J., Wiek, A., Bergmann, M., Stauffacher, M., Martens, P., Moll, P., Swilling, M., & Thomas, C. J. (2012). Transdisciplinary research in sustainability science: practice, principles, and challenges. *Sustainability Science, 7*(1), 25-43. <https://doi.org/10.1007/s11625-011-0149-x>
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Hanser.
- Nachtwey, O. (2021). Klassen und Klassenkonflikte – Anmerkungen zu Andreas Reckwitz. *Leviathan, 49*(2), 174-180. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2021-2>
- Neckel, S. (2020). Neofeudalismus: Die Wiederkehr der Gegensätze. In Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Stichworte zur Zeit* (S. 187-191). Transcript.
- Neckel, S. (2022). Infrastruktursozialismus: Die Bedeutung der Fundamentalökonomie. In S. Neckel, P. Degens, & S. Lenz (Hrsg.), *Kapitalismus und Nachhaltigkeit* (S. 161-176). Campus.
- Neckel, S., & Mijic, A. (2010). Wer zuerst kommt, mahlt zuerst: Norbert Elias: „Etablierte und Außenseiter“. In S. Neckel, A. Mijic, C. von Schweve, & M. Titton (Hrsg.), *Sternstunden der Soziologie: Wegweisende Theoriemodelle des soziologischen Denkens* (S. 353-380). Campus.
- Perkins, D. D. (2010). Empowerment. In R. A. Couto (Hrsg.), *Political and Civic Leadership: A Reference Handbook* (S. 207-218). Sage.
- Perkins, D. D., & Zimmermann, M. A. (1995). Empowerment theory, research, and application. *American Journal of Community Psychology, 23*(5), 569-579. <https://doi.org/10.1007/BF02506982>
- Rappaport, J. (1981). In Praise of Paradox: A Social Policy of Empowerment over Prevention. *American Journal of Community Psychology, 9*(1), 1-15. <https://doi.org/10.1007/BF00896357>
- Rappaport, J. (1984). Studies in Empowerment: Introduction to the Issue. *Prevention in Human Services, 3*(2-3), 1-7. https://doi.org/10.1300/J293v03n02_02
- Rubin, H., & Rubin, I. (1992). *Community Organizing and Development: Second Edition*. Macmillan.
- Sabo, S., Ingram, M., Reinschmidt, K. M., Schachter, K., Jacobs, L., Guernsey de Zapien, J., & Carvajal, S. (2013). Predictors and a framework for fostering community advocacy as a community health worker core function to eliminate health disparities. *American Journal of Public Health, 103*(7), 67-73. <https://doi.org/10.2105/AJPH.2012.301108>
- Sadan, E. (2017). *Empowerment and Community Planning*. Hameuchad.
- Sauer, S. (2017). Partizipative Forschung und Gestaltung als Antwort auf empirische und forschungspolitische Herausforderungen der Arbeitsforschung? *Industrielle Beziehungen, 24*(3), 253-270. <https://www.jstor.org/stable/26368538>

- Singer-Brodowski, M., & Schneidewind, U., (2014). Transformative Literacy: Gesellschaftliche Veränderungsprozesse verstehen und gestalten. In Umweltdachverband (Hrsg.), *Krisen- und Transformationszenarios: Frühkindpädagogik, Resilienz & Weltaktionsprogramm* (S. 131-140). Forum Umweltbildung im Umweltdachverband.
- Solomon, B. B. (1987). Empowerment: Social work in oppressed communities. *Journal of Social Work Practice*, 2(4), 79–91, <https://doi.org/10.1080/02650538708414984>
- Szlamka, Z., Tekola, B., Hoekstra, R., & Hanlon, C. (2022). The role of advocacy and empowerment in shaping service development for families raising children with developmental disabilities. *Health Expectations*, 25(4), 1882–1891. <https://doi.org/10.1111/hex.13539>
- Unger, H. (2014). *Partizipative Forschung: Einführung in die Forschungspraxis*. Springer VS.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. WBGU. <https://doi.org/10.3929/ethz-b-000044092>
- Wolff, S. (2015). Wie kommt die Praxis zu ihrer Theorie? Über einige Merkmale praxissensibler Sozialforschung. In H. Kalthoff, S. Hirschauer, & G. Lindemann, *Theoretische Empirie: Zur Relevanz qualitativer Forschung* (S. 234–262). Suhrkamp.
- Zimmerman, M. A. (1989). The Relationship between political efficacy and citizen participation: Construct Validation studies. *Journal of Personality Assessment*, 53(3), 554–566. https://doi.org/10.1207/s15327752jpa5303_12
- Zychlinski, J. (2012). Das Paradox des ungeschützten Begriffs der Partizipation. In M. Brandstetter, T. Schmid, & M. Vyslouliz (Hrsg.), *Community Studies in der Sozialen Arbeit* (S. 93–117). LIT.

Engagement

In der Stadtentwicklung engagieren - Perspektiven zu Grenzen und Möglichkeiten

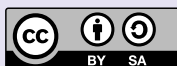
Zunächst wird theoriebasiert ein Zugang zum Begriff Engagement formuliert. Darauf aufbauend werden Rolle und Relevanz von Engagement für die sozial-ökologische Transformation von Städten beleuchtet, ausgehend von den eigenen Erfahrungen im zivilgesellschaftlichen Engagement. Dabei wird beschrieben, welche Formen Engagement annehmen und welche Beiträge es leisten kann. Ebenso wird behandelt, was Erfolge von Engagement auf individueller sowie gemeinschaftlicher Ebene begünstigt und wo die Grenzen liegen. Anhand des Konflikts um den in Wien geplanten Lobau-Tunnel wird beispielhaft illustriert, wie sich Menschen im Rahmen der Stadtentwicklung für ein Umdenken in Fragen von Mobilität und Siedlungsentwicklung engagieren. Über den konkreten Zugang hinausgehend werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie Engagement eine relevante Rolle in der sozial-ökologischen Transformation von Städten spielen kann.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Gemeinwohl](#), [Intermediarität](#), [Kontext](#), [Selbstorganisation](#), [Transformation](#), [Widerstand](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Mathis, H., & Shams, D. (2024). Engagement: In der Stadtentwicklung engagieren - Perspektiven zu Grenzen und Möglichkeiten. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 33-40). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_5



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Das nachbarschaftlich organisierte Straßenfest, die Pfadfinder*innen, der örtliche Sportverein sowie die freiwillige Feuerwehr und der Rettungsdienst, aber auch die Teilnahme an Demonstrationen: Diese Beispiele schneiden den Rahmen der vielen Möglichkeiten, sich aktiv für etwas zu engagieren, nur an. Einige davon betreffen Lebensbereiche und Aufgaben, bei denen es weder möglich noch effizient oder sinnvoll wäre, diese (allein) in die Verantwortung der öffentlichen Hand zu geben. Demgegenüber stehen **systemische** Aufgaben, für welche die öffentliche Hand als vorrangig verantwortlich gemacht wird, wie die Regulierung des Wohnungsmarkts oder die Mitigation der Klimakrise. Hinsichtlich dieser Kategorisierung wären Einzelpersonen und die Zivilgesellschaft bei **systemischen** Aufgaben besonders dann gefragt, wenn der Staatsapparat seinen Aufgaben – ihrer Interpretation nach – nicht (mehr) ausreichend nachkommt. Unzureichende oder problematische Handlungen können hierbei von unterschiedlichen Akteuren identifiziert werden, was daraufhin den Rahmen für deren Engagement bietet. So wäre zivilgesellschaftliches Engagement als relevanter demokratischer Kontrollmechanismus lesbar (die **Komplexität** klarer Eingrenzungen spiegelt sich in weiterführender Literatur der Zivilgesellschaftsforschung wider; vgl. Adloff, 2005). Beispielsweise kritisieren Aktivist*innen im **Kontext** der Klimakrise die aus ihrer Sicht ungenügende Reaktion der Politik und fordern eine als notwendig erachtete **sozial-ökologische Transformation**. Unter **Transformation** werden hier – in Anlehnung an die im Editorial dieses Bandes vorgestellte Definition – durch verschiedene **Lern**prozesse angestoßene Veränderungen verstanden (vgl. Peer et al., 2024). Die **sozial-ökologische Transformation** im Speziellen meint im Weiteren bewusste Strategien, die auf eine **gerechte** und antikapitalistische gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung multipler Krisen setzen (vgl. Brand, 2014).

Dieser Beitrag konzentriert sich auf Engagement mit Bezug zur Stadtentwicklung und dem Ziel einer **sozial-ökologischen Transformation**. Auch so verstandenes Engagement kann viele Formen annehmen und auf unterschiedlichen Maßstabsebenen stattfinden: Beispielsweise engagieren sich zivilgesellschaftliche Akteure sowohl im Wohnumfeld für ein Parklet als auch in der globalen **Klimagerechtigkeitsbewegung** für die Mobilitätswende. Anhand des Fallbeispiels Lobau Bleibt sollen die Möglichkeiten und Grenzen von Engagement aufgezeigt werden. Dabei wird auf persönliche Erfahrungen in den Monaten des Protests zurückgegriffen.

Bedeutungen von Engagement

Ganz allgemein können unter Engagement Aktivitäten verstanden werden, „bei denen Bürger*innen am Gemeinschaftsleben teilnehmen, um die Lebensbedingungen für andere zu verbessern oder die Zukunft der Gemeinschaft mitzuformen“ (Adler & Goggin, 2005, S. 241, zit. nach Ekman & Amnå, 2012; Übersetzung von Mathis & Shams). Hierbei wird deutlich, dass das Motiv über das einzelne Individuum hinausgeht und somit das **Gemeinwohl** ein relevanter Bezugspunkt ist. Andere Wissenschaftler*innen haben einen Fokus auf *politisches Engagement* gelegt: Darunter wird der Einsatz von Bürger*innen verstanden, die mit ihren Aktionen versuchen, politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen direkt oder indirekt zu beeinflussen (vgl. Ekman & Amnå, 2012). Des Weiteren können unter Engagement auch institutionalisierte zivilgesellschaftliche Organisationen in Form von Vereinen oder Verbänden verstanden werden. Eine Einteilung in *organisationsgebundenes* und *informelles*

Engagement gibt Aufschluss über den Grad der Institutionalisierung; innerhalb dieser Kategorisierung lässt sich feststellen, dass sich die Verteilung aktuell tendenziell vom organisationsgebundenen zugunsten des informellen Engagements verschiebt. So lässt sich zumindest für Deutschland im Zeitraum 1999 bis 2014 beobachten, dass – ausgehend vom Gesamtengagement – individuell organisierte Gruppen um 5 % zulegen konnten, während formell organisierte Einrichtungen, wie Vereine und staatliche Einrichtungen, zurückstecken mussten (Kausmann et al., 2019, S. 80–81).

Ekman und Amnå (2012) unterscheiden außerdem zwischen *latenter* und *manifeste politischer Partizipation* (*Partizipation* ist in diesem spezifischen Kontext synonym zum hier vorgestellten Verständnis von Engagement zu lesen). Latente politische *Partizipation* bezieht sich v. a. auf Gedankengut, gelebte Normen und das Zugehörigkeitsgefühl zu Gruppen. Demgegenüber beschreibt manifeste politische *Partizipation* – worauf der Fokus dieses Beitrags liegt – konkrete Aktionen und Handlungen, die eine Änderung auf politischer Ebene induzieren wollen. Darunter fallen *individuelle* Aspekte, wie Petitionen zu unterschreiben, wählen zu gehen oder politisch motivierte (legale und illegale) Handlungen, aber auch *kollektive* Formen, wie Gewerkschaften, politische Parteien, *soziale* Bewegungen und Proteste.

Ausgehend von diesen Definitionen wird hier unter Engagement jener Einsatz für das *Gemeinwohl* verstanden, der darauf abzielt, *sozial-ökologische Transformationen* voranzutreiben. In der Stadtentwicklung können Engagierte *soziale Innovation* u. a. dadurch fördern, dass sie Variationen herbeiführen und/oder an der *Aushandlung* deren gesellschaftlichen Mehrwerts mitwirken (vgl. Peer et al., 2024).

Engagement für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Stadtentwicklung ist zugleich eine politische Aufgabe und eine Arena, in der unterschiedliche und auch widersprüchliche Interessen verhandelt werden (Peer et al., 2024). Der Einsatz für das *Gemeinwohl* in Anbetracht der Klimakrise stellt hierbei nur eines von vielen Interessen dar. Oftmals nehmen die gewählten politischen Vertreter*innen – auch in Österreich – einen gegensätzlichen Standpunkt in diesem Spannungsfeld von Interessen ein. Diese fördern laut Brand (2014) mit dem Mantra „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“ eine illusorische Fortführung der Gegenwart statt *nachhaltiger* und *gerechter* Zukunftsentwürfe. Ob der wissenschaftlichen Evidenz zur Dramatik der Klimakrise sollte Stadtentwicklung in den Augen der Autor*innen auf eine *sozial-ökologische Transformation* abzielen. Daraus ergeben sich Fragen wie: Welche Formen kann Engagement diesbezüglich annehmen? Wie engagieren sich Pionier*innen bzw. die breite Stadtbevölkerung?

Engagierte versuchen, die *sozial-ökologische Transformation* anhand unterschiedlicher Zugänge mitzugestalten. Diese können als indirekt – über Bewusstseinsbildung – oder direkt – durch Forderungen oder manifesten *Widerstand* – beschrieben werden. Beides kann auf der Mikro- oder Makroebene ansetzen. Auf die Stadtentwicklung bezogen zählen also lokale künstlerische Aktionen genauso zum Engagement wie Großdemonstrationen z. B. gegen Straßenbauprojekte. Mit all diesen verschiedenen Zugängen kann Engagement v. a. auf zwei *Wirkungsebenen* beitragen:

1. durch *manifeste politische* und *räumliche Veränderungen* von Gesetzen und Strategien bis hin zu konkreten Maßnahmen
2. durch eine *Verschiebung des Diskurses*, womit langfristig Narrative und dadurch *kulturelle* und *soziale* Strukturen verändert werden

Damit spielt das Agenda-Setting im medialen Diskurs eine relevante Rolle (vgl. Scholtz, 2020). Auch bietet sich, trotz relevanter Unterschiede, ein Vergleich mit der Variation und der *Aushandlung* des Mehrwerts im *Kontext sozialer Innovation* an (vgl. Peer et al., 2024).

Wer in seiner Freizeit E-Mails an die Bezirksvertretung schreibt, um mehr Begrünung zu fordern, engagiert sich für ein lebenswertes Grätzl. Demgegenüber engagiert sich Filmemacher Schwarz (o. J.), indem er mit seinem zu einem Beet umfunktionierten Cabrio (dem sogenannten Cabriobeet) zu Gesprächen einlädt und auf die Autodominanz im öffentlichen Raum aufmerksam macht. Ganz andere Projekte wiederum versuchen, mit *partizipativer* Forschung, künstlerischen Installationen und weiteren unerschwelligen, kleinen Aktionen die Begegnung im urbanen Raum und damit die *ökosoziale* Bewusstseinsbildung zu fördern.

Sind konkrete politische Veränderungen auf Makroebene die Motivation für das Engagement, ist die Aktivierung einer größeren Menschenmasse eine naheliegende Strategie. Ein aktueller Konflikt auf dieser Ebene dreht sich um die *geplante* Autobahn-Ost-Umfahrung in Wien mit den beiden Teilprojekten Lobau-Tunnel und der sogenannten Stadtstraße. Ursprünglich noch vor der Jahrtausendwende *geplant*, halten viele Menschen den Neubau von 19 Kilometern Autobahn durch einen Nationalpark mit geschätzten Kosten von bis zu 4,5 Milliarden Euro für ein aus der Zeit gefallenes und im Widerspruch zu den Klimazielen stehendes Projekt (vgl. Ichner, 2021; Wissenschaftler kritisieren erneut geplanten Bau der Stadtstraße, 2022; Wissenschaft fordert weiter Umdenken bei der Stadtstraße Aspern, 2022). Nachdem sich nach der offiziellen Ankündigung bereits einige lokale Bürger*inneninitiativen gebildet hatten, gipfelte der Protest 2021 im *selbstorganisierten* Bündnis Lobau Bleibt, das neben kleineren Aktionen auch Großdemonstrationen organisierte sowie monatelang im friedlichen *Widerstand* Baustellen besetzte und ein Protestcamp organisierte.

Die Forderungen der „Lobau Bleibt“-Bewegung an die Bundes- und Landespolitik waren einerseits konkret, indem z. B. die Absage des gesamten Projekts gefordert wurde. Andererseits waren diese eingebettet in die allgemeine Forderung nach einer *sozial gerechten* Mobilitätswende. Ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel war somit genauso ein Anliegen wie die Förderung von Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur (vgl. Lobau Bleibt, o. J.).

Inwiefern kann dieses Beispiel für Engagement als erfolgreich bewertet werden? Hier kann auf beide zuvor beschriebene *Wirkungsebenen* zurückgegriffen werden: Durch das Engagement vieler Menschen wurde ein medialer Diskurs über Mobilität angeregt und durch verstärktes Agenda-Setting das Framing zugunsten der Aktivist*innen verschoben (vgl. Scholtz, 2020). Außerdem wurde der Bau des Lobau-Tunnels und der dazugehörigen Bundesstraßen von Bundesministerin Leonore Gewessler abgesagt (vgl. Gewessler stoppt Lobautunnel, 2021).

Allerdings darf nicht ignoriert werden, dass die im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wien liegende *Stadtstraße* trotzdem gebaut wird. Auch in der verstärkten medialen Berichterstattung über diesen Bau lässt sich eine Diskursverschiebung erkennen, wobei sich in der Wiener Bevölkerung weiterhin Mehrheiten *für* die genannten Straßenprojekte finden (vgl. Seidl, 2022). Es zeigt sich: Engagement repräsentiert nicht automatisch die Anliegen aller betroffenen (oder befragten) Menschen. So ist in der Stadtentwicklung das Abwägen der verschiedenen, oftmals konträren Interessen unabdingbar. Am Ende muss die Entscheidung darüber, wessen Bedürfnisse priorisiert werden, von den politischen Entscheidungsträger*innen begründet werden.

Potenziale und Grenzen von Engagement

Wie auch Fehren (2024) im Beitrag [Intermediarität](#) betont, ist zu diskutieren, wo es Limitationen im Einfluss der Stadtentwicklung von unten auf die Ebene von Entscheidungsträger*innen gibt. Dahingehend werden nachfolgend die Potenziale und Grenzen von Engagement besprochen. Welche Rolle nimmt Engagement im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und institutionellen Akteuren, zwischen Kompromiss und Konflikt und für die engagierten Personen ein?

Manifeste und politische Veränderung kann durch Engagement v. a. dann vorangetrieben werden, wenn die [Kontexte](#) dafür stimmen, genügend Menschen aktiviert und friedliche Formate gewählt werden (vgl. Ozden & Glover, 2023). Engagement und dessen (Miss-)Erfolge entstehen nicht im luftleeren Raum. Wofür sich Personen oder Bewegungen engagieren oder engagieren können, hängt von vielen [sozialen](#) und sozioökonomischen Faktoren wie Alter, Gender, [Bildung](#), Status, [Sozialisation](#), persönlichen Interessen etc. ab. Diese spielen genauso eine Rolle wie historische und politische Gelegenheitsstrukturen.

Im Feld der [sozialen](#) Bewegungsforschung werden die Effekte von Engagement in Bewegungen als signifikant eingestuft, v. a. in Bezug auf die öffentliche Wahrnehmung, das Wahlverhalten, den öffentlichen Diskurs und zu einem geringeren Ausmaß auch auf konkrete politische Richtlinien. Drei Erfolgsfaktoren werden dabei als besonders relevant identifiziert (vgl. Ozden & Glover, 2023):

1. Friedliche Protestformen dürften gegenüber gewaltvollen eine effektivere Strategie darstellen
2. Die Größe einer Protestbewegung hat höchstwahrscheinlich einen erheblichen Einfluss
3. Auch externe, [kontext](#)bezogene Faktoren haben starke positive oder negative [Auswirkungen](#)

Hier wird die Meinung vertreten, dass v. a. die externen Faktoren sowohl in wissenschaftlichen wie medialen Diskursen als auch für Engagierte eine größere Rolle in der Analyse des (eigenen) Engagements spielen sollten. Faktoren, die außerhalb der Kontrolle einer Bewegung liegen, wie beispielsweise die bereits bestehende öffentliche Meinung, die Unterstützung von einflussreichen Personen/Institutionen und Glück oder Pech, können den Erfolg von Engagement erheblich beeinflussen. Gerade solch positive Umstände dürften Fridays For Future 2019 die immense Mobilisierung

und eine Verschiebung des Diskurses ermöglicht haben. Gleichzeitig hat die Klimabewegung durch die Umstände der Covid-19-Pandemie wieder an Momentum verloren – die Mobilisierung größerer Menschenmengen wurde schwieriger. Doch auch die beschriebenen Erfolge von Lobau Bleibt waren nicht nur auf die Breite, Ausdauer und friedliche Ausrichtung des Bündnisses zurückzuführen. Essenziell dürfte auch der existierende Diskurs zur Mobilitätswende und die Regierungsbeteiligung der Grünen auf Bundesebene gewesen sein, die ihrerseits wahrscheinlich durch die Dynamik von Fridays For Future begünstigt wurden. Denn ohne die politischen Kompetenzen der zuständigen Bundesministerin Leonore Gewessler wäre die Absage der Lobau-Autobahn nicht möglich gewesen. Dies ist darin zu begründen, dass es im Nationalrat keine Mehrheit für eine Beendigung des Vorhabens gab.

Auf individueller Ebene werden aus eigener Erfahrung und vielen Gesprächen mit anderen Engagierten die **sozialen** Erlebnisse der **Selbstwirksamkeit** und das Gemeinschaftsgefühl als wertvolle Erfolgsfaktoren gesehen. Als Kollektiv einen Beitrag zum **Gemeinwohl** zu leisten, verbindet und kann gefühlter politischer Ohnmacht entgegenwirken. Das latente politische Engagement wird so zum individuellen Mehrwert und kann als Ressource für langfristiges manifestes Engagement gesehen werden.

Gleichwohl ist Engagement auch von Herausforderungen geprägt. Zeitliche und emotionale Ressourcen sind nicht unerschöpflich und in der politischen Arena ist mit Gegenwind zu rechnen. Denn was Stadtplaner*innen oder Politiker*innen als das Beste für das **Gemeinwohl** erachten, unterscheidet sich oftmals von dem, was engagierte Bürger*innen – teils sogar demokratische Mehrheiten – darüber denken.

Auch und gerade für eine **nachhaltige** und demokratische Stadtentwicklung ist es wichtig, das Potenzial von Engagement zu nutzen. Dabei gilt es zu bedenken, wie dieses am besten nutzbar gemacht werden kann. Die **Partizipation** aller Betroffenen in **Planungsprozessen** wird in einer globalen Krise nicht möglich sein. So muss neben lokaler Betroffenheit von **Planungsprojekten** die globale Perspektive mitgedacht werden. Eine **Aushandlung** von Interessen kann hiermit nicht umgangen werden und kann neue Perspektiven eröffnen. Engagement in **partizipativen** Verfahren zu fördern, mag somit zukunftsweisend sein, um eine **nachhaltige** und demokratische Stadtentwicklung zu ermöglichen.

Die limitierte, aber relevante Rolle von Engagement

Während der Lobau-Tunnel zwar noch kein Naturschutzgebiet untergräbt, lässt eine **sozial-ökologische** Mobilitätswende dennoch weiter auf sich warten. Doch würden ohne das Engagement vielleicht noch mehr Autobahnkilometer gebaut werden? Die **sozial-ökologische Transformation** tritt jedenfalls noch nicht oder zumindest zu langsam ein. Dieser von Wissenschaft und Teilen der Zivilgesellschaft angeprangerte Missstand inmitten der sich häufenden Klimakatastrophen kann den Rahmen für Engagement bieten; besonders für jenes, welches sowohl die dringende Notwendigkeit einer **sozial-ökologischen Transformation** und relevante Diskurse und Projekte erkennt als auch die jeweiligen Bedingungen, die den Erfolg unterschiedlicher Formen von Engagement gerade begünstigen oder behindern. Engagement ist eine (selbst)**ermächtigende** Handlung: Sich aus bestimmten sozioökonomischen Perspek-

tiven heraus mit der Bandbreite an Handlungsoptionen und möglichen **Wirkungsebenen** auseinanderzusetzen, offenbart die Relevanz, die Engagement persönlich und kollektiv haben kann.

Das Fazit ist: Engagement ist zentral für eine **sozial-ökologische Transformation** der Städte und sollte aus möglichst vielen Teilen der Gesellschaft erfolgen.

Literaturverzeichnis

- Adloff, F. (2005). *Zivilgesellschaft: Theorie und politische Praxis*. Campus.
- Brand, U. (2014). Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. *Kurswechsel*, 2, 7-18.
- Ekman, J., & Amnå, E. (2012). Political participation and civic engagement: Towards a new typology. *Human Affairs*, 22(3), 283-300. <https://doi.org/10.2478/s13374-012-0024-1>
- Fehren, O. (2024). Intermediarität: Intermediäre Instanzen als Brückenköpfe zur Aufrechterhaltung des Spannungsbogens zwischen System und Lebenswelt. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 99-106). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_13
- Gewessler stoppt Lobautunnel. (2021, 1. Dezember). *ORF*. <https://orf.at/stories/3238554/>
- Ichner, B. (2021, 5. Oktober). Wissenschaftler fordern mit Manifest Stopp der Lobau-Autobahn. *Kurier*. <https://kurier.at/chronik/wien/mehr-als-40-klimaorganisationen-praesentieren-manifest-gegen-lobautunnel/401759466>
- Kausmann, C., Kelle, N., & Simonson, J. (2019). Engagement nach Bildung und Erwerbsstatus. In H. Krimmer (Hrsg.), *Datenreport Zivilgesellschaft* (S. 76-79). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22958-0>
- Lobau Bleibt. (o. J.). *Warum Lobau Bleibt*. Abgerufen am 5. März 2024 von <https://lobaubleibt.at/warum/>
- Ozden, J., & Glover, S. (2023). *What makes a protest movement successful?* Social Change Lab. https://www.socialchangelab.org/_files/ugd/503ba4_1428c724991b4b6b9958ef704206aea8.pdf
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1-7). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Scholtz, H. (2020). *Mediensoziologie: Eine systematische Einführung*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-26011-8>
- Schwarz, C. (o. J.). *Cabriobeet*. Abgerufen am 12. März 2024 von <http://cabriobeet.net/>
- Seidl, C. (2022, 9. Februar). Umfrage: Mehrheit für Stadtstraße und Lobautunnel. *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000133194588/umfrage-mehrheit-fuer-stadtstrasse-und-lobautunnel>
- Wissenschaftler kritisieren erneut geplanten Bau der Stadtstraße. (2022, 14. Februar). *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000133350356/wissenschaftler-kritisieren-erneut-geplanten-bau-der-stadtstrasse>
- Wissenschaft fordert weiter Umdenken bei der Stadtstraße Aspern. (2022, 9. Februar). *Kurier*. <https://kurier.at/chronik/wien/wissenschaft-fordert-weiter-umdenken-bei-der-stadtstrasse-aspern/401900323>

Exnovation

Ein Begriff für den Ausstieg aus der Nichtnachhaltigkeit

Konzentrieren Sie sich auf gesellschaftliche Probleme, insbesondere solche, die marginalisierte Gruppen betreffen, entwickeln Sie Lösungen für diese Probleme und finden Sie Wege, Ihre Lösung zu verbreiten! Diese intuitive Reihenfolge strukturiert viele Diskussionen über soziale Innovation. Tatsächlich ist diese Vorstellung aber für gesellschaftliche Transformationsprozesse nicht ausreichend und kann sich daher sogar nachteilig auf Ziele wie Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit auswirken. Ein meist ignoriertes Verwandter der Innovation, die Exnovation, macht klar, warum das so ist. Der Begriff Exnovation bezieht sich auf die bewusste Beendigung sozialer Praktiken und den dafür erforderlichen Wandel von Zielen und Beziehungen sowie von Materialien und Techniken (z. B. Verbot des Verbrennungsmotors). Exnovation ergänzt die Forschung zu sozialen Innovationen, die eine Verlagerung von einem reduktiven Fokus auf Produkte und technologischen Wandel in Unternehmenskontexten hin zu einem Fokus auf den Wandel von Praktiken in allen Bereichen fordert. Die Problematik wird anhand zweier Beispiele aus der Stadtpolitik und urbanen Nachhaltigkeitsforschung illustriert.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Gerechtigkeit](#), [Innovation](#), [Nachhaltigkeit](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Ziegler, R. (2024). Exnovation: Ein Begriff für den Ausstieg aus der Nichtnachhaltigkeit. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 41–48). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_6



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Der Begriff Exnovation wurde zunächst im Unternehmensmanagement eingeführt. Exnovation „tritt ein, wenn eine Organisation sich von einer Innovation trennt, in die sie zuvor investiert hatte“ (Kimberly, 1981, S. 91, Übersetzung von Ziegler). Kimberly führt das Beispiel einer Organisation an, die ein Videogerät zur Aufzeichnung von internen Besprechungen einführt. Nach einer Weile nutzt die Organisation das Gerät nicht mehr aktiv, seine Popularität schwindet, aber das Gerät ist noch da und kostet Platz und Geld. Exnovation im Sinne Kimberlys ist die aktive Abschaffung der **Innovation** (d. h. in diesem Fall des Videogeräts), nicht nur die Einstellung der Nutzung. Er stellt fest, dass es verschiedene Gründe für Exnovation gibt: Eine andere **Innovation** könnte die alte ersetzen – z. B. könnte die Organisation in diesem Beispiel zu Zoom-Aufnahmen wechseln – oder die **Innovation** könnte sich als nicht **gerechtfertigt** erweisen – vielleicht war es eine schlechte Idee, die Sitzungen überhaupt aufzuzeichnen. Die Gründe für die Exnovation können aber z. B. auch in der Nachahmung anderer Organisationen oder in einer veränderten politischen Unterstützung liegen. Kurz gesagt: Exnovation ist ein umfangreiches und **komplexes** Thema.

Während die Beendigung problematischer medizinischer Praktiken der Bereich ist, in dem Exnovation schon früh ernst genommen wurde (Bynum et al., 2019), zeigt die Aufnahme der Exnovation in **Nachhaltigkeitsstudien** eine viel breitere Relevanz, insbesondere in Bezug auf die Beendigung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe und **nichtnachhaltiger** Lebensstile. Mittlerweile weist sogar der Weltklimarat auf Exnovation hin und stellt fest, dass „kohlenstoffarme Übergänge effektiver sind, wenn sie Elemente zur schrittweisen Abschaffung kohlenstoffintensiver Technologien und Praktiken enthalten“ (Intergovernmental Panel on Climate Change [IPCC], 2022, S. 1397, Übersetzung von Ziegler).

Exnovationsprozesse beruhen auf **komplexen** Konstellationen von Akteuren: **soziale** Bewegungen, die darauf drängen, dass ein Gesundheits- oder Umweltproblem ernst genommen wird; etablierte Industrien, die sich eben dagegen wehren; Newcomer, die alternative Produkte und Dienstleistungen anbieten; sowie politische Entscheidungsträger*innen, die Instrumente, wie Verbote, Subventionen, Beschaffungspolitik und öffentliche Investitionen, einsetzen, um den Wandel durchzusetzen.

Die **Nachhaltigkeitsforschung** zu Exnovation erweitert so den Anwendungsbereich von Exnovation von Organisationen auf gesellschaftliche Prozesse. In Erweiterung von Kimberlys Definition wird Exnovation im Folgenden als „absichtliche Beendigung bestehender (Infra-)Strukturen, Technologien, Produkte und Praktiken“ (Heyen et al., 2017, S. 326) verstanden. In diesem erweiterten Sinne leistet Exnovationsforschung einen Beitrag zum besseren Verständnis von Wandelprozessen in der Stadtentwicklung und ihren **Nachhaltigkeitszielen** in Bereichen wie Mobilität, Klima und Ernährung. Bei **sozialen** Exnovationen steht wie bei **sozialen Innovationen** der Wandel der Praktiken im Zentrum.

Exnovation erneuert das Interesse an dem wenig neuen, aber oft unterschätzten Aspekt der „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter, 1942). Da der Begriff oft und verkürzt mit *schöpferischen Personen* – z. B. Tech-Unternehmer*innen des Silicon Valley – und sogenannten disruptiven **Innovationen** in Verbindung gebracht wird, fehlt für die Zerstörung häufig die Aufmerksamkeit. In einem rein kapitalistischen

Prozess ist das insofern stimmig, als Unternehmen ein Interesse daran haben, ihre Produkte durchzusetzen (um Schumpeters Sprache zu verwenden). Was aber, wenn das Ziel nicht Gewinn, sondern **Nachhaltigkeit**, **Gemeinwohl** und mehr **Gerechtigkeit** ist? Wenn Klimaneutralität die Beendigung von Subventionen für fossile Brennstoffe erfordert und das Verbot von Motoren, die mit diesen Brennstoffen betrieben werden? Oder die müllfreie Stadt? Hier geht es um mehr und um anderes als die von Gewinnaussichten angetriebene Substitution von Technologien. **Kulturelle** Vorstellungen von Fortschritt, Entwicklung und gutem Leben werden wichtig (Davidson, 2019) und führen jenseits von Win-win zu politischen Fragen: Wie lassen sich bestehende Politiken destabilisieren, unterbrechen und beenden (Kivimaa & Kern, 2016)? Exnovation ist eine Einladung, den schöpferischen – d. h. kreativen, etwas gegen etwas unternehmenden – Aspekt der Zerstörung näher zu analysieren und wertzuschätzen. Wie der Beitrag zeigen wird, handelt es sich dabei keinesfalls um einen mit **Innovation** verbundenen Automatismus.

Doch zunächst noch eine Abgrenzung: In einigen Artikeln und Internetquellen wird Exnovation mit Standardisierung und Routinisierung gleichgesetzt, meist mit Verweis auf eine Studie von Yin et al. (1978). Diese Gleichsetzung ist problematisch (Ziegler, 2020). Denn in der Studie geht es um Routinisierung im Sinne einer späten Phase der **Innovation**: „wenn eine Behörde nicht mehr zu einer früheren Art und Weise der Geschäftstätigkeit zurückkehren kann“ (Yin et al., 1978, S. 4). Es wird nichts mehr verändert, die **Innovation** ist zur Praxis geworden, als **Innovation** verschwunden und der **Innovationsprozess** beendet. Yin et al. (1978) verwenden allerdings selbst nicht den Begriff der Exnovation. Das Phänomen der Routinisierung sollte daher nicht mit Exnovation im hier diskutierten Sinne verwechselt werden.

Exnovation und Nachhaltigkeit in der Stadt

Dieser Abschnitt illustriert Exnovation und die mit ihr verbundenen Fragen anhand zweier Beispiele aus der urbanen **Nachhaltigkeitspolitik** sowie der **Nachhaltigkeitsforschung**.

Metropolen wie New York und Montréal haben sich *Zerowaste*-Ziele gesetzt und viele Bürger*innen unterstützen das. Ein **Nachhaltigkeits-Win-win** und klarer Fall für städtische Exnovation? Der *Publisac* ist eine Plastiktasche, die kostenlos und ungefragt von einem privaten Unternehmen hergestellt und an alle Haushalte in Montréal verteilt wurde. Sie enthielt Werbebroschüren und Gutscheine für Sonderangebote in Supermärkten sowie lokale Zeitungen. So landeten jedes Jahr über 40 Millionen Plastiksäcke im Müll. Nach einer Bürger*inneninitiative und einer öffentlichen Anhörung hat die Stadt Montréal, die bis 2030 eine *Zero-Waste*-Politik umsetzen möchte, eine Verordnung erlassen, die die Abgabe des *Publisac* verbietet. Das Verbot wurde im April 2022 angekündigt und im Mai 2023 **wirksam**. Das Unternehmen klagt nun gegen die Verordnung, die sein Geschäftsmodell untergräbt. Es hat eine Gesetzeslücke gefunden, die eine Zustellung der Tasche zumindest zwischenzeitlich weiterhin zulässt. Und es verweist auf seinen **Nachhaltigkeitsbeitrag**, da mittlerweile wiederverwertbarer Kunststoff verwendet wird. Dagegen argumentiert die Gegenpartei, dass die Stadt gar keine Kapazität habe, solche Mengen an Kunststoff wiederzuverwerten (sie landen also de facto weiterhin auf der Halde) – und dass viele

Bürger*innen die Tasche schlicht nicht wünschen. Die von der Verordnung ebenfalls betroffenen lokalen Zeitungen sollen eine öffentliche Förderung für die Umstellung auf eine digitale Verbreitung erhalten. Das Beispiel zeigt, wie herausfordernd – politisch, wirtschaftlich und **kulturell** – selbst ein scheinbar klar politisch legitimierter Exnovationsprozess sein kann (vgl. Fuchs & Ziegler, 2023).

Heyen (2019) unterstreicht daher die enge Verbindung von Exnovation und politischen **Steuerungsinstrumenten**, insbesondere **Planungssicherheit** durch Ausstiegszeiträume und -fristen, die klar und frühzeitig **kommuniziert** und auch demokratisch legitimiert vorbereitet werden müssen.

Damit zu einem zweiten Beispiel von Exnovation in einem **transdisziplinären Nachhaltigkeitsprojekt**. In der Mitte des 20. Jahrhunderts wurden Autobahnen direkt durch Montréal gebaut, um den motorisierten Verkehr in und durch die Stadt zu erleichtern. Weil sie teils direkt durch Stadtviertel gebaut wurden, werden sie von den Bewohner*innen auch als *Narben der Stadt* bezeichnet. In den 2020ern soll eine dieser Stadtautobahnen, die *Métropolitaine*, die teils in mehreren Metern Höhe ohne Lärmschutz ganze Stadtviertel durchschneidet, vom Verkehrsministerium renoviert werden. Als sich herausstellte, dass diese Autobahn möglicherweise einfach in ihrer jetzigen Form erneuert werden soll, bildete sich die **transdisziplinäre** Forschungsgruppe Alliance pour l'innovation dans les infrastructures urbaines de mobilité [Alliium] um den Montréaler Gartenbauer und Umweltaktivisten Albert Mondor (Alliium, 2023). Dieser schlug im Rahmen einer Utopie-Ausstellung im Montréaler Museum La Biosphère vor, dass die Autobahn Platz für ein riesiges Feld für städtische Landwirtschaft machen könnte. Inspiriert vom Bostoner Big Dig empfahl er, die Autobahn in einen unterirdischen Tunnel zu verlegen. Auf Grundlage dieser Idee sowie einer Analyse derzeitiger Trends und Nutzer*innenverhaltensweisen entwickelte die Gruppe eine Reihe von Zukunftswerkstätten, die drei Szenarien zur Diskussion stellt:

1. Rückbau der Autobahn zugunsten von städtischen Boulevards unter der Verwaltung des jeweiligen Arrondissements, inklusive Abriss der erhöhten Struktur
2. Umwandlung der erhöhten Autobahnstruktur in Kanadas größtes urbanes Landwirtschaftsgebiet
3. Umwandlung der Autobahn in einen transparent gestalteten Tunnel nur für Elektrofahrzeuge, finanziert durch die Privatisierung der Autobahn und Neunutzung des frei werdenden Raums

Die Werkstatt-Teilnehmer*innen waren eingeladen, erwünschte sowie unerwünschte Elemente einer Umgestaltung der derzeitigen Autobahn zu identifizieren und eigene Zukunftsvisionen zu entwickeln. Die Workshops waren als Übergangsbereichen konzipiert (Gilbert-Lapointe, 2021), d. h., sie waren nicht Teil der offiziellen Stadtpolitik und standen allen Bewohner*innen kostenlos offen, um in einer Situation, in der scheinbar nur die Reproduktion des Status quo möglich schien, die Notwendigkeit der Autobahn generell infrage zu stellen und einen Raum für alternative Ideen zu schaffen.

Das Beispiel erlaubt es, weitere Aspekte von Exnovation zu beleuchten. Mit welchen Methoden werden Stadtbewohner*innen in die Entwicklung von urbanen Exnovationen

eingebunden, d. h. hier in die Idee eines Verzichts auf die Autobahn zugunsten alternativer Nutzungen in den unter den Punkten 1. und 2. angeführten Szenarien? Die Auswertung der Workshops zeigte, dass trotz der angebotenen utopischen Szenarien viele Bürger*innen Schwierigkeiten hatten, sich eine Zukunft ohne Auto und Autobahn vorzustellen. Exnovation schien vielen praktisch nicht machbar, trotz großer Unzufriedenheit mit der bestehenden Struktur. Es gibt zu dieser Methodenfrage bisher noch keine einschlägige Literatur, geschweige denn Praxisleitfäden. Die Auswertung der Workshops (Gasperoni et al., in Druck) zeigte außerdem eine **Gerechtigkeitskomponente**. Obwohl die Workshops kostenlos waren und zu verschiedenen Zeiten (und einschließlich Kinderbetreuung) angeboten wurden, waren die Teilnehmenden de facto viel weniger vielfältig als erhofft. Die Werkstätten zogen hauptsächlich gut ausgebildete, gutverdienende Bürger*innen aus der Mittelschicht an. Das ist insofern problematisch, als selbst bei gesellschaftlich insgesamt vorteilhaften Exnovationsprozessen negativ betroffene Gruppen besondere Aufmerksamkeit verdienen sollten, damit Wandelprozesse **nachhaltig** und **gerecht** gestaltet werden (Davidson, 2019). Und ein letzter Punkt wird durch die Szenarien klar. Die Diskussion von Exnovation – wie dem weitverbreiteten Wunsch, die lästigen Autobahnen loszuwerden – ist eng verbunden mit der Frage von Alternativen: Was kommt stattdessen? Was ersetzt die Autobahn? Und verallgemeinert: Welche Rolle spielt Exnovation in Wandelprozessen?

Exnovation, Innovation und Nachhaltigkeitstransformation

Die Beispiele im letzten Abschnitt zeigen, dass Exnovationsprozesse eng mit anderen **Innovations**-, Veränderungs- und Reproduktionsprozessen verbunden sind (Denk, 2015). Drei Idealtypen können unterschieden werden:

1. *Der konventionelle Fall*: Exnovation und **Innovation** ergänzen sich gegenseitig. Wenn neue Märkte durch **Innovationen** geschaffen werden, kann das die Zerstörung problematischer Märkte bzw. den Verzicht auf problematische Produkte und Dienstleistungen erleichtern. Wenn z. B. erneuerbare Energieträger zuverlässig und erschwinglich werden, erleichtert dies prima facie die Abschaffung nichterneuerbarer Energieträger. Und umgekehrt, wenn ein Produkt verschwindet, dann kann dies direkt und indirekt **Innovationsprozesse** fördern, wie z. B. die digitale **Transformation** der Montréaler Lokalzeitungen, die sich auf den Printvertrieb durch *Publisac* verlassen hatten. Diese Komplementarität hat jedoch nichts Automatisches oder rein Marktendogenes an sich. Vielmehr sind Politik, **soziale** Bewegungen und Unternehmen ein wichtiger Bestandteil der *kreativen Zerstörung* (Callorda Fossati & Fransolet, 2021; David & Gross, 2019; Ziegler, 2020).
2. *Die Wiederentdeckung des Alten*: Exnovation (ohne **Innovation**) reicht aus, wenn das ausgemusterte Produkt durch eine bereits existierende gleichwertige Ware oder Dienstleistung ersetzt werden kann. Paech (2012) nennt als Beispiel den Verzicht auf Importe aus anderen Ländern und deren Substitution durch lokale, saisonale Produkte: Äpfel statt Bananen. Selbst wenn man von einer (in der Praxis sicherlich strittigen) funktionalen Äquivalenz der Produkte ausgeht, stellt sich in diesem Fall dennoch die Frage, ob die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen und Produzent*innen eingeschränkt wurde bzw. ob politische Einbettung erforderlich ist. Im Fall von

Mobilitätsinfrastrukturen wie Autobahnen mit individualisierter Nutzung argumentieren Energieexpert*innen beispielsweise für die Bedeutung alter Technologien und Praktiken (z. B. Bahn und andere öffentliche Verkehrsmittel, Fahrradfahren, zu Fuß gehen) zugunsten eines **nachhaltigen** Wandels in der Energienutzung (Pinneau, 2023). Doch auch wenn das Klimaeffizienz-Argument für derartige Substitutionen überzeugt, gibt es ohne Zweifel an dieser Stelle zahlreiche Herausforderungen: Wie steht es um die Akzeptanz der Nutzer*innen und Bürger*innen? Wer war in die **Planung** involviert und wie? Wer ist von der Umstellung wie betroffen? Würde z. B. ein Rückbau der Autobahn zugunsten eines Boulevards nicht Mieten und Wohnungspreise nach oben schnellen lassen?

3. *Der Fall der Reduzierung*: Dieses Post-Wachstums-Szenario bezieht sich auf eine Reduzierung (z. B. der Energieerzeugung und -nutzung) in Anerkennung planetarer Grenzen und damit verbunden einen Ausstieg und ein Verbot (z. B. der Kernenergie). In diesem reinen Reduktionsfall stellt sich die **Gerechtigkeitsfrage** umso dringlicher: Welche Bedürfnisse und **Rechte** sind zu beachten? Gibt es einen Vorrang von Grundbedürfnissen und Menschenrechten vor Bedürfnissen in einem weiteren Sinne? Theorien der **Gerechtigkeit** können zu diesen Fragen philosophische Argumente bereitstellen und moralische Intuitionen prüfen (Ziegler, 2020), die in der Praxis von verschiedenen Akteuren vorgebracht werden. Die Transitionsforschung verweist auf politische Instrumente und Verfahren (Kivimaa & Kern, 2016).

Ethik und Politik sind wichtig, da die genannten drei Idealtypen zeigen, dass es zu einfach ist, in der Exnovation lediglich den versteckten Teil der endogenen, kapitalistischen Dynamik schöpferischer Zerstörung zu sehen. Insbesondere für **transformative Nachhaltigkeitspolitik** sind auch die unter 2. und 3. genannten Typen naheliegend, und selbst der unter 1. genannte Typ ist – wie der Fall der erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus fossilen Energieträgern zeigt – keinesfalls ein Automatismus.

Wie so oft in der Forschung ist Exnovation teilweise alter Wein in neuen Schläuchen. Zukünftige Exnovationen können daher von *impliziter Exnovationsforschung* profitieren – viele Disziplinen und Fachgebiete liefern diesbezügliche Erkenntnisse, ohne diese jedoch als Exnovation zu bezeichnen. Beispiele hierfür finden sich in Forschungen im Bereich des *Social Marketing* über die **geplante** Beendigung von Praktiken (z. B. Rauchen), in der Umweltpsychologie (z. B. Abfallvermeidung, Konsument*innenentscheidungen), in der politikwissenschaftlichen Forschung über die Beendigung, Destabilisierung und Unterbrechung von Maßnahmen, in Arbeiten zu *Design Fiction* in der **Planung** (Dunne & Raby, 2013) bis hin zur Kognitionsforschung und Philosophie.

Es könnte eine kognitive Verzerrung geben, die den Menschen dazu veranlasst, bei der Lösung von Problemen lieber Dinge zu addieren, als sie durch Reduktion zu lösen, nach „additiven Transformationen“ zu suchen und „subtraktive Transformationen“ (Adams et al., 2021) zu vernachlässigen. Die fast völlige Vernachlässigung der Exnovation im Vergleich zur **Innovation** legt nahe – Freud paraphrasierend –, dass Exnovation einer weiteren narzisstischen Kränkung zumindest des okzidentalen Selbstverständnisses von Wachstum und Fortschritt gleichkommt: Wir sind nicht das Zentrum des Universums, wir haben uns mit anderen Arten entwickelt und

unsere Innovationen sind nicht unbedingt Verbesserungen. Besteht wahrer Fortschritt womöglich darin, Städte teilweise wieder abzubauen und auf die ein oder andere Stätte des Fortschritts zu verzichten?

Literaturverzeichnis

- Adams, G., Converse, B., Hales, A., & Klotz, L. (2021). People systematically overlook subtractive changes. *Nature*, 592(7853), 258–261. <https://doi.org/10.1038/s41586-021-03380-y>
- Alliance pour l'innovation dans les infrastructures urbaines de mobilité [Allium]. (2023). *L'Allium vous souhaite la bienvenue!* Abgerufen am 6. Juli 2023 von <https://www.allium.com/>
- Bynum, J., Passow, H., Carmichael, D., & Skinner, J. (2019). Exnovation of Low Value Care: A Decade of Prostate-Specific Antigen Screening Practices. *Journal of the American Geriatrics Society*, 67(1), 29–36. <https://doi.org/10.1111/jgs.15591>
- Callorda Fossati, E., & Fransolet, A. (2021). The transition towards a Circular Economy in Brussels from an Exnovation Perspective. SSRN. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3913620>
- David, M., & Gross, M. (2019). Futurizing politics and the sustainability of real-world experiments: what role for innovation and exnovation in the German energy transition? *Sustainability Science*, 14, 991–1000. <https://doi.org/10.1007/s11625-019-00681-0>
- Davidson, D. (2019). Exnovating for a renewable energy transition. *Nature Energy*, 4(4), 254–256. <https://doi.org/10.1038/s41560-019-0369-3>
- Denk, M. (2015). Fundamente von Exnovations-Governance im Transformationsdiskurs: Ein erster disziplinübergreifender Literaturvergleich. In A. Arnold, M. David, G. Hanke, & M. Sonnenberg (Hrsg.), *Innovation - Exnovation* (S. 77–100). Metropolis.
- Dunne, A., & Raby, F. (2013). *Speculative Everything: Design, Fiction, and Social Dreaming*. MIT Press.
- Fuchs, L., & Ziegler, R. (2023, 13. April). *If you are for market creation, you should be for market destruction! Exploring the relations between innovation and exnovation for changing societal directions* [Workshopbeitrag]. Critiquing the Directionality of Innovation – Justice and Exnovation, Montréal, Kanada.
- Gasperoni, C., Gilbert-Lapointe, C., Porto, L., Scherrer, F., & Ziegler, R. (in Druck). Future-oriented codesign workshops as a method of empowering citizens in urban infrastructure development: a capabilitarian analysis. *Journal of Human Development and Capabilities*. <https://doi.org/10.1080/19452829.2024.2338261>
- Gilbert-Lapointe, C. (2021). *Quelles stratégies pour des transformations urbaines durables?* [Broschüre]. HEC Montréal. https://www.allium.com/_files/ugd/bb3345_154ff122c4d34a85a509c4a5f59266a9.pdf
- Heyen, D. (2019). Governance-Ansätze für nachhaltige Transformationen auf dem Prüfstand dreier Praxisfelder. *GAIA*, 28(1), 198–203. <https://doi.org/10.14512/gaia.28.S1.5>
- Heyen, D., Hermwille, L., & Wehnert, T. (2017). Out of the Comfort Zone! Governing the Exnovation of Unsustainable Technologies and Practices. *GAIA*, 26(4), 326–331. <https://doi.org/10.14512/gaia.26.4.9>
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). (2022). *Mitigation of Climate Change: Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009157926>
- Kimberly, J. (1981). Managerial Innovation. In P. Nystrom & W. Starbuck (Hrsg.), *Handbook of Organizational Design* (S. 84–104). Oxford University Press.
- Kivimaa, P., & Kern, F. (2016). Creative destruction or mere niche support? Innovation policy mixes for sustainability transitions. *Research Policy*, 45(1), 205–217. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2015.09.008>
- Paech, N. (2012). *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum: Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*. Metropolis.
- Pinneau, P. (2023). *L'équilibre énergétique*. Éditions Robert Laffont.
- Schumpeter, J. (1942). *Capitalism, Socialism and Democracy*. Harper Collins.
- Yin, R., Quick, S., Bateman, P., & Marks, E. (1978). *Changing Urban Bureaucracies: How New Practices Become Routinized*. Rand Corporation.
- Ziegler, R. (2020). *Innovation, Ethics and Our Common Futures: A Collaborative Philosophy*. Edward Elgar.

Experiment

Sozial-ökologische Zukunft ausprobieren

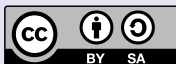
Knappheit und Krise sind zu bestimmenden Größen unserer Zeit geworden. Sie bedingen den Ruf nach einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. Doch die Unsicherheiten über die richtigen Maßnahmen zur Gestaltung einer guten Zukunft sind groß und gleichzeitig drängt die Zeit. Hier kommt das Experiment ins Spiel. Frei nach dem Motto *Probieren geht über Studieren* werden im Realexperiment potenzielle Ideen und Lösungsansätze für eine ökosoziale urbane Zukunft ad hoc implementiert und aus dem Versuch gelernt. So überspringt das urbane Experiment langwierige inkrementelle Lern- und Gestaltungsprozesse und avanciert zum Hoffnungsträger für die Beschleunigung einer allseits geforderten urbanen Transformation. Dieser Beitrag führt einige der Gründe für den Hype ums Realexperiment im Kontext der Transformation aus und gibt einen Überblick über die verschiedenen Lesarten des Experiments im akademischen Diskurs. Er schließt mit einer Einschätzung über das Verhältnis von Experiment und Planung als unterschiedliche Formen des Zukunftsmachens und welche Rolle Planenden dabei zukommen kann.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Governance](#), [Innovation](#), [Planung](#), [Transdisziplinarität](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Suitner, J. (2024). Experiment: Sozial-ökologische Zukunft ausprobieren. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 49-56). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_7



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Einführung: Den Wandel beschleunigen

Ubiquitäre **Nachhaltigkeitsziele** haben die Stadtentwicklungspolitik des beginnenden 21. Jahrhunderts geprägt. Mit Blick auf Lebensqualität und Ressourcenschonung bei gleichzeitiger Wachstumsorientierung wurde **nachhaltige** Entwicklung aber vorrangig als Agenda zur *Optimierung* von Infrastrukturen und damit verbundenen Verteilungsmechanismen interpretiert. Die Demokratisierungs- und Effizienzversprechen der *Smart City* und das Wachstumsnarrativ der grünen Energiewende sind nur zwei prominente Beispiele dieser Politik (Bauriedl & Strüver, 2018; Foxon, 2022).

In Anerkennung planetarer Grenzen und **sozial-ökologischer Krisen** wird diese Agenda und mit ihr die dominante Wirtschaftsweise und Gesellschaftsstruktur zunehmend infrage gestellt (Brand, 2014). Die daraus abgeleitete Forderung nach einer **sozial-ökologischen Transformation** hat auch unmittelbare **Auswirkungen** auf unsere Städte. So geht mit ihr der Anspruch an eine urbane **Transformation** einher, die sich in ihrer Tiefe, Breite und Geschwindigkeit von bisherigen Umbauprozessen abhebt (Grandin et al., 2018).

Vor allem in Diskursen der **Innovationsforschung** und **Innovationspolitik**, aber auch in der Stadtentwicklung gilt das Experiment als vielversprechender Ansatz zur Beschleunigung dieses Wandels (Fuenfschilling et al., 2019). Die Stadt wird damit kurzerhand zum Testlabor für mögliche **ökosoziale** Zukünfte (Bulkeley et al., 2019). Doch was hat es mit dem Hype ums Experiment auf sich?

Vom naturwissenschaftlichen zum realweltlichen Experiment

Das Experiment gilt als ursprünglichste aller empirischen Methoden. Es stellt eine **systematische** Versuchsanordnung dar, bei der die Interaktion bestimmter Variablen provoziert wird und Erkenntnisse aus der Beobachtung der anschließenden Reaktion gewonnen werden (Kelterborn, 1994). Diese Vorstellung ist eng mit den Naturwissenschaften verbunden. Doch nicht nur dort, auch in den **Sozialwissenschaften** haben Experimente Tradition, z. B. in der Verhaltensökonomie oder der experimentellen Politikentwicklung (Huitema et al., 2018).

Im **Kontext** der **Transformation** erfährt das Experiment neue Bedeutung als zentrales Werkzeug des Wandels. Statt Lösungen für **ökosoziale** Problemlagen erst abstrakt-theoretisch zu erdenken, dann *am grünen Tisch* in instrumentelle Formen zu gießen und schließlich zu implementieren, werden mögliche Alternativen zu einem als unbefriedigend eingestuften Istzustand ad hoc testweise umgesetzt und ihre Praxistauglichkeit so unter realen Bedingungen erprobt. Derartige realweltliche Experimente probieren u. a. neue Technologien, alternative **soziale** Praktiken, neue institutionelle Arrangements oder originäre Organisationsformen aus. Neben Erkenntnissen über die Praktikabilität konkreter Produkte und Services geht es also auch um das **Lernen** aus der Erprobung von Ideen für institutionellen und gesellschaftlichen Wandel.

Im Wissen um die Rolle von Städten in der **Transformation** (Hölscher & Frantzeskaki, 2021) haben solche Experimente auch in der Stadtentwicklung den Status von Hoffnungsträgern erlangt und einen Aufschwung erlebt. Die Gründe dafür sind vielfältig:

Dringlichkeit des Handelns: Im Angesicht multipler Krisen steigt der Druck, eine **Transformation** der Stadt in ihrer gebauten, funktionalen, **sozialen** und politisch-institutionellen Dimension rasch herbeizuführen. Das Experiment bietet einen wesentlichen Hebel für die Beschleunigung dieses Ansinnens, weil es verspricht, den langwierigen inkrementellen Politikprozess zu überspringen und mögliche Klima- und **Nachhaltigkeitslösungen** ad hoc umzusetzen (Evans et al., 2016).

Hohe Komplexität und begrenztes Wissen: **Nachhaltigkeitsprobleme** gelten häufig als vertrackt. Ihre **Komplexität** ist hoch, sie an den Wurzeln zu packen oft nicht möglich. Die Konsequenzen des Eingreifens sind schwer vorherzusehen, weil viele **Wirkungszusammenhänge** unklar und manche Variablen erst gar nicht bekannt sind (Wittmayer & Hölscher, 2017). Ergo bietet sich die Erprobung von Lösungen in der Praxis anhand von überschaubaren Experimenten nach dem *Trial-and-Error*-Verfahren an, um mögliche **Transformationspfade** zu eruieren.

Neues Innovationsverständnis: Beim Experiment bringen Produzent*innen und Nutzer*innen im Sinne der Koproduktion ihr Wissen und ihre Bedürfnisse **gleichberechtigt** in den Gestaltungsprozess neuer Produkte, Dienstleistungen oder **sozialer Praktiken** ein, weil diese damit tragfähiger und **wirksamer** sein sollen. Im **Kontext** der Stadtentwicklung kann das Experiment daher als Weiterentwicklung **partizipativer** Ansätze und Perspektiven einer emanzipatorischen Stadtentwicklung gesehen werden, die zu besseren urbanen Problemlösungen und **Innovationen** führt und potenziell demokratischer und **inklusiver** ist als klassische *top-down* verordnete **Pläne** und Projekte (Eneqvist & Karvonen, 2021).

Politische Rationalität: Das Experiment macht Stadtpolitik sichtbar und verständlich, erzeugt Aufmerksamkeit durch unkonventionelle Eingriffe in den urbanen Alltag und ermöglicht *Quick-wins*, indem es ad hoc Resultate produziert und so politische Handlungsfähigkeit vermittelt. Gleichzeitig sind die Kosten und die Risiken des Scheiterns bei räumlich und zeitlich begrenzten Interventionen überschaubar. Entsprechend passt das Experiment in die politische Rationalität und begründet eine beobachtbare Politik des Experimentierens (Bulkeley et al., 2016). Dieser Ansatz wird jedoch zuweilen kritisiert, weil er oft nur elitäre Interessen bedient und die Verantwortung für hoheitliche Entscheidungen im Sinne einer Politik der **Transformation** auf Einzelprojekte abwälzt (Haderer, 2023; Torrens & Wirth, 2021).

Transformation testen – vier Lesarten des Experiments

Unterschiedliche Disziplinen haben sich in den vergangenen zwei Dekaden mit jeweils verschiedenen Forschungsinteressen dem Realexperiment als Phänomen und Methode gewidmet und dabei einen schier unendlichen Wissenskorpus aufgebaut – die Literaturstudie von Sengers et al. (2019) ist der beste Beleg dafür. Zumindest vier Lesarten des Experiments lassen sich dabei differenzieren:

Experimentieren für nachhaltige Innovation: In dieser für die *Transition Studies* prägenden Perspektive stellt das Experiment ein Schlüsselement in den frühen Phasen eines **Innovations-** oder Nischenbildungsprozesses dar (Geels, 2019). Es soll neuartige (vorwiegend technologiebasierte) Lösungen für **Nachhaltigkeitsprobleme**

in spezifischen soziotechnischen **Systemen** wie Energie und Mobilität anregen. Sind diese erfolgreich, sollen die resultierenden Produkte oder Dienstleistungen verbreitet und skaliert werden, um einen soziotechnischen **Systemwandel** einzuleiten (Sengers et al., 2019).

Experimentieren zur Wissensproduktion: Hier ist das Experiment Forschungsmethode im Sinne der Aktionsforschung. Forschende und andere gesellschaftliche Akteure widmen sich gemeinsam dem Untersuchungsgegenstand, um ihn im Tun zu ergründen (Wittmayer & Hölscher, 2017). Ziel ist es, koproduktive Methoden in realen **Kontexten** einzusetzen, um neues und handlungsorientiertes Wissen für die **Transformation** zu erschließen.

Experimentieren als Regierungsform: Dieser Diskursstrang versteht das Experiment als alternativen **Governance**-Ansatz, der darauf abzielt, neue Regeln, Prozesse oder Organisationen ad hoc umzusetzen, die (un)beabsichtigten **Auswirkungen on the fly** zu evaluieren und so die üblichen *Policy Cycles* zu überspringen (Zeitlin, 2016). Dahinter steht das Ziel der Beschleunigung eines als notwendig erachteten Wandels politischer Instrumente und Mechanismen mittels *(Un-)Learning by Doing*.

Experimentieren als alternative soziale Praxis: Zivilgesellschaftliche Experimente oder Graswurzel-**Innovationen** (Sengers et al., 2019) sind eine spezifische Form des *Bottom-up*- oder aktivistischen Experimentierens mit alternativen gesellschaftlichen Praktiken und Lebensweisen. Sie wollen Praktiken, Interaktionen und Machtstrukturen verändern und so gesellschaftlichen Wandel unterstützen. Oft handelt es sich dabei um **soziale Innovationen**, die auf spezifische lokale Probleme reagieren und sich auf die Interessen und Werte der beteiligten Gemeinschaft stützen (Seyfang & Smith, 2007). Diese Experimente sind daher auch unmittelbar politisch.

Im Experiment kulminieren also unterschiedliche Interessen und Ziele: Modernisierung, Erkenntnis, Herrschaft, **Ermächtigung**. Es bietet unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Akteuren gleichermaßen einen Ansatz, altruistische **Transformationsziele** mit individuellen Zielen zu kombinieren. Dieser Umstand macht das Experiment auch zum Kristallisationspunkt einer umkämpften **ökosozialen** Zukunft.

Das Experiment als spezifische Form des Zukunftmachens

Was zeichnet das Experiment nun aus, v. a. gegenüber der **Planung**, die vielfach als institutionalisierte Form des Zukunftmachens verstanden wird?

Ein Aspekt ist sicherlich der *kokreative Charakter* (Wirth et al., 2019), d. h., Produzent*innen und Nutzer*innen entwickeln und erproben gemeinsam neue Ideen. Ein generell wichtiges Kriterium ist die *Neuartigkeit*, d. h. das Ausprobieren von etwas, das an diesem Ort oder zur Bewältigung dieser spezifischen Herausforderung bisher unüblich war (Wanner et al., 2021).

Ein weiteres Merkmal ist die *Radikalität der Intervention*, d. h. das Brechen mit etablierten **Governance**-Modi, Regeln und Vorschriften, das Infragestellen dominanter

Framings, Narrative und Zukunftsvorstellungen oder der Eingriff in bestehende Modi der Ressourcenverteilung, Netzwerke und Machtverhältnisse (Sengers et al., 2019; Torrens & Wirth, 2021). Die damit verbundene *kritische Haltung* gegenüber herrschenden politischen, ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Bedingungen ist ein Wesenskern des Experiments – ein Anspruch, dem eine formalisierte **Planung** aufgrund ihrer Einbettung in diese Bedingungen oft nur schwer nachkommen kann.

Ebenfalls ein Unterscheidungsmerkmal: die *Ergebnisoffenheit* und, damit verbunden, Unsicherheit über den Ausgang. Das impliziert auch die *Möglichkeit des Scheiterns* (Wirth et al., 2019) – wenn etwa zu erkennen ist, dass ein technischer Prototyp nicht funktioniert oder eine alternative Finanzierungsform ungeeignet ist. Darin unterscheidet sich das Experiment grundlegend von der **Planung**, die sich üblicherweise erst der Funktionsfähigkeit und **Wirksamkeit** von Maßnahmen sicher sein soll, ehe sie (öffentliche) Mittel in deren Realisierung steckt.

Ein weiteres Charakteristikum ist das *Learning by Doing*, das **Lernen** aus der Praxis – auch aus potenziellen Misserfolgen. Erst der *iterative Charakter* ermöglicht die unmittelbare Reflexion und Einbindung von Erkenntnissen in den weiteren Prozess des Experiments. Das scheinbare Chaos sich laufend ändernder Arten der **Partizipation**, Interaktionsformen und Ziele ist also eine Form von *Reflection in Action* (Torrens & Wirth, 2021) und somit eine zentrale Qualität und ein klares Kriterium für die Wahl des Experiments als Modus Operandi.

Auch die *zeitliche Begrenztheit* zeichnet Experimente aus, v. a. in ihrer Ausprägung als **Innovations-** und Wissensproduktionsprozesse (Wirth et al., 2019). Hier gibt es eine klare Trennung zwischen der Versuchsanordnung und der Skalierung von **Innovation** und Wissen. Beim Experiment als **Governance-**Modus und alternative **soziale Praxis** ist diese Trennung nicht so klar, weil der Übergang von ephemerer Erprobung zu politisch-institutioneller Einbettung und gesellschaftlicher Verstetigung fließend sein kann. Hier gibt es daher mitunter auch keinen festgelegten Endzeitpunkt für das Experiment (Suitner et al., 2024).

Häufig entstehen Experimente als Reaktion auf die lokalen **Auswirkungen** globaler Herausforderungen, d. h., sie *interagieren mit dem Ort ihres Entstehens* (Eneqvist & Karvonen, 2021). Einzig technologiebasierte Nischenexperimente mögen eher in der Logik eines **Innovationssystem**s eingebettet und damit von den Zwängen lokalräumlicher Spezifika befreit sein. Bei allen anderen Formen des Experiments üben Pfadabhängigkeiten, **kulturelle Normen**, räumliche Strukturen und politisch-institutionelle **Kontexte** jedoch unmittelbaren Einfluss auf deren Konzeption, Durchführung und Ergebnis aus (Suitner & Krisch, 2023).

Hieraus ergeben sich konkrete Fragen bezüglich der Vereinbarkeit von Experiment und **Planung** als verschiedenartige Ansätze zur Gestaltung **transformativer** Veränderungen in der Stadtentwicklung.

Planung vs. Experiment

Mit **Planung** und Experiment stehen einander zwei diametral unterschiedliche Vorstellungen für Ansätze zur Gestaltung urbaner Zukunft gegenüber. Auf der einen Seite die **Planung** als Versprechen der Moderne einer mess- und kontrollierbaren Zukunft – vollständige Information für langfristige Sicherheit. Eine hoheitliche Aufgabe, die, klaren Regeln und demokratischen Prinzipien folgend, mit **Plan** und Praxis Konsens und Klarheit über eine zu erwartende Zukunft schaffen will. Auf der anderen Seite das Experiment: Ein agiles Instrument als Antwort auf Knappheit und Krise – radikale Offenheit statt Regelmäßigkeit, Unsicherheit statt gesichertem Wissen, Versuch und Irrtum als Rezept zum Umgang mit Emergenz und Heterogenität.

Dabei verbindet Stadt, **Planung** und Experiment nach Meinung mancher Autor*innen bereits eine lange Geschichte. Gross und Krohn (2005) beschreiben etwa, wie die Vertreter*innen der Chicago School die Stadt als großes Realexperiment betrachteten, aus dessen Beobachtung sie Wissen generierten. Demnach wären Experiment und **Planung** gar kein Gegensatzpaar, sondern das Experiment vielmehr **planerische** Methode zur Wissensproduktion über und Gestaltung von Stadt und Gesellschaft. Dafür spricht z. B. auch der Befund von Eneqvist und Karvonen (2021), die in ihrer Forschung feststellen, dass Kommunen eine zentrale Funktion als Ermöglicherinnen und Umsetzerinnen von Experimenten zukommt.

Der Hype ums Experiment speist sich ein Stück weit auch aus der Kritik an der Lethargie politisch-administrativer **Systeme**. Warum sollte man angesichts des Handlungsdrucks auf formalisierte Prozesse vertrauen, die in der allgemeinen Wahrnehmung als langwierig und wenig schlagkräftig gegenüber **sozial-ökologischen** Problemlagen gelten? Gleichzeitig muss sich aber auch das Experiment die Kritik einer gewissen Beliebigkeit gefallen lassen. Eine Vielzahl nicht zusammenhängender Einzelexperimente erfüllt potenziell nur Partikularinteressen mächtiger Player in der Stadtentwicklung, während eine am **Gemeinwohl** orientierte, übergeordnete Stadt**planung**, die diese Prozesse konzertiert, unter ein gemeinsames strategisches Dach stellt und ihnen somit in der Summe Sinn verleiht, an Einfluss verliert. Diese zunehmende Projektifizierung der Stadtentwicklung (Torrens & Wirth, 2021) kommt einer weiteren Aushöhlung des lokalen Staats und somit einer Fortführung der neoliberalen postpolitischen Agenda in der Stadtentwicklung gleich.

In der Konsequenz sollte das Experiment daher als Erweiterung des instrumentellen Werkzeugkastens einer **transformativen** Stadtentwicklung verstanden werden. In dieser Konstellation erlaubt es einer institutionalisierten **Planung** dort, wo diese auf unsicheres Terrain, Wissenslücken oder Zielkonflikte stößt, punktuell aus ihren formellen Haltungen und Leitlinien auszubrechen und durch die befristete Aufhebung von Vorschriften, die einmalige Umgehung formalisierter Verfahren oder die außerordentliche Übertragung von Entscheidungsbefugnissen Neues im Interesse der **ökosozialen** urbanen **Transformation** zu generieren. Damit käme den **Planenden** auch eine wichtige Rolle in der Abwägung und Kuratierung, der Ermöglichung und Regulierung des Experimentellen und somit eine zentrale Funktion in der Gestaltung der urbanen **Transformation** zu.

Literaturverzeichnis

- Bauriedl, S., & Strüver, A. (Hrsg.). (2018). *Smart City: Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung in Städten*. Transcript.
- Brand, U. (2014). Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. *Kurswechsel*, 2, 7-18.
- Bulkeley, H., Coenen, L., Frantzeskaki, N., Hartmann, C., Kronsell, A., Mai, L., ... & Palgan, Y. V. (2016). Urban Living Labs: Governing Urban Sustainability Transitions. *Current opinion in environmental sustainability*, 22, 13-17. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2017.02.003>
- Bulkeley, H., Marvin, S., Palgan, Y. V., McCormick, K., Breiffuss-Loidl, M., Mai, L., Wirth, T. von, & Frantzeskaki, N. (2019). Urban living laboratories: Conducting the experimental city? *European urban and regional studies*, 26(4), 317-335. <https://doi.org/10.1177/09697764187872>
- Eneqvist, E., & Karvonen, A. (2021). Experimental Governance and Urban Planning Futures: Five Strategic Functions for Municipalities in Local Innovation. *Urban Planning*, 6(1), 183-194. <https://doi.org/10.17645/up.v6i1.3396>
- Evans, J., Karvonen, A., & Raven, R. (2016). The experimental city: new modes and prospects of urban transformation. In J. Evans, A. Karvonen, & R. Raven (Hrsg.), *The experimental city* (S. 1-12). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315719825>
- Foxon, T. J. (2022). Green Growth and Post Growth: Economic Framing in Low-Carbon Energy Transitions. In K. Araújo (Hrsg.), *Routledge Handbook of Energy Transitions* (S. 40-53). Routledge.
- Fuenfschilling, L., Frantzeskaki, N., & Coenen, L. (2019). Urban experimentation & sustainability transitions. *European Planning Studies*, 27(2), 219-228. <https://doi.org/10.1080/09654313.2018.1532977>
- Geels, F. W. (2019). Socio-technical transitions to sustainability: A review of criticisms and elaborations of the Multi-Level Perspective. *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 39, 187-201. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2019.06.009>
- Grandin, J., Haarstad, H., Kjærås, K., & Bouzarovski, S. (2018). The politics of rapid urban transformation. *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 31, 16-22. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2017.12.002>
- Gross, M., & Krohn, W. (2005). Society as experiment: Sociological foundations for a self-experimental society. *History of the Human Sciences*, 18(2), 63-86. <https://doi.org/10.1177/09526951050504182>
- Haderer, M. (2023). Experimental climate governance as organized irresponsibility? A case for revamping governing (also) through government. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1). <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2186078>
- Hölscher, K., & Frantzeskaki, N. (2021). Perspectives on urban transformation research: transformations in, of, and by cities. *Urban Transformations*, 3, 1-14. <https://doi.org/10.1186/s42854-021-00019-z>
- Huitema, D., Jordan, A., Munaretto, S., & Hildén, M. (2018). Policy experimentation: core concepts, political dynamics, governance and impacts. *Policy Sciences*, 51, 143-159. <https://doi.org/10.1007/s11077-018-9321-9>
- Kelterborn, P. (1994). Was ist ein wissenschaftliches Experiment? *AEAS-Anzeiger*, 1, 7-9.
- Sengers, F., Wieczorek, A. J., & Raven, R. (2019). Experimenting for sustainability transitions: A systematic literature review. *Technological Forecasting and Social Change*, 145, 153-164. <https://doi.org/10.1016/j.techfore.2016.08.031>
- Seyfang, G., & Smith, A. (2007). Grassroots innovations for sustainable development: Towards a new research and policy agenda. *Environmental politics*, 16(4), 584-603. <https://doi.org/10.1080/09644010701419121>
- Suitner, J., & Krisch, A. (2023). Navigating context in experiments: The "real," the roots, the rationale. *European Urban and Regional Studies*, 0(0). <https://doi.org/10.1177/09697764231205218>
- Suitner, J., Haider, W., & Krisch, A. (2024). Socially innovative experiments for transformative local development: Putting more-than-growth-oriented local interventions in spatial context. *Regional Science Policy & Practice*, 100035. <https://doi.org/10.1016/j.rsp.2024.100035>
- Torrens, J., & Wirth, T. von (2021). Experimentation or projectification of urban change? A critical appraisal and three steps forward. *Urban Transformations*, 3(1), 1-17. <https://doi.org/10.1186/s42854-021-00025-1>
- Wanner, M., Bachmann, B., & Wirth, T. von (2021). Contextualising Urban Experimentation: Analysing the Utopiastadt Campus Case with the Theory of Strategic Action Fields. *Urban Planning*, 6(1), 235-248. <https://doi.org/10.17645/up.v6i1.3629>
- Wirth, T. von, Fuenfschilling, L., Frantzeskaki, N., & Coenen, L. (2019). Impacts of urban living labs on sustainability transitions: Mechanisms and strategies for systemic change through experimentation. *European Planning Studies*, 27(2), 229-257. <https://doi.org/10.1080/09654313.2018.1504895>
- Wittmayer, J., & Hölscher, K. (2017). *Transformationsforschung: Definitionen, Ansätze, Methoden*. Umweltbundesamt.
- Zeitlin, J. (2016). EU experimentalist governance in times of crisis. *West European Politics*, 39(5), 1073-1094. <https://doi.org/10.1080/01402382.2016.1181873>

Hans Holzinger

Gemeinwohl

Vom Sinn für das Gemeinsame in Stadt und Wirtschaft

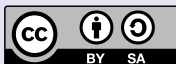
Was das Gemeinwohl ausmacht, ist nicht a priori festzulegen, aber auch nicht beliebig zu definieren. Der Schutz der Lebensgrundlagen gehört ebenso dazu wie die Förderung der Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen in Gemeinschaft mit anderen. Was das Wohlbefinden ausmacht und damit das Gemeinwohl fördert, lässt sich aus sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen destillieren. Gemeinwohl wird gemeinhin als Gegenpol zu Egoismus, Eigennutz und Partikularinteressen gesehen. Es erfordert daher einen Gemeinsinn der Bürger*innen einer Gesellschaft. Der Beitrag gibt Definitionen von Gemeinwohl, stellt Verbindungen zu Gemeingütern und Gemeinsinn her, adressiert Indikatoren sozialen und ökologischen Gemeinwohls inklusive eines planetaren Bewusstseins und endet mit der Frage, was dies für die Stadt der Zukunft bedeutet.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Gerechtigkeit](#), [Governance](#), [Kapital](#), [Kontext](#), [Nachhaltigkeit](#), [System](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Holzinger, H. (2024). Gemeinwohl: Vom Sinn für das Gemeinsame in Stadt und Wirtschaft. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 57-64). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_8



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Bestimmung von Gemeinwohl

Laut Duden online bedeutet Gemeinwohl „das Wohl[ergehen] aller Mitglieder in einer Gemeinschaft“ (Dudenredaktion, o. J.). Dabei stellen sich Fragen: Wer legt fest, was als Wohlergehen verstanden wird? Sind unterschiedliche Sichtweisen zulässig und wie gehen wir damit um? Wer ist überhaupt *Wir*? Ist Gemeinwohl universell gültig oder abhängig von **kulturellen** und **sozialen Kontexten**? Wie verhält es sich gegenüber Einzelinteressen? Auf welche Gemeinschaft bezieht es sich – auf eine Kommune, einen Staat oder die gesamte Menschheit?

Das Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung (o. J.) ist genauer: Gemeinwohl sei ...

eine politisch-soziologische Bezeichnung für das Gemein- oder Gesamtinteresse einer Gesellschaft, das oft als Gegensatz zum Individual- oder Gruppeninteresse gesetzt wird. Dabei wird i. d. R. übersehen, dass in pluralistischen, offenen Gesellschaften die konkrete inhaltliche Bestimmung des G. immer von den Interessen und Zielen derjenigen abhängig ist, die sich auf das G. berufen und das G. bestimmen (wollen) und/oder derjenigen, denen die Verwirklichung des G. nutzt.

Es besteht ein grundlegender Dissens hinsichtlich der Frage, ob man Gemeinwohl a priori festlegen könne oder ob das, was der Allgemeinheit nützt, als Ergebnis einer Bestimmungsleistung von Betroffenen oder deren Vertreter*innen, die sich in **Aushandlungen** um einen Interessenausgleich bemühen, zu betrachten sei. Gemeinwohl hängt mit dem Begriff der Freiheit zusammen. Die Freiheit des Einzelnen endet demnach dort, wo die Freiheit anderer bedroht wird. Der Staat gilt gemeinhin als Begrenzer der individuellen Freiheit und Hüter des Gemeinwohls.

Von Bedeutung ist das Prinzip der **Reziprozität**. Soll mein eigenes Leben gelingen, bin ich auf andere Menschen, nichtmenschliche Lebewesen und intakte Ökosysteme angewiesen (Remele, 2022). Die Biologin Haraway verweist auf die Solidarität mit Tieren bzw. „anders-als-menschlichen Wesen“ (zit. nach Bude, 2019, S. 125), der Philosoph Coccia auf das Eingebundensein in die Natur und das Werk der Pflanzen als Urform der Solidarität: „Die Solidarität der Lebewesen ist eine des wechselseitigen Parasitentums, das wiederum das Leben selbst erhält“ (zit. nach Bude, 2019, S. 129). Dies führt zur Metapher der Erdgebundenheit des Philosophen Latour: Die Erde sei kein Planet unter anderen, „sondern der vollkommen einzigartige Ort, wo wir Erdverbundene inmitten von Erdverbundenen leben und sterben“ (zit. nach Bude, 2019, S. 132).

Wer bestimmt nun das Gemeinwohl? Einerseits kann die konkrete Ausgestaltung als offen, **kontext**abhängig und nicht vorab bestimmbar angenommen werden. Andererseits kann auf **sozialwissenschaftliche** und **psychologische** Konzepte zurückgegriffen werden. Zur Beschreibung kann etwa der Ansatz der Grundfähigkeiten von Nussbaum (1998, S. 200–203) dienen:

- sich guter Gesundheit zu erfreuen
- sich angemessen zu ernähren
- eine angemessene Unterkunft zu haben

- Möglichkeiten zu sexueller Befriedigung zu haben
- sich von einem Ort zu einem anderen zu bewegen
- unnötigen Schmerz zu vermeiden
- friedvolle Erlebnisse zu haben

Veith (2004, S. 270–271) nennt zwei Bedeutungen für das Gemeinwohl:

Jenseits divergierender Individualinteressen steht die materiale Dimension des Gemeinwohls für einen Kernbestand sozialer Leitvorstellungen, der in gesellschaftlichen Teilbereichen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Medien einen hohen Grad an Verbindlichkeit besitzt. Demgegenüber bezeichnet das Gemeinwohl in seiner zweiten Bedeutung die sozialen Bedingungen und strukturellen Voraussetzungen, die in einer gesellschaftlichen Ordnung die personale Entfaltung des Menschen erst ermöglichen.

Gemeinwohl, Gemeingüter und Gemeinsinn

Das Gemeinwohl ist in vielen Verfassungen verankert. Deutlich mit Bezug auf Wirtschaftstätigkeiten ist jene des Freistaats Bayern: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten“ (Verfassung des Freistaats Bayern, 1998, Art. 151, Abs. 1). Die Erhöhung der Lebenshaltung verweist auf die Wachstumslogik seit den 1950ern. Im **Kontext nachhaltiger** Entwicklung wäre heute von Erhöhung des Wohlbefindens zu sprechen.

Gemeinwohl hängt in diesem Sinn eng mit *Gemeingütern* zusammen. Gesprochen wird von *Commons*, die allen gehören und zugleich niemandem – etwa die Luft zum Atmen oder ein verträgliches Klima (Helfrich & Heinrich-Böll-Stiftung, 2014). Viele Güter einer (lebenswerten) Stadt sind Gemeingüter: öffentliche Freiräume, lärmarme Umgebungen, leistbares Wohnen, Begegnungsräume ohne Konsumzwang, saubere Luft. Stadt- und Verkehrs**planung** sowie Boden- und Wohnpolitik spielen dabei eine zentrale Rolle (vgl. u. a. Rettich & Tastel, 2020). Mit Begriffen wie *Urban Commons* und neuen Allmenden werden räumliche und **soziale** Praktiken der kollektiven Bewirtschaftung geteilter Ressourcen bezeichnet (Güntner, 2020).

Bude (2019) spricht von einer dritten Dimension der Solidarität neben jener unter einzelnen Gruppen sowie jener durch den Wohlfahrtsstaat – der globalen Solidarität im **Kontext** der Abhängigkeit aller von allen. Das heißt: Die reichen Länder sind darauf angewiesen, dass die wirtschaftlich nachholenden Länder es ihnen nicht gleichtun und von vornherein einen **nachhaltigen** Entwicklungspfad anstreben. Andere verweisen auf die „imperiale Lebensweise“ der reichen Länder (Brand & Wissen, 2017) sowie unsere „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich, 2016), die die **sozialen** und ökologischen Kosten auslagert.

Gemeinwohl und **Nachhaltigkeit** hängen zusammen, letztere bezieht sich auf den (intra- und intergenerativen) Schutz der Lebensgrundlagen (vgl. Grober, 2013; Holzinger, 2019). Eine kritische Perspektive vertreten Blühdorn et al. (2020). Der Soziologe Staab (2022) plädiert für die These, dass das *Prinzip der Selbstverwirklichung*

reiche Klimaklagen zeigen (Germanwatch, o. J.) – bei gleichzeitiger Hinterfragung des Begriffs des Privateigentums (Pechmann, 2021) ebenso an Relevanz gewinnen müssen wie neue globale Finanzausgleichssysteme, die der aktuelle Bericht „Earth for All“ des Club of Rome (2023, S. 101–124) vorschlägt. Manche plädieren gar für den Übergang zu neuen Rationierungswirtschaften (Herrmann, 2022) oder modernen Bedarfsökonomien (Holzinger, 2024a; Tocha, 2022). Hier kämen neue Aufgaben auf Kommunen und Städte zu (vgl. Fearless Cities, o. J.).

Es gibt mittlerweile freiwillige Vereinigungen wie die Gemeinwohl-Ökonomie (International Federation for the Economy for the Common Good e. V., o. J.), es braucht aber politisch verbindliche Regeln. Erste Ansätze finden sich in den **geplanten** Lieferkettengesetzen sowie der EU-Berichtspflicht für größere Unternehmen (Europäische Kommission, o. J.). Relevant wären auch Erkenntnisse der **Transformations-** und **Bildungsforschung**, um der Frage nachzugehen, wie wir zu einem besseren Schutz des Gemeinwohls kommen (Holzinger, 2013 & 2024b).

Gemeinwohl messen

Anhand der Sustainable Development Goals (SDGs; United Nations [UN], 2015) werden zwei Dilemmata universeller Gemeinwohlprogramme deutlich: die Nichtsanktionierbarkeit bei Nichterfüllung sowie die **kulturelle** Kodifizierung, in diesem Fall ausgerichtet am Wohlstandsmodell der westlichen Welt (Holzinger, 2019).

Weniger umstritten sind Ansätze zur Bestimmung der **ökosystemischen** Grenzen, etwa in Bezug auf die Klimaerwärmung, den Zustand unserer Böden, der Meere, der Artenvielfalt (vgl. Krautwig & Krieger, 2022).

Es gibt mittlerweile auch eine Vielzahl an Indikatoren**systemen**, die das Wohlbefinden der Menschen beschreiben: den World Value Survey, eine weltweit durchgeführte Befragung zur Zufriedenheit der Menschen, den World Happiness Report der UN, den Happy Planet Index, der das Wohlbefinden mit ökologischen Parametern verbindet, das Bruttonationalglück in Bhutan oder die Donut-Ökonomie. Das Ziel letzterer ist, die ökologischen Grenzen mit den **sozialen** Bedürfnissen in Einklang zu bringen (Raworth, 2018). Beide Aspekte lassen sich messen – durch Datenreihen, Feldstudien, Umfragen und Statistiken. Wir wissen, was der Umwelt schadet, dem Klima einheizt, Menschen krank oder unglücklich macht, etwa Einsamkeit, Überforderung oder Unterforderung. Weniger ungleiche Gesellschaften scheiden in Parametern wie Gesundheit, Vertrauen oder **Bildungschancen** besser ab (Wilkinson & Pickett, 2010 & 2019). Umfragen zeigen, dass Gesundheit, Familie, Freunde sowie eine intakte Umwelt ganz oben auf der Wünsche-Skala der Menschen stehen. Auch die positiven **Wirkungen** von Wohlfahrt**ssystemen** sind erforscht (Premrov et al., 2022).

Resümee: Gemeinwohl und Stadt

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in Städten. In Städten ist die Wirtschaftskraft konzentriert, der Konsum sowie der Ressourcenverbrauch. Städte sind aber auch Zentren des **kulturellen** und geistigen Austauschs, der Organisation der Zivilgesellschaft. Städte sind mit ihren Shoppingmalls und Vergnügungsangeboten

Hotspots des Konsumkapitalismus. Sie sind aber auch Orte des Dialogs und Diskurses. Die gemeinwohlorientierte Stadt sucht die Balance zwischen wirtschaftlicher Potenz und der Befriedigung der Grundbedürfnisse sowie dem Erhalt der Gemeingüter. Stadtregierungen sind nicht nur verantwortlich für das Funktionieren der öffentlichen Infrastrukturen, sondern auch für die Förderung von Chancengleichheit ihrer Bewohner*innen sowie für die Schaffung von Räumen der Begegnung und für zivilgesellschaftliches **Engagement**.

Die 2020 verabschiedete Neue Leipzig-Charta gilt als Leitdokument für eine zeitgemäße Stadtpolitik in Deutschland und Europa. Sie betont das Gemeinwohl und die **Mitwirkung** aller Akteure in der Politik und Zivilgesellschaft: „Zum Gemeinwohl gehören verlässliche öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie die Verringerung und Vermeidung von neuen Formen der Ungleichheit in sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und räumlicher Hinsicht“ (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen [BMWSB], 2020, S. 1). Nur eine Stadtentwicklungspolitik, die diesen Zielen folge, ermögliche die zukunftsfähige **Transformation** von Städten und Gemeinden. Städte sind in diesem Sinne Magneten des Wissens und können zu Zentren **nachhaltiger** Entwicklung werden.

Städte sind auch Orte, in denen **soziale Innovationen** gedeihen. Stadtteilzentren, die Begegnung und Beteiligung ermöglichen, **inklusive** Schulen und Sportstätten, offene **Kultur-** und **Bildungshäuser**, Freiräume für Gemeinschaftsgärten oder Angebote für **soziales Engagement** sind ein wichtiger Bestandteil einer **resilienten** Stadt (Fekkek et al., 2016; Resilient Cities Network, o. J.). Demografische wie klimatische Veränderungen erfordern neue Antworten. Auf Stadtdächern erzeugte Energie aus Photovoltaik, Altstoff-Sammelzentren, die zu Reparaturteile-Sammelstellen werden, Bauernmärkte mit Produkten aus der Region, hochwertige Lebensmittel in Kindergärten, Schulen und öffentlichen Kantinen, **sozialer** Wohnbau sowie Gemeinschafts-Wohnprojekte – all das fördert das Gemeinwohl einer Stadt. Gemeinschaft und Gemein-sinn in der Stadt werden auch gefördert durch öffentliche Räume, die Begegnung ermöglichen, was mit *Shared Space* beschrieben wird (Bendiks & Degros, 2019).

Die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie von Ansätzen der Nahversorgung – der Ökologe Kopatz (2021) spricht von „Wirtschaftsförderung 4.0“ – trägt dazu bei, dass die Abhängigkeiten von globalen Lieferketten geringer und der Grad an Autonomie größer werden. Ein Schwerpunkt gemeinwohlorientierter Städte hat auf dem Umbau der Mobilitätsinfrastrukturen zu liegen – weg vom motorisierten Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr, zu mehr Rad- und Fußwegen. Neben den materiellen Infrastrukturen geht es auch um die mentalen Infrastrukturen (Welzer, 2019) – die Qualität der öffentlichen Debatte über Stadtpolitik und Stadtentwicklung, die Nachbarschaftsbeziehungen und Beteiligungsmöglichkeiten im Stadtteil, die verfügbaren Kreativräume. „Was wir brauchen, ist Begeisterung und Tatkraft für das Neue. Wir müssen Lust bekommen auf die Zukunft, die wir mitgestalten wollen. Und dafür brauchen wir ein Bild dieser Zukunft“ (Schaller et al., 2023, S. 9).

In diesem Sinne braucht das Gemeinwohl nicht nur Gemein-sinn, sondern auch Möglichkeitssinn. Denn es könnte vieles auch anders sein.

Literaturverzeichnis

- Bendiks, S., & Degros, A. (2019). *Traffic Space is Public Space: Ein Handbuch zur Transformation*. Park Books.
- Blühdorn, I., Butzlaff, F., Deflorian, M., Hausknost, D., & Mock, M. (2020). *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Transcript.
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Oekom.
- Bude, H. (2019). *Solidarität: Die Zukunft einer großen Idee*. Hanser.
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). (2020). *Neue Leipzig-Charta: Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen/wohnen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Bundeszentrale für politische Bildung. (o. J.). *Gemeinwohl*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17540/gemeinwohl/>
- Club of Rome. (2023). *Earth for All: Ein Survivalguide für unseren Planeten*. Oekom.
- Dudenredaktion. (o. J.). *Gemeinwohl*. In *Duden online*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <https://www.duden.de/rechtschreibung/Gemeinwohl>
- Europäische Kommission. (o. J.). *Just and sustainable economy: Commission lays down rules for companies to respect human rights and environments in global value chains*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_1145
- Fearless Cities. (o. J.). *Fearless Cities: The Global Municipalist Movement*. Abgerufen am 2. Februar 2024 von <https://fearlesscities.com/en/about>
- Fekkek, M., Fleischhauer, M., Greiving, S., Lucas, R., Schinkel, J., & Winterfeld, U. von (2016). *Resiliente Stadt - Zukunftsstadt*. Wuppertal Institut. https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/6614/file/6614_Resiliente_Stadt.pdf
- Germanwatch. (o. J.). *Verfassungsbeschwerde*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <https://www.germanwatch.org/de/verfassungsbeschwerde>
- Göpel, M. (2020). *Unsere Welt neu denken: Eine Einladung*. Ullstein.
- Grober, U. (2013). *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit: Kulturgeschichte eines Begriffs*. Oekom.
- Güntner, S. (2020). Urban Commons und neue Allmenden. In I. Breckner, A. Göschel, & U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 97-104). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845276779-97>
- Helfrich, S., & Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). (2014). *Commons: Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Transcript.
- Herrmann, U. (2022). *Das Ende des Kapitalismus: Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind - und wie wir in Zukunft leben werden*. Kiepenheuer & Witsch.
- Holzinger, H. (2013). Wie kommt es zum Wandel? Transformationsforschung im Kontext der Bildung für nachhaltige Entwicklung. In Forum Umweltbildung (Hrsg.), *Bildung für Nachhaltige Entwicklung Jahrbuch 2013* (S. 43-52). Forum Umweltbildung.
- Holzinger, H. (2019). Dogma Wachstum: Eine kritische Würdigung der Sustainable Development Goals. *SWS-Rundschau*, 59(1), 6-23.
- Holzinger, H. (2024a). Wirtschaftswende: Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich. Oekom.
- Holzinger, H. (2024b). Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Erkenntnisse der Transformationsforschung. In W. Baros, R. Braches-Chyrek, S. Jobst, & J. Schroeder (Hrsg.), *Kritische Pädagogik und Bildungsforschung: Anschlüsse an Paulo Freire*. Springer VS.
- International Federation for the Economy for the Common Good e. V. (o. J.). *Economy for the common good*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <https://www.ecogood.org>
- Kopatz, M. (2021). *Wirtschaft ist mehr! Wachstumsstrategien für nachhaltige Geschäftsmodelle in der Region. Das Buch zur „Wirtschaftsförderung 4.0“*. Oekom.
- Krautwig, T., & Krieger, A. (2022, 26. Juli). *Planetare Grenzen: Neun Leitplanken für die Zukunft*. Helmholtz Klima-Initiative. <https://helmholtz-klima.de/planetare-belastungs-grenzen>
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Hanser Berlin.
- Nussbaum, M. C. (1998). *Gerechtigkeit oder Das Gute Leben*. Suhrkamp.

- Pechmann, A. von (2021). *Die Eigentumsfrage im 21. Jahrhundert: Ein rechtsphilosophischer Traktat über die Zukunft der Menschheit*. Transcript.
- Precht, R. D. (2023). *Von der Pflicht: Eine Betrachtung*. Goldmann.
- Premrov, T., Soukup, N., & Wukovitsch, F. (2022, 6. Oktober). AK-Wohlstandsbericht 2022: Teuerungskrise bringt Rückschritte bei der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich [Blogbeitrag]. In *A & W Blog*. <https://awblog.at/wohlstandsbericht-2022-teuerung-bringt-rueckschritte/>
- Raworth, K. (2018). *Die Donut-Ökonomie: Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*. Hanser.
- Remele, K. (2022). „Es geht uns allen besser, wenn es allen besser geht“: Die ethische Wiederentdeckung des Gemeinwohls. Grünewald.
- Resilient Cities Network. (o. J.). *Resilient Cities Network*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <https://resilientcitiesnetwork.org/>
- Rettich, S., & Tastel, S. (Hrsg.). (2020). *Die Bodenfrage – Klima, Ökonomie, Gemeinwohl*. Jovis.
- Schaller, S., Zeddies, L., Scheub, U., & Vollmar, S. (2023). *Zukunftsbilder 2045: Eine Reise in die Welt von morgen*. Oekom.
- Schürz, M. (2019). *Überreichtum*. Campus.
- Staab, P. (2022). *Anpassung: Leitmotiv der nächsten Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Tocha, W. (2022). *Grüne Gier: Warum die Blühtträume des Öko-Kapitalismus nicht reifen*. Oekom.
- United Nations (UN). (2015). *Transforming our world: The 2030 Agenda for Sustainable Development*. <https://sdgs.un.org/2030agenda>
- Veith, W. (2004.). Gemeinwohl. In M. Heimbach-Steins (Hrsg.), *Christliche Sozialethik: Ein Lehrbuch* (Bd. 1, S. 270–282). Pustet.
- Verfassung des Freistaats Bayern. (1998). <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVerf-151>
- Welzer, H. (2019). *Alles könnte anders sein: Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen*. S. Fischer.
- Wilkinson, R., & Pickett, K. (2010). *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Tolkenmitt.
- Wilkinson, R., & Pickett, K. (2019). *The Inner Level: How More Equal Societies Reduce Stress, Restore Sanity and Improve Everyone's Well-being*. Allen Lane.

Gerechtigkeit

Recht als Ausgangspunkt einer gerechten Transformation

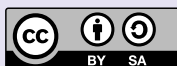
Gerechtigkeit verkörpert einen Zustand fairer Verteilung. Ihre konkrete Ausgestaltung lässt sich nicht allgemeingültig festlegen, sondern ist von subjektiven Vorstellungen und gesellschaftlichen Diskursen geprägt. Auch das Konzept von Klimagerechtigkeit erfährt unterschiedliche Ansätze, wie etwa dass Umweltbelastungen, Klimafolgen und Transformationsmaßnahmen zwischen Staaten oder sozialen Klassen verteilt werden sollen. Das Recht kann die Basis für ein gerechtes Handeln bilden. (Demokratische) Rechtsordnungen beinhalten zumindest grundlegende Gleichbehandlungsgarantien. Inwieweit die Rechtsordnung für den Staat und Private eine gerechte Ausgestaltung von Klimamaßnahmen oder einer Just Transition aufträgt, ist strittig und beschäftigt auch Gerichte, wie etwa der Klimabeschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts in Hinblick auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes und der Generationengerechtigkeit zeigt. Das Recht kann jedenfalls soziale Innovation im Sinne einer nachhaltigen Transformation ermöglichen oder durch neue Regelungsstrukturen, wie z. B. bei *Regulatory Sandboxes* oder *Co-Creation*, selbst eine Innovation darstellen. Dabei ist aber auf inklusive Partizipationsmöglichkeiten und einen allgemeinen Rechtsschutz zu achten, um eine sozial gerechte Rechtserzeugung sicherzustellen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Experiment](#), [Gemeinwohl](#), [Innovation](#), [Nachhaltigkeit](#), [Soziales](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Damjanovic, D., & Hahnenkamp, P. (2024). Gerechtigkeit: Recht als Ausgangspunkt einer gerechten Transformation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 65-72). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_9



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Gerechtigkeit verkörpert das gesellschaftliche Ideal, Rechte, Pflichten, Güter und Lasten fair zwischen Menschen zu verteilen. Ihr Inhalt lässt sich nicht allgemeingültig festlegen, sondern ist stark geprägt von subjektiven Moralvorstellungen und politischen Diskursen. Es herrschen insofern sehr unterschiedliche Konzepte von Gerechtigkeit vor (Holzleithner, 2009, S. 7–9).

Rechtswissenschaftlich ist daran interessant, inwieweit:

- unsere Rechtsordnung Elemente der Gerechtigkeit abbildet (Abschnitt 1)
- diese Elemente der Gerechtigkeit im Recht die politischen Entscheidungsträger*innen und den Gesetzgeber zu einer **nachhaltigen Transformation** verpflichten und auch eine **sozial gerechte, ökologisch nachhaltige Transformation (Just Transition)** garantieren (Abschnitt 2)
- das Recht **soziale Innovation** innerhalb der **nachhaltigen Transformation** verhindert oder ermöglicht und dazu beitragen kann, diese **sozial gerecht** auszugestalten (Abschnitt 3)

Recht und Gerechtigkeit

Ob das Recht als Ordnung einer Gesellschaft Gerechtigkeit überhaupt abbilden muss, ist umstritten. Nach naturrechtlichen Konzepten ist das Recht an grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen auszurichten. Rechtspositivistische Ansichten (vorherrschend in den Rechtswissenschaften) verweisen wiederum auf die Subjektivität von Gerechtigkeit und trennen Recht und Gerechtigkeit voneinander (Kelsen, 2020, S. 68–71). In einer rechtsstaatlichen Demokratie setzt das Recht gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen aber jedenfalls um, insbesondere durch einschlägige Grundrechte in der Verfassung und diversen Grundrechtskatalogen (vgl. Art. 7 Bundes-Verfassungsgesetz, Art. 2 Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, Art. 3 deutsches Grundgesetz, Art. 14 Europäische Menschenrechtskonvention, Art. 20, 21 Charta der Grundrechte der Europäischen Union), die Gleichbehandlung vor dem Gesetz gebieten und Diskriminierung aufgrund bestimmter Merkmale (z. B. Herkunft, Geschlecht, Bekenntnis) verbieten. Im Kern unterbinden diese Rechtsvorschriften willkürliche Ungleichbehandlung aufgrund bestimmter, von der Gesellschaft zugeschriebener Merkmale und stellen außerdem ein allgemeines, von konkreten Vergleichsfällen losgelöstes Sachlichkeitsgebot auf. Was als unsachlich oder willkürlich gilt, ist jedoch nicht starr festgeschrieben, sondern fließend und wird in Österreich durch die Wertungen der Verfassung, des Gesetzgebers und letztlich vom Verfassungsgerichtshof entschieden (Pöschl, 2008, S. 879–882). Damit werden Mindeststandards an Gerechtigkeit für die Gesellschaft in die Rechtsordnung eingeschrieben. Eine allgemeine Pflicht zum Ausgleich tatsächlicher wie z. B. ökonomischer Ungleichheiten kann aber über Sachlichkeitsgebote und Diskriminierungsverbote hinausgehend nicht abgeleitet werden (Holoubek, 2018, Rz. 30). Gesellschaftliche Vorstellungen von sozialer oder ökologischer Gerechtigkeit übertreffen daher oftmals die rechtlich verankerten Gleichheitsgarantien.

Nachhaltige Transformation, Recht und Gerechtigkeit

Wie für Gerechtigkeit im Allgemeinen lässt sich auch für die Konzepte der Klimagerechtigkeit festhalten, dass sie je nach Diskurs und subjektiven Einstellungen unterschiedliche Ausprägungen erfahren. Gemein ist den verschiedenen Konzepten die Frage nach der Verteilung von Belastungen durch die Klimakrise. Inwieweit man zwischen notwendigen und Luxusemissionen unterscheiden kann und muss, wie eine gerechte Verteilung von Emissionen zwischen Staaten, aber auch jenseits von Staatsgrenzen, heutigen und zukünftigen Generationen oder eine gerechte Folgenbekämpfung aussieht, wird unterschiedlich diskutiert (Grafe, 2022; Kallhoff, 2015, S. 9–15).

Unter dem Schlagwort der Klimaklagen werden diese Fragen auch vor nationalen und internationalen Gerichten verhandelt (Ennöckl, 2022), selbst wenn die Rechtsordnungen i. d. R. ein individuell einklagbares Grundrecht auf Umwelt- oder Klimaschutz nicht vorsehen. In Österreich sind die bisherigen Versuche von Klimaklagen – sei es auf Grundlage des Gleichheitssatzes, des Grundrechts auf Leben und Gesundheit oder der Grundrechte des Kindes – wegen der engen Rechtsschutzmöglichkeiten von Individuen gegen allgemeine Rechtsvorschriften (Gesetze und Verordnungen) bislang erfolglos geblieben (Schulev-Steindl, 2021; Verfassungsgerichtshof [VfGH] 2020 & 2023). Klimaklagen vor dem Europäischen Gerichtshof scheiterten bisher ebenfalls an den engen Klagevoraussetzungen (EuGH, 2021; vgl. aber die neueste Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Arntz & Krommendijk, 2024).

Umso bemerkenswerter ist der Klimabeschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, 2021), der in progressiver Lesart den grundrechtlichen Freiheitsrechten eine intertemporale Dimension hinzufügt, diese so mit der Bekämpfung der Klimakrise in Verbindung setzt und damit ein einklagbares Recht gegen unzureichenden Klimaschutz schafft. Indem das 2019 verabschiedete Bundes-Klimaschutzgesetz Treibhausgas-Emissionen bis 2030 in zu großem Maße zulässt und keine **Planung** und Regelung über die Reduktionserfordernisse nach 2030 enthält, verteilt es die Reduktionslast ungleich zulasten späterer Generationen und gefährdet damit die Freiheitsrechte der jungen und künftigen Generationen unverhältnismäßig (Eifert, 2021). Denn um die angestrebte Klimaneutralität zu erreichen, wären – so das Gericht – „danach Reduktionsanstrengungen aus heutiger Sicht unzumutbaren Ausmaßes erforderlich“ (BVerfG, 2021, Rn. 246). Damit entwickelt das BVerfG das Konzept der Generationengerechtigkeit im **Kontext** der Klimakrisenbewältigung zu einer justiziablen Rechtsnorm zugunsten ökologischer Belange (vgl. Rath & Benner, 2021), was durchaus als revolutionär bezeichnet werden kann – gerade vor dem Hintergrund der in Österreich herrschenden Auffassung, wonach ein Grundrechtseingriff aktuell sein muss, um die Beschwerdelegitimation zu begründen (Fitz & Rathmayer, 2021, S. 33).

Mit dieser Entscheidung leitet das BVerfG aus der deutschen Bundesverfassung eine Verpflichtung des Gesetzgebers zu einer Langfrist**planung** ab, d. h. einer Fortschreibung der Minderungsziele ab dem Jahr 2030, und zu einer gerechten Verteilung der Reduktionslasten in diesem Zeitraum, d. h. zwischen den Generationen. Auf eine **sozial** gerechte Verteilung der Reduktionslasten und **Transformations**folgen, also auf Fragen, die unter dem Schlagwort gerechter Übergang bzw. *Just Transition* (Eisenberg, 2019,

S. 274–289; Johansson, 2023, S. 230) thematisiert werden, nimmt es hingegen (noch) nicht Bezug – sie wurden von den Beschwerdeführer*innen auch nicht vorgebracht.

Rechtlich geht es im Zusammenhang mit *Just Transition* konkret um die Frage, ob aus den Gerechtigkeitsvorschriften der Verfassung – im Wesentlichen, dass Gleiches gleich, Ungleiches aber ungleich zu behandeln ist und ein allgemeines Sachlichkeitsgebot gilt – auch Vorgaben an den Gesetzgeber folgen, die **nachhaltige Transformation** – verstanden als „zielgerichtete, evolutionäre und grundlegende Veränderung von Rahmenbedingungen“ (Bärnthaler & Novy, 2024, S. 232) – nach gewissen Gerechtigkeitsmaßstäben umzusetzen: also etwa einerseits die Freiheit jener Klassen oder anders formuliert jene Handlungen, die den größten Anteil an Emissionen verursachen, auch entsprechend stärker zu beschränken bzw. zu belasten; andererseits jene, die durch die **Transformation** am stärksten betroffen sind, entsprechend zu entlasten.

Im **Kontext** der **nachhaltigen Transformation** in der Stadtentwicklung wird dies etwa am Beispiel der Staffelung von Parkgebühren (Stichwort höhere Gebühren für SUVs) diskutiert. Eine solche wird (zumindest bislang) verfassungsrechtlich als nicht geboten, zudem nur dann als verfassungsrechtlich zulässig erachtet, wenn die Differenzierung angemessen erfolgt, also keine zu hohen Sprünge vorsieht (für Deutschland vgl. Bundesverwaltungsgericht [BVerwG], 2023). Ein anderes Beispiel ist die Frage der Verhältnismäßigkeit und damit Zulässigkeit von in Zukunft allenfalls bestehenden Sanierungsverpflichtungen auch gegenüber finanziell schwachen Gebäudeeigentümer*innen (Jany et al., 2023, S. 8). Es ist davon auszugehen, dass solche Fragestellungen die Verfassungsgerichte in Zukunft vermehrt beschäftigen werden – bis dahin ist es schwer, abschließende Antworten darauf zu geben.

Weitergehende Überlegungen von *Just Transition*, die nicht nur eine entsprechende Differenzierung von **Steuerungsmaßnahmen** oder die **soziale** Abfederung bestimmter Pflichten ansprechen, sondern direkt mit wirtschaftlichen, klimaschädlichen Wachstumslogiken brechen und damit eine substanziellere Gerechtigkeitsdimension aufweisen, würden auch eine substanziellere Umformung der Rechtsordnung, nämlich der Verfassung und des EU-Binnenmarktrechts selbst erfordern.

Soziale Innovation, Recht und Gerechtigkeit

Sozialen Innovationen wird ein hoher Stellenwert für die **nachhaltige Transformation** zuerkannt. Sie werden umschrieben als Veränderungen routinierter Verhaltensmuster, als Rekonfiguration **sozialer** Praktiken und Interaktionen oder schlicht als eine neue Art und Weise, etwas zu tun, mit dem Ziel eines **sozialen** und ökologischen Mehrwerts, um so – auch abseits technologischer **Innovationen** – zum **nachhaltigen Transformationsprozess** beizutragen (vgl. Peer et al., 2024; Suitner et al., 2022, S. 3). Darunter werden etwa neue Modelle des Wirtschaftens, von Zusammenschlüssen und Organisationseinheiten oder von politischen Interventionen gefasst.

Aus rechtlicher Perspektive ist in Bezug auf **soziale Innovationen** zum einen die Frage nach ihrer Ermöglichung durch das Recht relevant, zum anderen, inwieweit **soziale Innovation** im Recht selbst stattfinden kann. Mit Bezug auf den Titel dieses

Beitrags ist schließlich die Rolle des Rechts bei der gerechten Ausgestaltung **sozialer Innovationen** zu betrachten.

Hinsichtlich der Ermöglichung **sozialer Innovationen** durch das Recht zeigen diverse Beispiele aus der Stadtentwicklung, dass die aktuelle Rechtslage oftmals noch kontraproduktiv **wirkt**: In Bezug etwa auf Ressourcengemeinschaften zur geteilten Nutzung von Räumen (z. B. von Leerständen der Erdgeschosszone) setzt das Steuerrecht negative Anreize, Räumlichkeiten an gemeinnützige Vereine zu vermieten (da die Möglichkeit eines Vorsteuerabzugs für Vereine nur unter erschwerten Bedingungen besteht). Sie werden daher – auch aus vertrags- und haftungsrechtlichen Überlegungen – von den Eigentümer*innen lieber an profitorientierte Gesellschaften vergeben. Dies sowie andere steuerrechtliche Überlegungen bewegen Ressourcengemeinschaften wiederum dazu, sich in der Rechtsform einer GmbH statt in einem Verein oder einer Genossenschaft zusammenzuschließen. Die letztgenannten Organisationsmodelle würden Ausrichtung und Zweck der Ressourcengemeinschaft (z. B. basisdemokratische Mitbestimmung) zwar viel eher entsprechen, bringen aber viele Nachteile und im Fall der Genossenschaft auch einen höheren Verwaltungsaufwand mit sich. So werden im Ergebnis paradoxerweise für **gemeinwohlorientierte, soziale Innovationen** klassische Strukturen des marktwirtschaftlichen **Systems** genutzt, mit schwer abschätzbaren Konsequenzen für die grundlegenden Ziele der basisdemokratischen Mitbestimmung und **Gemeinwohlorientierung**. Rechtlich vorgegebene Zweckwidmungen bei gemeinschaftlich verwalteten Gütern, wie etwa nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitengesetz, verhindern die Teilhabe von Nachbar*innen an bestehenden Raum-, Mobilitäts- oder Freizeitangeboten vor Ort. Frei zugängliche Parkplätze können – selbst wenn sie gerade nicht belegt werden – aufgrund der Straßenverkehrsordnung (StVO, 1960, §§ 82 ff.) grundsätzlich nicht PKW-verkehrsfremden Nutzungen dienen. Für alternative Mobilitätsdienstleistungen wie *Car-Sharing* oder *Car-Pooling* (d. h. Mitfahren) gibt es keine **Planungs-** und damit Rechtsgrundlage, weder in Bezug auf die Teilnahme im Straßenverkehr noch im **System** des öffentlichen Verkehrs. Und so weiter ...

In ihrer Gesamtheit führen rechtliche Vorschriften daher oftmals zu einer einseitigen oder gar exklusiven Stadtentwicklung, in der sich z. B. basisdemokratische und gemeinnützige Ressourcengemeinschaften, nachbarschaftliche Initiativen oder unkonventionelle Mobilitätsformen im Nachteil befinden. In all diesen Bereichen ist insofern ein Abbau der rechtlichen Einschränkungen bzw. eine flexiblere Neuregelung erforderlich, um zur Entstehung **sozialer Innovationen** und damit zu einer vielfältigen, **inklusive** Stadtentwicklung beizutragen. Als ein Instrument für eine derartige flexible Neuregelung werden sogenannte **Experimentierklauseln** oder *Regulatory Sandboxes* genannt, die – i. d. R. zeitlich befristet – Ausnahmen von Rechtsvorschriften und damit Freiheitsräume für die Entwicklung u. a. **sozialer Innovationen** schaffen sollen (Buocz et al., 2023).

Experimentierklauseln oder *Regulatory Sandboxes* sind aber nicht nur ein Instrument zur Ermöglichung von **sozialen Innovationen** durch Unternehmen oder die Zivilgesellschaft – sie stellen selbst auch eine **soziale Innovation** im Recht dar, d. h. eine Veränderung und Neuentwicklung der bisherigen regulatorischen Zugänge. Eine Frage ist, wie das Recht in Zukunft die Genehmigung bzw. Zulassung bestimmter Tätigkeiten

von Privaten regelt, und wie und inwieweit es – eben durch **Experimentierklauseln** – auch solche Tätigkeiten zulässt, welche die Rechtsordnung eigentlich verbietet. Zudem wird es auch **Innovationen** bei der Frage brauchen, wie Rechtsvorschriften erzeugt und in einem sich schnell verändernden **System** adaptiert werden können. Die Begleitung und Evaluierung von **Experimentierräumen** durch die Behörden, um auf dieser Grundlage neue Regelungen zu schaffen, ist ein Weg in diese Richtung (Lachmayer et al., 2019, S. 20–21). Auch in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Einzelnen sind neue Zugänge erforderlich, die den bisher vorherrschenden *Top-down*-Ansatz der Verwaltung im Sinne von *Co-Creation* (vgl. van Gestel et al., 2023) durch kooperative Modelle ergänzen, wofür es dann auch wiederum – da der zivilrechtliche Vertrag hierfür nicht als geeignet erscheint – neuer Rechtsformen der Verwaltung bedarf.

Um den Bogen zum Titel dieses Beitrags wieder zu spannen: Die Ermöglichung von Freiheitsräumen durch **Experimentierklauseln** ist auch als eine Form der Deregulierung zu betrachten. Normen, Standards, Regelungen, die zur Sicherstellung bestimmter gesellschaftlicher Zielsetzungen (z. B. Sicherheit von Gebäuden, Sicherheit im Verkehr) erlassen wurden, gelten nicht mehr, um Neues **ausprobieren** zu können. Es besteht die Gefahr, dass angesichts von Unterschieden im Tatsächlichen in erster Linie jene diese Freiheitsräume gebrauchen werden, die über entsprechende Ressourcen (**Kapital**, Zeit, Wissen) verfügen und so diese neue Form der Regulierung für ihre Interessen nutzen können, v. a., wenn die Erfahrungen aus den **Experimentierräumen** sich dann bei der Rechtserzeugung niederschlagen. Darauf ist auch bei neuen kooperativen Modellen in der Verwaltung zu achten. Eine zentrale Aufgabe des Rechts und der Rechtswissenschaften wird daher sein, **soziale Innovationen** im Recht gerecht auszugestalten. Sie sollen tatsächlich für alle Freiheitsräume eröffnen und gemeinnützige und basisdemokratische Modelle dabei allenfalls besonders fördern, außerdem Transparenz und einen Rechtsschutz der Allgemeinheit gewährleisten.

Literaturverzeichnis

- Bärnthaler, R., & Novy, A. (2024). Transformation: Warum transformative Innovationen auch exnovativ sind. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 227-234). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_29
- Buocz, T., Pfothner, S., & Eisenberger, I. (2023). Regulatory sandboxes in the AI Act: Reconciling innovation and safety? *Law, Innovation and Technology*, 15(2), 357-389. <https://doi.org/10.1080/17579961.2023.2245678>
- Eifert, M. (2021). Verfassungsauftrag zum freiheitsschonenden Klimaschutz: Der Klimaschutz-Beschluss des BVerfG. *Juristische Ausbildung*, 9, 1085-1098. <https://doi.org/10.1515/jura-2021-2910>
- Eisenberg, A. (2019). Just Transitions. *Southern California Law Review*, 92(101), 273-330.
- Ennöckl, D. (2022). Klimaklagen – Strukturen gerichtlicher Kontrolle im Klimaschutzrecht (Teil 1). *Recht der Umwelt*, 4, 137-142.
- Fitz, J., & Rathmayer, F. (2021). Heute für Morgen: Über die Entdeckung der Generationengerechtigkeit im deutschen Grundgesetz. *Recht der Umwelt – Beilage Umwelt und Technik*, 3, 32-37.
- Grafe, R. (2022). *Umwelt- und Klimagerechtigkeit: Aktualität und Zukunftsvision*. Springer Vieweg.
- Holoubek, M. (2018). Art 7 Abs 1 Sätze 1 und 2 B-VG. In K. Korinek, M. Holoubek, C. Bezemek, C. Fuchs, A. Marin, & U. E. Zellenberg (Hrsg.), *Österreichisches Bundesverfassungsrecht* (S. 1-258). Verlag Österreich.
- Holzleithner, E. (2009). *Gerechtigkeit*. Facultas.
- Jany, A., Bukowski, M., Heindl, G., & Kreissl, K. (2023). Wohnen. In C. Görg, V. Madner, A. Muhar, A. Novy, A. Posch, K. Steininger, & E. Aigner (Hrsg.), *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (S. 227-244). Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1_8
- Johansson, V. (2023). Just Transition as an Evolving Concept in International Climate Law. *Journal of Environmental Law*, 35(2), 229-249. <https://doi.org/10.1093/jel/eqad017>
- Kallhoff, A. (2015). *Klimagerechtigkeit und Klimaethik*. De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110401066>
- Kelsen, H. (2020). *Reine Rechtslehre (Neudr. der 2. Aufl. 1960)*. Verlag Österreich.
- Lachmayer, K., Eisenberger, I., & Rehr, K. (2019). *Extra Law – Mobility: Experimentierräume im Verkehrs- und Mobilitätsrecht*. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1-8). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Pöschl, M. (2008). *Gleichheit vor dem Gesetz*. Verlag Österreich.
- Rath, K., & Benner, M. (2021, 7. Mai). Ein Grundrecht auf Generationengerechtigkeit? Die Relevanz des Klimaschutz-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts für andere Rechtsgebiete mit intergenerationaler Bedeutung [Blogbeitrag]. *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/ein-grundrecht-auf-generationengerechtigkeit/>
- Schulev-Steindl, E. (2021). Klimaklagen: Ein Trend erreicht Österreich. *ecolex*, 7(1), 17-19.
- Suitner, J., Haider, W., & Philipp, S. (2022). Social innovation for regional energy transition? An agency perspective on transformative change in non-core regions. *Regional Studies*, 57(8), 1498-1510. <https://doi.org/10.1080/00343404.2022.2053096>
- van Gestel, N., Kuiper, M., & Pegan, A. (2023). Strategies and transitions to public sector co-creation across Europe. *Public Policy and Administration*, 0(0), 1-24. <https://doi.org/10.1177/09520767231184523>

Rechtsquellen

Bundes-Klimaschutzgesetz. (Deutsches) BGBl. 2019 I S. 2513 idF BGBl. 2021 I S. 3905
Bundesverfassungsgericht (BVerfG). (2021). ECLI:DE:BVerfG:2021:rs20210324.1bvr265618
Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG). BGBl. 1930/1 idF BGBl. I 2024/5
Bundesverwaltungsgericht (BVerwG). (2023). ECLI:DE:BVerwG:2023:130623U9CN2.22.0
Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC). Amtsblatt der Europäischen Union C 2016/202, 389
Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). BGBl 1958/210
Europäischer Gerichtshof (EuGH). (2021). ECLI:EU:C:2021:252
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. (1949). IdF BGBl. 2022 I S. 2478
Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (StGG). RGBl. 1867/142 idF 1988/684
Straßenverkehrsordnung (StVO). BGBl 1960/159 idF BGBl I 2023/129
Verfassungsgerichtshof (VfGH). (2020, 9. September). G 144/2020 ua
Verfassungsgerichtshof (VfGH). (2023, 27. Juni). G 123/2023-12

Governance

Für eine experimentelle und geplante sozial-ökologische Transformation

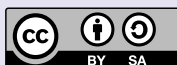
Wenn man die sozial-ökologische Transformation als politisch gestalteten Strukturwandel versteht, dann stellen sich zwangsläufig Steuerungs- und Governance-Fragen. Was aber bedeutet Steuerung und was Governance? Warum wurde Governance zum dominanten Begriff, welche Formen nimmt Governance an – u. a. auch im Kontext von sozial-ökologischen Herausforderungen wie der Klimakrise? Dieser Beitrag liefert kurze Antworten auf diese Fragen und hält fest, dass es neben Experimenten für eine sozial-ökologische Transformation – auf deren Ermöglichen und Fördern sich Regierungen und politische Institutionen seit gut einem Jahrzehnt häufig zurückgezogen haben – sehr wohl auch politische *Top-down*-Interventionen sowie Planung braucht.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Experiment](#), [Partizipation](#), [Planung](#), [Nachhaltigkeit](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Haderer, M., & Hamedinger, A. (2024). Governance: Für eine experimentelle und geplante sozial-ökologische Transformation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 73–80). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_10



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Komplexität, Langfristigkeit und Unsicherheit sind Kennzeichen sozial-ökologischer Krisen wie der Klimakrise. Dasselbe gilt für deren Bearbeitung. Vor dem Hintergrund des Ausmaßes und der Dringlichkeit der Klimakrise wird von der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen **Transformation** gesprochen. Damit ist ein *politisch gestalteter* Strukturwandel gemeint, der verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche (Brand, 2014) und politische Handlungsfelder (u. a. Wirtschafts-, **Sozial**-, Umwelt- sowie **Planungs**- und Wohnungspolitik) mit ihren je eigenen Steuerungsinstrumenten (regulative, **kommunikative**, (re)distributive; vgl. u. a. Czada & Radtke, 2018, S. 47) und **systemischen** Eigendynamiken umfasst. Steuerung und Governance sind also integrale Bestandteile einer sozial-ökologischen **Transformation**. In **Transformations**prozesse sind immer verschiedene politisch-institutionelle Handlungsebenen sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft involviert (von lokal bis global), sodass von einer Mehr-Ebenen-Herausforderung gesprochen werden kann. Die Akteure verfügen zudem über unterschiedliche Machtressourcen und weisen teilweise antagonistische Handlungslogiken auf. In **Transformations**prozessen zeigen sich daher oft politische und **soziale** Konfliktlinien, welche meistens auch räumliche sind (z. B. zwischen Stadt und Land oder zwischen verschiedenen **sozialen** Milieus; Czada & Radtke, 2018). Die sozial-ökologische **Transformation** ist somit ein Gestaltungs-, Koordinations- und Steuerungsproblem bzw. eine Governance-Herausforderung, welche auch wissenschaftlich noch nicht ausreichend bearbeitet wurde (Mann, 2017).

Im Folgenden wird ausgehend von einer theoretischen Diskussion der Begriffe Steuerung und Governance die Veränderung von Governance seit den 1970ern skizziert. Abschließend wird diskutiert, welche Governance-Formen in **Nachhaltigkeits**- und sozial-ökologischen **Transformationskontexten** dominant geworden sind und wie diese zu kombinieren wären, um sozial-ökologische Krisen möglichst **wirksam** zu bearbeiten.

Steuerung und Governance: Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Meinen Steuerung und Governance begrifflich dasselbe oder gibt es Unterschiede bzw. zielen die Begriffe in ihrer Definition auf unterschiedliche Sachverhalte ab? Die Antwort ist ein klares Sowohl-als-auch.

Mit *Steuerung* meint die für die deutschsprachige politikwissenschaftliche und politiksoziologische Diskussion wichtige akteursbezogene Steuerungstheorie v. a. die politische Steuerung von Gesellschaften.¹ Laut Mayntz (1997, S. 192) beinhaltet dies eine Intention bzw. ein Steuerungsziel, Mittel und Maßnahmen, das Ziel zu erreichen, sowie eine Idee der Beziehungen oder **Wirkungen** zwischen Steuerungsakt und dessen Ergebnis – eine Interpretation von Steuerung, die teilweise auch relativ aktuell Anwendung findet (Benz & Czada, 2019). Steuerung sei weiterhin laut Mayntz (1997) die spezielle Funktion des politisch-administrativen **Systems** (*Government*), nur die Art und Weise der staatlichen Aufgabenerfüllung hat sich gewandelt.

Im Vergleich dazu wird unter *Governance* die Koordination kollektiven Handelns verstanden, die dafür möglichen Regelungsstrukturen (Hierarchie, Wettbewerbs- und

1 Neben diesem theoretischen Zugang ist die Systemtheorie zu nennen, die sich ebenso grundsätzlich mit der Frage der Steuerbarkeit von **sozialen Systemen** auseinandersetzt.

Verhandlungssysteme) und die in diesen Strukturen typischen Modi der Koordination (hierarchische, wie etwa die hoheitliche *Top-down-Planung*, und nicht-hierarchische, wie z. B. die wechselseitige Anpassung in Märkten oder Verhandlungen in Netzwerken; Scharpf, 2000). In der Literatur wird zwischen einem engeren und einem weiteren Verständnis unterschieden (Gailing & Hamedinger, 2019). Das weitere Verständnis beinhaltet alle Strukturen und Modi der Koordination (Benz & Kilper, 2018). Das engere Verständnis umfasst v. a. neue Formen der Koordination durch kooperative und kommunikative Instrumente, die mit dem Wandel der Staatlichkeit zusammenhängen (siehe nächster Abschnitt). Laut Benz und Kilper (2018) gibt es neben dieser Auffassung von Governance in den Politikwissenschaften noch weitere, in welchen Governance beides – Steuerung und Koordination – bedeutet, womit sich die Unterscheidung zwischen Governance und Steuerung wieder auflöst. Hier ist Mayntz (2009, S. 47) zu folgen, die meint, dass Steuerung und Governance unterschiedliche Akzente aufweisen, wobei Governance stärker institutionalistisch sei.

Im englischsprachigen politik- und sozialwissenschaftlichen Diskurs bezeichnet Governance *Governing* (Kooiman, 2003) sowie auch *Steering* und *Coordinating* von unterschiedlichen Akteuren (Pierre & Peters, 2012), um kollektive Ziele zu erreichen. Der Wandel von Staatlichkeit wird als „shift from government to governance“ (Rhodes, 2007, S. 1249) oder „from managerialism to entrepreneurialism“ (Harvey, 1989, S. 3) beschrieben.

Im Kontext der sozial-ökologischen Transformation erscheint es sinnvoller, von Governance zu sprechen. Zum einen, weil Governance die politische Steuerung durch den Staat, aber eben auch durch andere Akteure und Regelungsstrukturen umfasst. Zum anderen, weil angesichts der bereits genannten Kennzeichen der sozial-ökologischen Transformation die Koordination des Handelns unterschiedlicher Akteure und Institutionen zentral ist. Durch Governance muss kollektive Handlungsfähigkeit zur Erreichung der Ziele einer sozial-ökologischen Transformation hergestellt werden.

Der Wandel von Regieren durch Regierungen zu Governance

Governance im engeren Sinne – verstanden als Wandel von Staatlichkeit – wurde besonders seit den 1990ern prominent. *Governance through government* wurde zusehends als zu *top-down* und undemokratisch sowie als zu *bürokratisch* und ineffizient betrachtet. Vorangetrieben wurde dieser Wandel einerseits von Ökonom*innen sowie internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) (Slobodian, 2019). Der Wandel ist aber andererseits auch einer politischen Krise geschuldet, den „Legitimitätsproblemen“ (Habermas, 1973) westlicher Wohlfahrtsstaaten. Diese gründeten darin, dass staatliche Interventionen zwar Märkte zugunsten der Bürger*innen regulierten, diese allerdings auch bevormundeten. *Governance without government* (Peters & Pierre, 1998) oder besser Governance mit einer dezentraleren Rolle für den Staat und seine Institutionen führte also sowohl zu einer Stärkung von Marktakteuren und -logiken als auch zu mehr Bürger*innenbeteiligung, um die Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen.

Es gibt demokratiepolitische Argumente für horizontalere, weniger bürokratische und staatszentrierte, *partizipativere* Formen des Regierens (Bevir, 2013; Habermas,

1973), die sich mitunter in **Partizipations**prozessen auf der Ebene der Stadt**planung** widerspiegeln. Und es gibt marktwirtschaftliche Argumente für Governance. De facto wurden ökonomische Effizienz (die eigentlich nur eine von vielen Bewertungsformen für Maßnahmen ist) und damit verbunden Preislogiken und Wettbewerb nicht nur zu zentralen Zielen von Governance-Prozessen selbst, sondern auch zu deren Gütekriterien. Die Rede ist in diesem **Kontext** u. a. von, wie oben erwähnt, *entrepreneurial* (Harvey, 1989) oder neoliberaler Governance (Brown, 2015). Vorwiegend seit der Coronakrise und auch vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Klimakrise wird die Dominanz von Marktlogiken auch wieder öffentlichkeits**wirksam** infrage gestellt (Allen et. al., 2021). Doch auch die demokratiepolitisch motivierte Ausweitung von **Partizipation** bleibt nicht unhinterfragt. Wenngleich nach wie vor dominant (v. a. in **Planungskontexten**), ist die **partizipative** Governance auch Gegenstand von Kritik, gerade wenn Ergebnisse von **Partizipations**prozessen eigentlich vorentschieden sind oder eine Konsensorientierung dem **Aushandeln** von auch gegensätzlichen Positionen entgegensteht. Manche sprechen von Governance im engeren Sinne auch als Postdemokratie (die Marktakteuren den Vorrang vor Bürger*innen gibt) oder von Postpolitik (Mouffe, 2005; Wilson & Swyngedouw, 2014), die politischen und damit verbunden auch konfliktären **Aushandlungs**prozessen ausweicht.

Nicht nur Governance im Allgemeinen, sondern auch Umwelt-Governance im Besonderen unterlag seit den 1990ern einem spezifischen Wandel. Mit dem sogenannten Brundtland-Report (United Nations [UN], 1987) setzte sich **Nachhaltigkeit** als übergeordnetes umweltpolitisches Ziel durch. Ökologie, Ökonomie und **Soziales** sollen nicht mehr als Gegenspieler, sondern als miteinander verbunden betrachtet werden. Um konkrete **Nachhaltigkeits**ziele wie die Reduktion von Treibhausgasen zu realisieren, setzte man mit dem von den UN initiierten Handlungsprogramm Agenda 21 darauf, auf lokaler Ebene und unter Einbindung einer Vielzahl von Akteuren und Institutionen deliberativ Maßnahmen für konkrete **Kontexte** zu definieren und umzusetzen. Ähnlich wie in politischen Belangen im Allgemeinen setzte sich auch in **nachhaltigkeits**politischen Belangen eine Form der Governance durch, die – entgegen dem **Nachhaltigkeits**ideal – doch von einer Dominanz des Ökonomischen geprägt ist, nämlich die *ökologische Modernisierung* (Mol et al., 2009). Durch **technologische Innovation** und unter Einbindung unterschiedlicher Akteure (marktwirtschaftlicher und wissenschaftlicher sowie Nutzer*innen) – so das Versprechen – sei **Nachhaltigkeit** erreichbar. Dies ist bislang nicht gelungen. Aus wissenschaftlicher Sicht besteht sogar empirisch belegter, grundlegender Zweifel daran, dass **Nachhaltigkeit** mithilfe eines kollaborativen, von technologischem **Innovations**geist getragenen Grünen Wachstums überhaupt zu erreichen wäre (Haberl et al., 2020). Vor diesem Hintergrund sehen sich manche dazu veranlasst, den **Nachhaltigkeits**begriff selbst als vereinnahmt zu sehen, und ersetzen ihn mit dem Begriff der **sozial-ökologischen Transformation**, der tatsächlich einen grundlegenden Wandel demarkieren soll – verstanden als gesellschaftspolitisches Projekt (Brand, 2014).

Governance (in) der sozial-ökologischen Transformation

Egal ob man nun nach wie vor von einer notwendigen Wende zu mehr **Nachhaltigkeit** spricht oder von der Notwendigkeit einer **sozial-ökologischen Transformation**, war in den letzten Jahren v. a. eines zu beobachten, nämlich eine Normalisierung **experimenteller**

Governance als Antwort auf sozial-ökologische Krisen. Gerade (aber nicht nur) in Städten boomen Reallabore, (*Urban*) *Living Labs*, *Testbeds*, Piloten, Graswurzel-Experimente (wie z. B. Repaircafés, Sharing-Initiativen, Energiegemeinschaften). Obwohl das jeweils zugrunde liegende Verständnis des Experimentierens oft stark variiert (Ansell & Bartenberger, 2016), ist der „experimentellen Wende“ (Overdevest et al., 2010, S. 279) im Regieren sozial-ökologischer Herausforderungen eines gemein: die Hoffnung, auf diese Weise eine sozial-ökologische Transformation wesentlich voranzutreiben (Evans et al., 2016). Dies bedeutet u. a. Folgendes: eine Abkehr von der Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel von oben, z. B. durch politische Grundsatzentscheidungen und damit verbundene, rechtlich verbindliche transnationale oder nationale Vorgaben oder durch bereits gegebene politische und planerische Steuerungsinstrumente. Beides kommt aus Furcht vor politischen Legitimitätskrisen kaum oder nur bedingt zum Einsatz. Im Gegensatz dazu setzt experimentelles Regieren auf einen grundlegenden Wandel durch ein reflexives Erproben von Veränderungen in konkreten, räumlich begrenzten Kontexten. Die Einbindung unterschiedlicher Akteure und das Verknüpfen von Wissensformen (Stichwort: Transdisziplinarität) ist dabei zentral. Obwohl die Trennlinie zum o. g., von der UN forcierten Handlungsprogramm Agenda 21 keineswegs scharf ist, geht es beim Ermöglichen und Fördern von Experimenten weniger um die Umsetzung der auf globaler Ebene verhandelten Ziele als um das Schaffen von Nischen, in denen Neues vor dem Hintergrund globaler Ziele erprobt werden kann – bevor dies, wenn überhaupt, den Mainstream herausfordert und/oder verändert. Während die einen davon ausgehen, dass eine grundlegende Veränderung des Mainstreams ein strategisches Nischenmanagement benötigt (Geels, 2019), gehen andere davon aus, dass das Vor- und Erleben nachhaltigerer Alltagspraktiken – deren Präfiguration – in der Gegenwart ein Wegbereiter oder aber auch eine Vorbereitung für eine grundlegende Veränderung sein kann (Yates, 2021). Neues in Nischen zu erproben, heißt zudem keineswegs, alles neu zu erfinden – dies kann auch das Beenden bzw. die Exnovation von Technologien und sozialen Praktiken umfassen.

Experimentelle Governance bedeutet das Fördern (z. B. finanziell) und Ermöglichen experimenteller Interventionen (z. B. über rechtliche Rahmenbedingungen). Nicht Regierungen (*Governments*) entscheiden, wie z. B. Klimaziele konkret erreicht werden, sondern sie schaffen primär Anreize und Rahmenbedingungen für Veränderungen durch Experimente. Genau dieser Rückzug von Regierungen aus der aktiv intervenierenden (und nicht nur ermöglichenden) Gestaltung sozial-ökologischer Krisen wird auch kritisiert, u. a. als:

- Abgabe von politischer Verantwortung (Haderer, 2023)
- Brachliegenlassen von eigentlich vorhandenen Steuerungs- und Planungsinstrumenten
- wenig effektive Fragmentierung und Projektifizierung der Krisenbearbeitung (Torrens & Wirth, 2021), die einem Strukturwandel eher entgegensteht, als ihn befördert

Vor dem Hintergrund dieser Kritiken ist unsere Antwort auf die Frage, welche Governance eine sozial-ökologische Krise braucht, ein Sowohl-als-auch: Experimente sowie auch Top-down-Governance, etwa im Sinne von staatlicher Planung im Dienst des öffentlichen Interesses und Gemeinwohls.

Literaturverzeichnis

- Allen, P., Konzelmann, S. J., & Toporowski, J. (Hrsg.). (2021). *The Return of the State: Restructuring Britain for the Common Good*. Agenda. <https://doi.org/10.1017/9781788213301>
- Ansell, C. K., & Bartenberger, M. (2016). Varieties of experimentalism. *Ecological Economics*, 130(C), 64–73. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2016.05.016>
- Benz, A., & Kilper H. (2018). Governance. In Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.), *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung* (S. 857–865). ARL.
- Benz, A., & Czada, R. (2019). Politische Steuerung von Transformation: Das Beispiel der Energiepolitik. *Der moderne Staat (dms)*, 12(2), 243–250. <https://doi.org/10.3224/dms.v12i2.05>
- Bevir, M. (2013). *A Theory of Governance*. University of California Press. <https://escholarship.org/uc/item/2qs2w3rb#page-1>
- Brand, U. (2014). Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. *Kurswechsel*, 2, 7–18.
- Brown, W. (2015). *Undoing the Demos: Neoliberalism's Stealth Revolution*. Zone Books. <https://doi.org/10.2307/j.ctt17kk9p8>
- Czada, R., & Radtke, J. (2018). Governance langfristiger Transformationsprozesse: Der Sonderfall „Energiewende“. In J. Radtke & N. Kersting (Hrsg.), *Energiewende* (S. 45–75). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21561-3_3
- Evans, J., Karvonen, A., & Raven, R. (2016). The experimental city: new modes and prospects of urban transformation. In J. Evans, A. Karvonen, & R. Raven (Hrsg.), *The experimental city* (S. 1–12). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315719825>
- Gailing, L., & Hamedinger, A. (2019). Neoinstitutionalismus und Governance. In T. Wiechmann (Hrsg.), *ARL Reader Planungstheorie. Band 1: Kommunikative Planung - Neoinstitutionalismus und Governance* (S. 167–354). Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-57630-4_3
- Geels, F. W. (2019). Socio-technical transitions to sustainability: A review of criticisms and elaborations of the Multi-Level Perspective. *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 39, 187–201. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2019.06.009>
- Haberl, H., Wiedenhofer, D., Virág, D., Kalt, G., Plank, B., Brockway, P., Fishman, T., Hausknost, D., Krausmann, F., Leon-Gruchalski, B., Mayer, A., Pichler, M., Schaffartzik, A., Sousa, T., Streeck, J., & Creutzig, F. (2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: Synthesizing the insights. *Environmental Research Letters*, 15(6). <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab842a>
- Habermas, J. (1973). *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Suhrkamp.
- Haderer, M. (2023). Experimental climate governance as organized irresponsibility? A case for revamping governing (also) through government. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1). <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2186078>
- Harvey, D. (1989). From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography*, 71(1), 3–17. <https://doi.org/10.1080/04353684.1989.11879583>
- Kooiman, J. (2003). *Governing as Governance*. Sage. <https://doi.org/10.4135/9781446215012>
- Mann, C. (2017). Governance von Gesellschaftstransformation: Konzeptionelle Überlegungen und eine Momentaufnahme politischer Initiativen und Maßnahmen in Deutschland. In J. Rückert-John & M. Schäfer (Hrsg.), *Governance für eine Gesellschaftstransformation: Herausforderungen des Wandels in Richtung nachhaltige Entwicklung* (S. 13–43). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16560-4_1
- Mayntz, R. (1997). Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme. In R. Mayntz (Hrsg.), *Soziale Dynamik und politische Steuerung: Theoretische und methodologische Überlegungen* (S. 186–208). Campus.
- Mayntz, R. (2009). *Über Governance: Institutionen und Prozesse politischer Regelung*. Campus.
- Mol, A. P. J., Sonnenfeld, D. A., & Spaargaren, G. (Hrsg.). (2009). *The Ecological Modernisation Reader: Environmental Reform in Theory and Practice*. Routledge.
- Mouffe, C. (2005). *On the Political*. Routledge.
- Overdeest, C., Bleicher, A., & Gross, A. (2010). The Experimental Turn in Environmental Sociology: Pragmatism and New Forms of Governance. In M. Gross & H. Heinrichs (Hrsg.), *Environmental Sociology: European Perspectives and Interdisciplinary Challenges* (S. 279–294). Springer. https://doi.org/10.1007/978-90-481-8730-0_16

- Peters, B. G., & Pierre, J. (1998). Governance without Government? Rethinking Public Administration. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 8(2), 223-243.
<https://doi.org/10.1093/oxfordjournals/jpart.a024379>
- Pierre, J., & Peters, G. B. (2012). Urban Governance. In K. Mossberger, S. E. Clarke & P. John (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Urban Politics* (S. 71-86). Oxford University Press.
<https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780195367867.013.0005>
- Rhodes, R. A. W. (2007). Understanding Governance: Ten Years On. *Organization Studies*, 28(8), 1243-1264.
<https://doi.org/10.1177/0170840607076586>
- Scharpf, F. W. (2000). *Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Leske + Budrich.
- Slobodian, Q. (2019). *Globalisten: Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*. Suhrkamp.
- Torrens, J., & Wirth, T. von (2021). Experimentation or projectification of urban change? A critical appraisal and three steps forward. *Urban Transform*, 3(8). <https://doi.org/10.1186/s42854-021-00025-1>
- Wilson, J., & Swyngedouw, E. (2014). *The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticisation, Spectres of Radical Politics*. Edinburgh University Press. <http://www.jstor.org/stable/10.3366/j.ctt14brxs>
- United Nations (UN) (1987). *Report of the World Commission on Environment and Development*. UN-Dokument A/42/427. <https://sdgs.un.org/documents/a42427-report-world-commission-envir-18930>
- Yates, L. (2021). Prefigurative Politics and Social Movement Strategy: The Roles of Prefiguration in the Reproduction, Mobilisation and Coordination of Movements. *Political Studies*, 69(4), 1033-1052.
<https://doi.org/10.1177/0032321720936046>

Inklusion

Vom moderaten Partizipieren zum radikal fürsorglichen Kollaborieren

Inklusion gilt als adäquate Antwort auf Phänomene der Exklusion und als Werkzeug sowie Vision für eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben. Ihre Umsetzung bedient sich der Strategien des Empowerments, der Normalisierung und Dekonstruktion und wird dabei – im Bestreben, Andersheit gleichzeitig anzuerkennen und zu dekonstruieren – zwangsläufig mit Deutungskämpfen und Widersprüchen konfrontiert. Für die Umsetzung radikaler Inklusion gilt es, Differenzen und Dissens auch innerhalb und zwischen unterschiedlichen marginalisierten Gruppen aufzuzeigen und produktiv zu nutzen. Statt auf moderate und Alibiformen der Partizipation benachteiligter Gruppen zu setzen, braucht es kollaborative Projekte unterschiedlich betroffener Gruppen und privilegierter Verbündeter, ernst gemeintes *Powersharing* und ein *Care*-Muskeltraining, das einerseits für die Einsicht in die Vulnerabilität und wechselseitige Abhängigkeit aller Menschen sorgt und andererseits einen gleichermaßen herausfordernden wie fürsorglichen Umgang miteinander ermöglicht und fördert.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Empowerment](#), [Gemeinwohl](#), [Gerechtigkeit](#), [Partizipation](#), [Selbstorganisation](#), [Soziales](#)
Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Moser, M. (2024). Inklusion: Vom moderaten Partizipieren zum radikal fürsorglichen Kollaborieren. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 81-88). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_11



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Inklusion ist ein schweres Wort

Inklusion bedeutet: Niemand wird ausgeschlossen. Die Gesellschaft funktioniert so, dass alle einen Platz haben und alle teilhaben können. Alle Menschen haben die gleichen Rechte und Möglichkeiten. Dafür muss sich die Gesellschaft anpassen, nicht die einzelnen Menschen. (Capito, o. J.)

Inklusion ist ein schweres Wort. Ein Wort, das nach Erklärung verlangt. Nicht nur in Texten in Leichter Sprache¹, wofür der oben zitierte Lexikoneintrag gedacht ist. Inklusion ist ein schwieriges Wort auch mit Blick auf damit verbundene Ambivalenzen. Während der Begriff ebenso von Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft immer öfter verwendet wird, um vorhandenes Diversitätsbewusstsein zu zeigen, beklagen andere die zunehmende Alibifunktion und Bedeutungslosigkeit. Die Behindertenrechtsexpertin Wahl (2023) setzt auf die Unterscheidung zwischen *moderater* und *radikaler* Inklusion, unterstreicht Notwendigkeit und revolutionäres Potenzial letzterer und plädiert für Inklusionsdiskurse, die gesellschaftspolitische Analysen und die **Transformation** von Machtverhältnissen ernst nehmen und dementsprechend vom Reden ins Handeln führen.

Inklusion ist ein vielfältiger Begriff, dessen Bedeutung in unterschiedlichen **Kontexten** variiert. Im Behinderten**rechts**bereich, dessen Inklusionsverständnis am stärksten öffentlich wahrnehmbar ist, hat er spätestens mit dem Europäischen Jahr von Menschen mit Behinderungen 2003 den Integrationsdiskurs abgelöst. In **sozial**-politischen Zusammenhängen wird er schon länger als Leitmotiv in der Armutsbekämpfung genutzt, gemeinsam mit u. a. Maßnahmen aktiver Eingliederung, die vorwiegend auf die **Partizipation** am Erwerbsarbeitsmarkt abzielen. Kritische **Sozialwissenschaftler*innen** und NGOs betonen seine Mehrdimensionalität als ressourcenorientierter Veränderungsprozess, der auch auf Verbesserungen mit Blick auf Einkommen, **Bildung**, Wohnsituation, Gesundheit, **soziale** Netzwerke und gesellschaftliche Teilhabe abzielt (Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung, 2013).

Warum glücklich statt einfach nur normal?

Zwangsläufig verflochten ist Inklusion mit Exklusion, also mit der Ausgrenzung von Angehörigen marginalisierter Gruppen. Ein Blick auf gesellschaftliche Realitäten zeigt, wie weit wir von der Umsetzung von Inklusion als Vision vielfältiger Teilhabe und **Gerechtigkeit** entfernt sind und wie stark Stigmatisierung, leere Versprechen, Fremdbestimmung und Institutionalisierung immer noch **wirken** (vgl. u. a. Duffy, 2022, S. 331; Wahl, 2023). Dabei spielen Vorstellungen von Anderssein^{*2} und mehr noch die Überhöhung von Normalität* als erstrebenswerteste Form zu (über)leben eine starke Rolle, wie aktuelle politische Diskussionen in Österreich belegen (Klatzer,

1 *Leichte bzw. leicht verständliche oder einfache Sprache* ist eine Version der Standardsprache, die auf leichte Verständlichkeit abzielt. Sie wurde im **Kontext** und in der Praxis der Behinderten**rechts**bewegung entwickelt, im Zuge der Umsetzung der UN-Behinderten**rechts**konvention als Anspruch auf barrierefreie **Kommunikation** auch **rechtlich** verankert und folgt einem eigenen Regelwerk, das u. a. die Verwendung einfacher Worte und kurzer Sätze vorsieht. Fremdwörter wie Inklusion, die als schwere bzw. schwierige Wörter bezeichnet werden, werden in eigenen Wörterbüchern erläutert. (vgl. Dudenredaktion, 2016; Netzwerk Leichte Sprache, 2021 & o. J.)

2 Die * sollen Herausforderungen im Umgang bzw. in der Verwendung der Worte anders* und normal* sprachlich markieren (vgl. Boger, 2019).

2023). „*Why be happy when you could be normal?*“, zitiert Winterson (2012) in ihren gleichnamigen Memoiren den Kommentar ihrer Mutter zu ihrem *Coming-out* und dessen Begründung, dass ihre lesbische Beziehung sie glücklich mache – und bringt damit die Bedeutung von Normalität* als Bedingung für die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, von der jene, die anders* sind, ausgeschlossen werden, auf den Punkt.

Wer über Inklusion nachdenkt, redet oder schreibt und diese vorantreiben will, muss also auch über Normalität* nachdenken, reden und schreiben und darüber, welche Rolle die Dekonstruktion gesellschaftlicher Normalitäten* dabei spielt. Ein hilfreiches Instrument für weitere Analysen ist das trilemmatische Inklusionskonzept der deutschen Pädagogin Boger (2017 & 2019 & 2022). Diese beschreibt darin das Begehren nach **Empowerment**, Normalität* und Dekonstruktion als zentrale Elemente für Inklusion und betont dabei, dass sich jeweils maximal zwei dieser Ziele gemeinsam verwirklichen lassen: Wer sich etwa als anders* versteht und ein Begehren nach Normalität* hat, kann nicht gleichzeitig die Dichotomie normal*-anders* dekonstruieren; und wer sich nicht als anders* versteht und die Dichotomie anders*-normal* ablehnt, kann nicht die *andere* Stimme* erheben und für die Anerkennung der Andersheit* kämpfen (Boger, 2019, S. 6–7). In mehreren Publikationen entfaltet Boger (2017, 2019 & 2022) die darauf basierenden unvermeidbaren Widersprüchlichkeiten, die Kämpfe für radikale Inklusion mit sich bringen, und zeigt zahlreiche Sackgassen von Antidiskriminierungspolitikern auf: von den für Gruppeneffinitionen oft unvermeidbaren Essenzialismen über Selbstviktimsierung, Privilegienverleugnung und der Nivellierung von Differenzen bis hin zur individualistischen Entpolitisierung, Partikularisierung und Spaltungen, um nur einige zu nennen. Es gilt folglich, das scheinbar Unmögliche als Inklusion einzufordern und dabei „mit der Widersprüchlichkeit [zu arbeiten] statt gegen sie“ (Boger, 2017, S. 16).

Das ist wichtig in einem Feld, in dem es über die am besten geeigneten Vorgehensweisen immer wieder zu Dissonanzen auch zwischen und innerhalb diskriminierter Gruppen kommt. Und untergräbt die Vorstellung, dass „Deutungskämpfe rund um Inklusionsansprüche, Diskriminierungen und Benachteiligungen endgültig gelöst werden können“, wie die Organisationsexpertin Dobusch (2022, S. 131) betont. Sie schlägt vor, auch über ein negatives Inklusionsverständnis nachzudenken, also „die Aufmerksamkeit auf die (Herstellung der) Abwesenheit von diversitätsfeindlichem Verhalten, Prozessen und Strukturen“ zu lenken, die „vorhandenen Privilegien und Dominanzverhältnissen entgegenwirken“ (Dobusch, 2022, S. 131), um so zumindest (etwas) inklusiver zu werden. Das bedeutet nicht, Ansprüche an die Umsetzung radikaler Inklusion aufzugeben, trägt aber der Einsicht Rechnung, dass Kämpfe um Inklusion in überwiegend exkludierenden Strukturen stattfinden und nicht von diesen losgelöst betrieben werden können. Es bedeutet, mit zu bedenken, dass die notwendige Abgabe von Macht bisher Privilegierter mit **Widerständen** und Konflikten einhergeht. Oft ist die Einigung auf ein umfassendes normatives Inklusionsziel nicht oder jedenfalls nicht rasch möglich, und es müssen Differenzen und Dissens akzeptiert werden, „ohne dabei die Suchbewegung nach solchen (organisationalen) Prozessen und Praktiken aufzugeben, die nichtsdestotrotz ein gewisses Maß an Inklusivitätsempfinden für die Vielen ermöglichen können“ (Dobusch, 2022, S. 121).

Auch wenn Inklusionskämpfe zuweilen pragmatisch geführt werden, darf der Charakter von Inklusion als „transformatives Zukunftsprojekt“ (Koenig, 2022, S. 22), das einen Machtwechsel voraussetzt, nicht aus dem Blick geraten. So sehr Inklusion sich explizit von Integration und den damit einhergehenden Vorstellungen von Einschluss und Anpassung abgrenzt, läuft auch sie Gefahr, Zugehörigkeit mit Gefangenheit und Anteilnahme an Macht mit Funktionalisierung zu verwechseln (Gronemeyer, 2012; vgl. Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung, 2013). Es braucht also (auch und) v. a. jenes Veränderungspotenzial, das *im Abseits*, an den Rändern und Grenzen herrschender **Systeme** und Institutionen wächst. Es braucht dissidente Inklusionspraxen, bewusstes *Abwechslertum*, um eine Gesellschaft radikal neu zu gestalten. Es braucht den Einsatz von vielen und vielfältige Zugänge und Perspektiven, gerade auch von jenen, die von Exklusionsmechanismen direkt betroffen sind oder waren.

Kollaboration statt Partizipation

Partizipation scheint hier die naheliegende Lösung zu sein. „*Nichts über uns, ohne uns*“, lautet eine zentrale Forderung nicht nur der Behinderten**rechts**bewegung. Doch auch **Partizipation** ist ein schwieriges Konzept, das nicht notwendig zu radikaler Inklusion führt. Wie zahlreiche Beispiele zeigen, unterscheiden sich sogenannte **partizipative** Projekte, Prozesse und Organisationen oft stark in Verständnis und Ausprägung realer Teilhabemöglichkeiten (vgl. Moser, 2013 & 2021). Als *Assessment*-Instrument können Stufenmodelle hilfreich sein, wie jenes der **Partizipationspyramide** (Straßburger & Rieger, o. J.), in der u. a. die in der Praxis beliebten und weit verbreiteten **partizipativen** Formen der Information und Konsultation als bloße Vorstufen derselben eingeordnet werden, die sich deutlich von Mitbestimmung, Teilhabe an Entscheidungsmacht und schließlich **Selbstorganisation** unterscheiden.³

Es gilt also, genauer zu klären, was jeweils gemeint ist, wenn von Inklusion oder **Partizipation** die Rede ist. Und es gilt zu beachten, was Hark unter Berufung auf de Lauretis für dissidente Wissenspraxen des Feminismus beschrieben hat:

... keinen Diskurs als gegeben, als einmal etabliert und per se kritischen zu behandeln ... , sich nicht im kritischen Moment dauerhaft eingerichtet zu wöhnen, sondern fortwährend neue Diskursräume zu schaffen, in denen neue Erzählungen ebenso wie die Begrifflichkeiten einer neuen Perspektive möglich werden, wo wir ‚mit anderen Augen sehen‘, einen ‚Blick von anderswo‘ wagen können. (Hark, 2005, S. 394)

Radikale Inklusion braucht radikale **Partizipation**, **Empowerment** und „Powersharing, also das Teilen bzw. die bewusste Abgabe von Macht“ (Wahl, 2023, S. 92) seitens jener, die darüber verfügen. Zudem sind Solidarität und ernsthafte Bündnisse gefragt, weil nur so jene Vielfalt an Perspektiven sichtbar und miteinander abgestimmt werden kann, die unabkömmlich ist. Da reicht es nicht, **Partizipation** durch den inzwischen moderneren Ausdruck der *Kokreation* zu ersetzen, auch wenn dieser begrifflich stärker das Miteinander zum Ausdruck bringt. Gefragt sind ein Verständnis und vielfältige Praxen der Kollaboration im Sinne einer freiwilligen, hoch motivierten Zusammenarbeit Verschiedener, auch und gerade angesichts vorhandener Differenzen. Wesentlich ist die Einsicht, dass die „Idee der ‚gemeinsamen Unterdrückung‘ eine falsche

3 Siehe auch die Abbildung 2 im Beitrag [Kommunikation](#).

und korrumpierende Grundlage [ist], die die wahren Bedingungen der unterschiedlichen und komplexen Lebensrealitäten verschleiert“, wie es die Schwarze Autorin hooks (2013, S. 77) für die gemeinsamen Kämpfe der Frauenbewegung formuliert. Sie unterstreicht dabei, dass gelebte politische Solidarität vielmehr „gemeinsame Interessen, gemeinsame Überzeugungen und gemeinsame Ziele“ sowie „dauerhaftes, anhaltendes Engagement“ (hooks, 2013, S. 91) erfordert. Gemeinsame Kämpfe um Inklusion, auch wenn sie das gute Leben aller im Blick haben, sind nicht automatisch eine *Win-win*-Situation für alle. Sobald Bedürfnislagen in ihrer Differenz deutlich werden und es im Sinne der Inklusion um die Orientierung an jenen geht, die historisch benachteiligt und aktuell oft exkludiert werden, geht es auch um Fragen von (Um-)Verteilung vorhandener Ressourcen und um oft schmerzhaftes *Aushandlungs*-prozesse und Konflikte. Um diese gut führen zu können, sind Aufmerksamkeit für vorhandene Unterschiede und gute Methoden wie *Mediation* und *Kommunikations*-strukturen nützlich, die vorhandene Machtungleichheiten auszubalancieren helfen und die *Aushandlung* gemeinsamer Ziele ermöglichen.

Nachhaltigkeitstransformation braucht *Care*-Muskeltraining

Für die Künstlerin Thornton, die sich im Rahmen eines Projekts mit neuen *sozialen* Techniken beschäftigt, sind die Einsicht in die kooperative Natur des Menschseins, ein sorgsames Verhältnis zur Erde und das Bewusstsein, Teil dieser zu sein, Bedingungen für gute Kooperationen. Außerdem geht es nach ihr darum, drei „toxische Prinzipien“ (Thornton, 2020, S. 16–17) zu *verlernen*: Wir müssen aufhören mit schlechter Unterstützung, wir müssen Versager*innengefühle abstellen und stattdessen unsere *Sharing*-Muskeln trainieren, also uns angewöhnen, mehr miteinander zu teilen. Mit schlechter Unterstützung ist dabei jene Hilfe gemeint, die auf destruktive Weise abhängig macht, auf leeren Versprechungen beruht, mehr nimmt, als sie gibt, und in der Folge dazu führt, dass Hilfe und Unterstützung negativ besetzt und generell abgelehnt oder – aus Angst, etwas falsch zu machen, – erst gar nicht angeboten werden. Abgelegt werden müssen auch lähmende Versager*innengefühle, der Eindruck, mit einem spezifischen Problem ganz allein und nur selbst dafür verantwortlich zu sein. Trainieren hingegen müssen wir den *Sharing*-Muskel, also unsere Bereitschaft, vorhandene Ressourcen miteinander zu teilen, einander um Hilfe zu bitten, füreinander zu sorgen und zu erkennen, dass dies weder selbstverständlich noch anspruchslos ist, sondern vielmehr gute Strukturen und Übung erfordert.

Auch mit Blick auf herausfordernde Kämpfe für radikale Inklusion und die damit verbundenen Ansprüche, Widersprüche und Sackgassen sind vielfältige Praxen der Fürsorge nötig. Es braucht – um in Thorntons Diktion zu bleiben – mehr *Care*-Muskeltraining für alle. Das bedeutet zunächst, uns mit der Einsicht in die eigene Abhängigkeit (u. a. vom *Gemeinwohl*) und Bedürftigkeit anzufreunden, diese also nicht länger speziellen Gruppen zuzuschreiben, sondern als menschliche Grundkonstitution anzuerkennen:

Wir brauchen die Zuwendung und Fürsorge anderer; das wird nicht nur am Lebensbeginn und oft am Lebensende und in Krankheits- und Krisenzeiten deutlich, sondern auch Tag für Tag in unserem Alltag. ‚We all live subsidized lives‘, bringt es die US-amerikanische Juristin Martha A. Fineman auf den Punkt: Niemand kann gänzlich für und aus sich allein ein gutes Leben führen. (Knecht et al., 2013, S. 32)

Besonders in Krisen- und Notsituationen, aber auch ganz generell, gilt es, einander zu helfen, Versager*innengefühle abzubauen bzw. gar nicht aufkommen zu lassen, strukturelle Hintergründe deutlich zu machen, gemeinsame Lösungen zu suchen, dabei achtsam miteinander umzugehen, auf besonders verletzbare Punkte hinzuweisen bzw. diese sensibel zu beachten, ohne in die Angststarre, etwas falsch zu machen, zu verfallen. Es bedeutet, gerade in Krisenzeiten Verantwortung füreinander und für unsere **sozialen** und ökonomischen Bedürfnisse zu übernehmen. Beispiele für entsprechende Praxen lassen sich vielerorts finden: von den **selbstorganisierten** griechischen *Health Clinics* über alte und/oder neue Formen gemeinschaftlichen inklusiven Wohnens bis hin zu den vielfältigen Projekten von *Caring Communities* (Wegleitner & Schuchter, 2021), also Sorgenetzwerken, in denen neue Formen wechselseitiger Unterstützung **ausprobiert** werden. Dabei geht es mit Blick auf vorhandene Unterschiede und auf das Ziel radikaler Inklusion darum, sich gleichermaßen zu unterstützen und herauszufordern: „Wir stehen füreinander ein. Wir ziehen uns gegenseitig zur Rechenschaft. Und wir halten uns gegenseitig fest. Punkt“ (Thornton, 2020, S. 81; Übersetzung von Moser).

Für Strategien und Aktivitäten **nachhaltiger** Stadtentwicklung ergeben sich daraus zahlreiche Ansprüche an Rahmenbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten. Um mit den widersprüchlichen Anforderungen radikaler Inklusion umzugehen, sind Aufmerksamkeit und Offenheit für Vielfalt, Verhandlungsräume für Differenzen, **Kommunikationspraxen** und Organisationsstrukturen wichtig, die sicherstellen, dass die **gleichberechtigte Partizipation** aller möglich ist. Dafür sind ausreichend Zeit und die notwendigen materiellen Ressourcen nötig, die es allen erlauben, an Gestaltungsprozessen teilzunehmen. Das führt notwendigerweise zu **Transformationen** in einer Vielzahl an Politikfeldern: von der Neuverteilung von Arbeit und Umgestaltung des Erwerbsarbeitsmarkts mit u. a. substanzieller Arbeitszeitverkürzung über die garantierte Existenzsicherung durch unterschiedliche Einkommensformen und eine gute **soziale** Infrastruktur (u. a. Wohnen, Gesundheit, Mobilität) bis hin zu alternativen **Bildungskonzepten**, die es Menschen jeder Altersstufe ermöglichen, die für **nachhaltige Transformationsprozesse** und -projekte nützlichen Fähigkeiten zu **lernen** und zu üben. Vorrangig braucht es die Weiterentwicklung demokratischer Prozesse und mehr radikal inklusive **Partizipationsmöglichkeiten** auf allen Ebenen (Nachbarschaften, Kommunen, Regionen, bundesweit und transnational).

Es gilt, sowohl eine **Kultur** des Sorgens zu entwickeln, die zu einem neuen Verständnis öffentlicher Institutionen und Aufgaben führt, als auch verschiedene *Care*-Muskeln jeder*s Einzelnen zu trainieren, damit ein inklusives und fürsorgliches Miteinander gelingen kann:

Für alle Lebensbereiche müssen also neue Regeln entwickelt werden. Achtsamkeit, Verantwortung und Einfühlungsvermögen werden nicht länger auf den privaten Umgang beschränkt, sondern in ihrem politischen Gewicht erkannt. Und die Öffentlichkeit wird (wieder) zu einem Ort, an dem Menschen in ‚Netzwerken der wechselseitigen Abhängigkeit, Fürsorge und Verantwortung‘ leben (so eine Formulierung der niederländischen Politologin Selma Sevenhuijsen), wo sie Neues miteinander ausprobieren und gemeinsam für ein gutes Leben aller sorgen können. (Knecht et al., 2013, S. 43)

Literaturverzeichnis

- Boger, M.-A. (2017). Theorien der Inklusion – eine Übersicht. *Zeitschrift für Inklusion*, 1.
- Boger, M.-A. (2019). *Politiken der Inklusion: Die Theorie der trilemmatischen Inklusion zum Mitdiskutieren*. Edition Assemblage.
- Boger, M.-A. (2022). Risse in der Landschaft der Inklusionsforschung: Aktuelle Entwicklungen und offene Fragen. In B. Schimek, G. Kremsner, M. Proyer, R. Grubich, F. Paudel, & R. Grubich-Müller (Hrsg.), *Grenzen. Gänge.Zwischen.Welten: Kontroversen – Entwicklungen – Perspektiven der Inklusionsforschung* (S. 43-58). Julius Klinkhardt. <https://doi.org/10.25656/01:23814>
- Capito. (o. J.). Inklusion. In *Capito digital*. Abgerufen am 2. Februar 2024 von <https://digital.capito.eu>
- Dobusch, L. (2022). Von der (Un-)Möglichkeit inklusiver Organisationen und der Bedeutung eines negativen Inklusionsverständnisses. In O. Koenig (Hrsg.), *Inklusion und Transformation in Organisationen* (S. 119-132). Julius Klinkhardt.
- Dudenredaktion (Hrsg.). (2016). *Leichte Sprache: Theoretische Grundlagen. Orientierung für die Praxis*.
- Duffy, S. (2022). Citizen Network: Advancing Inclusion for all. In O. Koenig (Hrsg.), *Inklusion und Transformation in Organisationen* (S. 331-344). Julius Klinkhardt.
- Hark, S. (2005). *Dissidente Partizipation: Eine Diskursgeschichte des Feminismus*. Suhrkamp.
- hooks, b. (1990). Schwesterlichkeit: Politische Solidarität unter Frauen. *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, 13(27), 77-92.
- Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung. (2013). *Inklusion: Multiperspektivische Annäherungen an einen Begriff und seine Bedeutung*. <https://inclusion.fhstp.ac.at/ueber-das-institut2/inklusion>
- Gronemeyer, M. (2012). *Wer arbeitet, sündigt: Ein Plädoyer für gute Arbeit*. Primus.
- Klatzer, J. (2023, 19. Juli). „Normal“: Risiken eines Allerweltsbegriffs. *ORF.at*. <https://orf.at/stories/3323499/>
- Knecht, U., Krüger, C., Markert, D., Moser, M., Mulder, A.-C., Praetorius, I., Roth, C., Schrupp, A., Trenkwalder-Egger, A. (2013). *ABC des guten Lebens*. Christel Götter.
- Koenig, O. (2022): Inklusion und Transformation in Organisationen: Grundlegungsversuche eines Transformativen Inklusionsmanagements. In O. Koenig (Hrsg.), *Inklusion und Transformation in Organisationen* (S. 19-37). Julius Klinkhardt.
- Moser, M. (2013). Selbstorganisation und Krise. In J. Bakic, M. Diebäcker, & E. Hammer (Hrsg.), *Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit: Ein kritisches Handbuch* (Bd. 2, S. 144-158). Löcker.
- Moser, M. (2021). Auch Politik ist Care. In H.-J. Fehle & A. Langenbacher (Hrsg.), *Dass die Welt wohnlich für alle wird: Klartexte, Anfragen und Perspektiven* (S. 220-231). Grünewald.
- Netzwerk Leichte Sprache. (2021). *Leichte Sprache verstehen: Mit Beispielen aus dem Alltag, Tipps für die Praxis und zahlreichen Texten in Leichter Sprache*. S. Marix.
- Netzwerk Leichte Sprache. (o. J.). *Netzwerk Leichte Sprache*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <https://www.leichte-sprache.org/>
- Straßburger, G., & Rieger, J. (o. J.). *Die Partizipationspyramide*. Abgerufen am 1. Februar 2024 von <http://www.partizipationspyramide.de/>
- Thornton, C. (2020). *The Hologram: Feminist, Peer-to-Peer Health for a Post-Pandemic Future*. Pluto Press.
- Wahl, H. (2023). *Radikale Inklusion: Ein Plädoyer für Gerechtigkeit*. Leykam.
- Wegleitner, K., & Schuchter, P. (2021). *Handbuch Caring Communities: Sorgenetze stärken – Solidarität leben*. Österreichisches Rotes Kreuz. https://fgoe.org/sites/fgoe.org/files/inline-files/Handbuch_Caring_Communities.pdf
- Winterson, J. (2012). *Why Be Happy When You Could Be Normal?* Vintage.

Innovation

Von kreativen Variationen über multikontextuelle Innovationen zu wertkonfliktären gesellschaftlichen Transformationen

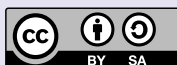
Innovieren scheint heute zum Imperativ geworden zu sein. Die kreative Suche nach Neuem und das systematische Durchsetzen neuer Praktiken und Produkte verbreiten sich auf allen Feldern der Gesellschaft, nicht nur im wirtschaftlichen Kontext. Um diese Ausweitung der Innovationszone im Alltag wie auch in Politik, Wissenschaft und Kultur besser verstehen zu können, vermittelt dieser Beitrag ein umfassenderes Konzept des Innovierens, das sich nicht allein an ökonomischem Erfolg oder technischer Neuartigkeit orientiert. Im ersten Abschnitt dieses Beitrags werden die zeitlichen, sachlichen und sozialen Relationen des Innovierens näher angesehen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum kreativen Handeln herauszuarbeiten. Im zweiten Abschnitt wird die Koproduktion von primär technisch und primär sozial induzierten Innovationen begründet und die Vielfalt der Wertreferenzen auf den verschiedenen Feldern aufgefächert. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, wie es im Rahmen dieser Komplexität der selektiven Ebenen und im Konflikt um die widersprüchlichen Werte zu gesellschaftlichen Transformationen kommen kann.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Kapital](#), [Kontext](#), [Sozial](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Rammert, W. (2024). Innovation: Von kreativen Variationen über multikontextuelle Innovationen zu wertkonfliktären gesellschaftlichen Transformationen. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 89–98). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_12



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Nicht nur in gesellschaftlichen Diskursen hat sich seit geraumer Zeit die Tendenz durchgesetzt, alles, was neu geschaffen ist, anders kreiert wird und mittels neuartiger Techniken in veränderter Konstellation radikal umgestaltet werden soll, sogleich mit dem Etikett des *Innovativen* auszuzeichnen und es damit vorzeitig aufzuwerten. Auch bei den Praktiken des beruflichen und privaten Alltags und in politischen und **kulturellen** Institutionen kann man beobachten, dass sich der Reiz kreativer Veränderung und das Gebot innovativen Handelns überall durchzusetzen scheinen, mal als bereichernde **Selbstermächtigung**, mal als erschöpfender Zwang. Umso wichtiger ist es, sich genauer mit den begrifflichen Konzepten und den empirischen Prozessen des Innovierens im **Kontext** der gesellschaftlichen **Transformation** zu einer „Innovationsgesellschaft“ zu beschäftigen (Rammert et al., 2016; Schulz-Schaeffer et al., 2023).

Dazu werden im Folgenden Innovationen als eine besondere Form des gewollten **sozialen** Wandels bestimmt, die nach Zeit und **Wirkungsgrad** zwischen kurzfristigen, nur modischen Neuerungen wie auch minimal **wirksamen** Veränderungen und langfristigen, revolutionär **wirkenden Transformationen** anzusiedeln sind. Die Praktiken und Prozesse des Innovierens werden so in drei Schritten vorgestellt, wie sie sich in der Gesellschaft entwickeln und durchsetzen. Sie umfassen:

1. die an Erneuerung und Verbesserung orientierten Aktivitäten kreativer und kritischer Variation der bisherigen Praxis sowie ihrer sachlichen und **sozialen** Umstände
2. die koordinierte wie auch konfliktreiche Durchsetzung einer alternativen und für relativ besser eingeschätzten Problemlösung in einem **sozialen** Handlungskontext
3. die Ausbreitung und Institutionalisierung der neuen Praktiken, Regeln und soziotechnischen Konstellationen zu einem Innovationsregime über den engeren **Kontext** hinaus

Von Aktivitäten kreativer Variation zur an Verbesserung orientierten Innovation

Innovieren wird hier ein Handeln genannt, das bewusst und strategisch an Erneuerung, Veränderung *und* Verbesserung orientiert und letztlich an einer weiten Verbreitung und Durchsetzung gegenüber dem Etablierten interessiert ist. Genauer gesagt (nach Rammert, 2010, S. 39):

- Erneuern meint, etwas neu oder wieder neu zu machen (Gebäude zu renovieren, Stadtquartiere zu erneuern, **Planungsgesetze** zu novellieren oder die Renaissance früherer Baustile oder alter Baustoffe voranzutreiben). Die *zeitliche* Relation von neu/alt oder vorher/nachher bleibt nicht wertfrei. Die Etikettierung als neu oder modern wertet das gängige oder bisher gewohnte Gute zum Alten und Veralteten ab. Sie reicht allein nicht aus.
- Verändern meint, etwas andersartig zu machen (mit anderen Materialien, Methoden und Mischungen). Es schafft in *sachlicher* Hinsicht neuartige soziotechnische Konstellationen und vermehrt die kreativen Variationen.
- Erst die Erwartung, etwas besser in Bezug auf einen gesellschaftlichen **Kontext** und seine Wertreferenz zu machen (technologisch **wirksamer**,

ökonomisch effizienter, politisch **partizipativer**, **sozial gerechter**, ökologisch **nachhaltiger**), die weite Verbreitung und die vielfache Aneignung machen aus den kreativen Variationen und kritischen Abweichungen von der jeweiligen Normalität einer Praxis eine gelungene Innovation, die in *sozialer* Hinsicht zukunftsweisend und richtungsverändernd **wirkt**.

Innovatives Handeln bezieht sich dabei nicht nur auf sachtechnische Produkte und Prozesse (Fahrzeuge, Gebäude, Verkehrswege und Energienetze), sondern auch auf symbolische Zeichen und **soziale** Praktiken (Beschilderung, Navigationssoftware, Bezahl-, Informations-, **Kommunikations-** und **Partizipationsformate**, Mobilitäts- und Konsumstile). Es wird nicht nur von Technolog*innen und Ingenieur*innen oder von ökonomischen Entrepreneur*innen vorangetrieben. Individuelle und kollektive Akteure aus allen Bereichen der Gesellschaft sind daran beteiligt, die qua Profession oder auch als Privatperson, als politisch Bewegte, **sozial Engagierte** oder **kulturell** Kreative an einer strukturellen und **nachhaltigen** Veränderung der jeweiligen Verhältnisse interessiert sind.

Innovieren umfasst demnach viele Formen *kreativer Variation*, die durch Aktivitäten an jeglichem Ort und in allen möglichen Phasen des umfassenden gesellschaftlichen Innovationsprozesses mit unterschiedlicher **sozialer** Perspektive in Gang gesetzt werden: beim freien Entwerfen und normierten **Planen** im Büro, aber auch bei der inspirierenden Begehung und Begegnung mit Betroffenen vor Ort; beim kreativen Gestalten am Modell, beim herausfordernden Umgang mit **Widerständen** der Materialität, aber auch aus den fantasievollen Aktivitäten eines **engagierten Widerstands** heraus; beim theoretischen Reflektieren und **experimentellen** Simulieren im Labor, jedoch auch beim **Ausprobieren** im gelebten Alltag; und letztlich im Vergleich zwischen verschiedenen Situationen praktischer Nutzung, wenn lokale Neuerungen in andere **soziale Kontexte** transferiert und in andere **Kulturen** übersetzt werden.

Innovieren in multiplen sozialen Kontexten

Gegenwärtig wird das Innovieren selbst reflexiv auf das klassische ökonomische Konzept der Innovation angewandt. Das eher normative Konzept der „Sozialen Innovation“ (Howaldt & Jacobsen, 2010) und das analytisch umfassendere Konzept der „Innovationen der Gesellschaft“ (Rammert, 2010) gehen über den Bezug auf wirtschaftlichen Wandel, kommerzielles Unternehmertum und eine an ökonomischem Gewinn und Marktdurchsetzung orientierte Bewertung des Erfolgs hinaus. Es kommt damit ein Innovieren in multiplen **sozialen Kontexten** ins Spiel: Neben wirtschaftlichen Innovationen werden auch politische, **soziale** und **kulturelle** Innovationen, folglich die innovativen Aktivitäten auf allen Feldern der Gesellschaft sichtbar. Neben dem ökonomischen Mehrwert des **Kapitals** kommt zusätzlich eine Vielfalt von anderen Wertreferenzen zur Geltung, die etwa auf bessere politische **Partizipation**, mehr **soziale Gerechtigkeit**, stärkere **Gemeinwohlorientierung** oder höhere **soziale** Sicherheit zielen. Dazu zählen auch der Erkenntnisgewinn durch die Wissenschaften, der ästhetische Erlebnissgewinn durch Künste und andere Formen kreativer Gestaltung (Hutter, 2016) sowie der spirituelle Erfahrungsgewinn durch Religionen und andere Weltanschauungen. Diese **kulturellen** Innovationen der Weltsicht und der Selbstsicht (Identität) entfalten eine nicht zu unterschätzende **Wirksamkeit** auf die langfris-

tigen **Transformationen** der Wertreferenzen und der praktischen Lebensführung. Beispiele dafür sind das am kapitalistischen Profit oder am **Gemeinwohl** orientierte Wirtschaften, das individuelle oder das gemeinschaftliche Arbeiten und Wohnen, der marktfreie oder der moralisch faire Handel mit Nahrungsmitteln regional wie global, die ausbeuterische oder die konviviale Haltung zu Tier und Natur sowie konsumistische oder **nachhaltige** Lebensstile.

Wie schon oben angedeutet: In der Sache lassen sich die Innovationen – auch im **Kontext** der *Stadtentwicklung* – nicht auf rein sach- und verfahrenstechnische Erfindungen und Konstruktionen einengen, wie etwa auf den Bau von Hochhäusern, Eisenbrücken, Buslinien und Untergrundbahnen für die großstädtische Verkehrsinfrastruktur, um Probleme urbaner Verdichtung zu lösen und neue Probleme der Schichtung (Segregation) zu erzeugen (Winner, 1980), oder auf die Errichtung von hochverzweigten Gas-, Elektrizitäts- und Kabelnetzen zur Versorgung mit Wärme, Licht und **Telekommunikation**. Ebenso relevant sind die institutionellen, konzeptuellen und alltagspraktischen Neuerungen, wie etwa beim Telefon die Erfindung des Telefonverzeichnisses und die Praxis des Geräteleasings (Rammert, 1990); neben dem großen Reformwerk der **Sozialversicherungen** etwa auch der **soziale** und genossenschaftliche Wohnbau, die Agenda-Bewegung für Klimaschutz oder der Auktionshandel mit Verschmutzungs**rechten**. Dazu zählen ebenso die Umwertung ästhetischen Erlebens durch **popkulturelle** und intermediale Mischungen der Künste (Open-Air-Veranstaltungen; Loveparade; Graffitis und Murals) und die Kreation neuer Formen der Finanzierung und Kooperation (Crowdsourcing und -funding; Coordination Platforms; Open Spaces) sowie die Verbreitung ökologischer Wohn-, Mobilitäts- und Ernährungsstile (Smart City vs. Slow City; Urban Gardening; biologische/vegetarische Produkte und Stadt-Land-Bündnisse für ein **nachhaltiges Ernährungssystem**) (Christmann et al., 2016; Sept, 2018 & 2023).

In der Regel geht mit dem Innovieren, das sich auf Sach- und Verfahrenstechniken konzentriert, ein Innovieren einher, das auf das Erproben neuer **sozialer** Praktiken und das Erfinden alternativer institutioneller Einbettungen fokussiert. Umgekehrt wird auch ein primär auf die Veränderung **sozialer** Praktiken und Institutionen orientiertes Innovieren auf das Innovieren daran angepasster sachlicher Mittel und Medien angewiesen sein. Kurz zusammengefasst kann man von einer *Koproduktion* technischer und **sozialer** Innovationen ausgehen, auch wenn mal die eine oder die andere zeitlich vorausgeht: Es entsteht auf der jeweils anderen Seite ein Druck zur aktiven oder passiven Anpassung. Auf diese soziotechnische Dynamik des **kulturellen** Wandels hat schon Ogburn, der Pionier des Technology Assessment, hingewiesen. Seine These vom *Cultural Lag* ist nicht, wie es häufig geschieht, technikdeterministisch zu deuten. Vielmehr entstehen durch solche technischen wie auch „sozialen Erfindungen“ (Ogburn, 1969, S. 56) auf bestimmten Feldern Lücken und damit ein struktureller Aktivierungs- oder Anpassungsdruck auf andere Felder, die dieser innovierenden Entwicklung hinterherhinken (Schubert, 2021).

Auch mit Blick auf die Wertreferenz ist das Innovieren immer weniger auf ein einzelnes Kriterium, etwa bei ökonomischen Innovationen die Gewinnsteigerung, beschränkt. Selbst in diesem klassischen **Kontext** des Innovierens wird sich, wie neuere Forschungen zeigen, zunehmend auf *multiple Kontexte und Kriterien*

nichtökonomischer Werte bezogen. Für Wirtschaftsunternehmen gewinnen etwa eigene Innovationsfähigkeit, Netzwerkkompetenz, öffentliches Image (z. B. fairer Handel, **soziale** Verantwortung) und Diversity Management an Relevanz. Auf EU-Ebene wurde eine Innovationsstrategie definiert, die sich ausdrücklich auf „responsible, sustainable, and integrative“ (von Schomberg, 2012, S. 39), also auf „soziale Innovationen“ (Howaldt & Jacobsen, 2010; Langer et al., 2018; Schubert, 2016) bezieht. Dazu zählen etwa neue Formen und Praktiken der politischen **Partizipation**, der Selbsthilfe bei Gesundheits- und Pflegediensten, des Ehrenamts und der Bürgerpanels für die lokale Umsetzung politischer Agenden zu Klimaschutz und **Nachhaltigkeit** (Energie-, Verkehrs-, Ernährungswende).

Komplexität und Konflikthaftigkeit einer Innovationsgesellschaft in Transformation

Beim gesellschaftlichen Innovieren geht es folglich um das mehr oder weniger absichtsvolle Erfinden, das **engagierte** Entwickeln und das machtvolle Verbreiten andersartiger und als neu wahrgenommener Praktiken, Prozesse und Produkte. Diese werden in einer dominanten und zunehmend multipel ausgehandelten Hinsicht als zukunftsfähiger eingeschätzt. Außerdem verändern sie die tradierten Spielregeln und institutionellen Strukturen auf einem Feld und über dieses hinaus auch andere Felder der Gesellschaft maßgeblich und **nachhaltig** (Blättel-Mink et al., 2021). Das Innovieren findet auf allen Ebenen der Gesellschaft statt (nach Passoth & Rammert, 2016):

- Die innovativen Aktivitäten werden häufig von gestalterisch kreativen oder politisch **engagierten** Menschen, von gewohnten Regeln kritisch abweichenden oder von risikobereiten professionellen Akteuren auf der *Interaktions- und Gruppenebene* ausgelöst, etwa in Jugendszenen, Bürgerinitiativen, interdisziplinären Teams, Kreativzirkeln oder Start-up-Milieus.
- Auf der mittleren Ebene der *kollektiven Organisierung* wird ausgewählten Projekten des Innovierens durch **soziale** Vernetzungsaktivitäten und **kulturelle** Neuerungsbewegungen öffentliche Sichtbarkeit und gesellschaftliche Relevanz verschafft, etwa durch aufsehenerregendes Demonstrieren, öffentliches Exponieren und **partizipatives Experimentieren**.
- Auf der *gesellschaftlichen Ebene* gewinnen die Projekte des Innovierens dann den legitimen Status als Innovation, wenn sie sich gegen die anfänglichen **Widerstände** etablierter Gruppen durch Konflikt und Kompromiss, mediale **Kommunikation** und **soziale** Aneignung wie Nachahmung machtvoll durchgesetzt haben.

Innovationen lassen sich von anderen Formen des **sozialen** Wandels nach Aspekten der Zeit, der räumlichen Ausdehnung und des **Wirkungsgrads** der **Transformation** unterscheiden: Sie sind einerseits oberhalb von saisonalen modischen Neuerungen, von zyklischen Modellverbesserungen oder von regelmäßigen Reformen einzuordnen. Andererseits liegen sie noch unterhalb von großen und globalen gesellschaftlichen **Transformationen**, wie sie politische, industrielle, wissenschaftliche oder technologische Revolutionen darstellen. Allerdings können sich schon kleine kreative Variationen (Rammert, 2021a) – wie etwa durch von der Normalität abweichende, sie alternativ korrigierende und kritisch **engagierte** Aktivitäten (Jungmann & Eyok, 2023) auf der

alltäglichen lokalen Ebene – zu Innovationen in verschiedenen gesellschaftlichen **Kontexten** entwickeln. Je öfter sie in einem **Kontext** nachgeahmt werden, je mehr sie sich auch in anderen **Kontexten** verbreiten, desto mächtiger können sich aus den alternativen Praktiken und aus den innovierenden Projekten vieler verschiedener Akteure die Gesellschaft **transformierende** Innovationsnetzwerke oder gar Innovationsregime herausbilden (lokale, nationale und internationale Agenda 2030 und NGOs für Klimaschutz; emissionsfreie Energien für Produktion, Verkehr und Heizen; Kreislaufwirtschaft und **Nachhaltigkeit**).

Die **Wirksamkeit** der Neuerungen für eine **Transformation** der Gesellschaft lässt sich auch nach Graden der **sozialen** Regelveränderung (Dierks, 2015, S. 123–124) unterscheiden:

- Fälle von *additiver Neuerung* nutzen die gegebenen Spielräume aus, ohne die Regeln des Spiels zu verändern. Sie realisieren Möglichkeiten, die bisher noch ungenutzt waren, oder variieren die Praktizierung (defensives Innovieren innerhalb des **Regelsystems**).
- Fälle von *extensionaler Neuerung* bringen neuartige Regelmäßigkeiten, ungewollte oder verbotene Praktiken im Widerspruch zu den geltenden normativen Erwartungen in einen geregelten Spielraum ein und beginnen, ihn in mancher Hinsicht zu verändern (offensives und inkrementelles Innovieren mit Tolerieren der **Systemgrenzen**).
- Fälle von *konstitutiver Neuerung* brechen mit den gesamten Regeln und führen eine neuartige Menge von Regelmäßigkeiten und Spielräumen ein, die das Feld **transformieren** (disruptives, radikales Innovieren mit Paradigmenwechsel).

Gegenwärtig beobachten wir einen solchen fundamentalen Wandel zu Vielfalt, Tempo und Radikalität des Innovierens. Gleichzeitig sehen wir politische Kämpfe und Konfliktarenen auf allen Ebenen der Gesellschaft um die Ausrichtung der gesellschaftlichen **Transformationen** entstehen – beim Aktivismus alltäglicher Interaktion, bei der kollektiv organisierten **Aushandlung** von Interessen und bei der Steuerung der Interdependenzen (**Governance**) zwischen institutionell differenzierten **Systemen**.

Mit Blick auf die **Komplexität** des **transformativen** Wandels lassen sich eine zunehmende **Wirksamkeit** eines „Innovationsimperativs“ auf das Handeln der Akteure und eine „Ausdehnung der Innovationszone“ (Rammert et al., 2016, S. 3–4) als Indizien für den **komplexen** Wandel des Innovierens ansehen:

- *Innovationen überall* lautet die Losung, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auf jedem Feld und mit verschiedenen Wertreferenzen, auf dem Feld politischer, **planerischer** und administrativer Praxis, auf dem Feld des Forschens, Anwendens und **Lernens** und auf den Feldern des **sozialen** und **kulturellen** Zusammenlebens.
- *Innovationen aller Art* sollen es sein, nicht nur aus materiellen Teilen und technischen Maschinen, sondern auch mittels symbolischer Zeichentechniken (z. B. Algorithmen) und medialer Handlungstechniken (z. B. Googeln, Chatten); beide, eher technisch und eher **sozial** induzierte Innovationen entstehen zunehmend in Koproduktion.

- *Innovationen jederzeit* weiten die Aufmerksamkeit auf alle Phasen aus, fordern bei der anfänglichen Ideenentwicklung schon zur Antizipation von neuartigen Nutzungsszenarien heraus, stoßen bei der weiteren Ausarbeitung und **Planung** gleichzeitig die Suche nach neuen Geschäftsmodellen (Risikokapital, Stiftungen, Crowdfunding) und Diffusionsmethoden (Mobilisierung von Nutzenden, Kund*innen und Unterstützer*innen) an. Aus den Erfahrungen der praktischen Anwendung werden sogleich weitere Ideen der Nutzenden für nächste Innovationen gewonnen.
- *Verteilte Innovation* weist auf den deutlichen Trend hin, dass wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Akteure in heterogen gemischten Innovationsnetzwerken und Plattformen (Elektromobilität; Industrie 4.0; Smart City; autofreie Zonen) in Kooperation und Konflikt die großen Innovationsprojekte **aushandeln**.
- *Reflexive Innovation* zeichnet sich als neuer Modus des Innovierens ab. Dabei verhalten sich alle Beteiligten zunehmend reflexiv, indem sie sich auf die jeweils zu erwartenden Handlungsbeiträge und Wertreferenzen der anderen einstellen. Mit der Verallgemeinerung dieses reflexiven Innovationsregimes zeichnen sich die Konturen einer „Innovationsgesellschaft“ (Jungmann & Windeler, 2021; Rammert et al., 2016) ab, bei der es um die Erneuerungsfähigkeit der gesamten Gesellschaft und ihrer vielfältigen Felder geht.

Mit Blick auf die *Konflikthaftigkeit* geht es um die Frage, wie Innovations- und **Transformations**prozesse auf längere Sicht ausgerichtet werden können. Wer bestimmt eigentlich wann und wo und wie die gesellschaftliche Innovationsdynamik? Sieht man sich die *digitale Transformation* mit ihrer Kette von Innovationen vom programmierbaren PC über **Systeme** der Informatik (Experten- und Multiagentensysteme), Internetarchitekturen bis hin zu neuesten Entwicklungen künstlicher Intelligenz (KI) an (Rammert, 2021b), dann setzen die Visionär*innen und Pionier*innen aus dem wissenschaftlich-technologischen Feld mit ihren utopischen Projekten erste Akzente für einen neuen Spielraum und Entwicklungshorizont. Das geschah anfangs fast immer in kreativer Abweichung vom wissenschaftlichen Mainstream oder in kritischer Ablehnung bürokratischer Konzernstrukturen. Auch wenn die meisten der vielen Pionierprojekte, radikalen Reforminitiativen und Start-up-Unternehmen auf mittelfristige Sicht an den selektiven Filtern organisierter Interessen scheitern wegen mangelnden Risikokapitals, unflexibler staatlicher Förderstrukturen, fehlenden politischen Durchsetzungsvermögens (Lobbyarbeit, NGOs) oder zu geringer medialer Aufmerksamkeit (öffentliches Interesse), wandern ihre originellen Ideen, **experimentellen** Erfahrungen und abweichenden Organisationsformen – über die Personen und die Produkte – trotzdem in die langfristige Ausrichtung der Innovationsdynamik mit ein. Bastler*innen wurden zu Start-up-Unternehmer*innen. Whistleblower*innen trugen zur Innovation des passiven Datenschutzes und zur proaktiven Regulierung von KI-Anwendungen auf der EU-Ebene bei. Hackergruppen organisierten sich zum Chaos Computer Club; dessen Repräsentant*innen betreiben heute z. T. professionelle Beratungen für die Cybersicherheit von Banken und Institutionen sowie Infrastrukturen der Bundesrepublik; sie beeinflussen in Leitartikeln, Talkshows und **sozialen** Medien die öffentliche Meinung und mobilisieren zur Regulierung und **Partizipation** an der digitalen **Transformation**.

Mit Blick auf die *sozial-ökologische Transformation* zeichnet sich eine noch stärkere Vervielfältigung der Konfliktarenen ab: Der Streit darum, was als **nachhaltig** gelten kann und mit welcher Priorität und mit welchen Kompensationen sie für die unterschiedlichen Akteursgruppen durchgesetzt werden kann, eröffnet auf allen Ebenen Wert- und Legitimationskonflikte. Heizen der Haushalte mit Solar-, Erd- oder Fernwärme auf der kommunalen Ebene? Nichtfossile Energie für Verkehr und Industrie mit Flüssiggas, Biokraftstoffen oder Atomstrom? Welche Anteile von Fahrrad-, Auto- und Schienenverkehr für den städtischen Verkehrsraum und die Stadt-Land-Anbindung? Vegetarischer Lebensstil, Urban Gardening, ökologische Landwirtschaft oder künstliche Fleischproduktion für die **nachhaltige** Ernährung? Die globalen Konfliktlinien der **Transformationen**, die sich trotz der **Komplexität** und Unsicherheit der Innovationsdynamik abzuzeichnen scheinen, geben einen Ausblick auf die konfligierenden Wertreferenzen und Entwicklungshorizonte für die zukünftige Gesellschaft frei:

- mehr traditionelles Wachstum (*Catchup Growth*), nachholende Industrialisierung, Angleichung des Lebensstils
- weniger Wachstum (*Degrowth*), Kreislaufwirtschaft, Selbstversorgung, weniger Industrie, weniger Konsumgüter, mehr Reparatur, mehr Sorge für Natur und Mensch
- anderes Wachstum (*Green Growth*), emissionsfreie Industrien und Energieerzeugung, **nachhaltiger** Konsum
- radikal offenes Wachstum (*Hightech Growth*), Klimabeeinflussung, digitale Automatisierung aller Produktionen, künstliche Ernährung, virtueller Medienkonsum, Eroberung des Weltraums

Nach dieser spekulativen Öffnung der Horizonte für widerstreitende Richtungen sei noch einmal daran erinnert: Auch wenn der Wechsel von Innovationsregimen und gesellschaftlichen **Transformationen** mehrere Generationen dauern kann und die **soziale** Innovationsdynamik durch die Ausweitung der beteiligten Akteursgruppen und der selektiven Wertreferenzen an **Komplexität** gewinnt und **Planbarkeit** verliert, braucht es:

- das fantasievolle Kreieren und kritische Reflektieren allerorts
- das Projektieren alternativer Praktiken und Produkte
- das Koproduzieren und **Ausprobieren** neuer soziotechnischer Konstellationen
- das **engagierte Kommunizieren** als Innovationskandidat über den Fall hinaus
- das strategische **Partizipieren** weiterer Akteursgruppen und Schmieden von Allianzen im Feld
- das Knüpfen heterogener Innovationsnetzwerke über den engeren **Kontext** hinaus

Dies bleiben die unerschöpflichen Triebkräfte der Innovation, der **selbstermächtigenden** Emanzipation von früheren Praktiken und Konstellationen und letztlich einer **Transformation** zur **Nachhaltigkeit**.

Literaturverzeichnis

- Blätzel-Mink, B., Schulz-Schaeffer, I., & Windler, A. (Hrsg.). (2021). *Handbuch Innovationsforschung*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17668-6>
- Christmann, G., Ibert, O., Jessen, J., & Walther, U.-J. (2016). Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung? In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 273–300). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8>
- Dierks, N. (2015). *Endlose Erneuerung: Moderne Kultur und Ästhetik mit Wittgenstein und Adorno*. Wilhelm Fink
- Howaldt, J., & Jacobsen, H. (Hrsg.). (2010). *Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4>
- Hutter, M. (2016). Zur Rolle des Neuen in der Erlebnisgesellschaft. In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 157–173). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8>
- Jungmann, R., & Eyok, F. (2023). Kritik als Triebkraft organisationaler Innovation: Eine Fallstudie aus dem Transformationsfeld der Integrationsmaßnahmen für Migrant:innen. In I. Schulz-Schaeffer, D. Seibt, & A. Windeler (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Befunde und Ausblicke* (S. 260–293). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39743-2>
- Jungmann, R., & Windeler, A. (2021). Reflexive Innovation und reflexive Modernisierung. In B. Blätzel-Mink, I. Schulz-Schaeffer, & A. Windeler (Hrsg.), *Handbuch Innovationsforschung* (S. 317–334). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17668-6>
- Langer, A., Eurich, J., & Güntner, S. (2018). *Innovation Sozialer Dienstleistungen*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-05122-8>
- Ogburn, W. F. (1969). *Kultur und sozialer Wandel*. Luchterhand.
- Passoth, J.-H., & Rammert, W. (2016). Fragmentale Differenzierung und die Praxis der Innovation: Wie immer mehr Innovationsfelder entstehen. In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 39–67). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8>
- Rammert, W. (1990). Telefon und Kommunikationskultur: Akzeptanz und Diffusion einer Technik im Vier-Länder-Vergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 42(1), 20–40.
- Rammert, W. (2010). Die Innovationen der Gesellschaft. In J. Howaldt & H. Jacobsen (Hrsg.), *Soziale Innovation* (S. 21–51). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4_2
- Rammert, W. (2021a). How small deviations can trigger greater transformations: Comparing innovation biographies in the construction industry. In J. Thiel, V. Dimitrova, & J. Runge (Hrsg.), *Constructing Innovation: How large-scale projects drive novelty in the construction industry* (S. 79–85). Jovis.
- Rammert, W. (2021b). Systeme der Informatik und gesellschaftliche Konstellationen verteilter Gestaltungsmacht. In J. Pohle & K. Lenk (Hrsg.), *Der Weg in die „Digitalisierung“ der Gesellschaft: Was können wir aus der Geschichte der Informatik lernen?* (S. 129–157). Metropolis.
- Rammert, W., Windeler, A., Knoblauch, H., & Hutter, M. (2016). Die Ausweitung der Innovationszone. In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 3–13). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8>
- Schomberg, R. von (2012). Prospects for technology assessment in a framework of responsible research and innovation. In M. Dusseldorp & R. Beecroft (Hrsg.), *Technikfolgen abschätzen lehren* (S. 39–61). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93468-6>
- Schubert, C. (2016). Soziale Innovationen: Kontrollverluste und Steuerungsversprechen sozialen Wandels. In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 403–426). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8>
- Schubert, C. (2021). Technik, Politik und Gesellschaft: William F. Ogburn, Lewis Mumford, Langdon Winner und Thomas P. Hughes. In D. Lengsdorf & M. Wieser (Hrsg.), *Schlüsselwerke der Science & Technology Studies* (S. 85–95). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19455-4>
- Schulz-Schaeffer, I., Seibt, D., & Windeler, A. (Hrsg.). (2023). *Innovationsgesellschaft heute: Befunde und Ausblicke*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39743-2>
- Sept, A. (2018). Von Slowfood zu Cittaslow: Zur Übertragung einer innovativen Idee aus der Ernährung in die Stadtentwicklung. In J. Hergesell, A. Maibaum, C. Minnetian, & A. Sept (Hrsg.), *Innovationsphänomene: Modi und Effekte der Innovationsgesellschaft* (S. 61–79). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22734-0>
- Sept, A. (2023). Wie soziale Innovationen die ländliche Raumentwicklung durchdringen. In I. Schulz-Schaeffer, D. Seibt, & A. Windeler (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Befunde und Ausblicke* (S. 63–91). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39743-2>
- Winner, L. (1980). Do Artifacts Have Politics? *Daedalus*, 109, 121–136.

Intermediarität

Intermediäre Instanzen als Brückenköpfe zur Aufrechterhaltung des Spannungsbogens zwischen System und Lebenswelt

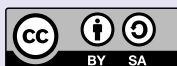
Intermediarität bezeichnet die hochkomplexe Aufgabe der Interessenvermittlung zwischen der Lebenswelt der Bürger*innen und dem System, also den Bereichen von Ökonomie und politisch-administrativem Komplex. Während zu den intermediären Akteuren üblicherweise Parteien, Interessenverbände, soziale Bewegungen und Medien gezählt werden, entfaltet dieser Beitrag Intermediarität als eine spezifische professionelle Funktion in der Stadtentwicklung. Dabei werden die Bedeutung normativer Orientierungspunkte für intermediäre Instanzen betrachtet und wesentliche Rahmen- und Kontextbedingungen für intermediäres Agieren in urbanen Transformationsprozessen benannt.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Engagement](#), [Partizipation](#), [Selbstorganisation](#), [System](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Fehren, O. (2024). Intermediarität: Intermediäre Instanzen als Brückenköpfe zur Aufrechterhaltung des Spannungsbogens zwischen System und Lebenswelt. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 99-106). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_13



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Im Anschluss an die These der zunehmenden Entkoppelung von **System** und Lebenswelt (Habermas, 1985) ist auch für das Feld der Stadtentwicklung mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass Mitgestaltung und Einmischung von unten die Ebenen der Entscheidungsträger*innen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft nicht erreicht, dass Anstöße aus der lokalen bürgerschaftlichen **Selbstorganisation** und dem zivilgesellschaftlichen **Engagement** entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder folgenlos vom **System** geschluckt werden.

Den **Kontext** der folgenden Überlegungen bilden Prozesse der integrierten Stadt(teil)entwicklung, die in vielen europäischen Ländern seit den 1990ern als Reaktion auf die Verschärfung **sozialräumlicher** Ungleichheiten implementiert wurden. Die Ziele der integrierten Stadtentwicklung liegen wesentlich in der Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in marginalisierten Stadtteilen.¹

Die **Partizipation** an Prozessen der Stadtentwicklung ist ein Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen. Gesellschaftlich marginalisierte Gruppen, von Gramsci (1999) als „Subalterne“ bezeichnet, verfügen i. d. R. über weniger Zugänge, Ressourcen und Kompetenzen, um ihre Interessen im Konfliktfeld Stadt **wirkmächtig** einzubringen. Spivack (2008, S. 127) weist in dem Zusammenhang auf die strukturelle Sprachlosigkeit von Subalternen und die hegemoniale Gehörlosigkeit der bürgerlichen Mitte hin.

Als Konsequenz bedarf es in Prozessen der Stadtentwicklung einer professionellen Unterstützung gerade von marginalisierten Akteuren für das Zur-Sprache-Bringen und einer Resonanzverstärkung für die **wirkmächtige** Überführung von zivilgesellschaftlichem Wissen, von lokal neu erprobten Praktiken in die Regelstrukturen, in die Welt der Institutionen. Genau hier liegt eine wesentliche Aufgabe intermediärer Instanzen: Im Sinne eines Transmissionsriemens initiieren und sichern intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung das Zusammenspiel der häufig informell gebildeten öffentlichen Meinungen in Quartieren, Nachbarschaften, lokalen Communities mit stark institutionalisierten Entscheidungsprozessen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Diese intermediäre Funktion, die Lebenswelt der Bürger*innen und das politisch-administrative **System** immer wieder aneinander anzuschließen, lässt sich nur z. T. mit der zur Harmonisierung neigenden Metapher des *Brückenbauens* beschreiben. Durchaus konfliktvoll sichern Intermediäre auch als *Brückenköpfe* **Innovationen** und durch Umgestaltung und Abweichung neu gewonnenes Terrain ab.

Intermediarität in der Stadtentwicklung

Als Klassiker der Literatur zur Intermediarität gilt „De l'esprit des lois“ (dt.: „Vom Geist der Gesetze“) aus dem Jahr 1748 des französischen Staatsphilosophen Montesquieu. Er empfiehlt dort, die horizontale Gewaltenteilung von Judikative, Exekutive und Legislative durch eine vertikale Gewaltenteilung zu ergänzen, und fordert in diesem Sinne agierende intermediäre Instanzen, welche die politische Sphäre und das Bürgertum verbinden (Montesquieu, 1986). Solche Strukturen bezeichnet Montesquieu als *corps intermédiaires* und versteht darunter Netzwerke von Institutionen

1 Der Beitrag fußt teils auf bereits publizierten Artikeln (Fehren, 2013 & 2015).

und Organisationen, die wie *amphibische Körperschaften* in der Lage sind, sowohl gesellschaftliche als auch politische Strukturen zu integrieren (Taylor, 1993, S. 142).

Anfang der 1990er begannen parallel Selle (1991) für den Bereich der Stadtentwicklung und Hinte (1991 & 1994) für die stadtteilorientierte **Soziale** Arbeit, die Funktion professioneller intermediärer Vermittlungsinstanzen bei der Entwicklung städtischer Quartiere im deutschsprachigen Raum auszuarbeiten. Eine Referenz war dabei Huber, der bereits Ende der 1970er nach **Transformationsperspektiven** für die sich zunehmend verschleißende Alternativbewegung suchte. Er beschreibt intermediäre Akteure als „Drehpunktpersonen“, ...

die sowohl mit dem Establishment als auch mit einer Subkultur in Interaktion stehen. Wichtig dabei ist, daß es sich nicht um reine Sozialisationsagenten des Establishments handelt, sondern, daß sie die Instabilität zwischen Establishment und Subkultur in ihrer Person austragen. ... Sie finden Gehör und Anerkennung in beiden Milieus, und sie erscheinen beiden als die relevanten Ansprechpartner und Vermittler, wenn es darum geht, mit den anderen in Kontakt zu treten. (Huber, 1980, S. 97)

Als konzeptionelle Programmatik wird Intermediarität in der Stadtentwicklung seitdem (sporadisch) immer wieder aufgegriffen und entfaltet: z. B. im Hinblick auf die Förderung der **Innovationsbereitschaft** in der Stadtentwicklung (Gruber, 2007), auf zivilgesellschaftliche Perspektiven der Gemeinwesenarbeit (Fehren, 2008), auf die changierenden Rollen intermediärer Akteure als „Mittler, Macher, Protestierer“ (Beck & Schnur, 2016).

Operativ niedergeschlagen hat sich Intermediarität in der Stadtentwicklung v. a. in Form eines Organisations- und Steuerungsmodells für Quartiersmanagement – dem *Essener Modell Quartiermanagement* (siehe Abb.). Dieses gemeinsam vom Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) und dem Deutschen Institut für Urbanistik (DifU) entwickelte Modell differenziert drei operative Funktionsebenen aus, von denen eine die intermediäre Ebene darstellt (Franke & Grimm, 2002; Grimm et al., 2004). Mit der Ergänzung einer eigenständigen intermediären Ebene bekommt die Unterstützung des Zusammenspiels der institutionalisierten Beratungen mit informell gebildeten öffentlichen Meinungen eine markierte professionelle Zuständigkeit.

Die hier in Form der mittleren Ellipse dargestellte intermediäre Funktionsebene betont die Bedeutung vertikaler Vernetzungsstrukturen in der Stadtentwicklung. Auf der Quartiersebene wird eher horizontal vernetzt (indem dort die Stadtteilarbeit Bürger*innen aktiviert, ermutigt, organisiert); auch auf der Verwaltungsebene kann die ämterübergreifende Vernetzung und Steuerung als hauptsächlich horizontal begriffen werden. Die „Stadtteilmoderator*innen“ (Franke & Grimm, 2002, S. 9) übernehmen als Intermediäre hingegen eine überwiegend vertikale Vernetzungsfunktion zwischen Quartier und Gesamtstadt sowie zwischen Lebenswelt und **System**. Während die Mitarbeiter*innen auf den Ebenen des Quartiers und der Verwaltung den jeweiligen Rationalitäten und Logiken dieser Ebenen verhaftet bleiben können, wird von den Intermediären erwartet, dass sie wie amphibische Wesen sowohl in der Sphäre der Lebenswelten im Quartier als auch in der Sphäre institutionell geprägter Welten arbeits- und **kommunikationsfähig** sind.

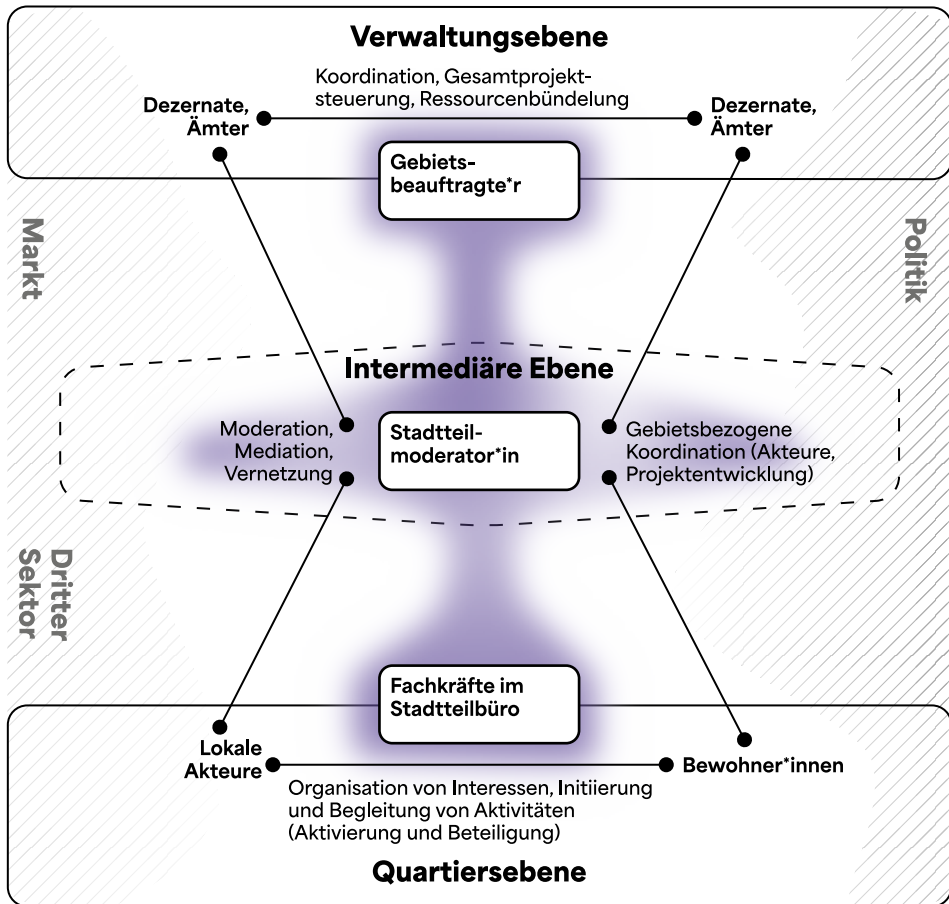


Abbildung: Quartiersmanagement – Aufgabenbereiche und Organisation
(Abbildung von T. Franke & G. Grimm, 2002, bearbeitet von Bast)

Aufgaben und Funktionen der Intermediären

Die wesentliche Funktion professioneller intermediärer Instanzen in der Stadtentwicklung besteht im Aufbau weit verzweigter, stabiler und häufig eher wenig formalisierter Kooperations- und Kommunikationsnetzwerke. Benötigt werden ...

*neben einem bunten, vernetzten und vernetzenden Patchwork bewohner[*innen] getragener Interessengruppen im Backstagebereich der vorhandenen institutionellen, partizipativen und politischen Gremien eine gut funktionierende, im wesentlichen informelle Verhandlungsinfrastruktur zwischen Personen, Organisationen und Institutionen, die im Konfliktfall auf dem kurzen Dienstweg und auf Zuruf mobilisiert werden kann ... (Preis, 2014, S. 100)*

Die Aufgaben der Handlungskoordination und des Schnittstellenmanagements zwischen Zivilgesellschaft und Staat durch professionelle intermediäre Instanzen lassen sich differenzieren in die Bereiche des *Dialogmanagements* und der *Resonanzverstärkung* (Fehren, 2008, S. 190–198).

Als *Dialogmanager*innen* stellen Intermediäre fortwährend (lokale) Öffentlichkeiten zur Artikulation von Interessen und zur Positionsbestimmung her, etwa in Form öffentlicher Foren, Hearings, Bewohner*innenversammlungen, Informationsveranstaltungen etc. Intermediarität erschöpft sich aber keineswegs in einem einseitigen Vermittlungsmechanismus, mit dem die über solche Willensbildungsprozesse herausgearbeiteten Interessen der Zivilgesellschaft an den politisch-administrativen Komplex weitergereicht werden. Vielmehr nutzen auch politisch-administrative Organe das intermediäre System, um ihre Interessen in die Lebenswelten zu tragen (Rucht, 2007, S. 31). Intermediäre unterstützen dabei, die mit Stadtentwicklungsprozessen verbundenen Planungen und Ressourcen möglichst passgenau im Stadtteil zu implementieren. Sie sind Informationsinstanz und Frühwarnsystem sowohl für den politisch-administrativen Komplex als auch für die Lebenswelt. In der Vermittlungsrolle zwischen den Welten sind die Intermediären dabei bemüht, wechselseitiges Verständnis und wechselseitige Transparenz zu schaffen. Insbesondere müssen intermediäre Instanzen in der Lage sein, Dialog und Kooperation zwischen Personen, Institutionen und Akteurebenen zu initiieren, die es nicht gewohnt sind, in einen gemeinsamen Dialog zu treten, die sich aufgrund von Differenzen hinsichtlich ihrer Handlungsrationaltäten, Kommunikationsmodi, Sachzwänge und Sinnzusammenhänge nicht mehr verständigen können, sich nicht wahrnehmen oder gar eine tiefe Aversion gegeneinander hegen. Intermediäre tragen hier zur verbesserten Koppelung bei, indem sie Übersetzungsleistungen zwischen Lebenswelt und System liefern.

Als *Resonanzverstärker* liegt die Aufgabe der Intermediären wesentlich in der Aktivierung von Institutionen. Hier positionieren sich Intermediäre deutlicher. Indem die Intermediären die eingefahrenen Strukturen der lokalen Dienstleistungsproduktion hinterfragen, kommt ihnen die Funktion eines modernisierungspolitischen *Hüterhunds* zu. Wo sich institutionelle Dysfunktionen, Lücken und Schwierigkeiten in der lokalen Infrastruktur offenbaren, treiben die Intermediären zu Modernisierungsprozessen an. Ihre Aufgabe hier liegt in der kooperativ-konflikthaft verbesserten Anpassung des zuständigen institutionellen Gefüges an die realen Anforderungen und Interessen der Menschen. Dabei agieren intermediäre Instanzen als ressortunspezifische *Troubleshooter*. Sie greifen insbesondere Querschnittsthemen, wie z. B. Beschäftigung, Bildung, Integration oder Quartiersentwicklung, auf. Gerade diese Handlungsfelder werden von Systemakteuren oftmals unzureichend bearbeitet, da sie quer zu versäulten Ressortlogiken der Bürokratie liegen und über die jeweiligen Zuständigkeitsgrenzen hinausreichen.

Normative Leitplanken für Intermediarität

Wenn Stadtentwicklung als politisches Feld und als Arena begriffen wird, in denen unterschiedliche und auch widersprüchliche Interessen verhandelt werden (Peer et al., 2024), dann kann es darin keine neutrale Position geben. Die Aushandlungs- und Verständigungsprozesse in einem von Machtasymmetrien geprägten Feld können von Intermediären nicht neutral gemanagt werden, sie erfordern Positionierung und eine aktivere Haltung als die der neutralen Moderation. Denn marginalisierte Milieus und Akteursgruppen können sich in dieser Arena, in der ausgehandelt wird, was in der Stadtentwicklung Priorität haben soll und was nicht, in der Tendenz nur deutlich weniger wirkmächtig Gehör verschaffen, wenn sie überhaupt Zugang dazu

haben. Und zukünftige Generationen können sich bei dem für sie sehr relevanten Ringen um Ausrichtung und Geschwindigkeit **nachhaltigkeitsorientierter urbaner Transformation** gar nicht beteiligen. Normativität hat daher eine wichtige Bedeutung für die intermediären Instanzen. Prozesse der **Transformation** benötigen i. d. R. als Anstoß und Antrieb fordernde Unruhe, Widerspruch, den kompromisslosen Einsatz für eine Sache und die Bereitschaft, anzuecken und lästig zu sein.

Das Konzept der Intermediarität bleibt hier der Skepsis ausgesetzt, zu situationselastisch und zu neutral ausgerichtet zu sein (Stövesand, 2019). Intermediarität darf Strategien der Einmischung und des parteilichen Eintretens für Verbesserungen für marginalisierte Milieus nicht aufgeben. Allerdings wird mit Intermediarität der Fokus gelegt auf Funktionen changierend zwischen Kooperation und Konflikt. Dazu gehört die Frage, wie schnell man Konflikte als antagonistisch einstuft, ebenso wie die Überzeugung, dass Kompromisse nicht notwendig faul oder lau sind. Halten die beteiligten Akteure eines Konflikts eine gemeinsame friedliche Lösung für möglich und wollen sie einen Prozess, der das anstrebt (Zanetti, 2022)? Um eine Vereinnahmung der Intermediären von administrativen Logiken und Sachzwängen zu verhindern und die Position genau zwischen **Systemassimilation** und Konfliktorientierung nicht zu verlieren, rät Selle bereits 1991 zu einer Haltung der „konfliktuellen Kooperation“ (Selle, 1991, S. 195). Auch Hinte (1991) plädiert für eine Haltung des kritischen Vertrauens und aggressiver Konzilianz und ausdrücklich nicht dafür, die Verständigungsprozesse quasi neutral zu managen, sondern parteilich **engagiert**.

Rahmenbedingungen für intermediäres Handeln

Die Potenziale der Intermediarität können für die Stadtentwicklung dann realisiert werden, wenn es den intermediären Instanzen gelingt, sich mit klaren Positionen, fundierter **sozialpolitischer** Analyse und einem gut kalibrierten fachlichen Kompass immer wieder genau in das Spannungsverhältnis von **Systeminteressen** und Lebensweltinteressen zu begeben. Die Grundvoraussetzung dafür bildet ein entsprechender politischer Auftrag der intermediären Initiierung und Unterstützung von Prozessen der Variation und **Transformation** und eine möglichst langfristig gesicherte Finanzierung. Um ihre vermittelnde Funktion zwischen der Lebenswelt und dem **System** wahrnehmen zu können, sollten die Intermediären zudem ausreichend zumindest relative Autonomie gegenüber diesen Sphären besitzen. Intermediarität lebt von einer starken Verbindung mit und gleichzeitiger Unabhängigkeit von den verschiedenen Akteursebenen. Für die Etablierung von Intermediarität sind Trägerkonzeptionen notwendig, die größtmögliche Unabhängigkeit der intermediär Tätigen mit gesellschaftlicher Legitimation und damit auch mit einer einflussreichen Position kombinieren (Fehren, 2008, S. 210–212).

Literaturverzeichnis

- Beck, S., & Schnur, O. (2016). *Mittler, Macher, Protestierer: Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung*. Jovis. <https://doi.org/10.1515/9783868598056>
- Fehren, O. (2008). *Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845267302>
- Fehren, O. (2013). Soziale Arbeit und Stadtentwicklung aus einer intermediären Perspektive. In M. Drilling & P. Oehler (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Stadtentwicklung* (S. 57–69). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01946-4_3
- Fehren, O. (2015). Amphibische Wesen: Die intermediäre Anreicherung des Quartiermanagements. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, 5, 251–254.
- Franke, T., & Grimm, G. (2002). Quartiermanagement: Systematisierung und Begriffsbestimmung. In Netzwerknoten Quartiermanagement (Hrsg.), *Quartiermanagement - Ein strategischer Stadtteilentwicklungsansatz - Organisationsmodell und Praxisbeispiele* (S. 5–12) [Broschüre]. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Quartiermanagement_Stadtteilentwicklung.pdf
- Gramsci, A. (1999). An den Rändern der Geschichte (Geschichte der subalternen gesellschaftlichen Gruppen). In K. Bochmann & W. F. Haug (Hrsg.), *Gefängnishefte: Kritische Gesamtausgabe* (Bd. 9, H. 25). Argument.
- Grimm, G., Hinte, W., & Litges, G. (2004). *Quartiermanagement*. Nomos.
- Gruber, S. (2007). *Intermediäre Organisationen in der Stadtentwicklung: Möglichkeitsräume für kollektives Lernen und Demokratieentwicklung*. AG Spak.
- Habermas, J. (1985). *Die neue Unübersichtlichkeit*. Suhrkamp.
- Hinte, W. (1991). Sollen Sozialarbeiter hexen? Die veränderte Funktion von Stadtteilarbeitern als intermediäre Instanz zwischen Bürokratie und Bewohneralltag. *Sozial Extra*, 9, 17–18.
- Hinte, W. (1994). Intermediäre Instanzen in der GWA – Die mit den Wölfen tanzen. In M. Bitzan & T. Klöck, (Hrsg.), *Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5* (S. 77–89). AG Spak.
- Huber, J. (1980). *Wer soll das alles ändern: Die Alternativen der Alternativbewegung*. Rotbuch.
- Montesquieu, C. (1986). *Vom Geist der Gesetze*. Reclam.
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1–8). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Preis, M. (2014). „Südosteuropäische Zuwanderer“: über einige Missverständnisse sowie ein paar Vorschläge, was zu tun ist. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, 2, 97–101.
- Rucht, D. (2007). Das intermediäre System politischer Interessenvermittlung. In O. Jarren, D. Lachenmeier, & A. Steiner (Hrsg.), *Entgrenzte Demokratie?* (S. 19–32). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845203119>
- Selle, K. (1991). *Mit den Bewohnern die Stadt erneuern: Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere: Beobachtungen aus sechs Ländern* (Bd. 1.). Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Spivak, G. C. (2008). Can the subaltern speak? In G. C. Spivak (Hrsg.), *Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation* (S. 17–118). Turia + Kant.
- Stövesand, S. (2019). Gemeinwesenarbeit. In *Socialnet Lexikon*. Abgerufen am 10. Dezember 2023 von <https://www.socialnet.de/lexikon/487>
- Taylor, C. (1993). Der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft im politischen Denken des Westens. In M. Brumlik & H. Brunkhorst (Hrsg.), *Gemeinschaft und Gerechtigkeit* (S. 117–147). Fischer.
- Zanetti, V. (2022). *Spielarten des Kompromisses*. Suhrkamp.

Kapital

Welches Verständnis des Kapitalisierens ist für eine sozial-ökologische Transformation sinnvoll und notwendig?

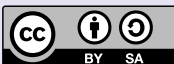
Die politisch-planerische Governance der vielfältigen anstehenden Transformationen wird auch auf lokaler Ebene nach wie vor überwiegend von den klassischen ökonomischen Vorstellungen von Wachstum und globaler Konkurrenz geprägt. Diese Form der wirtschaftlichen und politischen Regulation führt zu ausgedehnten Formen der Kommodifizierung und Finanzialisierung und steht i. d. R. im Widerspruch zur nachhaltigen Entwicklung. Im Kontext unterschiedlicher Debatten über die Dringlichkeit einer sozial-ökologischen Transformation werden zunehmend auch Post-Wachstums-Strategien entwickelt. Hier wird die Suffizienz betont und es werden mit dem sozialen und kulturellen Kapital andere Formen und mittels sozialer Innovationen andere Prozesse der Transformation eingefordert und eingesetzt.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Gemeinwohl](#), [Governance](#), [Innovation](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Dangschat, J. S. (2024). Kapital: Welches Verständnis des Kapitalisierens ist für eine sozial-ökologische Transformation sinnvoll und notwendig? In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 107-116). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_14



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Umgangssprachlich wird in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft Kapital als Geld- und Sachvermögen verstanden. Geld ist ein Tauschmittel, um Waren oder Dienstleistungen für den täglichen Bedarf zu erhalten, aber auch, um Luxusgüter zu erwerben, die der Identifikation und der Darstellung des **sozialen** Status nach außen dienen (Autos, Wohnungen, Wohnadressen, Lebensstil).

In der aktuellen Situation multipler **Transformations**herausforderungen ist jedoch ein eher vielfältiges gesellschaftliches Kapital notwendig: ökonomisches, um **soziale** Ungleichheiten abzufedern, aber auch um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken; **Bildungs**- und Humankapital, um den wachsenden Herausforderungen der Arbeitsmärkte zu begegnen; und nicht zuletzt **soziales** und **kulturelles** Kapital, um den Wertewandel so zu gestalten, dass eine gesellschaftliche Spaltung vermieden wird, und um **soziale Innovationen** in gesellschaftlichen Nischen entwickeln und umsetzen zu können.

Dieser Beitrag wird darstellen, wie sich das ökonomische Verständnis von Kapital gerade in jüngster Zeit im **Kontext** der Globalisierung und Digitalisierung entwickelt hat. Dieser Sichtweise wird dann das **sozialwissenschaftliche** Verständnis von **sozialem** und **kulturellem** Kapital gegenübergestellt. Beide bilden demnach Gegenkräfte zum ökonomischen Kapital und eröffnen zugleich ein Potenzial **sozialer Innovationen**, um die anstehenden **Transformationen** im Zuge einer auf den konkreten Ort bezogenen **sozial-ökologischen Transformation nachhaltiger** zu gestalten.

Das ökonomische Verständnis von Kapital

Ökonomisches Kapital ist eine, wenn nicht *die* zentrale Kategorie für die Organisation und das Selbstverständnis einer sich traditionell als kapitalistisch verstehenden Gesellschaft. Die Gesellschaftsformen und Regulierungsregimes unterscheiden sich innerhalb der kapitalistischen Staaten jedoch erheblich (Schröder, 2014). Sie reichen von neo- und wirtschaftsliberalen Regulationsformen (idealtypisch: USA und Großbritannien) zu tayloristisch organisierten Ländern (v. a. Skandinavien, aber auch Österreich und Deutschland – zumindest in den 1970/80ern). Je weniger die Staaten tayloristisch reguliert sind, desto stärker zeigen sich sozioökonomische Ungleichheiten, was in Klassenmodellen (Großbritannien) oder als „Zweidrittel-Gesellschaft“ (ein dem ehemaligen SPD-Parteisekretär Glotz zugeschriebener Ausdruck) resp. Spaltung oder Polarisierung der Gesellschaft (Dangschat & Dittrich, 1999; Zick, 2016) gedeutet wird.

Durch die Auflösung des Bretton-Wood-Abkommens 1973 wurden freie Wechselkurse zwischen den nationalen Währungen möglich und das Geld wurde einem weitgehend unregulierten Markt übergeben. Die *Befreiung* des Geldes war die Voraussetzung für einen globalen Finanzsektor, der aufgrund hoher Renditen zunehmend Waren- und Dienstleistungsmärkte infiltrierte.

Damit folgt der Kapitalismus den Prognosen, die Luxemburg (1913) zur *Landnahme des Kapitalismus* aufgestellt hatte. In ihrer Analyse des Übergangs vorkapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen in den kapitalistischen Wirtschaftskreislauf (erste **Transformation**) geht sie davon aus, dass der Kapitalismus dem Risiko einer

Überakkumulation nur entgehen kann, indem er sich sowohl territorial in nicht-kapitalistisch verfasste Gesellschaften und Regionen als auch *in die Köpfe* ausbreitet (Hegemonie). Ersteres zeigt sich in der **Transformation** der ehemals **planwirtschaftlich** und/oder sozialistisch geprägten Länder seit dem Ende der 1980er, im sozialistischen Marktmodell Chinas sowie dem *Land Grabbing* und (Neo-)Extraktivismus in Südamerika und Afrika.

Die Ausdehnung *in die Köpfe* spiegelt sich v. a. in den aktuellen Geschäftsmodellen der Kommodifizierung, Finanzialisierung und des Community-Kapitalismus wider. Der Begriff Kommodifizierung (das Zur-Ware-Werden des vorher Privaten und nach Gebrauchswert Genutzten) geht auf Polanyi (1978) zurück, der ihn für die „Entbettung“ des Marktes in Großbritannien in den 1940ern prägte. Im Rahmen der *Great Transformation* würden Boden und Arbeit zunehmend zur Ware, was zum einen die sozioökonomischen Ungleichheiten verstärkte und zum anderen die Wertvorstellungen einer Gesellschaft polarisierte (Scheper-Hughes & Wacquant, 2002). Im Zuge der kritischen Debatte wird auf die Kommodifizierung der regionalen und lokalen Wohnungsmärkte, der öffentlichen Räume (z. B. über BID – Business Improvement Districts), öffentlicher Infrastrukturen, von Medien, Informationen und des Wissens (Helbling, 2011) verwiesen.

Der Begriff des Humankapitals geht auf Adam Smith zurück: Er versteht darunter die Summe der Fähigkeiten und Kenntnisse von Menschen innerhalb einer Einheit (Gemeinde oder Betrieb) als grundsätzliches Potenzial. Der grundlegende Gedanke der neoklassischen Humankapitaltheorie von Schultz (1971) besteht hingegen darin, dass durch Investitionen in Aus- und Weiterbildung sowie Gesundheitsfürsorge die Arbeitsproduktivität gesteigert werden könne. Becker (1964) sieht im Humankapital daher einen Produktionsfaktor, bei dem höhere Investitionen zu höheren Renditen führen. Humankapital ist jedoch nicht transferierbar wie Land, Maschinen und Werkzeuge, sondern allenfalls substituierbar (siehe unten dazu die Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zum Begriff **soziales** Kapital bei Bourdieu).

Finanzialisierung bedeutet eine gesteigerte Akkumulation des Finanzkapitals aufgrund der Durchdringung der Warenmärkte durch den globalen Finanzsektor. Weil das globale Investitionskapital in die Warenmärkte und Regionen mit den höchsten Renditerwartungen fließt, werden die sehr unterschiedlichen Renditerwartungen der einzelnen Warenmärkte *durchlöchert*, was die internationale Arbeitsteilung verschiebt und regional strukturelle Arbeitslosigkeit auslöst. Finanzialisierung bedeutet auch, dass der Anteil der Finanzprodukte innerhalb eines Wirtschaftssystems schrittweise zunimmt, was wiederum dazu führt, dass sich die Unternehmensstrategien immer stärker an einer kurzfristigen Steigerung der ökonomischen Renditen orientieren.

Die Dominanz des globalen Finanzkapitals wird daher zunehmend als destabilisierend für Demokratien und forcierend für die sozioökonomische Polarisierung und überzogene soziokulturelle Ausdifferenzierung (Hyperdiversifizierung) einer Gesellschaft angesehen (Beyer, 2018; Lazonick, 2013; Picketty, 2014). Geels (2013) sieht in der krisenhaften Entwicklung des Finanzsektors eine hohe Gefährdung für die notwendige **Transformation** hin zu einer **nachhaltigen** Wirtschafts- und Lebensweise (vgl. auch Hiß, 2014).

Das sozioökonomische Auseinanderdriften der Einkommen und Vermögen wird beispielsweise von Piketty (2014) umfassend kritisiert. Er arbeitet historische Zeitreihen verschiedener Länder auf, beschreibt die zerstörerischen Prozesse, sieht aber die Lösung nicht darin, die grundsätzlichen Positionen des Kapitalismus infrage zu stellen, sondern bemüht sich um einen reformatorischen Ansatz. Letztlich geht es ihm darum, durch politisches Handeln die negativen Auswüchse des Kapitalismus zu verhindern, welche die Demokratie bedrohen.

Eine zunehmende Kommodifizierung und Finanzialisierung des Alltags zeigt sich daher auch im Sektor der lokalen freiwilligen Arbeit, des Ehrenamtes und der reproduktiven Arbeit. Insbesondere der in einer *ageing society* quantitativ wachsende Pflegebereich verschärft die bestehenden Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis und entlang kolonialer Strukturen; van Dyk und Haubner interpretieren die zunehmende Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse und die „Verzivilgesellschaftung“ als *Community-Kapitalismus* (2021). Sie sehen darin v. a. auch eine Kehrtwende der kapitalistischen *Transformation* vom Individualismus zu (notwendigen) gemeinschaftsförmigen Krisenlösungen.

Vor dem Hintergrund eines dynamischen Wertewandels wird zunehmend auch ein soziokulturelles Auseinanderdriften postindustrieller Gesellschaften sichtbar, das sich insbesondere in Krisen und deren Regulation zeigt (Bankenkrise, Zuwanderung und Integration, Pandemie, Kriege, Klimakrise). Das legt nahe, neben dem ökonomischen Kapital innerhalb des beschleunigten Kapitalismus auch auf weitere Kapitalformen zu blicken, die innerhalb der *Sozialwissenschaften* diskutiert werden.

Die globalen Prozesse schlagen sich im Zuge eines *Policy Transfers* (Evans & Davies, 1999) in Abhängigkeit der Eingebundenheit in globale Macht- und Interessensstrukturen (*foreign direct investments*), der lokalen politischen *Kultur*, aber auch der zivilgesellschaftlichen Positionierung in unterschiedlicher Weise vor Ort nieder (*glocalisation*). Für eine erfolgreiche *sozial-ökologische Transformation* vor Ort ist es daher notwendig, der global ökonomisch getriebenen *Transformation* eine lokale Position entgegenzusetzen, die auf einem anderen Verständnis von Kapital und *Innovation* aufbaut.

Das sozialwissenschaftliche Verständnis von Kapital

Bourdieu (1993) kritisierte den wirtschaftswissenschaftlichen Humankapitalbegriff als zu eng, um *soziale* Ungleichverhältnisse in modernen Gesellschaften beschreiben zu können. Die Reduktion auf *Ökonomie* festigt bestehende Machtverhältnisse und übersieht gerade auf lokaler Ebene ein potenzielles Gegengewicht *sozialer Innovationen* durch die Anwendung *sozialen* und *kulturellen* Kapitals in entsprechenden Prozessen.

Das Verständnis von Kapital als eine rein ökonomische Größe wird daher in den *Sozialwissenschaften* auf zusätzliche Ressourcen erweitert, die einzelnen Menschen, *sozialen* Gruppen, Organisationen und Staaten zur Verfügung stehen, um gegen die im vorigen Absatz beschriebenen Interessen die eigenen Interessen durchzusetzen und damit verbundene Ziele zu erreichen.

Bourdieu (1983) Ausdifferenzierung in ökonomisches, **kulturelles**, **soziales** und symbolisches Kapital wurde weltweit als Vorlage zur Deutung der Reproduktion sozioökonomischer Ungleichheiten und soziokultureller Distinktionen von Personen und **sozialen** Gruppen in postindustriellen Gesellschaften angewandt. Bourdieu versteht ...

- unter *ökonomischem Kapital* den materiellen Reichtum (Besitz von Geld, Aktien, Produktionsmitteln, Eigentum)
- unter *kulturellem Kapital* die schulische und außerschulische **Bildung**, den Erwerb von **Kultur**gütern und das Verständnis von Kunst und **Kultur**
- unter *sozialem Kapital* das Kontaktnetzwerk des gegenseitigen Kennens und Anerkennens, auf das (in der Form der darin vorhandenen Mengen und Zusammensetzungen der vier Kapitalsorten der Personen = Humankapital) in den jeweiligen Feldern zurückgegriffen werden kann; d. h. eine Ressource einer Gruppe resp. eines Netzwerkes
- unter *symbolischem Kapital* die gesellschaftliche Anerkennung oder das Renommee, das der Person auf den ersten Blick Vor- oder Nachteile in verschiedenen Feldern verschafft

Die Kapitalsorten können nach der Menge und Zusammensetzung in unterschiedlichen Feldern (**Bildung**, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt etc.) eingesetzt werden. Menge und Zusammensetzung des ökonomischen und **kulturellen** Kapitals bestimmen die Position in der Klassenstruktur, während **soziales** und symbolisches Kapital die Position im Raum der Lebensstile (als Ausdrucksformen der eigenen Wertvorstellungen) beschreiben.

Neben der Verortung innerhalb der Gesellschaft von Gruppen und Personen setzen die Mengen und Relationen der vier Kapitalsorten auch den Rahmen für grundsätzliche Wertvorstellungen, Ziele und Geschmacksformen, was Bourdieu (1997) mit seinem Habitus-Konzept umschreibt. Der Habitus ist das entscheidende Bindeglied zwischen den Möglichkeiten und Einschränkungen (Struktur) einerseits und den Handlungen (Praxis) andererseits. Der Habitus setzt dabei den normativen Rahmen für das individuelle und kollektive Handeln.

Innerhalb der **Transformations**prozesse kommt es zu Wertekonflikten, weil unterschiedliche Habitusformen mit ihren jeweiligen Interessen aufeinandertreffen (aktuell sehr gut ersichtlich im Diskurs über die Bedeutung des Autos im Zuge der Verkehrswende). **Soziale Innovationen** sind daher notwendig, um die bestehenden Interessengegensätze aufzuzeigen und in einen zielgerichteten Prozess zu integrieren, mit welchem die **Transformationen sozial** integrativ und umweltfreundlich gestaltet werden.

Wenn das **soziale** Kapital genutzt werden soll, um **gemeinwohlorientierte** Ziele zu erreichen, stellt sich die Frage, ob die Kontakte eher innerhalb homogener Gruppen gestärkt und nach außen abgeschottet (*Bonding*) oder ob sich die Menschen eher zu anderen Gruppen hin öffnen sollten (*Bridging*). Granovetter (1973) hat die Art der **sozialen** Kontakte mit unterschiedlich nahestehenden Menschen analysiert. Er unterscheidet dabei eng vertraute Personen (Verwandtschaft, gute Nachbarn, Mitglieder der gleichen Klasse oder des gleichen Milieus etc.) als Netzwerk mit *strong ties* von

solchen, die einem eher fern stehen und weniger vertraut sind, als Netzwerk mit *weak ties*. Er argumentiert, dass – entgegen der bequemsten Art, **soziale** Netzwerke eher mit vertrauten Personen zu knüpfen – man v. a. die Kontakte zu eher entfernten Personen stärken sollte, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

Im Zuge des *Diversity Managements* von Unternehmen wird auf eine Bridging-Strategie gesetzt. Im Gegensatz zur *sozialen Mischung* in Wohnquartieren, bei der es darum geht, *soziale Brennpunkte* zu vermeiden und *Problemgebiete* aufzuwerten, begrenzt sich die *kreative Vielfalt* in Unternehmen v. a. auf das Ziel, **innovative** Produkte und Prozesse anzustoßen und Marktvorteile zu erschließen. Dabei beschränkt sich das Suchschema weitgehend auf gut **ausgebildete**, junge Mittelschichten mit sehr unterschiedlichem Reizepass.

Es ist nicht grundsätzlich richtig, *weak ties* zu stärken, um den **sozialen** Zusammenhalt zu sichern, oder das **soziale** Kapital zu nutzen, um **innovativ** zu sein, sondern es sind vielmehr **soziale** Prozesse, die jeweils unterstützt in unterschiedlich günstigen **sozialräumlichen Kontexten** stattfinden (Dangschat, 2020).

Kapitalisieren innerhalb einer sozial-ökologischen Transformation

Durch die zunehmende ökonomische Globalisierung, insbesondere die Freisetzung der Kapitalmärkte, durchdringt das Finanzkapital immer mehr die Nationalstaaten und führt zu Phänomenen der Kommodifizierung, Finanzialisierung und des Community-Kapitalismus. Zudem weiten sich westliche Wertvorstellungen und Lebensstile wie die imperiale Lebensweise (Brand & Wissen, 2017) über globale Medien aus. In diesem Zuge verschärfen sich die nicht**nachhaltigen** Entwicklungen, und die **sozialen** und **sozialräumlichen** Ungleichheiten nehmen sowohl innerhalb von als auch zwischen Nationalstaaten zu.

Die aktuellen *großen Transformationen* (**sozial-ökologische Transformation** als umfassender Umbau von Technik, Ökonomie und Gesellschaft; Schneidewind, 2018) folgen der kapitalistischen Logik des Wachstums und des Wettbewerbs mithilfe des Einsatzes neuer Technologien. In diesem **Kontext** wurde der Ressourcenverbrauch bislang kaum verringert, **soziale** Ungleichheiten nicht abgebaut sowie die Umwelt und das Klima weiter geschädigt. Wesentliche Ziele der **nachhaltigen** Entwicklung werden damit verfehlt und die aufgrund des Klimawandels notwendigen **Transformationen** werden noch weiter hinausgeschoben (Brand, 2018). Für die Paradoxie aus gestiegenem Umwelt- und Klimaschutzbewusstsein einerseits und dem *Weiterbeschleunigen* in der Sackgasse von Politik, **planender** Verwaltung und den Bürger*innen andererseits hat Lessenich (2016) den Begriff der Externalisierungsgesellschaft gewählt, weil *störende* Informationen ausgeblendet und interessengeleitet *Halbwahrheiten* verkündet werden.

Die Interessen hinter dem Einsatz des ökonomischen Kapitals zur Steigerung des **sozialen** Kapitals bestehen v. a. im Potenzial für gesellschaftliche **Innovationen**, die sich wirtschaftlich nutzen lassen. Innerhalb der aktuellen **Transformationen** existiert jedoch ein fundamentaler Widerspruch zu jenen, bei denen das **soziale** und **kulturelle** Kapital im Vordergrund steht.

Es braucht also statt der Finanzialisierung neue Formen, bei denen nicht die Maximierung ausschließlich der ökonomischen Renditen das vordringliche Ziel ist, sondern das Prinzip der Subsidiarität, also eine neue Post-Wachstums-Ökonomie und -Regulation (Schmelzer & Vetter, 2019) sowie eine **Kultur** des Verzichts und Teilens (Brand, 2017). Um die anstehenden **Transformationen** ökologisch und **sozial** verträglicher zu gestalten, geht es v. a. auch um die Optimierung der Renditen aus dem **sozialen** und **kulturellen** Kapital im Sinne der Optimierung gesellschaftlichen Nutzens und für **innovative** Lösungen.

Die Dekarbonisierung der Wirtschaft, des Verkehrs und der Energiegewinnung steht zwar aktuell formal im Vordergrund politstrategischer Überlegungen (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [WBGU], 2011), die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Zuge des globalen Wettbewerbs wird dabei jedoch nicht infrage gestellt. Eine **sozial-ökologische Transformation** ist hingegen ein umfassender sozioökonomischer, politischer und soziokultureller Veränderungsprozess (Wertewandel, veränderte Lebensstile) (Brand, 2014; Brand, 2017). Bereits im Brundtland-Report (United Nations [UN], 1987) wurde darauf verwiesen, dass eine **nachhaltige** Entwicklung nur möglich sei, wenn die westlichen Lebensweisen und die kapitalistischen Wirtschaftsformen grundlegend überdacht werden, was jedoch leichter auf der Ebene von Vorreiter-Städten möglich ist. Daraus ist die Lokale Agenda 21 entstanden – mit für europäische Städte sehr weitreichenden Veränderungen (Sustainable Cities Platform, 1994).

Es besteht in vielen Organisationen, Institutionen und politischen Parteien zwar eine grundsätzliche Bereitschaft, das Handeln danach auszurichten, den Klimawandel zu verlangsamen resp. zu stoppen. Sharp et al. (2020) sehen aber das Problem, dass der gemeinsame Nenner deshalb nicht gefunden wird, weil die Bekämpfung des Klimawandels nur eine sekundäre Priorität besitzt und die primären Interessen oftmals nicht gleichgerichtet sind. Es gibt daher sehr unterschiedliche Wege, bei denen oft nicht das gemeinsame Ziel erkannt und daher auch nicht verfolgt wird (Miörner & Binz, 2021).

Viele Vorschläge konzentrieren sich daher auf die Kraft der **innovativen** gesellschaftlichen Nischen (Geels, 2005), in denen der Gedanke des Teilens von Gütern, Ideen und Lebensformen eine wesentliche Rolle spielt (Botsman & Rogers, 2010) und direkte und indirekte persönliche Kontakte bestehen. Die Sharing-Idee ist für Dobusch (2019) eine höchst anschlussfähige Strategie, die er als *in between* zwischen der Kommodifizierung und den Commons sieht.

Einige Vorschläge, wie die Post-Wachstums-Gesellschaft lokal gelebt werden kann, werden in räumlichen Interventionen gesehen. Dazu brauche es Raumpioniere (Christmann & Mahnken, 2013), die im Zuge des *Vor-Ort-Machens* (Boeing, 2015) mit dem vernetzten **sozialen** Kapital ein spezifisches *Raumkapital* erzeugen (Brandt & Gärtner, 2016). Es entstehen daraus in entwerteten Raumstrukturen oftmals Cluster von *Raumunternehmen*, welche in die Nachbarschaft hinein**wirken** (Flögel et al., 2012; für die Nachnutzung am Nordbahnhof in Wien siehe Dangschat, 2021). Auch das ist ein schmaler Grat, denn das erfolgreiche Handeln der Raumunternehmen oder der Rückbau im öffentlichen Raum kann letztlich auch zu einer ökonomischen

Aufwertung des Quartiers führen (*green gentrification*; Anguelovski et al., 2022; Gould & Levis, 2016).

Andere Autor*innen – insbesondere aus dem Netzwerk Scientists for Future heraus – gehen daher über den Einsatz **sozialen** Kapitals vor Ort hinaus, indem sie zu einer grundsätzlichen *Gegenkommodifizierung* gegen die traditionellen Wachstumsökonomien aufrufen (Niermann et al., 2018; Wittel, 2017). Ein weiteres Netzwerk bildet die *Foundational Economy*, welche eine neue Denkweise in der Wirtschaftspolitik einfordert (Plank, 2019). Es geht dabei v. a. um die **gerechte** Versorgung mit öffentlichen Gütern, wie Wohnen, Lebensmitteln und Trinkwasser, sowie Dienstleistungen, wie **Bildung**, Gesundheitsversorgung und Pflege. Schließlich rufen Wissenschaftler*innen auch zu mehr Aktivismus wie Klimastreiks (Brand, 2020) oder aktiven **Widerstand** gegen aus der Zeit gefallene Verkehrsprojekte durch Besetzungen auf (Laa & Leth, 2022).

Vor Ort entwickeltes **soziales** und **kulturelles** Kapital spielen in den (Gegen-)Kapitalisierungsstrategien der **sozial-ökologischen Transformation** also eine wesentliche Rolle. **Soziale Innovationen** sichern in diesem **Kontext** nicht ökonomischen Erfolg und Marktanteile, sondern sie erleichtern den Alltag für viele Menschen, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und befördern **nachhaltige** Entwicklungen. Inwieweit *Good-Practice*-Beispiele durch Skalierung einer globalen Solidarität dienen (Behr, 2022), ist allerdings eine noch offene Frage.

Literaturverzeichnis

- Angelovski, I., Connolly, J. J. T., Cole, H., Garcia-Lamarca, M., Triguero-Mas, M., Baró, F., Martin, N., Conesa, D., Shokry, G., Pérez del Pulgar, C., Argüelles Ramos, L., Matheny, A., Gallez, E., Oscilowicz, E., López Máñez, J., Sarzo, B., Angel Beltrán, M., & Martínez Minaya, J. (2022). Green gentrification in European and North American cities. *Nature Communications*, *13*(3816). <https://doi.org/10.1038/s41467-022-31572-1>
- Becker, G. S. (1964). *Human capital: a theoretical and empirical analysis, with special reference to education*. National Bureau of Economic Research.
- Behr, A. (2022). *Globale Solidarität: Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen*. Oekom.
- Beyer, J. (2018). Finanzialisierung, Demokratie und Gesellschaft: Zehn Jahre nach dem Beginn der Finanzkrise. *Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, *70*, 3–36. <https://www.doi.org/10.1007/s11577-018-0539-5>
- Boeing, N. (2015). *Auf dem Weg in die Maker-Ökonomie* [Blogbeitrag]. Zukunftsinstitut. www.zukunftsinstitut.de/artikel/auf-dem-weg-in-die-maker-oekonomie
- Botsman, R., & Rogers, R. (2010). *What's Mine is Yours: How Collaborative Consumption is Changing the Way We Live*. Collins.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt* (S. 183–198). Otto Schwartz.
- Bourdieu, P. (1997). Zur Genese der Begriffe Habitus und Feld. In P. Bourdieu (Hrsg.), *Der Tote packt den Lebenden* (S. 59–78). VSA.
- Brand, K.-W. (Hrsg.). (2017). *Die sozial-ökologische Transformation der Welt: Ein Handbuch*. Campus.
- Brand, K.-W. (2018). Disruptive Transformationen: Gesellschaftliche Umbrüche und sozial-ökologische Transformationsdynamiken kapitalistischer Industriegesellschaften – ein zyklisch-struktureller Erklärungsansatz. *Berliner Journal für Soziologie*, *28*, 479–509. <https://doi.org/10.1007/s11609-019-00383-5>
- Brand, U. (2014). Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven. In M. Brie (Hrsg.), *Futuring: Perspektiven der Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus* (S. 242–280). Westfälisches Dampfboot.
- Brand, U. (2020). *Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie: Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise*. VSA.
- Brand, U., & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. Oekom.
- Brandt, M., & Gärtner, S. (2016). Die Perspektiven des Schwerpunktes „Raumkapital“ am Beispiel der „Nachbarschaft Samtweberei“ in Krefeld. In C. Braczko, D. Rehfeld, J. Terstriep (Hrsg.), *IAT Geschäftsbericht 2014/2015* (S. 80–87). Institut Arbeit und Technik.
- Christmann, G. B., & Mahnken, G. (2013). Raumpioniere, stadtteilbezogene Diskurse und Raumentwicklung: Über kommunikative und diskursive Raum(re)konstruktionen. In I. Tuschkat (Hrsg.), *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse* (S. 91–112). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dangschat, J. S. (2020). Ort der Integration und Identifikation? Das Quartier in einer Gesellschaft mit schwindendem Gemeinsinn. *Der Architekt*, *1*, 27–32. <http://derarchitektbda.de/ort-der-integration-und-identifikation/>
- Dangschat, J. S. (2021). Kreative Innovationen aus der Alltags-Ökonomie. In S. Forlati, J. Junker, & M. Mieschendorf (Hrsg.), *Raumteiler Hubs: Innovative Gewerbeflächen für Selbstständige und MacherInnen* (S. 8–13). IBA_Wien 2022.
- Dangschat, J. S., & Dittrich, B. (1999). Regulation, Nach-Fordismus und „global cities“ – Ursachen der Armut. In J. S. Dangschat (Hrsg.), *Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft: Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung* (S. 73–112). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93306-5_3
- Dobusch, L. (2019). Dynamics of the Sharing Economy between Commons and Commodification. *Momentum Quarterly*, *8*(2), 109–115.
- Evans, M., & Davies, J. (1999). Understanding policy transfer: A multi-level, multi-disciplinary perspective. *Public Administration*, *77*(2), 361–385.
- Flögel, F., Gärtner, S., Harm, L., Kölpin, R., & Strenger, N. (2012). *Raumunternehmen und die Aktivierung von Nachbarschaften*. Montag Stiftung Urbane Räume.
- Geels, F. W. (2005). *Technological transitions and system innovations*. Edward Elgar.
- Geels, F. W. (2013). The impact of the financial-economic crisis on sustainable transitions. *Environmental Innovation and Societal Transformation*, *6*, 67–95.

- Gould, K., & Lewis, T. (2016). *Green Gentrification: Urban sustainability and the struggle for environmental justice*. Routledge.
- Granovetter, M. (1973). The Strength of Weak Ties. *American Journal of Sociology*, 78(6), 1360-1380. <https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/225469>
- Helbling, J. (2011). Kommodifizierung. In F. Kreff, E.-M. Knoll, & A. Gingric (Hrsg.), *Lexikon der Globalisierung* (S. 186-190). Transcript. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839418222.186>
- Hiß, S. (2014). Was bleibt von der Nachhaltigkeit nach ihrer Finanzialisierung? In M. Heires, & A. Nölke (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Finanzialisierung* (S. 221-224). Springer VS.
- Laa, B., & Leth, U. (2022). Rein in den Aktivismus, raus aus der Pkw-Abhängigkeit: Verkehr(t) - Verkehrspolitik am Scheideweg. *Kurswechsel*, 4, 27-34.
- Lazonick, W. (2013). From innovation to financialisation: How shareholder-value ideology is destroying the US economy. In M. H. Wolfson & G. Epstein (Hrsg.), *The Handbook of the Political Economy of Financial Crisis* (S. 491-511). Oxford University Press.
- Lessenich, S. (2016). *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Hanser.
- Luxemburg, R. (1913). *Die Akkumulation des Kapitals: Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. Buchhandlung Vorwärts Paul Singer.
- Miörner, J., & Binz, C. (2021). Towards a multi-scalar perspective on transition trajectories. *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 40, 172-188. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2021.06.004>
- Niermann, O., Schnur, O., & Drilling, M. (Hrsg.). (2018). *Ökonomie im Quartier - Von der sozialräumlichen Intervention zur Postwachstumsgesellschaft*. Springer VS.
- Piketty, T. (2014). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. Beck.
- Plank, L. (2019). Foundational Economy: Rückbesinnung auf die Infrastrukturen des Alltagslebens. In Stadt Wien, MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.), *Alltagsökonomie in Wien - ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt: Werkstattbericht 183* (S. 16-19). MA 18.
- Polanyi, K. (1978). *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Suhrkamp.
- Scheper-Hughes, N., & Wacquant, L. J. D. (Hrsg.). (2002). *Commodifying Bodies*. Sage.
- Schmelzer, M., & Vetter, A. (2019). *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*. Junius.
- Schneidewind, U. (2018). *Die Große Transformation: Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*. Fischer.
- Schröder, M. (2014). *Varianten des Kapitalismus: Die Unterschiede liberaler und koordinierter Marktwirtschaften*. Springer VS.
- Schultz, T. W. (1971). *Investment in Human Capital: The Role of Education and of Research*. Free Press.
- Sharp, H., Petschow, U., Arlt, H. J., Jacob, K., Kalt, G., & Schipperges, M. (2020). *Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen*. Umweltbundesamt.
- Sustainable Cities Platform (1994). *Charter of European Cities & Towns Towards Sustainability*. https://sustainablecities.eu/fileadmin/repository/Aalborg_Charter/Aalborg_Charter_English.pdf
- United Nations (UN). (1987). *Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development*. UN.
- van Dyk, S., & Haubner, T. (2021). *Community-Kapitalismus*. Hamburger Edition.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2011). *Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. WBGU.
- Wittel, A. (2017). Gegenkommodifizierung: Die Beitragswirtschaft in der digitalen Allmende. In N. Blaumer, J. Ebert, K.-D. Lehmann, & A. Ströhl (Hrsg.), *Teilen und Tauschen* (S. 153-181). Fischer.
- Zick, A. (2016). Polarisierung und radikale Abwehr - Fragen an eine gesplittete Gesellschaft und Leit motive politischer Bildung. In A. Zick, B. Küpper, & D. Krause (Hrsg.), *Gesplittene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 203-218). Friedrich-Ebert-Stiftung.

Kommunikation

Die Bedeutung des Kommunizierens in nachhaltigen Transformationsprozessen in der Stadtentwicklung

Kommunikation in Planungsprozessen ist eine wesentliche Grundlage für die Partizipation und Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung im Kontext geplanter Veränderungen ihres Lebensumfeldes. Im folgenden Artikel werden Grundlagen über die Rolle von Kommunikation in Planungsprozessen skizziert sowie Beispiele gezeigt, wie durch unterschiedliche Kommunikationsarten und Aushandlungsprozesse Vertrauen in die Politik geschaffen und Widerstände gegen geplante Maßnahmen zur Transformation vermieden werden können. Es wird gezeigt, dass die Transformation einer autogerechten Stadt hin zu einer klimawandelangepassten und nachhaltigen Stadt nur durch ausreichend synchrone und damit persönliche Kommunikation gelingen kann, da viele Gegner*innen oder Skeptiker*innen solcher Veränderungsprozesse nur über die Beziehungsebene mitgenommen werden können.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Partizipation](#), [Planung](#), [Transformation](#), [Widerstand](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Mann, A. (2024). Kommunikation: Die Bedeutung des Kommunizierens in nachhaltigen Transformationsprozessen in der Stadtentwicklung. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 117-126). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_15



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** im städtischen **Kontext** ist Bedingung für die Bewältigung der Klimakrise bzw. Klimakatastrophe. Damit einhergehende gezielte Veränderungen im urbanen Lebensumfeld sind essenziell, um bereits spürbare **Auswirkungen**, wie z. B. die zunehmende Hitzebelastung, zu vermeiden bzw. zu mindern und somit die Lebensqualität zu erhalten. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Umbau des öffentlichen Raums zugunsten des Fuß- und Radverkehrs, erhöhter Aufenthaltsqualität und zur Klimawandelanpassung. **Geplante** Vorhaben in diesem Sinne führen jedoch oftmals zu Interessenkonflikten zwischen jenen, die eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und eine Begrünung der Stadt fordern, und jenen, die ihr privates Fahrzeug weiterhin im öffentlichen Raum abstellen möchten. Daraus folgt, dass die kommunale Politik nur zögerlich Maßnahmen umsetzt, um allzu großen **Widerstand** zu vermeiden. Zudem sind politische Entscheidungsträger*innen oftmals skeptisch, ob mit **partizipativen Planungsansätzen** eine urbane **Transformation** in Richtung **Klimaresilienz** überhaupt gelingen kann, weil vielerlei Maßnahmen unpopulär erscheinen.

Warum **Widerstand** entsteht, wie dieser überwunden werden kann und welche Bedeutung Kommunikation in diesem Zusammenhang zukommt, wird im Folgenden auf Basis eines umweltspsychologischen und kommunikationstheoretischen Ansatzes sowie anhand von Wiener Praxisbeispielen aufgezeigt.

Umgang mit Veränderung – psychologischer Hintergrund

Veränderungen im Lebensumfeld werden von Menschen zunächst auf potenzielle Bedrohungen geprüft. Dieses Phänomen ist der Umweltspsychologie bekannt und wird im *Change Management* bewusst aufgegriffen. „Jede stattfindende Veränderung sofort auf ihre Bedrohlichkeit zu überprüfen, hat eine überlebenssichernde Funktion und deshalb für Mensch wie Tier absolute Priorität“ (Berner, o. J.). Erst wenn keine Bedrohlichkeit durch eine **geplante** Veränderung wahrgenommen wird, wird diese auf deren Chancen und Nutzbarkeit geprüft (siehe Abb. 1):

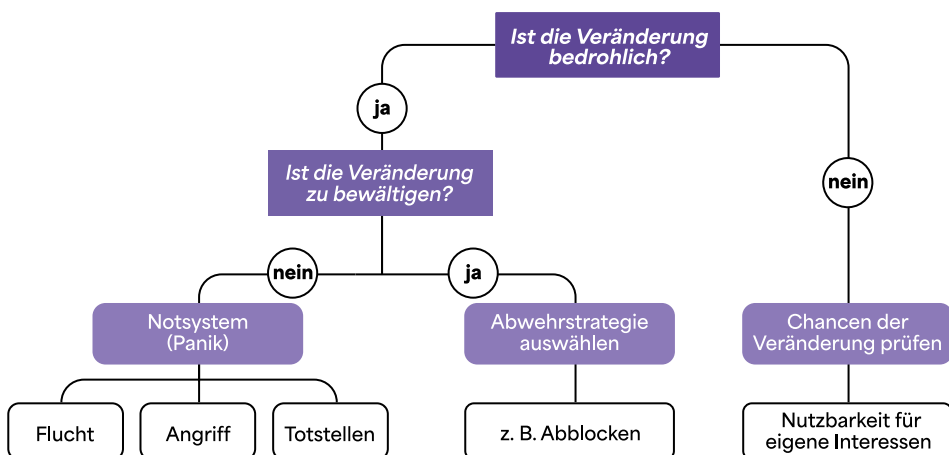


Abbildung 1: Die reflektorische Bedrohlichkeitsprüfung und ihre Folgen (Abbildung von Berner, o. J., bearbeitet von Bast & Kobras)

Dies bedeutet, dass auch die urbane **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** von den Betroffenen zunächst kritisch geprüft wird: Was bedeutet das für mich? Werde ich dadurch eingeschränkt? Entsteht für mich ein Nachteil? Bedrohungen werden in diesem Zusammenhang weit gefasst. Hier geht es in erster Linie nicht um Bedrohungen für Leib und Leben, sondern um Ängste bzw. Sorgen, einen Nachteil durch bestimmte Maßnahmen zu erfahren oder den Verlust von Annehmlichkeiten oder Privilegien hinnehmen zu müssen (Berner, o. J.). Sobald dies wahrgenommen oder vermutet wird, entsteht bei den Betroffenen eine Abwehrstrategie, also **Widerstand** gegen **geplante** Veränderungen, der sich unterschiedlich äußern kann. Da es sich bei Sorgen und Ängsten um Emotionen handelt, ist ein professioneller Umgang damit von großer Bedeutung. Eine essenzielle Strategie gegen Ängste ist die offene Kommunikation, um die Beziehung zu stabilisieren und das Vertrauensverhältnis zu bekräftigen. Berner (o. J.) verweist darauf, dass der Versuch zu beschwichtigen oftmals einen gegenteiligen Effekt haben kann. Entsprechend den Prinzipien der gewaltfreien Kommunikation (Rosenberg, 2010) ist für die Betroffenen das Gefühl wichtig, verstanden zu werden und für ihr Problem eine Lösung zu finden. Erst danach bekommt die Veränderung eine Chance, akzeptiert zu werden.

Den Grundstein für das Gelingen der **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** bildet daher eine Kommunikation auf mehreren Ebenen zwischen den handelnden Akteuren, den Betroffenen und den Entscheidungsträger*innen, um Ängste und damit einhergehende **Widerstände** auszuräumen. Ein erfolgreicher Veränderungsprozess, der von den Betroffenen akzeptiert und mitgetragen wird, bedarf daher der kommunikativen Einbindung und in diesem Sinne der **Partizipation** dieser.

Die Bedeutung von Kommunikation in der partizipativen Planung

Kommunikation wird gemäß dem „Online Lexikon für Psychologie & Pädagogik“ verstanden als „Austausch oder die Übertragung von Informationen zwischen zwei oder mehr Kommunikatoren, wobei Information eine zusammenfassende Bezeichnung für Wissen, Erkenntnis oder Erfahrung darstellt“ (Stangl, o. J.). Informationen können vielerlei Art sein, z. B. Fakten, Erlebnisse oder Empfindungen. Somit dient Kommunikation auch dem Austausch von Meinungen und Sichtweisen zwischen Akteuren und ist ein wichtiges Instrument in **partizipativen (Planungs-)** Prozessen (vgl. u. a. Christmann et al., 2022). **Partizipation** spielt in der **nachhaltigen** Stadterneuerung und -entwicklung eine wesentliche Rolle, um die Vielfalt an Wissen und Interessen einzubinden und alternative Angebote der demokratischen Mitbestimmung zu ermöglichen. Eine der Hauptaufgaben in der Begleitung derartiger Prozesse ist die Schnittstellenkommunikation zwischen Stadtpolitik, **Planung**, Expert*innen und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die vor Ort einerseits von den Veränderungsprozessen betroffen sind und diese andererseits auch aktiv einfordern.

Die Bedeutung von Kommunikation in **Partizipations**prozessen kann anhand der **Partizipationspyramide** (Straßburger & Rieger, o. J.) sehr gut verdeutlicht werden. Die **Partizipationsstufen** werden darin aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet anstatt nur aus der Perspektive der „Ermöglicher“ (Luttringhaus, 2000). Die Schnittstelle der Kommunikation wird an der Grenze zwischen der institutionell-professionellen Perspektive und der Perspektive der Bürger*innen verortet (siehe Abb. 2):

Partizipation

**Institutionell-Professionelle
Perspektive**

**Zivilgesellschaftliche
Perspektive**

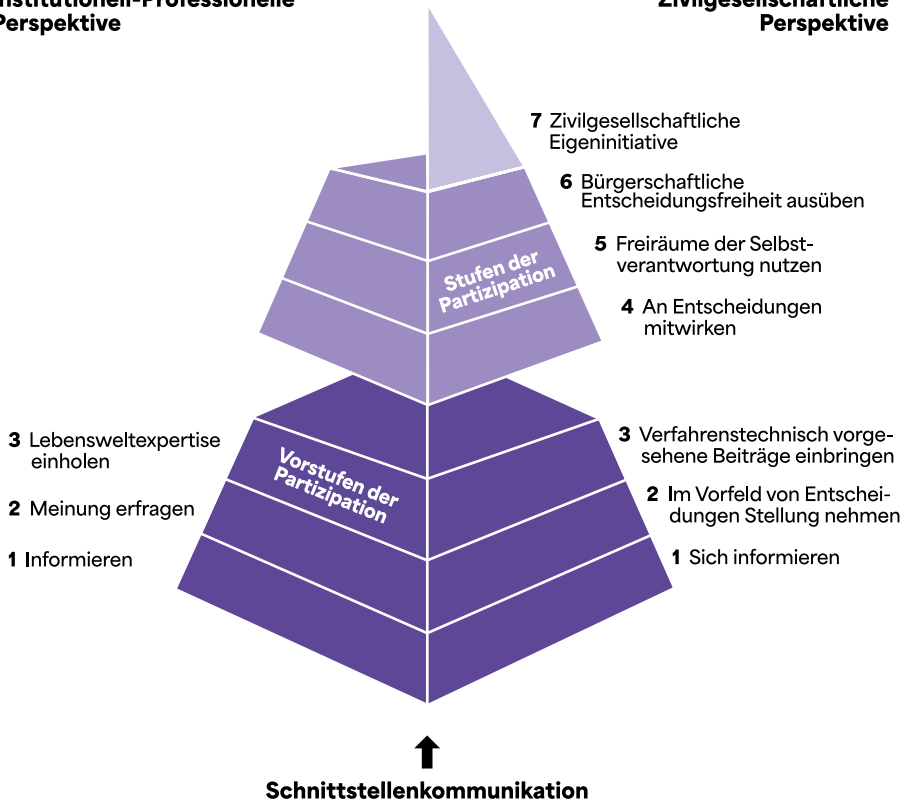


Abbildung 2: Schnittstellenkommunikation zwischen Akteuren
(Abbildung von G. Straßburger & J. Rieger, 2019, bearbeitet von Bast & Kobras)

In Veränderungsprozessen im Lebensumfeld von Menschen bildet das Informieren als unterste Stufe der **Partizipationspyramide** die Grundlage, um Verständnis für die **geplanten** Maßnahmen und die damit einhergehenden geänderten Lebensbedingungen zu erlangen und **Partizipation** zu ermöglichen.

Der Austausch von Informationen geht von einem*r Sender*in (Kommunikator*in) aus und richtet sich an eine*n Empfänger*in (Rezipient*in). Nach dem Sender-Empfänger-Modell (Shannon & Weaver, 1949) ist die zwischenmenschliche Kommunikation häufig durch Störungen beeinflusst, wodurch die ursprüngliche Botschaft auf der empfangenden Seite verfälscht wird. Dies kann zu Missinterpretationen und Missverständnissen führen – im Fall der **Planungskommunikation** zwischen unterschiedlichen Hierarchieebenen wie der Politik und den Bürger*innen kann daraus **Widerstand** oder Unverständnis gegenüber **planerischen** Maßnahmen und politischen Entscheidungen resultieren. Die direkte Kommunikation zwischen Sender*in und Empfänger*in, also das persönliche Gespräch, kann die Störanfälligkeit reduzieren und das Verständnis für Veränderungsprozesse fördern.

Das bezeugt auch das Vier-Ohren-Modell (Schulz von Thun, 2007), das von vier Ebenen der Kommunikation ausgeht, nämlich dem Sachinhalt, der Selbstkundgabe, der Beziehungsebene und dem Appell. Je mehr Ebenen durch die Kommunikation erreicht werden, umso besser wird die Botschaft verstanden. Die Beziehungsebene ist dabei eine wesentliche Grundlage, wie die gesendete Botschaft empfangen wird. Durch persönlichen Kontakt und wiederkehrende Gespräche kann eine Beziehungsebene aufgebaut werden, die dazu führt, dass die Kommunikator*innen mit ihren Botschaften bei den Rezipient*innen auf offenere Ohren stoßen.

Zudem sollte zwischen synchroner (persönlicher und direkter) und asynchroner (digitaler oder schriftlicher) Kommunikation unterschieden werden. Erstere erfolgt potenziell wertschätzender und respektvoller. Man nimmt das Gegenüber als Person wahr, wodurch eine gewisse Hemmschwelle entsteht, diese andere Person (verbal) anzugreifen – was sich auf eine natürliche Hemmung, andere Menschen zu verletzen, zurückführen lässt (Bregman, 2021). Gut beobachten kann man dies etwa in ausschließlich digitalen **Partizipations**verfahren (vgl. u. a. die Onlinediskussion zur Neugestaltung der Servitengasse; Gebietsbetreuung Stadterneuerung, 2021), in denen es häufig zu Beleidigungen und Hasspostings kommt. Dieses Phänomen hat damit zu tun, dass bei digitaler Kommunikation die Beziehungsebene sowie nonverbale Elemente wie Mimik und Gestik i. d. R. fehlen.

Nur im persönlichen Austausch kann das erste Axiom der Kommunikation von Watzlawick et al. (1969) zum Tragen kommen: Sie gehen davon aus, dass man nicht nicht kommunizieren kann, d. h., die nonverbale Kommunikation automatisch ausgesendet wird und daher eine wichtige Rolle spielt. Bei asynchroner Kommunikation kommt es häufiger zu Miss- oder Unverständnissen als bei synchroner Kommunikation, da hier die unterstützende nonverbale Ebene fehlt. Zusätzlich kommt bei persönlicher synchroner Kommunikation die paraverbale Kommunikation hinzu, d. h., der*die Sender*in kann das gesprochene Wort durch Lautstärke oder Betonung nochmals gewichten und **wirkt** dadurch überzeugender. Die Wahrscheinlichkeit, sein Gegenüber zu verstehen und ihm daher zu glauben, wird durch die synchrone Kommunikation erhöht.

Anhand folgender Beispiele wird gezeigt, dass die persönliche Kommunikation und damit eine wahrnehmbare Beziehungsebene im Rahmen von **Partizipations**prozessen unumgänglich ist, damit kontroverielle Lösungen auch von Gegner*innen getragen werden bzw. diese von einer Lösung überzeugt werden können.

Institutionalisierte Kommunikation in Form von Grätzelforen

Eine wichtige Grundbedingung für Kommunikation in **Partizipations**verfahren ist das Zugehen auf die Betroffenen und sie dort abzuholen, wo sie sind (Luttringhaus, 2000). Gelegenheiten dafür bieten z. B. in Wien die Grätzel- (wienerisch für Stadtquartier) oder Dialogforen. In diesem Setting werden alle Haushalte eines jeweiligen Stadtteils eingeladen, Aktuelles über die Entwicklung des Bezirks direkt von der*dem Bezirksvorsteher*in zu erfahren. Dadurch wird die Kommunikation zwischen Politik und Bürger*innen institutionalisiert.

Im 2. Wiener Gemeindebezirk, wo dieses Format seit über zwanzig Jahren besteht, wurde dieses mit dem EU-Projekt *Grätzelmanagement im Volkert- und Alliiertenviertel* (Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk, 2007) etabliert. Die ersten von der Autorin moderierten Grätzelforen waren von Missmut und **Widerstand** gegenüber der Bezirkspolitik geprägt. Die aufgeheizte und mürrische Stimmung hat sich im Laufe der Wiederholungen geändert: Die Bevölkerung war gespannt auf die Informationen der Bezirksvorstehung und zeigte offenes Interesse; die Veranstaltungen verliefen zunehmend ruhiger und geordneter. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung in den regelmäßigen Veranstaltungen mehr über die Hintergründe politischer Entscheidungen oder Priorisierungen erfuhr und den Eindruck gewinnen konnte, dass sich die Bezirkspolitik für Problemlösungen **engagiert**. Diese regelmäßige – nicht nur anlassbezogene – Kommunikation schuf Vertrauen und Transparenz. Durch das im Vergleich zu herkömmlichen Formaten wie Sprechstunden leichter zugängliche Format der Grätzelforen kann die Schwelle zwischen Bevölkerung und Politik gesenkt und ein direkter Austausch zwischen den Akteuren ermöglicht werden.

Ein weiterer Mehrwert von Grätzelforen ist die Möglichkeit der Bevölkerung, *untereinander* zu kommunizieren. Es können die oftmals sehr unterschiedlichen anderen Meinungen und Ansprüche gehört werden, was meinungsbildend **wirken**, die Sichtweise auf Dinge ändern und Verständnis für andere als die selbst gewünschten Lösungen erwecken kann.

Transparente Kommunikation schafft Akzeptanz

Ein frühes Beispiel eines **partizipativen Planungsprozesses** im **Kontext** der Klimawandelanpassung ist die Sperre einer Straße und Umwandlung in eine Fußgängerzone im 2. Wiener Gemeindebezirk. Zu diesem Zeitpunkt wurde Klimapolitik noch wenig öffentlich diskutiert und das Autofahren in der Stadt oftmals als **Grundrecht** empfunden. 2005 sollte der Volkertplatz auf dem Bereich des abgerissenen Marktteils als Aufenthaltsbereich umgestaltet werden. Im Rahmen eines **Partizipationsverfahrens** der Gebietsbetreuung Leopoldstadt wurde gemeinsam mit der Bevölkerung die Grundlage für die Ausschreibung eines Wettbewerbs für die Gestaltung des Platzes erarbeitet (Bachmaier et al., 2004). Zwei Personen aus der Bevölkerung waren in der Jury vertreten und konnten über die eingereichten Projekte mitbestimmen.

Im Zuge des **Partizipationsverfahrens** zur Umgestaltung des Volkertplatzes kam der Vorschlag auf, im Osten des Platzes den Straßenabschnitt der Rueppgasse zu sperren, um den nutzbaren Bereich bis zu den angrenzenden Häusern zu erweitern. Dieser Vorschlag wurde kontroversiell diskutiert. Es gab Vorschläge, ...

1. die Fahrbahn mit angrenzenden Parkspuren zu belassen
2. tagsüber die Straße zu sperren und für Fußgänger*innen sowohl die Fahras auch die Parkspuren benutzbar zu machen
3. die gesamte Straße im Bereich des Platzes aufzulassen und zu einer Fußgängerzone umzugestalten

Im Grätzelforum für das Volkert- und Alliiertenviertel wurden diese drei Varianten diskutiert. Um ein Meinungsbild einzuholen, wurde der Raum den Vorschlägen

entsprechend in drei Bereiche gegliedert und die über hundert Anwesenden eingeladen, sich zum bevorzugten Lösungsvorschlag zu begeben: Je etwa ein Drittel der Anwesenden fand sich bei jedem Vorschlag ein. Da es für keinen Vorschlag eine eindeutige Mehrheit gab, wurde die Entscheidung vom Bezirksvorsteher getroffen, der diese auf dem Forum kommunizierte: Die Fahrbahn der Rueppgasse sollte im Bereich des Platzes in eine Fußgängerzone umgewandelt und der Platzbereich bis zu den angrenzenden Häusern erweitert werden. Die Entscheidung der Politik wurde akzeptiert. Trotz der dominierenden Diskussion um ausreichend Autoparkplätze gab es keine Proteste oder Bürger*inneninitiativen gegen die Auffassung der Straße. Die neue Platzgestaltung wurde sehr gut angenommen – ein neues Zentrum in einem sonst eher monotonen gründerzeitlichen Wohngebiet wurde geschaffen, wo nun Begegnung stattfindet und Veranstaltungen organisiert werden. Der Platz wurde für viele Bewohner*innen aus der Nachbarschaft zu einem beliebten Treffpunkt.

Das Beispiel zeigt, dass die Politik die Entscheidungsmacht durch **Partizipations**projekte nicht abgeben muss, sondern die Entscheidungen durch ausreichend transparente Kommunikation – indem etwa auf nonverbale Art wie durch das Aufstellen im Raum die unterschiedlichen Meinungen sichtbar werden – auch bei den Gegner*innen von Maßnahmen auf Akzeptanz stoßen können. Durch einen transparenten Prozess wird klar, dass es unterschiedliche Meinungen und Interessen in einem Stadtteil gibt und die Politik schlussendlich die Entscheidungskompetenz hat. Obwohl die Umgestaltung des Straßenabschnitts zur Fußgängerzone nur der Wunsch einer Minderheit – nämlich eines Drittels der Anwesenden – war, gab es nach der politischen Entscheidung, diese umzusetzen, weder Protest noch **Widerstand**.

Kommunikation unterschiedlicher Interessen

Das folgende Beispiel verweist auf die Bedeutung der Kommunikation unter Bürger*innen mit unterschiedlichen Ansichten im **Kontext** einer temporären Straßensperre. Die 2008 bis 2014 im Rahmen der Lokalen Agenda 21 begleitete Arbeitsgruppe Öffentlicher Raum *Asphaltpiraten* (vgl. Diebäcker, 2004) schlug in einem Maßnahmenkatalog (Cranach et al., 2011) konkrete bauliche Veränderungen vor, um den öffentlichen Raum im 8. Wiener Gemeindebezirk für die Menschen *zurückzuerobern*. Nachdem sie diesen der Bezirkspolitik und der damals amtsführenden **Planungsstadträtin** Maria Vassilakou übergeben hatten, aber keine Maßnahmen umgesetzt wurden, beschloss die Gruppe, **selbstorganisiert** im öffentlichen Raum aktiv zu werden.

Im Rahmen der Aktion *Josefstädter Sommer* (Wiengestalten.at, o. J.) sperrte die Gruppe an einem Samstag (behördlich genehmigt) mehrere Straßenabschnitte für den Autoverkehr. Die Gruppe bespielte die Straße nur marginal, sodass aufgezeigt wurde, wie viel Platz den Menschen in einer Stadt ohne fahrenden oder parkenden Autoverkehr zur Verfügung stünde. Einige Anrainer*innen nahmen das Angebot an, den Straßenraum aktiv zu nutzen, indem sie sich etwa mit mitgebrachter Picknickdecke auf die Straße setzten oder Federball spielten. Gleichzeitig waren viele Anrainer*innen, insbesondere Autofahrer*innen, erzürnt, dass die Straße geräumt wurde und sie ihre Autos an anderer Stelle parken mussten. Die *Asphaltpiraten* freuten sich über die Resonanz – obwohl diese zunächst eher negativ ausfiel – und

versuchten, davon zu überzeugen, dass es ein Mehrwert sei, wenn vor dem Haus keine Autos wären und der Raum anders genutzt werden könnte. Die Straßensperren schafften Raum für Kommunikation der Anrainer*innen untereinander sowie mit der Agendagruppe und gab dieser die Möglichkeit, die eigenen Vorstellungen über die Nutzung des öffentlichen Raumes zu kommunizieren. Schließlich sperrten die *Asphaltpiraten* noch eine weitere Straße.

Im zweiten Sommer beschloss die Gruppe, nicht mehrere Straßen, sondern jeden Samstag denselben Abschnitt zu sperren (Lange Gasse zwischen Josefstädter Straße und Josefs-gasse). Dort hatten sich im Vorjahr Anrainer*innen gefunden, die sich gegen den störenden Schleich- und Durchzugsverkehr aussprachen. Die regelmäßige Sperre und damit temporäre Verkehrsberuhigung aktivierte immer mehr Menschen zum Mitmachen. Es etablierte sich, dass die Anrainer*innen im Straßenraum Kaffee und Kuchen auf mitgebrachten Klapp-tischen und Stühlen genossen und immer mehr ins Gespräch kamen. Ein Highlight war ein **selbstorganisiertes** Klavierkonzert. Den Abschluss des Josefstädter Sommers bildete die *Lange Tafel in der Lange Gasse*, die zum gemeinsamen Picknick einlud (vgl. Lokale Agenda 21 Wien, o. J.; Rachbauer, 2018).

Während sich die Anrainer*innen auf der Straße trafen und kennen**lernten**, wurde immer stärker der Wunsch diskutiert, die Lange Gasse permanent zu einer Begegnungszone umzugestalten, um den unerwünschten Durchzugsverkehr zu unterbinden. Die Agendagruppe sammelte dafür Unterschriften. Als die Diskussion auf die politische Ebene gehoben und mediales Interesse geweckt wurde (Felkel, 2011), begann die Agendagruppe, Gegner*innen der Umgestaltung aufzusuchen und in die Diskussion mit ihnen zu treten. Dabei stellte sich heraus, dass vielen Anrainer*innen nicht bewusst war, dass in einer Begegnungszone (seit 2013 als neue Möglichkeit in der Straßenverkehrsordnung [StVO] verankert; vgl. walkspace.at, o. J.a) das Durchfahren für den Autoverkehr mit 20 km/h erlaubt ist. Erst im persönlichen Gespräch konnte erklärt werden, was die Verordnung als Begegnungszone verkehrstechnisch bedeutet. So konnten Ängste ausgeräumt und den Anrainer*innen zugesichert werden, dass die Wohnhäuser weiterhin mit dem Auto angefahren werden können.

Schließlich beschloss die Bezirkspolitik, eine schriftliche Befragung aller Anrainer*innen durchzuführen. Die Mehrheit sprach sich für die Einrichtung einer Begegnungszone aus, worauf diese schließlich umgesetzt wurde (zur baulich-technischen Lösung vgl. walkspace.at, o. J.b). Der Josefstädter Sommer und die vielen Diskussionen und Auseinandersetzungen der Anrainer*innen untereinander haben diese Entscheidung maßgeblich beeinflusst. Durch die ausführliche und immer wiederkehrende Kommunikation der Befürworter*innen und Gegner*innen konnten Meinungen gebildet werden und auch Skeptiker*innen für die neuartige Verkehrsberuhigungsmaßnahme gewonnen werden.

Gelingende Transformation

Für die urbane **Transformation** zur **Nachhaltigkeit** bedarf es intensiver Bewusstseinsbildung und **Partizipation** durch direkte Kommunikation. Ängste und Ressentiments können hier insbesondere durch das persönliche Gespräch abgebaut werden. Auch wenn **partizipative** Methoden aufwendig erscheinen, haben sie doch einen lang-

anhaltenden Nutzen, indem Veränderungsprozesse von den Betroffenen mitgetragen und mitgestaltet werden.

Dennoch werden **geplante** Veränderungen von politischer Seite immer wieder aus Angst vor **Widerstand** der Betroffenen verschwiegen und/oder erst kurz vor der Umsetzung kommuniziert. Die Sorge, dass durch **Partizipations**prozesse Maßnahmen zur Klimawandelanpassung verhindert werden, kann durch die oben angeführten Beispiele – welche durch weitere Erfahrungen bestätigt werden – widerlegt werden. Sie zeigen, wie durch transparente und persönliche Kommunikation zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Ansichten Lösungen gefunden werden können, die den Umbau der Stadt hin zu einer **nachhaltigen** Nutzung des öffentlichen Raums gerade *durch Partizipation* ermöglichen.

Literaturverzeichnis

- Bachmaier, P., Es, M., Kicl, K., Kugler, M., Mann, A., Mlczoch, P., Plischek, K., & Selinger, R. (2004). *Grätzelentwicklungskonzept: Volkert- und Alliiertenviertel*. Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 25, Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk.
- Berner, W. (o. J.). *Angst: Die wichtigste Emotion (nicht nur) in Veränderungsprozessen*. Die Umsetzungsberatung. Abgerufen am 8. März 2024 von <https://www.umsetzungsberatung.de/psychologie/angst.php>
- Bregman, R. (2021). *Im Grunde gut: Eine neue Geschichte der Menschheit*. Rowohlt.
- Christmann, G. B., Knoblauch, H., & Löw, M. (Hrsg.). (2022). *Communicative Constructions and the Refiguration of Spaces: Theoretical Approaches and Empirical Studies*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780367817183>
- Cranach, D., Schulhofer, D., Bolz, R., Vertat, W., Peiker, G., Pastori, A., Kol, A., & Überbacher, A. (2011). *Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Situation des öffentlichen Raums in der Josefstadt*. Lokale Agenda 21 Gruppe „öffentlicher Raum“ Josefstadt. https://www.agendajosefstadt.at/files/bezirk_8/projekte/2015/Div_Projekte/Katalog_oeffentlicher_Raum_Praesentation.pdf
- Diebäcker, M. (Hrsg.). (2004). *Partizipative Stadtentwicklung und Agenda 21: Diskurse - Methoden - Praxis*. Verband Wiener Volksbildung, Edition Volkshochschule.
- Felkel, B. (2011, 21. Juni). Lange Gasse im Josefstädter Sommer für Spiel, Spaß und Begegnung gesperrt. *MeinBezirk*. https://www.meinbezirk.at/josefstadt/c-lokales/lange-gasse-im-josefstaedter-sommer-fuer-spiel-spass-und-begegnung-gesperrt_a79913
- Gebietsbetreuung Stadterneuerung (2021). *Servitengasse* [Diskussionsforum]. Discuto. <https://www.discuto.io/de/consultation/43616>
- Gebietsbetreuung Stadterneuerung im 2. Bezirk (Hrsg.). (2007). *Grätzelmanagement in Wien - ein Erfahrungsbericht*. Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 25.
- Lokale Agenda 21 Wien (o. J.). *Josefstädter Sommer*. Abgerufen am 10. September 2023 von <https://www.la21wien.at/projekte-detail/sommer.html>
- Luttringhaus, M. (2000). Empowerment und Stadtteilarbeit. In T. Miller & S. Pankofer (Hrsg.), *Empowerment konkret! Handlungsentwürfe und Reflexionen aus der psychosozialen Praxis* (S. 79–98). De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110509861>
- Rachbauer, S. (2018, 12. Juli). Wiener Lange Gasse: Sieben Jahre bis zur Begegnungszone. *Kurier*. <https://kurier.at/chronik/wien/wiener-lange-gasse-sieben-jahre-bis-zur-begegnungszone/400065620>
- Rosenberg, M. B. (2010). *Gewaltfreie Kommunikation: Eine Sprache des Lebens*. Junfermann.
- Schulz von Thun, F. (2007). *Miteinander reden 1: Störungen und Klärungen*. Rowohlt.
- Shannon, C. E., & Weaver, W. (1949). *The mathematical theory of communication*. University of Illinois Press.
- Stangl, W. (o. J.). Kommunikation. In *Online Lexikon für Psychologie & Pädagogik*. Abgerufen am 10. September 2023 von <https://lexikon.stangl.eu/535/kommunikation>
- Straßburger, G., & Rieger, J. (2019). Partizipation kompakt - Komplexe Zusammenhänge auf den Punkt gebracht. In G. Straßburger & J. Rieger (Hrsg.), *Partizipation Kompakt: Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe* (S. 230–240). Beltz Juventa.
- Straßburger, G., & Rieger, J. (o. J.). *Die Partizipationspyramide*. Abgerufen am 22. März 2024 von <http://www.partizipationspyramide.de>
- walkspace.at (o. J.a). *Begegnungszonen in Österreich*. Abgerufen am 25. März 2024 von <http://www.begegnungszonen.or.at>
- walkspace.at (o. J.b). *Wien - Lange Gasse: 1080 Wien*. Abgerufen am 25. März 2024 von <http://www.begegnungszonen.or.at/details.php?Projektnummer=100>
- Watzlawick, P., Beavin, J. H., & Jackson, D. D. (1969). *Menschliche Kommunikation: Formen, Störungen, Paradoxien*. Huber.
- Wiengestalten.at (o. J.). *Josefstädter Sommer*. Abgerufen am 7. September 2023 von <https://www.wiengestalten.at/josefstaedter-sommer/>

Komplexität

Wie der system(theoret)ische Blick komplexe Entwicklungen als wenig beunruhigend verstehen lässt

Der Beitrag behandelt aus einer systemtheoretischen Perspektive die Frage, wie Organisationen in der Kommune die Komplexität urbaner Transformationen bewältigen. Dies geschieht durch Mechanismen der Komplexitätsreduktion, wodurch Überforderung abgewendet und Entscheidungsfähigkeit sichergestellt wird. Durch ein Etablieren sogenannter Entscheidungsprämissen wird das unübersichtliche Durcheinander sortiert und Ordnung geschaffen. So vereinfachen Organisationen ihre Umwelt, reduzieren Komplexität und stellen Entscheidbarkeit her. Die Innovationsfähigkeit von Organisationen lässt sich erhöhen, wenn deren Komplexitätsbewusstsein neu inspiriert und etablierte Muster der Komplexitätsbewältigung (re)justiert werden, d. h. die Entscheidungsprämissen angepasst werden. Derzeit dominiert in den Kommunen ein gewisser Optimismus im Hinblick auf die Steuer- und Beeinflussbarkeit urbaner Transformationsprozesse. Im Beitrag wird angeregt, hier mehr Raum für experimentelle Umgangsformen mit Komplexität, Komplexitätsreduktion und Komplexitätsbewältigung zu ermöglichen. Gerade in systemtheoretisch inspirierten, systemischen Ansätzen wird diesbezüglich ein Innovationspotenzial gesehen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Governance](#), [Kommunikation](#), [System](#), [Transformation](#), [Wirksamkeit](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Rolfes, M., & Wilhelm, J. L. (2024). Komplexität: Wie der system(theoret)ische Blick komplexe Entwicklungen als wenig beunruhigend verstehen lässt. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 127-134). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_16



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Urbane Komplexität

Die Herausgeber*innen dieses Sammelbandes verstehen die als notwendig erachtete **Transformation** hin zur **Nachhaltigkeit** in den Städten als einen grundlegenden strukturellen Veränderungsprozess, zu dessen Ausgestaltung es keinen Konsens, sondern divergierende Vorstellungen gibt (Peer et al., 2024, mit Verweis auf Feola, 2015). Aus stadtgeografisch **system**theoretischer Perspektive überrascht diese Feststellung nicht, da jegliche urbane **Transformation** als unübersichtlich, nicht eindeutig **planbar**, als unterschiedlich bewertbar oder schlicht als komplex eingestuft werden muss (Rolfes & Wilhelm, 2021, S. 23–27). Luhmann (2022, S. 337) verweist darauf, dass Komplexität mit den Begriffen Element und Relation definiert werden kann und insgesamt die „Einheit des Mannigfaltigen“ beschreibt. Die eingangs erwähnten mannigfaltigen Ausgestaltungswege hin zu mehr **Nachhaltigkeit** können also unter dem Begriff der Komplexität zusammengeführt werden. Die Unterscheidung von Elementen und Relationen innerhalb dieser Ausgestaltung von **Nachhaltigkeit** ermöglicht es, Komplexität mehrdimensional zu fassen. Der **System**theoretiker Nassehi (2017, S. 64) bringt dies mit etwas anderen Worten zum Ausdruck: Für ihn ergibt sich Komplexität dann, wenn es in einer Situation zwischen zwei oder mehreren Ereignissen keine eindeutige oder notwendige Beziehung gibt. Damit rückt Nassehi den Relationstyp der Abhängigkeit und der damit einhergehenden Frage der Kausalität kritisch in den Fokus.

Bei dem Versuch, die Komplexität von Stadtentwicklung zu fassen, lässt sich implizit immer die Bezeichnung *urbane Komplexität* mitdenken (Eckardt, 2009; Rolfes & Wilhelm, 2021; Schmidt & Walloth, 2012). Städte selbst können als komplexe **Systeme** bezeichnet werden:

Innerhalb ihrer administrativen Grenzen spielen sich vielfältige soziale, politische, ökonomische und ökologische Prozesse ab, die nebeneinander ablaufen, sich aber dennoch gegenseitig – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – beeinflussen. Gleiche Interventionen einer kommunalen Behörde können mal das eine Ereignis und mal das andere Ereignis auslösen ... Kommunen müssen sich somit vielfältigen Herausforderungen stellen und mehrdimensionale Anforderungen bewältigen. Betrachten wir die ... kommunalen Aufgabenfelder, die beteiligten Organisationen und die Steuerungsanforderungen auf dem Stadtgebiet sowie die variierenden Rahmenbedingungen, die zunehmenden Herausforderungen und die ausgeprägte Problemorientierung kommunaler Praxis, so trifft es durchaus ‚ins Schwarze‘, dies unter der Bezeichnung urbane Komplexität zusammenzufassen. (Rolfes & Wilhelm, 2021, S. 23)

Urbane Komplexität erscheint in diesem Blick als eine mitunter nervige, jedoch im Grundsatz normale und damit wenig beunruhigende Alltäglichkeit. Insgesamt werden in der **system**theoretischen Debatte Schwierigkeiten markiert, diese Komplexität eindeutig zu fassen, zu operationalisieren oder zu messen. Deshalb verlegt sich Luhmann darauf, Komplexität als einen Reflexionsbegriff zu bezeichnen, in dem „mitreflektiert [wird ..., dass] der ausgearbeitete Begriff selbst zu komplex ... für eine forschungsmäßige Verwendung [wird]“ (Luhmann, 2022, S. 65). Im Folgenden wollen wir daher nicht der wenig zielführenden Frage nachgehen, wie die Komplexität **nachhaltiger Transformation** allgemeingültig gefasst werden kann; vielmehr soll aus **system**theoretischer Perspektive die weitere Annäherung an den Begriff der Komplexität darüber erfolgen, wie die Gesellschaft mit urbaner Komplexität umgeht

bzw. präziser wie Organisationen in der Kommune mit der Komplexität **nachhaltiger** urbaner **Transformation** umgehen können.

Formen im Umgang mit urbaner Komplexität

Die Komplexität **nachhaltiger** urbaner **Transformation** können **Systeme** nur dadurch bewältigen, dass sie Mechanismen zur Reduktion dieser Komplexität etablieren. Diese Mechanismen sind Gegenstand umfangreicher **system**theoretischer Konzeptionen (Luhmann, 2006, S. 222–255 & 2022, S. 318–319; Martens & Ortmann, 2006, S. 428). In Bezug auf eine **nachhaltige Transformation** in Kommunen ist dabei zu bedenken, dass diese Debatten sowohl in politische als auch in massenmediale **Kommunikations**prozesse und Funktionslogiken eingebunden sind. Es lässt sich zeigen, dass Politik und Massenmedien je eigene Mechanismen der Komplexitätsreduktion etabliert haben, die wechselseitig miteinander gekoppelt sind (Mohring & Rolfes, 2020, S. 102–104). Dies betrifft beispielsweise die Reduktion komplexer Sachverhalte auf vereinfachende Begriffe, die Reduktion komplexer Konflikt- und Verantwortungslagen auf vereinfachte (schwarz-weiße) Betroffenheiten, Verantwortlichkeiten und Schuldzuweisungen oder die Emotionalisierung von Themen (Mohring & Rolfes, 2020, S. 119–121). Solche Komplexitätsreduktionen finden sich häufig auch in populistischen Argumentationen, denn „[e]in einfaches Argument hat es immer leichter als ein komplexes“ (Nassehi, 2017, S. 24). Diese Formen des Umgangs mit urbaner Komplexität können hier allerdings nicht weiter vertieft werden.

Die folgenden Überlegungen werden sich darauf konzentrieren, wie Organisationen mit urbaner Komplexität umgehen. Damit wird die Ebene der Stadtentwicklungsakteure, wie Stadtverwaltungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Unternehmen und Kirchengemeinden, vor Augen geführt.

Nach Luhmann (1988, S. 166) und Baecker (1999, S. 144) werden Organisationen als **Systeme** definiert, die aus Entscheidungen bestehen, die sie auf der Grundlage vorangegangener Entscheidungen treffen. Entscheidungen werden dabei als **Kommunikation** verstanden. Beispiele für Entscheidungskommunikationen sind: Gremienbeschlüsse zur **nachhaltigen** Stadtentwicklung, Absprachen zum Ausbau des Radwegenetzes, Beratungen zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Dienstpläne der Abteilung Stadtentwicklung oder Anweisungen und Kündigungen (Martens & Ortmann, 2006, S. 435). Aber wie ordnen sich nun Entscheidungskommunikationen?

Martens und Ortmann (2006, S. 428) verweisen mit Blick auf Organisationssysteme auf das Kardinalproblem einer jeden Organisation, Überforderung abzuwenden und Operativität, also Entscheidungsfähigkeit, sicherzustellen. Eine Organisation ist aufgrund begrenzter eigener Kapazitäten darauf angewiesen, Mannigfaltigkeiten und damit Komplexität einzuschränken und entscheidbar zu machen. Organisationen bilden ihre Strukturen anhand sogenannter Entscheidungsprämissen aus, die einen Rahmen für Entscheidungen festlegen (Martens & Ortmann, 2006, S. 441). Dabei können drei verschiedene Formen von Entscheidungsprämissen unterschieden werden: Entscheidungsprogramme, **Kommunikations**wege und Personaleinsatz (Luhmann, 2006, S. 225). Entscheidungsprogramme legen fest, welche Entscheidungen **normgerecht** und welche abweichend sind (Martens & Ortmann, 2006, S. 443).

Kommunikationswege bestimmen, auf welche Weise die entscheidungsbezogenen Informationen zirkulieren, also wie „die Stellen, an denen die Entscheidung getroffen werden, miteinander in Kontakt treten dürfen“ (Wilhelm, 2012, S. 146). Der Personaleinsatz ist eine bedeutsame Entscheidungsprämisse, weil die Entscheidungen von den Entscheidungsgewohnheiten und Qualifikationen der Mitglieder einer Organisation abhängen.

Die drei Formen von Entscheidungsprämissen sorgen für die Binnendifferenzierung einer Organisation und legen fest, welche Mitteilungen aus der Umwelt für die Organisation relevant sind bzw. welche ignoriert werden können (Luhmann, 1988, S. 173). Die Entscheidungsprämissen stellen somit für die Organisation einen operativen Modus dar, um die (Informations-)Komplexität erfassen und verarbeiten zu können sowie Unsicherheit in Sicherheit zu **transformieren** (Luhmann, 2006, S. 238).

Führen wir uns diese Überlegungen nun am Beispiel der kommunalen Praxis vor Augen, so sind die drei Formen der Entscheidungsprämissen selbstverständlich stark miteinander verknüpft. Der*die Dezernatsleiter*in für Stadtentwicklung *muss* beispielsweise beim Stadtentwicklungsplan die **Nachhaltigkeits**prinzipien des Dezernats und der Kommune mitführen, sich dabei gleichzeitig auf die Zuständigkeiten und Operationsreichweiten des Dezernats besinnen und zudem eigene persönliche Erfahrungen und das Leistungsvermögen der Organisationsmitglieder berücksichtigen. Diese Entscheidungsprämissen versetzen die Organisationen in die Lage, ein unübersichtliches Durcheinander zu sortieren und Ordnung zu schaffen. Dadurch vereinfachen sie ihre Umwelt, absorbieren Unsicherheiten und reduzieren (urbane) Komplexität. Insbesondere stellen sie damit Entscheidbarkeiten her (Rolfes & Wilhelm, 2021, S. 187–188).

Die Entscheidungsprämissen sind jedoch nicht starr, sondern müssen anpassungsfähig gedacht werden, sie werden laufend neu justiert (Luhmann, 2006, S. 238). Luhmann (2006, S. 224) spricht von oszillierenden – also hin- und herpendelnden – **System**zuständen und bezeichnet Entscheidungsprämissen als Oszillatoren. Dieser Mechanismus ist für Organisationen sehr wichtig, denn sie sind zum einen darauf angewiesen, mithilfe von Entscheidungsprämissen Komplexität zu reduzieren, Vereinfachungen und damit Entscheidbarkeiten herzustellen, und zum anderen Entscheidungsspielräume, also Offenheit und Kontingenz, sicherzustellen, um flexibel und anpassungsfähig zu bleiben. So wäre es beispielsweise bei der **Planung** einer Evaluation von Maßnahmen einer **nachhaltigen Transformation** (z. B. eines Masterplans Klimagerechte Mobilität) eine Option, „die durch eine Evaluation zu erfüllende(n) Funktion(en) und damit einhergehende Erwartungshorizonte transparent zu machen und das Evaluationsvorhaben daran auszurichten“ (Rolfes & Wilhelm, 2023, S. 8). Gerade in der Stadtentwicklung können Evaluationen sowohl bei der Durchführung als auch hinsichtlich ihrer Effekte sehr komplex und folgenreich sein. Die Verantwortlichen sollten also das Wie und Wozu einer Evaluation abwägen und dann entscheiden, inwieweit ihr Handeln an die Evaluationsergebnisse angepasst werden sollte. Eine solche Anpassungsfähigkeit hängt jedoch davon ab, inwieweit in einer Organisation die eigene Selektivität thematisiert wird, also ein Komplexitätsbewusstsein besteht (in Anlehnung an Baecker, 1999, S. 197).

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen muss eine **nachhaltige Transformation** des Urbanen aus der Sicht von Organisationen als komplex erscheinen. Denn Organisationen haben nicht die Kapazität, auf alle entsprechenden Ideen und Konzepte zu reagieren. Allerdings sind sie in der Lage, ihre internen Abläufe und ihre **Kommunikation** so zu strukturieren, dass **Kommunikationen** über **Nachhaltigkeit** mit einer höheren Annahmewahrscheinlichkeit ausgestattet werden. Dies geschieht, indem sich in der Organisation entsprechende Entscheidungsprämissen herausbilden. Diese Prämissen können sich z. B. entlang massenmedial und politisch geprägter Leitbilder und daran anschließender semantischer Aufladungen ausrichten (in Anlehnung an Wilhelm, 2012, S. 145). Dabei muss diese Komplexitätsbewältigung dynamisch und nicht starr gedacht werden. Sobald eine Organisation zu starr und entlang zu eingeschliffener Pfade Entscheidungen trifft, droht sie ihre Flexibilität und ihre Anschlussfähigkeit zu verlieren. Im Hinblick auf eine **nachhaltige Transformation** ist somit stets darüber nachzudenken, inwieweit die zur Erfolgsmessung oder Zielerreichung verwendeten Indikatoren eine geeignete Operationalisierung des dadurch reduzierten sozioökonomischen Zusammenhangs darstellen. Oder, um ein ganz anderes Feld anzusprechen, inwieweit es vertretbar ist, Konflikte dauerhaft zu tabuisieren, statt sie offensiv zu bearbeiten. In diesem Sinne kommt es also immer wieder darauf an, vorgenommene Vereinfachungen bzw. Komplexitätsreduktionen zu hinterfragen und Möglichkeitsräume zu öffnen, also stellenweise Komplexität (wieder) zu steigern. Dies ist schon deshalb bedeutsam, da es insbesondere zum Aufgabenbereich kommunaler Organisationen wie der Stadtverwaltung gehört, die sich permanent ändernde Politik dabei zu unterstützen, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen (Mohring & Rolfes, 2020, S. 104).

Der Prozess der Anpassung von Entscheidungsprämissen kann nach unserer Einschätzung als **soziale Innovation** gefasst werden (vgl. Peer et al., 2024). Folgt man diesen **systemtheoretischen** Argumentationen, so lässt sich die **Innovationsfähigkeit** einer Organisation erhöhen, wenn das in Organisationen angelegte Komplexitätsbewusstsein neu angeregt und die etablierte Komplexitätsbewältigung (re)justiert wird.

Plädoyer für eine system(theoret)ische (Re-)Justierung nachhaltiger Stadtentwicklung

Die Autoren haben in ihrer langjährigen Forschungs- und Projektpraxis in Kommunen beobachtet, dass sich in **Planungs-** und **Stadtentwicklungskontexten** eine spezifische Operationsform bei der Komplexitätsbewältigung durchgesetzt hat, nämlich ein lineares, starres und zielorientiertes **Steuerungsverständnis**: Es existieren klare Regeln und exakt abgegrenzte Verantwortungsbereiche, die überwiegend hierarchisch aufgebaut sind. Folgt man Nassehi (2017, S. 72), so handelt es sich hierbei um „das Normalmodell“ beim Umgang mit Komplexität. Die Umsetzung einer linearen **Steuerung** verläuft entlang gesetzlich geregelter **Planungsverfahren** (z. B. Baugesetzbuch) und wird dann z. B. mit Indikatoren geprüft oder durch Monitoringverfahren formativ begleitet. Dieser **Steuerungsmechanismus** wird nun auch zur Ausgestaltung einer **nachhaltigen** Stadtentwicklung angewandt. So sind die Sustainable Development Goals (SDGs) – und die dahinterstehenden Prüfindikatoren – ein klassisches Beispiel für dieses Primat von Linearität und Zielorientierung (Rolfes & Wilhelm, 2021, S. 35–37). Dem linearen **Steuerungsparadigma** liegt dabei ein Optimismus im

Hinblick auf die Steuer- und Beeinflussbarkeit von Komplexität und komplexen Stadt-systemen zugrunde. Diesen Steuerungsoptimismus haben allerdings systemtheoretische Ansätze nachhaltig erschüttert, denn in der Tat gehen Systemtheoretiker*innen davon aus, dass Systeme nicht einfach im Sinne einer Durchgriffskausalität von außen steuerbar sind (Luhmann, 2006, S. 401; Rolfes & Wilhelm, 2021, S. 80–81, in Anlehnung an Fischer, 2009, S. 54–55).

Vor dem Hintergrund dieses etablierten linearen und eingeschliffenen Umgangs mit urbaner Komplexität und der systemtheoretischen Kritik daran scheint es uns angezeigt, eine Transformation urbaner Steuerungsprozesse dadurch zu unterstützen, dass mehr Raum für experimentelle Umgangsformen mit Komplexität und Komplexitätsreduktion eröffnet wird. Akteure der Stadtentwicklung können also sozial innovativer sein, wenn sie ihre eigenen Mechanismen der Komplexitätsreduktion erkennen. Angesichts kommunizierter neuer Herausforderungen und vieler unbekannter Größen einer nachhaltigen Stadtentwicklung gilt es, die vermeintlich sichere, routinisierte Haltung eines linearen Steuerungs- und Planungsverständnisses zu hinterfragen und neue Positionen der Komplexitätsbewältigung zu ermöglichen. Dies bedeutet konkret, die angefertigten Entscheidungsprogramme, Kommunikationswege und Entscheidungsgewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen. Dies könnte beispielsweise dadurch unterstützt werden, dass eine transdisziplinäre Gruppe *Junge Wilde* eingerichtet wird, die eingeschliffene Handlungslogiken in den Blick nimmt und auch mal *gegen den Strich bürstet*. Auch intermediäre (oder forschungsnaher) Organisationen könnten hierbei eine (größere) inspirierende Rolle spielen. Sie können ihre Entscheidungsprämissen schneller und flexibler an eine veränderte Umwelt anpassen und sich eher von den formaljuristischen und hierarchischen Routinen und Logiken in einer Kommune emanzipieren als eine Stadtverwaltung. Eine soziale Innovationsfähigkeit wird wahrscheinlicher, wenn das Neue, das Unbekannte, das Unbequeme in den Entscheidungsprämissen einen festen Platz erhält – z. B. in Form der genannten *Jungen Wilden* oder der *Intermediären*. Dabei gilt es, ein gutes Mittelmaß zwischen Komplexitätsöffnung und -schließung zu finden. Deshalb wird dafür plädiert, system(theoret)ischen Steuerungsformen mehr Raum zu geben.

Nach unserer Einschätzung liegt gerade in systemtheoretisch inspirierten, systemischen Ansätzen (begriffliche Symbiose *system(theoret)isch*; vgl. Rolfes & Wilhelm, 2021, S. 45–46) ein erhebliches Potenzial hinsichtlich des Umgangs mit und des Gestaltens von urbaner Komplexität. Denn gerade diese Ansätze legen durchaus andere, unübliche Formen und Wege der Reduktion von Komplexität nahe und ermöglichen dadurch Innovation.

Literaturverzeichnis

- Baecker, D. (1999). *Organisation als System: Aufsätze*. Suhrkamp.
- Eckardt, F. (2009). *Die komplexe Stadt: Orientierungen im urbanen Labyrinth*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91492-3>
- Feola, G. (2015). Societal transformation in response to global environmental change: A review of emerging concepts. *Ambio*, 44, S. 376–390. <https://doi.org/10.1007/s13280-014-0582-z>
- Fischer, J.-H. (2009). *Steuerung in Organisationen*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91353-7>
- Luhmann, N. (1988). Organisation. In W. Küpper & G. Ortman (Hrsg.), *Mikropolitik: Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen* (S. 165–185). Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (2006). *Organisation und Entscheidung* (2. Aufl.). Springer VS.
- Luhmann, N. (2022). Komplexität. In E. Lukas & V. Tacke (Hrsg.), *Schriften zur Organisation 5: Vorträge, Lexikonartikel, Rezensionen*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23434-8_47
- Martens W., & Ortman, G. (2006). Organisationen in Luhmanns Systemtheorie. In A. Kieser & M. Ebers (Hrsg.), *Organisationstheorien* (S. 427–461). Kohlhammer.
- Mohring, K., & Rolfes, M. (2020). No-go-Areas: Wie eine Raumsemantik zwischen Politik und Massenmedien vermittelt und Räume rechter Gewalt zu Räumen ethnisierter Kriminalität werden. *Geographische Zeitschrift*, 108(2), 99–124. <https://doi.org/10.25162/gz-2020-0001>
- Nassehi A. (2017). *Die letzte Stunde der Wahrheit*. Murmann.
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1–8). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Rolfes, M., & Wilhelm, J. L. (2021). *System[theoret]ische Stadtentwicklung: Der Potsdamer Leitsternansatz*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-34516-7>
- Rolfes, M., & Wilhelm, J. L. (2023). Aktuelle Entwicklungen und neue Ansätze: Überblick über Praxis und Evaluationsfunktionen in der Stadt- und Regionalentwicklung. *Planerin*, 6, 5–8.
- Schmidt, J. A., & Walloth, C. (2012). Die Stadt als komplexes System: Urbane Anpassungsfähigkeit und Resilience. *RaumPlanung*, 164(5), 14–18.
- Wilhelm, J. L. (2012). *Wozu Evaluation? Organisationssysteme bewerten Stadtteolförderung mit Kalkül*. Universitätsverlag Potsdam.

Kontext

Auf Zusammenhänge kommt es an - Kontextualisieren als Herausforderung

Die Beachtung des Kontextes für wissenschaftliche Arbeit wie praktisches Handeln erscheint so selbstverständlich, dass das weder der Erwähnung noch gar ausführlicher Behandlung bedarf. Sollte man meinen. Aber schon beim zweiten Blick auf den Gegenstand verliert er seine Eindeutigkeit: Aus Singular wird Plural, aus dem Substantiv eine Tätigkeit. Zugleich zeigt sich: Kontext ist nicht einfach gegeben, sondern eine Interpretationsleistung, die sich bis zur Bedeutungslosigkeit steigern lässt. Es scheint zudem Umstände zu geben, in denen man Kontexte missachtet oder sich gezielt und mit guten Gründen von ihnen abkehrt. Um solche Überlegungen für die Diskussion über nachhaltige Entwicklung nutzbar zu machen, bedarf es allerdings noch einer - hier nur angedeuteten - Auseinandersetzung mit ihrem Gegenstand und eines kurzen Hinweises auf den kommunikativen Kontext, in dem dies geschieht. Auch der Kontext wissenschaftlicher Arbeit verändert sich ständig. In jüngster Zeit zeichnet sich etwa mit der Entwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) eine solche Kontextveränderung ab. Daher ist dieser Text zugleich ein Selbstversuch, an dem eine KI als Stichwortgeberin beteiligt ist.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Kommunikation](#), [Komplexität](#), [Kultur](#), [System](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Selle, K. (2024). Kontext: Auf Zusammenhänge kommt es an - Kontextualisieren als Herausforderung. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 135-142). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_17



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Das versteht sich (nicht) von selbst: Kontext schafft Bedeutung ...

Dass man etwas nicht aus dem Zusammenhang reißen darf, ist ein wichtiges Gebot alltäglichen Umgangs. Ebenso wie die Gewissheit, dass es vom Zusammenhang abhängt, ob und was dieses oder jenes bedeutet. Und alle, die schon einmal versucht haben, eine Staude aus mediterraner Erde in den heimischen Garten umzupflanzen, wissen, was das für Folgen hat. Mithin: Welchen Einfluss äußere Umstände wie Böden, Klima etc. auf das Gedeihen einer Pflanze haben.

Was der alltäglichen Sprache recht ist, kann den wissenschaftlichen Ausdrucksweisen nicht billig sein. Also wird der *Zusammenhang* latinisiert. Hat dann jedoch als *Kontext* ebenfalls eine sehr selbstgewisse Rolle: Es versteht sich in den Geschichtswissenschaften von selbst, dass besagter Kontext zum Verständnis vergangener Zeiten unabdingbar ist. Und vielen anderen, ob sie nun in der Anthropologie, der Linguistik, der Geografie, der Pädagogik, den **Rechts**-, Politik-, Wirtschafts- oder sonstigen Wissenschaften tätig sind, ist die Bedeutung des Kontextes ebenfalls sehr bewusst.

Die KI¹ stimmt zu: „*Kontext ist wichtig, weil er uns hilft, die Bedeutung von Informationen besser zu verstehen ... Der Kontext kann uns auch helfen, Entscheidungen zu treffen und Probleme zu lösen, indem er uns zusätzliche Informationen liefert, die wir benötigen, um eine fundierte Entscheidung zu treffen.*“ Und auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass Kontext für wissenschaftliche und praktische Arbeit gleichermaßen bedeutsam sei. Nur so könne sie „*relevant, effektiv und anwendbar*“ werden.

Bateson (1987, S. 24) bringt es noch deutlicher auf den Punkt: Nichts hat Bedeutung, „solange man es nicht in irgendeinem Kontext sieht“.

Irgendeinem Kontext? Gibt es denn mehrere?

Tatsächlich: Es gibt deren viele. Schon in einfachen Sprechsituationen bildet z. B. die Beziehung der Sprechenden untereinander einen zum Verständnis wichtigen Kontext. Auch die inhaltlichen Bezüge der Sache, um die es ihnen zu gehen scheint, bilden Kontexte, die wiederum in weitere – **soziale**, **kulturelle**, sprachliche, historische – Zusammenhänge eingebunden sind.

Verstehen, die richtige Bedeutung von etwas zu erfassen, setzt also die Suche nach und das Verständnis von richtigen Kontexten voraus.

Und schon wird aus dem Substantiv ein Verb: kontextualisieren. Man sucht und identifiziert Zusammenhänge, die für das Verständnis einer Situation, einer Äußerung oder Handlung relevant sind. Man analysiert Kontexte. Man setzt sich mit ihnen auseinander, verweist auf sie, stellt sie her.

1 Chat GPT-3.5 Turbo von Open AI (<http://chatgptx.de>), Abfragen 18.-25. Juni 2023. Da die KI zu Weitschweifigkeit und Redundanz neigt, wurden die Wortmeldungen gekürzt und Auslassungen gekennzeichnet.

Es liegt auf der Hand, dass eine solche Arbeit an und mit Kontexten von großer wissenschaftlicher Bedeutung ist. Zahlreiche Veröffentlichungen künden davon.

Aber auch praktisches Handeln bedarf der Kontexte. Fragt man die KI etwa nach der Bedeutung für **nachhaltige** Entwicklung, antwortet sie wie immer weitschweifig, aber durchaus zutreffend: *„Nachhaltigkeit ist ein komplexes Konzept, das viele verschiedene Aspekte umfasst, wie z. B. Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Kultur. Jeder Kontext hat seine eigenen einzigartigen Merkmale und Bedürfnisse, die berücksichtigt werden müssen, um nachhaltige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Durch die Kontextualisierung können wir auch die Auswirkungen unserer ... Handlungen auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Wirtschaft besser verstehen ... Dies ist entscheidend, um eine langfristige Nachhaltigkeit zu gewährleisten ...“*

Interpretationsleistung oder *empty signifier*? Kontext ist das, was man aus ihm macht

Kontext wird vielfach als etwas objektiv Gegebenes angesehen. Etwa der Boden für eine Pflanze. Oder ein gesetzlicher Rahmen. Oder ein historisches Faktum.

Gegen eine solche Auffassung setzen jedoch **Lern**theoretiker die These, dass Kontextualisieren „eine Interpretationsleistung“ sei (Ziegler, 2006, S. 43). Was das heißt und worauf das hinausläuft, macht Palmowski (2014, S. 33) in einer fast poetischen Beschreibung deutlich: „Jedes gesprochene oder nicht gesprochene Wort, jede Geste, jede überreichte Rose, jedes Lächeln, jeder Blick und jeder Kommentar erhalten ihre Bedeutung und sind überhaupt nur zu verstehen aus dem Zusammenhang, in den sie durch den Beobachter eingebettet werden.“

Hier wird erneut deutlich: Die Tätigkeit des Kontextualisierens setzt Subjekte voraus, die Kontexte identifizieren, benennen, Bezüge herstellen, Bedeutung zuweisen. So wird aus der Relation von Kontext und Gegenstand ein um die kontextualisierenden Subjekte ergänztes Dreiecksverhältnis. Kurzum: Kontext ist nicht per se gegeben, sondern wird hergestellt.

Das lässt sich an vielen Beispielen verdeutlichen. Etwa an der Rolle, die das Stichwort *Kontext* in der Architektur- und Städtebaudebatte einnahm und -nimmt (vgl. z. B. Isenstadt, 2005; Komez Daglioglu, 2016): Im angloamerikanischen Sprachraum gab es sogar die Bezeichnung *contextualists* für eine bestimmte Schule entwerfender Fachleute. Aber *welchem* Kontext maßen sie Bedeutung zu, fühlten sie sich verpflichtet?

Als Antwort auf diese Frage merkt Scheinman (o. J.) kritisch an: „The word ‚context‘ has always been meaningless. Used alone, it is malleable, an empty signifier ...“ Kontext sei ein Begriff ohne festgelegten Inhalt. Er könne alles Mögliche bezeichnen – etwa physische Eigenschaften eines Standorts, topografische, geografische oder ökologische Gegebenheiten, **soziale** oder historische Bedingungen, das städtische Gefüge bzw. die poetische Textur einer Stadt (bzw. Landschaft) oder eine Art pluralistische Akzeptanz miteinander kollidierender Stile. Oder Atmosphären. Oder ... Es hänge ganz davon ab, was die jeweils Entwerfenden darunter verstünden und welche Bedeutung sie dem für ihre Arbeit beimäßen.

Hier tritt wiederum, geradezu überdeutlich, das kontextualisierende Subjekt in Erscheinung. Nicht überall sind die Spielräume bei der Interpretation von *Kontext* so groß, ja fast beliebig, wie in diesem Beispiel. Aber in vielen Wissenschaften – Geschichtsforschung oder Ethnologie etwa – gibt es intensive Debatten, welche Kontexte einer Beobachtung oder einem Ereignis zuzuordnen sind.

„Fuck context“? Abschied von Zusammenhängen

Um unmittelbar an das zuvor Gesagte anzuknüpfen: Es gab in den Architekturdebatten auch Positionen, die den *contextualists* widersprachen und für so etwas wie *autonome* Architektur eintraten.

Ein radikaler Vertreter solcher *kontextbefreiten* Denkweisen scheint vielen der niederländische Architekt Rem Koolhaas zu sein. Ihm wurde und wird vielfach das Zitat „fuck context“ zugeschrieben. Gerade das ist aber ein Paradebeispiel für das Herausreißen eines Textes aus seinem Kontext: Tatsächlich handelt es sich nämlich, wie der Textzusammenhang deutlich erkennen lässt, nicht um eine Aufforderung, sondern um eine – wenn auch etwas rustikal formulierte – Analyse von durch ihre schiere Größe städtische Zusammenhänge negierenden Bauwerken. Im Zusammenhang heißt es: „Bigness is no longer part of any urban tissue. ... Its subtext is fuck context“ (Koolhaas, 1995, S. 502).

Die Loslösung von Zusammenhängen ist allerdings nicht nur Merkmal einer sich autonom gerierenden Architektur, sondern ein Kennzeichen vieler Neuerungen. Um im Handlungsfeld Architektur/Städtebau zu bleiben: Letztlich bedeutete jeder Stilwandel in der Architekturgeschichte auch einen Bruch mit früheren Formensprachen. Wesentlicher noch: Das Bauen wird mit diesen Umbrüchen in neue Kontexte eingebettet – die Moderne des frühen 20. Jahrhunderts etwa in gesellschaftliche Vorstellungen von Internationalität und der Gleichheit aller. Auch das Reiben an der Orthodoxie der Charta von Athen kann als Abkehr von programmatischen Kontexten verstanden werden.

Wandel ist aber nicht nur mit dem Verlassen gegebener Pfade oder dem Hinwegsetzen über Kontextbedingungen verbunden. Er geht vielmehr oft mit der Entstehung bzw. bewussten Herstellung neuer Kontexte einher. Das lässt sich z. B. an der Geschichte der Internationalen Bauausstellungen auf vielfältige Weise illustrieren: Neue Organisationsformen, veränderte Akteurskonstellationen, (befristetes) Aussetzen bestehender Normen, Erschließen neuer Ressourcen etc. wären hier etwa zu nennen. Von großer Bedeutung in diesen Zusammenhängen war aber auch das Erzeugen neuer Sichtweisen (*Reframing*): So blieben z. B. im Ruhrgebiet bauliche Überreste untergegangener Industrien nicht länger Symbole des Niedergangs, sondern wurden zu einem wertvollen (industrielle) **kulturellen** Erbe, das dem Strukturwandel ein Gesicht gab.

Kontextualisierung hat also viele Gesichter – von der Identifikation relevanter Kontexte und deren angemessener Interpretation bis zu Abkehr und Neukonstruktion. Allemal bleibt sie eine Herausforderung. Zumal dann, wenn sie mehr ist als eine akademische Fingerübung, sondern in **wirksames** Handeln münden soll.

Kontext wovon? Konkrete Praxis, unscharfe Programmatik

Wer nach *Kontext* fragt, ruft zwei Fragen zugleich auf: Welcher Kontext? Und: Kontext wovon? Die KI fasst dies in einer ausnahmsweise knappen Feststellung zusammen: „Um den richtigen Kontext zu finden, ist es wichtig, die Situation oder das Thema ... genau zu verstehen.“

Das ist in der Tat die zentrale Herausforderung für die Praxis: Von einer konkreten Aufgabe ausgehend zu fragen, welche Kontexte – fördernd wie hemmend – von Bedeutung sind und was das für **Transformationen** im konkreten Raum und unter (lokal) gegebenen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen etc. Rahmenbedingungen heißt. Erst so werden auch Bruchlinien und Zielwidersprüche sichtbar, die etwa erklären helfen, warum viele notwendige Veränderungen vor Ort anders verlaufen, als es die Programmatik vorsieht.

Auf der theoretisch-programmatischen Ebene fehlt es allerdings an der Konkretion, die die Praxis verlangt: Es gibt zwar mit der Aufforderung „Global denken, lokal handeln“ eine seit über fünfzig Jahren **wirkmächtige** Kontextualisierung für **Transformationsbemühungen**. Aber dabei wird gelegentlich vergessen, dass diese Formulierung ursprünglich als Kritik an denjenigen gemeint war, die ihr Nichtstun hinter dem Hinweis verbargen, die wesentlichen Umweltprobleme könnten allein durch globales Handeln gelöst werden. Inzwischen wird mit der sprachlichen Zusammenführung *Glokalisierung*² zwar die Gleichwertigkeit des Denkens und Handelns auf vielen Ebenen unterstrichen – das aber damit gegebene Spannungsverhältnis wird selten thematisiert.

Wenig hilfreich ist zudem die häufig vorzufindende Einordnung von **Transformation** in das Begriffsumfeld von **Innovation**. Aus vielen Gründen. Der wesentlichste: Es entsteht so der Eindruck, es müsse erst noch etwas hergestellt, er- oder gefunden werden, um **wirkungsvoll** handeln zu können. Viele *Bremser* im umweltpolitischen Bereich bedienen sich eben dieser Argumentation und verweisen auf zukünftige (v. a. technische) Lösungen. Tatsächlich liegt jedoch praktisch alles, was für eine Veränderung gesellschaftlichen Handelns in Richtung **Nachhaltigkeit** erforderlich ist, schon jetzt auf dem Tisch. Aber vielfach eben nur dort. Woran es mangelt, ist die Umsetzung all dessen (vgl. u. a. Lojewski, 2023).

Die häufige Verknüpfung von **Innovation** mit dem Adjektiv **sozial** (aktuell und prominent z. B. in Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz [BMWK] & Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF], 2023) verschärft die Kontextualisierungsproblematik auf der programmatischen Ebene weiter. Das gilt zumindest dann, wenn man davon ausgeht, dass in allen **Transformationen** auch *soziale Praktiken* am Werk und **soziale** Gesichtspunkte von Belang sind. Dann wird das Adjektiv – zumal in Verbindung mit **Innovation** – zum *empty signifier*, zu einem der in der Politik

2 Die ursprünglich **komplexeren** Bedeutungen, die Robertson (der den Begriff prägte) im Sinn hatte, wurden bei den eher handlungsbezogenen, auf den selbsterklärenden Charakter des Wortes bauenden Verwendungen oft nicht mitgedacht und gemeint (vgl. Robertson, 1998; Seibert, 2017).

häufig vorkommenden *Wohlfühlbegriffe*, denen alle zustimmen können, ohne das Gleiche zu meinen.

Ein beliebig ausweit- und interpretierbarer Begriff hat keinen definierbaren Kontext.

Erst wenn man ihn präziser fasst, also z. B. das *Soziale* v. a. im zivilgesellschaftlichen Ursprung bzw. im Lebensweltbezug von *Transformationen* sieht, werden politische, ökonomische, technische, *kulturelle* u. a. Kontexte erkennbar. Erst dann aber werden auch Konfliktlinien und Zielwidersprüche sichtbar. Und ohne die sind *Transformationen* nicht zu haben.

Kontext Kommunikation. Transformationen des Öffentlichen

Eine der wesentlichen Kontextbedingungen der großen *Transformation* ist *Kommunikation*. Das sieht die KI auch so und bietet auch Gründe dafür an: Sie, die *Kommunikation*, sei „*wichtig, da sie eine wesentliche Rolle bei der Schaffung von Verständnis und Akzeptanz für Veränderungen spielt. Ohne eine klare und effektive Kommunikation können die Beteiligten Schwierigkeiten haben, die Gründe für die Veränderungen zu verstehen und die Auswirkungen auf ihre Arbeit und ihr Leben zu bewerten. Eine offene und transparente Kommunikation kann auch dazu beitragen, Bedenken und Ängste zu reduzieren und das Vertrauen in den Transformationsprozess zu stärken ...*“

Ganz Ähnliches liest man in vielen theoretischen und programmatischen Schriften. Die Forderung, man müsse *die Menschen mitnehmen*, ist oft zu hören. Und auf *Diskurse* aller Art werden viele Hoffnungen gesetzt. Es gibt sogar Erfolgsmeldungen. So heißt es im Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU, 2016, S. 138), das Thema *Transformation* „hat die ‚Meinungsführer‘ erreicht und befindet sich auf dem Weg, im ‚Mainstream‘ anerkannt zu werden“.

Aber wird das Thema im *Mainstream* auf produktive Weise behandelt? Skepsis ist angebracht. Denn: Die Art und Weise, wie wir uns als Gesellschaft über gemeinsame Angelegenheiten verständigen, befindet sich selbst in einem – allerdings sehr problematischen – *Transformationsprozess*. Von der Hoffnung auf den *eigentlich zwanglosen Zwang des besseren Arguments*, die vielen *Kommunikationskonzepten* bislang zugrunde lag, sind wir jedenfalls weiter entfernt denn je. Das wird dann besonders deutlich, wenn Jürgen Habermas, der diese Hoffnung in den 1970ern mit seiner Diskursethik schürte, nun selbst von einer „zu Gefallens- und Missfallensclicks abgerüsteten plebiszitären Öffentlichkeit“ (Habermas, 2022, S. 62) spricht.

Vereinfachungen, Polarisierungen und mediale Brandbeschleunigungen kennzeichnen viele öffentliche Debatten (ausführlicher: Selle, 2019) – auch und besonders solche um Maßnahmen, die etwa zur Verkehrs- oder Energiewende beitragen sollen. Populismus aller Couleure macht sich die Entflammbarkeit der Öffentlichkeiten bei umweltpolitischen Themen zunutze und gewinnt mit Polemik und Lügen Wahlen. Selbst demokratische Parteien wetteifern nicht etwa um den besten Weg zur *Nachhaltigkeit*, sondern fallen einander in den Rücken, wenn damit Prozentpunkte in der Wählerschaft zu gewinnen sind.

Das heißt: Um die öffentliche **Kommunikation** als wesentlichem Kontext der **Transformation** steht es nicht gut.

Dennoch sind **kommunikative** Bemühungen alternativlos. Immer wieder aufs Neue wird man – auf allen Ebenen und in der Breite der Handlungsfelder – unpopuläre Einzelschritte ins Verhältnis zum langen Weg der **Transformation** setzen müssen. Das beinhaltet selbstverständlich auch Kritik und Revision der bisherigen **kommunikativen Praxis**.

Hierzu soll die KI das letzte Wort haben: Befragt, was die zehn wichtigsten Regeln für *gutes Kontextualisieren* seien, hält sie u. a. Ratschläge bereit, die auch für die akademische Welt hilfreich sein könnten. Etwa: „*Verwende eine klare Sprache und stelle sicher, dass der Kontext für das Publikum verständlich und relevant ist.*“

Literaturverzeichnis

- Bateson, G. (1987). *Geist und Natur: Eine notwendige Einheit*. Suhrkamp
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), & Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2023). *Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen*. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/nationale-strategie-soziale-innovationen-gemeinwohlorientierte-unternehmen.pdf?__blob=publicationFile&v=22
- Habermas, J. (2022). *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Suhrkamp.
- Isenstadt, S. (2005). Contested Contexts. In C. J. Burns & A. Kahn (Hrsg.), *Site Matters: Design Concepts, Histories and Strategies* (S. 157–184). Routledge.
- Komez Daglioglu, E. (2016). The Context Debate: An Archaeology. *Architectural Theory Review*, 20(2), 266–279. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13264826.2016.1170058>
- Koolhaas, R. (1995). Bigness or the problem of Large. In R. Koolhaas, B. Mau, & H. Werlemann (Hrsg.), *SMLXL*. Monacelli Press.
- Lojewski, H. von (2023). Städte als Treiber der Transformation. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, 2, 58–64.
- Palmowski, W. (2014). *Systemische Beratung*. Kohlhammer.
- Robertson, R. (1998). Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In U. Beck (Hrsg.), *Perspektiven der Weltgesellschaft* (S. 192–220). Suhrkamp.
- Scheinman, A. (o. J.). *The Context Complex*. Abgerufen am 20. Juni 2023 von <https://www.cca.qc.ca/en/articles/issues/28/with-and-within/74490/the-context-complex>
- Seibert, B. (2017). *Glokalisierung: Ein Begriff reflektiert gesellschaftliche Realitäten. Einstieg und Debattenbeiträge*. LIT.
- Selle, K. (2019). *Ende der Naivität? Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung: Anstiftung zur Revision*. vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw-Schriftenreihe_Nr_15_Offentlichkeitsbeteiligung_Stadtentwicklung.pdf
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2016). *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte*. WBGU.
- Ziegler, S. (2006). *Lernen bei Gregory Bateson und lernende Organisation: Die Veränderung sozialer Systeme durch organisationales Lernen* [Dissertation, Universität Paderborn]. <https://d-nb.info/98430861X/34>

Martin Sondermann

Kultur

Kulturelle Perspektiven auf räumliche Planung und urbane Transformation

Durch eine kulturelle Perspektive auf Stadtplanung und -entwicklung kann sichtbar gemacht werden, wie Menschen Räume wahrnehmen, nutzen und verändern. In diesem Beitrag geht es zunächst darum, den Kulturbegriff differenziert zu beleuchten, kulturelle Perspektiven auf Städte und Planungspraxis aufzuzeigen und die Bedeutung lokaler Planungskulturen für eine nachhaltige Stadtentwicklung herauszustellen. Zudem wird der wissenschaftlich-analytische Mehrwert kultureller Perspektiven in der empirischen Stadt- und Planungsforschung aufgezeigt. Im Verlauf des Beitrags werden im Folgenden die Begriffe soziale Innovation und Transformation aus kultureller Perspektive neu kontextualisiert und es wird herausgearbeitet, inwiefern die Praktiken urbaner Transformation Teil eines kulturellen Wandels sind, der sowohl die Inhalte des Planens als auch die Planungspraxis an sich umfasst.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Innovation](#), [Kontext](#), [Planung](#), [Soziales](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Sondermann, M. (2024). Kultur: Kulturelle Perspektiven auf räumliche Planung und urbane Transformation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 143-150). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_18



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Jede Stadt ist anders. Alle Räume, seien es Stadtquartiere oder Landschaften, werden auf unterschiedliche Art und Weise von Menschen wahrgenommen, **geplant**, gebaut und genutzt. Im Laufe der Zeit manifestieren sich dabei die vielfältigsten kulturellen Haltungen und Handlungen in räumlichen Realitäten, deren Vorzüge und Nachteile, Schönheiten und Schrecklichkeiten wiederum von heutigen und zukünftigen Generationen auf spezifische Weise wahrgenommen und wieder verändert werden. Mit anderen Worten: „Stadt ist eine soziale Tatsache, die räumliche Gestalt angenommen hat. Jede Gesellschaft schafft sich ihre eigene Stadt“ (Siebel, 2020, S. 461). Eine urbane **Transformation** durch **soziale Innovation** ist in diesem Sinne ein kultureller Prozess, ein Wandel von eingespielten Handlungsmustern hin zu neuen Praktiken einer **nachhaltigen** Stadtentwicklung. Es geht folglich um einen doppelten kulturellen Wandel: den substanziellen Wandel hin zur Schaffung **nachhaltiger** Städte (was **geplant** wird) und dem prozeduralen Wandel der **Planungspraxis** selbst (wie **geplant** wird).

Kulturbegriff(e)

Kultur ist alles, was nicht Natur ist – diese Formel mag eingängig sein, wird jedoch dem sich seit der Antike wandelnden Kulturbegriff nicht **gerecht** (vgl. Hetzel, 2012): Der Kulturbegriff ist vielmehr äußerst **komplex**, schwer zu definieren – und spannend. Dieser Abschnitt soll daher Klarheit darüber verschaffen, welche Kulturbegriffe als etabliert angesehen werden können und inwiefern diese von Bedeutung für die aktuelle Stadt- und **Planungsforschung** sowie die (**planerische**) Stadtentwicklungspraxis sind.

Seit jeher gibt es kein allgemeinverbindliches Verständnis davon, was Kultur ist, und es existieren auch heute verschiedene Kulturbegriffe nebeneinander – sowohl in der Alltagssprache als auch in der Wissenschaft. Die evolutionäre Entwicklung des Kulturbegriffs kann anhand der Modernisierung der Gesellschaft nachvollzogen werden – vom normativen Kulturbegriff des Bürgertums und einer herausgehobenen (kultivierten) Lebensweise über die Öffnung hin zu einer ganzheitlichen (holistischen) Betrachtung menschlichen Handelns und von Kultur als (differenztheoretisch) eingrenzbares **Teilsystem** bis hin zu einem bedeutungsorientierten Kulturbegriff (Reckwitz, 2000). Zudem wird der Kulturbegriff in den Geistes-, **Sozial-** und Kulturwissenschaften fortlaufend weitergedacht und immer wieder neu interpretiert. Eine gut nachvollziehbare und zugleich differenzierte Unterscheidung von vier unterschiedlichen Kulturbegriffen nimmt Reckwitz (2008) vor, die hier kurz zusammenfassend dargestellt wird:

- *Normativ*: Der Begriff leitet sich von der Pflege (Kultivierung) von Land und Geist ab. In Bezug auf Gesellschaft ist er wertend bezogen auf eine „herausgehobene kollektive Lebensweise“ (Reckwitz, 2008, S. 686), Moralität und **Bildung**.
- *Holistisch*: In ganzheitlicher Perspektive umfasst Kultur alles menschliche Denken und Handeln, sowohl im Allgemeinen als auch in seinen Besonderheiten. Dieser auf Herder zurückgehende Kulturbegriff „bezieht sich auf ‚Kulturen‘ im Plural und bezeichnet die ‚ganze Lebensweise‘, die Gebräuche, Sitten, Techniken und Glaubensvorstellungen eines Kollektivs, so wie sie sich

in einer bestimmten historischen Phase und an einem geografischen Ort in Differenz zu anderen Kollektiven ausbilden“ (Reckwitz, 2008, S. 686).

- *Differenztheoretisch*: Dieser Begriff fasst Kultur deutlich enger, und zwar als ein Teilsystem der Gesellschaft, „welches sich auf die Produktion und Tradierung von Symbolsystemen und Weltdeutungen spezialisiert“ (Reckwitz, 2008, S. 686). In diesem Verständnis umfasst Kultur im Wesentlichen die Bereiche Kunst, Bildung und Religion.
- *Bedeutungsorientiert*: „Verständnis von Kultur als die grundlegende Dimension von symbolischen Ordnungen, Sinnstrukturen, Wissensformen und Zeichensystemen“ (Reckwitz, 2008, S. 686). Diese gemeinsamen Sinnsysteme schaffen die Grundlagen des Miteinanders in einer Gesellschaft und beeinflussen die jeweiligen Denk- und Handlungsweisen.

Welcher dieser unterschiedlichen Kulturbegriffe für raum- und planungswissenschaftliche Analysen geeignet ist, hängt immer von den jeweiligen Forschungsinteressen und -perspektiven ab. Der bedeutungsorientierte Kulturbegriff hat jedoch eine besonders geeignete Ausrichtung und Tragweite, um sich mit sozialen Innovationen und (planerischer) Stadtentwicklung auseinanderzusetzen (siehe weiter unten). Zudem ist er kompatibel mit aktuellen Theorien und Arbeiten der Neuen Kulturgeografie, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie mit der Planungskulturforschung. Daher wird der bedeutungsorientierte Kulturbegriff im Folgenden ausführlicher dargestellt. In diesem Begriffsverständnis wird Kultur „mit der allgemeinen Dimension der symbolischen Ordnungen und der kollektiven Sinnstrukturen identifiziert, welche sich in ihrer historischen Kontingenz als Bedingungen von Sozialität und Subjektivität darstellen“ (Reckwitz, 2008, S. 686).

Mit eigenen Worten heißt das: Kultur umfasst die gemeinsamen (Wert-)Vorstellungen, Normen und Überzeugungen, die von sozialen Gruppen bzw. Gesellschaften geteilt werden und ihr Denken und Handeln beeinflussen. Diese geteilten Sinnsysteme manifestieren sich in bestimmten Symbolen, Sprachen, Regeln und Codes. Sie umfassen die Grundlagen des gesellschaftlichen Miteinanders, wie gemeinsame Sprache(n) und die Regeln des Zusammenlebens. Kulturen sind dabei nicht statisch, sondern verändern sich stetig; zugleich prägen sie über lange Zeiträume und Prozesse der Sozialisierung und Tradierung, wie wir als menschliche Subjekte in einer Gesellschaft zusammenleben, welche gemeinsame(n) Sprache(n) gesprochen und welchen Regeln gefolgt wird. Kultur prägt also die Art und Weise, wie Menschen die Welt wahrnehmen, bestimmte Dinge interpretieren und mit anderen Menschen und ihrer Umwelt interagieren. Kultur bildet somit den Rahmen für jeden Menschen, in dem er seine Identität konstruiert, soziale Beziehungen aufbaut, sein Handeln orientiert und seine Umwelt versteht.

Innerhalb des bedeutungsorientierten Kulturbegriffs sind zwei theoretische Perspektiven und die damit verbundenen Verständnisse von Kultur von Interesse (Reckwitz, 2004):

- *Kultur als Diskurs* (textualistische Theorien) wird als eine Form von Bedeutungs- und Ordnungssystemen verstanden, die durch Diskurse und Symbole entstehen und von diesen getragen werden.

- *Kultur als Praxis* (praxeologische Theorien) dagegen legt den Fokus auf die **soziale Praxis**: in diesem Sinne ist Kultur nicht (nur) abstrakt in Diskurse und Symbole eingeschrieben. Vielmehr wird Kultur ganz praktisch durch menschliches Handeln produziert und reproduziert. Kurzum: „Nicht über die Frage, was sie ist, lässt sich Kultur erschließen, sondern nur darüber, was sie tut“ (Hetzl, 2001, S. 10).

Cultural Turns und die Hinwendung zu kulturellen Perspektiven

Während sich verschiedene Disziplinen, wie die Stadtforschung und die Kulturlandschaftsforschung, schon sehr lange mit der kulturellen Genese und Wahrnehmung menschlicher Umwelten beschäftigen, vollzieht die **Planungswissenschaft** erst seit wenigen Jahren einen *Cultural Turn*. Aus einer kulturellen Perspektive werden Räume nicht als physische Einheiten oder administrative Gegebenheiten erachtet; stattdessen „werden Räume als gesellschaftliche und politische Konstrukte begriffen – sie werden also durch Diskurse und gesellschaftliche Praxis produziert und mit Bedeutung aufgeladen“ (Peer & Sondermann, 2016, S. 32; vgl. auch Lossau, 2009).

Das bedeutungsorientierte Verständnis von *Kultur als Praxis* erscheint für eine zeitgemäße wissenschaftliche Beschäftigung mit den verschiedenen Kulturen des **Planens**, Bauens und Entwickelns von Städten am tragfähigsten: dieses Kulturverständnis ist theoretisch anschlussfähig an **sozialkonstruktivistische** Raumverständnisse (vgl. u. a. Lefebvre, 1991) und die neue Kulturgeografie (vgl. Anderson, 2020; Lossau, 2009) sowie an akteurszentrierte und prozedurale **Planungstheorien** und die **Planungskulturforschung** (vgl. Othengrafen et al., 2019; Peer & Sondermann, 2016). Gemeinsamkeiten bestehen mit einem sozialkonstruktivistischen bzw. kulturellen Verständnis von Räumen und Raumproduktion sowie einem damit verbundenen Fokus auf Akteure und Prozesse.

Das Verständnis von *Kultur als Praxis* betont dabei – vor dem Hintergrund der geteilten **Sinnsysteme** –, wie raumbezogene Probleme wahrgenommen, raum**planerische** Regeln angewandt und bauliche Umwelten **sozial** produziert werden, wie sich die Sichtweisen auf Räume oder ihre Nutzung verändern, welchen Werten und Normen dabei gefolgt wird usw.

In Bezug auf **soziale Innovation** bedeutet *Kultur als Praxis*, die Entwicklung neuer Ideen und Praktiken zu betrachten, die auf gesellschaftliche (oder auch ökologische) Herausforderungen gerichtet sind und positive Veränderungen **bewirken** sollen. Diese Praktiken werden wiederum in Bezug zu **Sinnsystemen** gesetzt, womit die Variation, also die Veränderung routinierter Handlungsmuster (vgl. Peer et al., 2024) in einen erweiterten analytischen **Kontext** gesetzt wird. Hierzu gehören insbesondere zwei Überlegungen:

- **Soziale Innovationen** stellen die Sinnstrukturen (wie Haltungen, Einstellungen und Orientierungen) infrage, erweitern oder verändern diese und tragen somit zum kulturellen Wandel im Sinne gesellschaftlichen (oder auch **planerischen**) Fortschritts bei.

- Kultur als Sinnsystem beeinflusst die Art und Weise, wie Menschen ihre Umwelt (und umweltbezogene Herausforderungen) wahrnehmen, deuten und wie sie handeln. Neue Denk- und Handlungsweisen stellen wiederum soziale Innovationen dar, die dazu beitragen können, die Nachhaltigkeitstransformation ganz praktisch zu vollziehen.

Über Jahre und Jahrzehnte erlernte, verinnerlichte und über Generationen tradierte Denkweisen ändern sich nicht über Nacht. Soziale Innovationen innerhalb der Planungspraxis können sich nur im Rahmen eines kulturellen Wandels vollziehen, der graduell oder auch weitreichend sein kann. Für einen solchen Wandel ist es notwendig, dass viele Akteure die bestehenden institutionalisierten Ordnungen und dahinterliegende hegemoniale Diskurse hinterfragen. Interner oder externer Druck, Schockmomente und Krisen können hierfür kleinere oder größere Möglichkeitsfenster öffnen, durch die pragmatische Anpassungen vorgenommen werden können oder eine tiefgreifende Transformation bewirkt werden kann (vgl. Othengrafen et al., 2015; Reimer, 2013).

Am Beispiel der Energiewende können für den deutschen Kontext sowohl graduelle Veränderungen durch einen über Jahrzehnte laufenden ökologischen Bewusstseinswandel als auch Schockmomente, wie die Katastrophe von Fukushima, als Korridore und Momente eines Wandels der inhaltlichen Positionen ausgemacht werden (Hermwille, 2016). Hinsichtlich einer Veränderung der Planungspraxis sind es hingegen Prozesse sukzessiven Wandels von einer technokratischen hin zu einer kooperativen Planungsweise (vgl. Fürst, 2005). Beide Veränderungen sind Ausdruck von Transformation, also von Prozessen der (De-)Institutionalisierung von Denk- und Handlungsweisen (vgl. Peer et al., 2024).

Hier schließt sich der Kreis zum bedeutungsorientierten Begriff von *Kultur als Praxis*: Planung als eine kulturelle Praxis zu verstehen, heißt substanzielle und prozedurale Fragen relational zu betrachten, also die Inhalte des Planens (wie der nachhaltigen Raumentwicklung) mit den konkreten Praktiken zusammenzudenken. Bei empirischen Analysen von planerischen Praktiken in der Nachhaltigkeitstransformation in verschiedenen Städten eines Landes (und damit innerhalb eines gemeinsamen gesamtgesellschaftlichen, rechtlichen und staatlichen Kontexts) werden einem schnell Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen lokalen Planungskulturen auffallen, z. B. welche Maßnahmen für Klimaanpassung konkret ergriffen, wie im Sinne des Gemeinwohls gehandelt oder wie mit Konflikten umgegangen wird (vgl. u. a. Othengrafen & Sondermann, 2015; Sondermann, 2017b). Transformative Praktiken können dabei nicht nur im Vergleich von Städten, sondern auch innerhalb einer Stadt über die Zeit analysiert und (planungs)kulturell kontextualisiert werden.

Im Verständnis von Planung als kultureller Praxis werden explizit die dahinterliegenden Werte und Überzeugungen, Traditionen und Selbstverständnisse mitbetrachtet – also die Sinnsysteme, die das Denken und Handeln der planenden Akteure leiten, beeinflussen, ermöglichen und eingrenzen. Kurzum bewirkt der *Cultural Turn* in den Raum- und Planungswissenschaften eine explizitere Beschäftigung damit, wie die Menschen Räume wahrnehmen, nutzen, verändern und welche spezifischen Bedeutungs- und Sinnsysteme dahinterstehen.

Kulturen der Stadt und Planungskulturen

Durch eine wissenschaftlich-analytische Beschäftigung mit **Planungskulturen** können die zugrunde liegenden Bedeutungs- und Sinn**systeme**, aber auch historische Entwicklungspfade und gelebte Traditionen explizit untersucht werden. Da alle gebauten Räume durch die kulturelle Praxis räumlichen **Planens** im Laufe der Zeit mehrfach be- und über**plant** wurden, spiegeln sich in ihnen auch verschiedene Epochen und Stile, Bewertungen und (Zukunfts-)Vorstellungen wider. Die Stadt im Verhältnis zu den Menschen, die dort leben und die Stadt gestalten, wird auch als Teil einer spezifischen Stadtkultur, als Habitus einer Stadt oder als Ortscharakter bezeichnet (vgl. Lindner, 2020). So stellen die lokalen soziokulturellen und -ökonomischen Besonderheiten eines Ortes (sei es auf Ebene eines Quartiers oder einer Stadt) den **Kontext** dar, in dem alles Neue, jede **Planung**, jedes Bauen und jede **soziale Innovation**, stattfindet. „Diese Dispositionen münden in ortsspezifische Praxen, in eine spezifische Art und Weise, in der sich eine Stadt ‚verhält‘“ (Lindner, 2020, S. 506). Hierzu gehört das Fragen danach, wie offen oder beharrend, wie **innovativ** oder konservativ auf neue Probleme und Ideen reagiert wird und inwieweit gute **Planungspraktiken** aus anderen **Kontexten** überhaupt angewandt werden können (vgl. u. a. Knieling & Othengrafen, 2009) und damit auch, inwieweit **soziale Innovationen** in der urbanen **Transformation** ermöglicht werden.

Mit einer solchen Perspektive korrespondierend formiert sich innerhalb der **Planungstheorie** seit einigen Jahren ein **planungskulturelles Paradigma**, dem „(1.) ein relationales Raumverständnis sowie (2.) ein holistisches und bedeutungs-/wissensorientiertes Kulturverständnis“ zugrunde liegen (Peer & Sondermann, 2016, S. 38). Zusammenfassend kann konstatiert werden, „dass sich Planungskulturen durch das Denken und Handeln von [Akteuren] innerhalb bzw. in Wechselwirkung zu Organisationen kennzeichnen, welche in diesem Kontext Räume durch soziale Praktiken produzieren“ (Peer & Sondermann, 2016, S. 38). Dies umfasst die konkreten Arten und Weisen des **Planens** in den jeweiligen **planerischen**, gesellschaftlichen und politisch-administrativen **Handlungskontexten**, zu denen (dem hoheitlichen Charakter der **Planung** entsprechend) auch institutionalisiertes **Recht** und Organisationen gehören, wie der Stadtrat, das Stadt**planungsamt**, das **Baurecht**. Interessant wird es immer dann, wenn vermeintlich feststehende Ordnungen – wie das **Baurecht** – vor Ort kulturell sehr unterschiedlich interpretiert und angewandt werden. So führt das gleiche nationale **Baurecht** keineswegs an allen Orten zu gleichen **Planungsprozessen**, physischen Ergebnissen, gesellschaftlichen Funktionen oder gar symbolischen Bedeutungen.

Die bisherige **Planungskulturforschung** zielt programmatisch auf das Verstehen und Vergleichen unterschiedlicher **Planungskulturen** sowie deren **Kontextualisierung** in gesellschaftlichen Zusammenhängen ab (Peer & Sondermann, 2016). Mit anderen Worten: „Zusammengefasst bedeutet dies, dass räumliches Planen als kulturelle Praxis begriffen werden kann, deren Handlungsrahmen sich in Abhängigkeit von individuellem bzw. institutionellem Handeln, kulturellen Strukturen und Diskursen sowie lokalen Kontexten ergibt“ (Othengrafen et al., 2019, S. 158).

Mit diesem kulturellen **Planungsverständnis** kann dann in konkreten Analysen untersucht werden, welche Inhalte, also Ziele, Leit- und Idealvorstellungen, beim **Planen**

in einer Stadt zugrunde lagen bzw. liegen und inwieweit diese an historische Pfade anknüpfen und diese fortführen oder (mehr oder weniger) radikal **neuplanen**, wie offen und **innovativ** sie sind, wie anpassungsfähig und **resilient**. So zeigte sich beispielsweise in einer Studie zur kooperativen Stadtgrünentwicklung, dass sich die derzeitigen **Planungskulturen** in Düsseldorf und Hannover über Jahrzehnte herausgebildet haben und sich heutzutage beide durch eine *Kultur des Miteinanders* kennzeichnen. Dem liegen aber jeweils lange **Lern-** und Annäherungsprozesse zwischen den lokalen **Planungsakteuren** zugrunde und unterschiedliche Entwicklungspfade führten zu heute ähnlichen, aber nicht gleichen lokalen **Planungskulturen** der beiden Städte (vgl. Sondermann, 2017a & 2017b).

Lokale **Planungskulturen** bilden auch den Rahmen, innerhalb dessen neue Formate wie Reallabore und Realexperimente stattfinden, und sie sind ausschlaggebend dafür, inwieweit diese als Chance begriffen werden, um die lokale **Planungs-** und Stadtentwicklungspraxis im Sinne **sozialer Innovationen** zu erweitern oder zu verändern (vgl. Rächle, 2021). Aus analytischer Perspektive kann die empirische **Planungskulturforschung** dazu beitragen, die (Nicht-)Wirksamkeit solcher Formate in ihrem Beitrag zur urbanen **Transformation** sowie zum Wandel der **Planung** selbst neu zu **kontextualisieren** und besser zu verstehen.

Eine **Planungskultur** entsteht und verändert sich langsam. Sie bildet einen langfristigen Rahmen – ein gemeinsames **Sinnsystem** – für das kooperative Handeln, das Miteinander der **Planungsakteure** vor Ort und damit für alle räumlichen **Transformationsprozesse**.

Literaturverzeichnis

- Anderson, B. (2020). Cultural geography III: The concept of 'culture.' *Progress in Human Geography*, 44(3), 608–617. <https://doi.org/10.1177/0309132519856264>
- Fürst, D. (2005). Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Raumplanung. *disP - The Planning Review*, 41(163), 16–27.
- Hermwille, L. (2016). The role of narratives in socio-technical transitions - Fukushima and the energy regimes of Japan, Germany, and the United Kingdom. *Energy Research & Social Science*, 11, 237–246.
- Hetzl, A. (2001). *Zwischen Poiesis und Praxis: Elemente einer kritischen Theorie der Kultur*. Königshausen & Neumann.
- Hetzl, A. (2012). Kultur und Kulturbegriff. In R. Konersmann (Hrsg.), *Handbuch Kulturphilosophie* (S. 23–30). Metzler.
- Knieling, J., & Othengrafen, F. (Hrsg.). (2009). *Planning cultures in Europe: Decoding cultural phenomena in urban and regional planning*. Ashgate.
- Lefebvre, H. (1991). *The Production of Space*. Blackwell.
- Lindner, R. (2020). Stadtkultur und Habitus der Stadt. In I. Breckner, A. Göschel, & U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 505–513). Nomos.
- Lossau, J. (2009). Räume von Bedeutung: Spatial turn, cultural turn und Kulturgeographie. In M. Csáky & C. Leitgeb (Hrsg.), *Kommunikation - Gedächtnis - Raum: Kulturwissenschaften nach dem „Spatial Turn“* (S. 29–44). Transcript.
- Othengrafen, F., Reimer, M., & Danielzyk, R. (2019). Planungskultur. In T. Wiechmann (Hrsg.), *ARL Reader Planungstheorie. Band 2: Strategische Planung - Planungskultur* (S. 155–304). Springer Spektrum. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-57624-3>
- Othengrafen, F., Reimer, M., & Sondermann, M. (2015). Städtische Planungskulturen im Wandel? Konflikte, Proteste, Initiativen und die demokratische Dimension räumlichen Planens. In F. Othengrafen & M. Sondermann (Hrsg.), *Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen* (S. 371–391). Uwe Altröck.
- Othengrafen, F., & Sondermann, M. (Hrsg.). (2015). *Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen*. Uwe Altröck.
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1–8). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Peer, C., & Sondermann, M. (2016). Planungskultur als neues Paradigma in der Planungswissenschaft. *disP - The Planning Review*, 52(4), 30–42. <https://doi.org/10.1080/02513625.2016.1273664>
- Räuchle, C. (2021). Zum Verhältnis von Reallabor, Realexperiment und Stadtplanung am Beispiel kooperativer Freiraumgestaltung. *Raumforschung und Raumordnung/Spatial Research and Planning*, 79(4), 291–305.
- Reckwitz, A. (2000). *Die Transformation der Kulturtheorien: Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*. Velbrück Wissenschaft.
- Reckwitz, A. (2004). Die Kontingenzzperspektive der „Kultur“: Kulturbegriffe, Kulturtheorien und das kulturwissenschaftliche Forschungsprogramm. In F. Jaeger & J. Rüsen (Hrsg.), *Handbuch der Kulturwissenschaften. Band 3: Themen und Tendenzen* (S. 1–20). J. B. Metzler. https://doi.org/10.1007/978-3-476-05012-0_1
- Reckwitz, A. (2008). Kultur. In S. Gosepath, W. Hinsch, & B. Rössler (Hrsg.), *Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie* (Bd. 1, S. 686–691). De Gruyter.
- Reimer, M. (2013). Planning Cultures in Transition: Sustainability Management and Institutional Change in Spatial Planning. *Sustainability*, 5(11), 4653–4673 <https://doi.org/10.3390/su5114653>
- Siebel, W. (2020). Stadtkultur. In I. Breckner, A. Göschel, & U. Matthiesen (Hrsg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 459–468). Nomos.
- Sondermann, M. (2017a). Planungskultur als Sinnsystem: Eine Untersuchung am Beispiel kooperativer Stadtgrünentwicklung in Düsseldorf. *Raumforschung und Raumordnung*, 75(1), 45–56.
- Sondermann, M. (2017b). Gemeinschaftsgärten, Gemeinwohl und Gerechtigkeit im Spiegel lokaler Planungskulturen. In S. Kumnig, M. Rosol, & A. Exner (Hrsg.), *Umkämpftes Grün: Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten* (S. 209–231). Transcript.

Lernen

Iterative Zielgenerierung im transformativen Kontext

Die urbane Transformation ist trotz intendierter Entwicklungsrichtung mit einer Zieloffenheit für die Akteure verbunden. Im Unterschied zu modernisierungstheoretischen Vorstellungen weist sie disruptive Verlaufsformen auf, die ein besonderes Übergangsmanagement benötigen. Die gesamte Geschichte der Entstehung und Entwicklung urbaner Räume ist ohne Prozesse, die wir heute als soziale Innovationen bezeichnen, undenkbar. Deren Rolle besteht dabei generell darin, dass sie Zieloffenheit durch ein rekursives bzw. iteratives Verhältnis von Innovation und Implementierung füllen – ein Vorgang, der als sozialer Lernprozess verstanden werden kann. Das hier vorgestellte transformative Lernen weist viele Übereinstimmungen auf mit iterativen, experimentellen und zugleich zielgenerierenden Neuorientierungen individueller Biografien, sozialer Praktiken und Organisationen, wie wir sie in der Verlaufsform sozialer Innovationen vorfinden. Transformative Reallabore des Lernens gehören folglich zur kritischen Infrastruktur einer zukünftigen urbanen Entwicklung.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Bildung](#), [Experiment](#), [Innovation](#), [Kontext](#), [Partizipation](#), [Transformation](#), [Wirksamkeit](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Fett, O. (2024). Lernen: Iterative Zielgenerierung im transformativen Kontext. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 151-160). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_19



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Im Folgenden geht es um *transformatives Lernen*. Das formative Lernen zum Erwerb basaler Kulturtechniken ist zwar auch, aber in anderer Weise von **transformativen** Rahmenbedingungen betroffen als das biografisch spätere Lernen im Jugend- und Erwachsenenalter, und damit auch das Lernen von Organisationen. Werden im formativen Lernen die primären Ziele der **Sozialisation** und des Erwerbs von basalem Funktionswissen verfolgt, die zu einer erwünschten Grundausstattung an Orientierungen, Fähigkeiten, Wissensbeständen und Rollenzuschreibungen des Lernsubjekts sowie zu dessen grundlegendem Weltbild führen, stellt das **transformative** Lernen einiges vom Erlernten wieder infrage bzw. setzt ein, wo Veränderungen das Erlernte schon infrage gestellt haben. Unter dem Begriff des **transformativen** Lernens werden seit mehr als vierzig Jahren Lernkonzepte entwickelt, die sich zwar aus den ursprünglichen Arbeiten von Mezirow (1997 & 2000) herleiten lassen, hier aber nicht alle dargestellt werden können. Die Darstellung folgt daher der ursprünglichen und somit älteren lerntheoretischen Arbeit Mezirows sowie einzelnen Arbeiten im deutschsprachigen Raum, die im Rahmen der Lern- und **Transformationsforschung** entstanden sind.

Transformation und Zieloffenheit

Der Begriff **Transformation**, insbesondere in Verbindung mit dem Begriff **Nachhaltigkeit**, folgt zurzeit einer modernisierungstheoretischen Vorstellung, in der die Gesellschaft von einem definierten nicht**nachhaltigen** Zustand zu einem **nachhaltigen** Zustand strebt. Eine solche **Transformation** geschieht jedoch nicht in einer einzigen großen Anstrengung mit einem allgemein akzeptierten Ziel, sondern in vielen institutionellen und individuellen Veränderungsschritten, deren Ergebnis erst im Gesamtgefüge iterativer Rückkopplungen zu bewerten ist. Dabei spielen **soziale Innovationen** als eigenständiges „Innovationsparadigma“ (Howaldt & Schwarz, 2010, S. 13) eine große Rolle.

Im Kontrast zum linearen Charakter kontinuierlich orientierter **Planung** wird das Neue in **sozialen Innovationen** „im wiederholten Durchlaufen rekursiver Schleifen menschlicher Praxis sozial konstituiert“ (Ortmann, 1995, S. 398). In dem Maße, in dem **soziale** „Innovationsspiele“ als „Logik ... der Veränderung der Routinespiele“ an Einfluss gewinnen, steigt die Bedeutung von Erfordernissen wie „Bewegung, Flexibilität, Risiko, Dynamik“ in Bereichen, die traditionell von „Standards wie Beständigkeit und Zuverlässigkeit geprägt“ sind (Ortmann, 1995, S. 64). „Die damit einhergehenden Realisierungsprozesse lösen Institutionalisierungsdynamiken aus und transformieren die gesellschaftlichen Routinen“ (Schröpf, 2020, S. 60). Dies kann zugleich als iterativer Lernprozess verstanden werden, der „in einer pragmatischen ‚Handlungslogik‘ jenseits eines zielvorwegnehmenden Planungsverständnisses zum Ausdruck [kommt]“ (Schäffter, 2006, S. 9–10).

Städten kommt in diesen Prozessen eine wichtige Rolle zu: „In ihnen lassen sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen ‚im Reagenzglas‘ beobachten und Erkenntnisse auf höhere Ebenen skalieren“ (Schneidewind, 2014, S. 3).

Welche Rahmenbedingungen bieten urbane Räume für **soziale Innovationen**, verstanden als **soziale** Lernprozesse? Und welche sollten sie bieten? Hierzu muss man sich Klarheit verschaffen über adäquate Lernkonzepte.

Der in Transformationsprozessen oft uneingestandene Paradigmenwechsel in eine Zieloffenheit stellt für das Lernen eine erhebliche Herausforderung dar. Lineare Lernkonzepte, z. B. ein „Konversionslernen“ (Schäffter, 1999, S. 3) in Form von Weiterbildungen, liefern hier keine adäquaten Konzepte und Methoden. Die gesamtgesellschaftliche Transformation ähnelt der von Kuhn (1973) untersuchten Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Dabei findet eine Verschiebung von Perspektiven, Fragestellungen, grundlegenden Begriffen und Weltverhältnissen der Akteure statt. Die resultierende neue Weltkonstruktion, in welche die Akteure eintreten, ist eine völlig andere als diejenige, in der sie zuvor gelebt haben. Begriffe, Themen, Theorien und Praktiken unterliegen einer neuen Ordnung und anderen Grundannahmen als zuvor und sind nicht in die vorangehende Ordnung übersetzbar. Das Lernen aus kumulativen, kontinuiertsorientierten Entwicklungsmodellen, Erfahrungen, Wissensbeständen und standardisierten Prozessen steht damit auf dem Prüfstand. Das reflektierte Ver- und Umlernen wird ebenso wichtig wie das Dazulernen. Dies kann einige disruptive Effekte mit sich bringen. So können z. B. Statusansprüche und Selbstbilder, die mit einem bestimmten Wissen und bestimmten Fähigkeiten verbunden sind, infrage gestellt werden. Organisationen, Qualifikationsprofile und ganze Berufsfelder können einen rapiden Funktionsverlust erleiden. Die resultierenden Irritationen, der Eindruck der Entwertung eigener Leistung, Existenzangst und Frustration können sowohl zu individuellen Krisen als auch zu erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen beitragen.

Strukturelles Dilemma für das Lernen

Das Lernen findet im *Paradigmenwechsel* (Hilger, 2012) nicht mehr „innerhalb eines trotz des inhaltlichen Wandels gleichbleibenden Kontextes ... innerhalb eines weiterhin stabilen und vertrauten Sinn- und Bedeutungshorizonts“ statt, also nicht mehr als „Veränderung 1. Ordnung“, sondern als „Veränderungen 2. Ordnung, ... weil nun auch der Veränderungskontext einem strukturellen Wandel unterworfen ist, in dem jede einzelne Veränderung eine topologisch neuartige Bedeutung erlangt“ (Schäffter, 2014b, S. 38; vgl. Schäffter, 2009). Das Dilemma besteht darin, dass „[b]is zum heutigen Tag ... die Vorstellung der Antizipierbarkeit kommender Herausforderungen für das pädagogische Denken tragend [ist]“ (Arnold, 2017, S. 685). An die Stelle eines „linearen Übergangs“ (Schäffter, 2014a, S. 115) durch ein „Konversionslernen“ tritt daher ein Lernen, welches den Schritt in einen nicht klar fokussierbaren und zugleich unabschließbaren Zustand des „iterativen Übergangs“ begleitet, dessen Ziele immer wieder „durch neue Veränderungen in Frage gestellt“ werden (Schäffter, 2014a, S. 129). Dieser iterative Übergang in einen nicht klar fokussierten Zustand bedeutet ein schrittweises und mit permanenten Feedbackschleifen versehenes Generieren möglicher Ziele unter dem Vorbehalt, dass diese sich zugleich durch diesen Prozess verändern können; ein *Trial and Error*, bei dem das Ziel wiederholt neu justiert wird. „Dabei können die Entwicklungsschritte immer wieder von Neuem durchlaufen werden, ohne dass sich ein Kreis je schließen oder ein feststehendes Ziel erreicht würde“ (Graupe & Bäuerle, 2022, S. 3).

Ein zweites Dilemma besteht darin, dass ein solches Lernen dem legitimen Anspruch auf biografische *Nachhaltigkeit gerecht* werden muss. Dies bedeutet, dass Lernen zu gelungenen Rollenfindungen führt, die nicht permanent negiert werden. Fehlt dieser

Effekt, weil ständige **Transformation**sschleifen jegliche Lebensentwürfe wiederholt als obsolet erweisen, besteht die Gefahr eines Lernens ohne Sinn. Anstelle eines lebenslangen Lernens für eine fremdbestimmte Dauermodernisierung bedarf es lernbiografischer Prozesse, die den Selbst**wirksamkeits**anspruch der Lernsubjekte adressieren. **Transformatives** Lernen ist jedoch nicht als Krisenbewältigung zu verstehen. Was in traditionellen linearen Lebensentwürfen als existenziell bedrohliche Krise erscheint, gehört in Lebensentwürfen expeditiver, adaptiv-pragmatischer, neoökologischer oder performanceorientierter Sinus-Milieus (vgl. Sinus Markt- und Sozialforschung, 2023, S. 5, 13–23) längst zum Alltag einer permanenten Orientierungspraxis. Auch dabei dürfte lernbasiertes Übergangsmanagement eine zentrale Voraussetzung für eine gelungene Rollenfindung sein.

Transformatives Lernen als Lernform für Transformationskompetenz

Wenn es nicht nur um **Nachhaltigkeit** als Lerninhalt geht, wie z. B. in der **Bildung** für **nachhaltige** Entwicklung (BNE; Singer-Brodowski, 2016), sondern auch um zielgenerierende (Schäffter, 2006) **nachhaltige** Handlungsperspektiven, ist eine **Transformationskompetenz** von zentraler Bedeutung:

Transformationskompetenzen: Sie sind grundlegend für einen Kontext der tiefen und schnellen Veränderungen von Gewohntem und einer dadurch verstärkten Rolle ethisch-normativer Fragen als Orientierung in der Gestaltung des Neuen (z. B. Philosophie, kognitive Flexibilität und Komplexität, kritisches, innovatives Denken und Umgang mit Unsicherheit und Verlust). (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [WBGU], 2019)

In der **Bildung**sforschung und -praxis haben seit den 1980ern Konzepte des **transformativen** Lernens an Bedeutung gewonnen, die das Lernsubjekt und seine Entwicklung adressieren und seine Rollenfindung und Orientierung sowie sein Weltverhältnis insgesamt durch Lernprozesse in eine positive Resonanz zur **transformativen** Entwicklung seiner Umwelt bringen (Mezirow, 1997 & 2000):

Transformatives Lernen bezieht sich auf einen Prozess, bei dem wir unsere als sicher angenommenen Vorannahmen (Perspektiven, Denkgewohnheiten, Denkweisen) transformieren, um sie zu erweitern und zu verändern. Eine emotionale und reflektive Öffnung ermöglicht Wandel, indem neue Überzeugungen und Meinungen entwickelt werden, die einen sinnvollen Rahmen für veränderte Handlungsbedingungen ergeben. (Mezirow, 2000, S. 7–8; vgl. Mezirow, 1997)

Diese Fähigkeit zur Metakognition führt zu der von Mezirow so bezeichneten **Perspektiventransformation** als Kern des **transformativen** Lernens.

Ebenen des transformativen Lernens

Perspektivenverschiebungen vom Lernen in der Wissensgesellschaft zum Lernen in der **Transformation**sgesellschaft setzen bisherige Lernformen nicht außer Kraft, aber ergänzen sie um wesentliche Aspekte. In den folgenden Beispielen sind einige Punkte an Frieters-Reermann (2009, S. 123) angelehnt, andere stammen aus der Praxis des Autors:

Tradiertes Lernen in der Wissensgesellschaft	Ergänzendes Lernen in der Transformationsgesellschaft
Didaktisches Schema	
Dazulernen	Notwendigkeit des Ver- und Umlernens
Kognitive Aneignung von Wirklichkeit	Konstruktiver Umgang mit Wirklichkeit
Lernen von Fachwissen	Handlungsorientiertes und nondisziplinäres Lernen
Orientierung am idealen Ergebnis	Prototyping
Rollenübernahme von Vorbildern	Ausprobieren neuer Rollen und Handlungsweisen
Lernziele	
Lernziele als gegebene Größen	Lernziele durch Suchen und Verändern von Perspektiven
Wissen und Können	Vertrauen, Mut, Begeisterung, Glücks- und Empathiefähigkeit
Qualifikationslernen	Identitäts-, Deutungs- und Interpretationslernen
Was muss ich wissen, um ...?	Was mache ich mit dem Wissen?
Know-how	Know-why
Lerngegenstände	
Lerngegenstände sind gegeben	Lerngegenstände entstehen teilweise erst im Lernprozess
Lernprozess und Erfolgsmessung	
Information und Einübung innerhalb bestimmter Rahmenbedingungen	Umgang mit Perspektivenverschiebungen und veränderten Rahmungen
Aneignung von Wissen	Teilen und performative Präsenz von Wissen
Lernerfolg durch Vermeidung von Fehlern	Lernerfolg durch Erfahrung mit Fehlern
Leitdifferenz falsch - richtig	Leitdifferenz viabel - nicht viabel
Wissenskonzept	
Faktenwissen	Lernfelder, wie Selbst, Beziehung, Irritation, Krisen, Erwartungen, Rituale, Urteile (Fragen der menschlichen Existenz, des In-der-Welt-Seins)
Wissen als Kontrollinstrument, technisch, instrumentell	Deutungswissen, Wissen als Verstehen und Erläutern von Intentionen, Werten, Idealen, moralischen Grundsätzen, sozialen , politischen, philosophischen, psychologischen oder pädagogischen Vorstellungen und damit verbundene Empfindungen

Tradiertes Lernen in der Wissensgesellschaft	Ergänzendes Lernen in der Transformationsgesellschaft
Verständnis des Lernsubjekts	
Kompetenzentwicklung	Kompetenzentwicklung als Teilaspekt der Persönlichkeitsentwicklung
Kognitives Interesse	Metakognitives Interesse, Fragen wie: Welche Rolle nehme ich ein? Was ist aus meiner Sicht der Fall, und wie kommt diese Sicht zustande? Welche Sichtweisen gibt es außerdem? Was sind meine Interessen und Erwartungen? Welche Interessen, Erwartungen oder Legitimationskriterien liegen den Prozessen zugrunde? Wie entstehen Fakten? Wie entstehen Interpretationen? Wie entstehen Bewertungen? Welche (eigenen und fremden) Emotionen begleiten den Prozess?
Perspektivenverschiebung, neue Ontologien	
Prometheisch besitzende Haltung	Kokreativ bewohnende Haltung
Herausforderung: technisch, ökonomisch	Herausforderung: kulturell, institutionell
Ausdifferenzierung und Spezialisierung	Zusammendenken und Integrieren
Wirklichkeitsorientierung	Möglichkeitsorientierung
Faktum	Existenzielle Perspektive, Sinn
Stabilitätserwartung, Bewahrung, Abgrenzung	Transformationskompetenz, Gestaltung, Öffnung
Erwartung von Normalität	Irritationskultur (Mitgutsch, 2013)
Rolle der Lehrenden	
Wissen, Wissen vermitteln, bewerten	Beraten, Potenziale fördern, Lernumgebungen gestalten

Folgende Elemente der Persönlichkeitsentwicklung (z. T. nach Kohler, 2015; Mezirow, 1997; Mitgutsch, 2013; Welzer, 2011, S. 9) sind für Individuen und Organisationen im Übergang besonders relevant:

- Irritationskompetenz: Auseinandersetzung mit den eigenen Emotionen (Verwirrung, Enttäuschung, Aggression, Trauer, Angst)
- Transitionskompetenz: Ambiguitätstoleranz, Leben im Undefinierten
- Doppelgleisigkeit: Persönlichkeitsentwicklung als Beitrag zu gesellschaftlicher **Transformation**, den eigenen Beitrag ermitteln und reflektieren, sich selbst oder die eigene Organisation als Teil der Mitwelt verstehen
- Selbsterkenntnis: Biografiearbeit retrospektiv. Wie sind wir so geworden? Utopie und Eigensinn, Biografiearbeit antizipierend. Wer möchten wir gewesen sein?
- Rollenveränderung: Suche nach neuen Rollen, Beziehungen und Handlungen
- Authentizität: Walk your Talk – Lerninhalte praktizieren; Talk your Walk – das Praktizierte thematisieren, darüber sprechen lernen

Zukunft transformativer Lernumgebungen

Städte als **transformativ** Lernumgebungen bedürfen einer entsprechenden Neuorientierung von Organisationsstrukturen, die wir üblicherweise mit den Einrichtungen der Erwachsenen**bildung** verbinden. Denn sonst „besteht die Gefahr, dass traditionelle erwachsenenpädagogische Organisationsstrukturen in den Veränderungsprozessen determinierend bleiben; dann können sich lediglich strukturkompatible Veränderungsprozesse entfalten“ (Hilger, 2012, S. 222).

An **Nachhaltigkeit** orientierte Akteure außerinstitutioneller Wandelbewegungen, aber auch jüngere Unternehmensformen agieren längst als Träger nonformaler **transformativer** Lernumgebungen, in denen Aspekte **transformativen** Lernens realisiert werden (Thadden, 2014; Umweltbundesamt, 2021), ohne dass den Akteuren das **transformativ** Lernkonzept bekannt ist: z. B. Co-Working-Spaces, Urban Gardening, Repaircafés, offene Werkstätten, Bauteilbörsen, Teil- und Tauschringe, solidarische Landwirtschaften, Kooperativen, Genossenschaften, Upcycling-Initiativen, Zwischennutzungen, Transition-Town-Gruppen, Start-ups mit neuen ressourcensensiblen Geschäftsmodellen, kreislaufwirtschaftliche Initiativen. In Zukunft hängt viel davon ab, ob und in welcher Weise Konzepte und Kompetenzen solcher Initiativen in die Mitte der Gesellschaft geholt werden.

Auch kann das aus dem Schulbau kommende Konzept des Raums als *dritten Pädagogen* (Bundeszentrale für politische Bildung, 2018), welches davon ausgeht, dass die Gestaltung von Schulen auf zeitgemäße Lernformen abgestimmt sein muss, in einer für den öffentlichen Raum geeigneten Weise weiterentwickelt und auf die Gestaltung außerschulischer öffentlicher Lernorte erweitert werden. Wie müssen öffentliche Räume gestaltet sein, um Lernprozesse zu ermöglichen und zu fördern? Wie können Lernorte aufeinander bezogen werden? Wie können so unterschiedliche Einrichtungen wie ein Schrottplatz, die Gedenkstätte, das Vereinslokal oder die kommunale Verwaltung als – intendierte oder eher zufällige, institutionalisierte oder informelle (Faulstich & Haberzeth, 2010, S. 76) – Lernorte verstanden werden? Solche scheinbar entlegenen Fragen – denn Perspektivenverschiebungen leben von der strategischen Verfremdung des Blickwinkels – können im Ergebnis zu neuen Konzepten für lernende Organisationen und für die Stadtentwicklung beitragen. „Reallabore ermöglichen somit einen ganzheitlichen Blick, der wichtig ist, denn innovative, zukunftsweisende Lösungen werden zunehmend an neuen Orten gefunden, die jenseits traditioneller Organisationsstrukturen liegen und ein kollaboratives Handeln fördern“ (Müller et al., 2023, S. 10).

Transformatives Lernen kann sich zur Querschnittsaufgabe der Gesellschaft entwickeln, wenn infrastrukturelle Bedingungen und **soziale** Räume auf ihre Eignung als Lernumgebung und somit als Integrationssphäre für **transformativ** Lernprozesse gesehen und evaluiert werden.

Lebbarkeit, Sinnzusammenhänge, Verantwortlichkeit sowie **soziale** und ökologische Implementierbarkeit bedürfen der prototypischen Realisierung von Lerninhalten in einem lernorientierten *Community Development* sowie der **experimentellen Partizipationskultur** einer *Active Citizenship* (Zeuner, 2007, S. 9–13). Zielwidersprüchen kann

mit flexiblen Raum- und Nutzungskonzepten begegnet werden. Deren beständige Funktion besteht in ihrer Wandelbarkeit, ihr Erfolg in der begrenzten Dimension, und damit einfachen Revidierbarkeit möglicher Misserfolge, und in der unkomplizierten Implementierbarkeit von Nutzungsinnovationen. Solche Reallabore der Transformation, Zwischennutzungen, die Nutzung z. B. ehemaliger Gewerbeflächen für experimentelle Verfremdungen von Räumen und gewohnten Nutzungskonzepten, funktionale Durchlässigkeit statt institutioneller Trennung, neue Rollen, Selbstwirksamkeit, Kooperationen, Synergien sowie daraus generierte neue Konzepte des lernenden Zusammenlebens bilden die Elemente einer iterativen Praxis gesellschaftlicher Transformation. Sie benötigen, um wirksam zu sein, eines multiprofessionalen Rahmens der Partizipation. Irreversible Gestaltungsprozesse im Stil des 20. Jahrhunderts, die als Pfadabhängigkeiten auch das 21. Jahrhundert noch binden, können durch lernbasierte Prozesse der reflexiven Zielgenerierung und -realisierung vermieden werden.

Literaturverzeichnis

- Arnold, R. (2017). „Wenn die Fakten sich ändern ...“ - Zukunftsbilder der Pädagogik zwischen Kontinuität, Aufbruch und Kontemplation. *Pädagogische Rundschau*, 71, 683-692.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2018). *Der Raum als „dritter Pädagoge“: Über neue Konzepte im Schulbau*. <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/278835/der-raum-als-dritter-paedagoge-ueber-neue-konzepte-im-schulbau/>
- Faulstich, P., & Haberzeth, E. (2010). Aneignung und Vermittlung an lernförderlichen Orten: Theoretische Begründung und exemplarische Analysen von Lernorten. *Hamburger Hefte der Erwachsenenbildung*, 1, 58-79.
- Frieters-Reermann, N. (2009). *Friedens- und Konfliktpädagogik aus systemisch-konstruktivistischer Perspektive*. Wiku-Wissenschaftsverlag Dr. Stein.
- Fuhr, T. (2018). Lernen im Lebenslauf als transformatives Lernen. In C. Hof & H. Rosenberg (Hrsg.), *Lernen im Lebenslauf: Theoretische Perspektiven und empirische Zugänge* (S. 83-104). Springer VS.
- Graupe, S., & Bäuerle, L. (2022). *Bildung in fragilen Zeiten: Die Spirale transformativen Lernens*. Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung, Institut für Ökonomie. https://hfgg.de/wp-content/uploads/2023/05/70_WP_Graupe-Baerle_Bildung-in-fragilen-Zeiten.pdf
- Hilger, B. (2012). *Paradigmenwechsel als Feld strukturellen Lernens: Konsequenzen für die Herausbildung von Lernkulturen in der Transformationsgesellschaft*. Barbara Budrich. <https://doi.org/10.25656/01:6745>
- Howaldt, J., & Schwarz, M. (2010). *„Soziale Innovation“ im Fokus: Skizze eines gesellschaftstheoretisch inspirierten Forschungskonzepts*. Transcript.
- Kohler, F. (2015). *Transformatives Lernen für ein gelebtes Buen Vivir* [Diplomarbeit, Universität Wien]. <https://doi.org/10.25365/thesis.31632>
- Kuhn, T. S. (1973). *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Suhrkamp.
- Mezirow, J. (1997). *Transformative Erwachsenenbildung*. Schneider Verlag Hohengehren.
- Mezirow, J. (2000). Learning to think like an Adult: Core Concepts of Transformation Theory. In J. Mezirow & Associates (Hrsg.), *Learning as Transformation, Critical Perspectives on a Theory in Progress* (S. 3-34). Jossey Bass.
- Mitgutsch, K. (2013). Irritationskompetenz fordern und fördern: Transformatives Lernen und Lehren im 21. Jahrhundert. In E. Christof & J. F. Schwartz (Hrsg.), *Lernseits des Geschehens: Über das Verhältnis von Lernen, Lehren und Leiten* (S. 21-37). Studienverlag.
- Müller, S., Winge, S., Böttcher, S., & Reschke, S. (2023). *Stärkung sozialer Innovation in Sachsen-Anhalt: Gelingensbedingungen und Erfolgsfaktoren sozialer Innovationen in Sachsen-Anhalt*. Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt. https://soziale-innovation.zsh-online.de/files/Publikationen/03_WorkingPaper_Projektspeicher_final3.pdf
- Ortmann, G. (1995). *Formen der Produktion: Organisation und Rekursivität*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-97055-8>
- Schäffter, O. (1999). Lernen in der Transformationsgesellschaft: Der gesellschaftliche Zwang zur Selbststeuerung. *Info-Dienst*, 3-10.

- Schäffter, O. (2006). Zielgenerierende Lernkultur und ihre Forschungskultur: Annäherungen zwischen zwei Programmatiken. *Quem Report*, 97, 9–24.
- Schäffter, O. (2009). Stichwort „Transformation“. *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, 16(4), 20–21.
- Schäffter, O. (2014a). Bildungsformate im gesellschaftlichen Strukturwandel. In H. von Felden, O. Schäffter, & H. Schicke (Hrsg.), *Denken in Übergängen: Weiterbildung in transitorischen Lebenslagen* (S. 111–136). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06532-4_6
- Schäffter, O. (2014b). Navigieren durch vernetzte Bildungslandschaften. In H. von Felden, O. Schäffter, & H. Schicke (Hrsg.), *Denken in Übergängen: Weiterbildung in transitorischen Lebenslagen* (S. 37–59). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06532-4_3
- Schneidewind, U. (2014). Urbane Reallabore: Ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. *Planung neu denken Online*, 3, 1–7.
- Schröpf, T. J. (2020). *Systemische Erfassung und Analyse sozialer Innovationen zur Ableitung eines konzeptionellen Bezugsrahmens* [Masterarbeit, Universität Graz]. <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhrs/download/pdf/4731093>
- Singer-Brodowski, M. (2016). Transformatives Lernen als neue Theorie-Perspektive in der BNE: Die Kernidee transformativen Lernens und seine Bedeutung für informelles Lernen. In Forum Umweltbildung (Hrsg.), *Im Wandel. Jahrbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung* (S. 130–139). Forum Umweltbildung im Umweltdachverband.
- Sinus Markt- und Sozialforschung. (2023). *Die Sinus-Milieus* [Broschüre]. <https://cloud.sinus-institut.de/public/fe564b>
- Thadden, E. von (2014). *Auf neuem Terrain: Wie lassen sich die ökologischen Akteure des Übergangs beschreiben?* [Essay]. Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Umweltbundesamt (Hrsg.). (2021). *Transformatives Lernen durch Engagement: Ein Handbuch für Kooperationsprojekte zwischen Schulen und außerschulischen Akteur*innen im Kontext von Bildung für nachhaltige Entwicklung*. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/final_hauptdok_uba_handbuch_transformatives_lernen_bfrei.pdf
- Welzer, H. (2011). *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2019). *Unsere gemeinsame digitale Zukunft: Empfehlungen*. https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2019/pdf/WBGU_HGD2019_Empfehlungen.pdf
- Zeuner, C. (2007). *Welche Potentiale bietet Weiterbildung für die Bewältigung gesellschaftlicher Veränderungen im kommunalen und regionalen Umfeld?* [Vortrag, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg]. <https://docplayer.org/4466122-Prof-dr-christine-zeuner-fakultaet-fuer-geistes-und-sozialwissenschaften.html>

Mediation

Kohabitation mediativ verhandeln

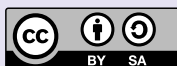
Städte werden überwiegend als Orte der Menschen gedacht. Innovative Ansätze der Stadt- und Freiraumplanung wie das Konzept der Kohabitation plädieren indes für eine veränderte Art des Zusammenlebens und eine Multispezies-Perspektive, die menschliche wie auch nichtmenschliche Interessen und Bedürfnisse einbezieht. Angesichts starker Ressourcen- und Flächenkonkurrenzen erscheint es bei Kohabitationsprojekten jedoch zentral, herkömmliche Machtstrukturen und gängige Konfliktklärungsmuster in der Planung kritisch zu reflektieren. Vielmehr müssten konstruktive Konfliktmuster sowie Planungsprozesse gestärkt werden, die die Interessen und Bedürfnisse menschlicher wie auch nichtmenschlicher Akteure integrieren. Ziel dieses Artikels ist es daher, das Konzept der Kohabitation mit Herangehensweisen der Umweltmediation zu verbinden. Dadurch könnte eine Transformation hin zu einer anderen Stadt- und Freiraumplanung gelingen, die Menschen, Tiere und Pflanzen als gleichrangige Mitbewohner*innen der Stadt anerkennt, was im Kontext der Klima- und Biodiversitätskrise essenziell wäre.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Gemeinwohl](#), [Innovation](#), [Planung](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Ahn, S., & Hauck, T. E. (2024). Mediation: Kohabitation mediativ verhandeln. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 161-168). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_20



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Treiber und Schlüssel

Zwischen **Innovationen** und massiven Umweltveränderungen besteht oftmals eine enge Wechselbeziehung, die sowohl Aspekte der Neuerschaffung als auch der Zerstörung beinhaltet. In der Tat haben chemische, **soziale**, organisatorische und ingenieurtechnische **Innovationen** neben vielen positiven Effekten häufig auch einen erheblichen Anteil an der Degradierung von **Ökosystemen** und der Verschärfung globaler Umweltkrisen, insbesondere der Klima- und Biodiversitätskrise (Sassen, 2016, S. 30).

Dies kann am Beispiel von *Structural Glazing* veranschaulicht werden. Als ingenieurtechnische **Innovation** des 20. Jahrhunderts beflügelte diese neuartige Konstruktionsweise, durch die große, durchgängige Glasfassaden ermöglicht wurden, den Bausektor. Dadurch konnte der architektonische Traum von einer transparenten Gebäudehülle, von ausreichender natürlicher Belichtung und Repräsentation Wirklichkeit werden. Allerdings führte dies zu negativen Wechselwirkungen mit der Fauna. Denn großflächige Glasfassaden stellen für viele Vögel eine tödliche Falle dar. Gemäß einer Hochrechnung der Vogelschutzwarten der deutschen Bundesländer sterben deutschlandweit pro Jahr über 100 Millionen Vögel aufgrund von Kollisionen mit Glasfassaden, was in etwa 5 % aller Vögel bedeutet, die jährlich in Deutschland gesichtet werden (Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten, 2017, S. 66).

Als weiteres Beispiel kann das *Haber-Bosch-Verfahren* angeführt werden, welches Anfang des 20. Jahrhunderts den Agrarsektor revolutionierte. Mit der damals neuartigen, großindustriellen Synthese von Ammoniak konnte die Düngemittelproduktion und damit die Lebensmittelproduktion für die wachsende Weltbevölkerung enorm gesteigert werden (Schneider & Thomi, 2016, S. 2). Gleichzeitig hat der übermäßige Einsatz industrieller Düngemittel enorme **Auswirkungen** auf den natürlichen Stickstoffkreislauf und führt zu einer beträchtlichen Schädigung von **Ökosystemen**, einem Rückgang der biologischen Vielfalt, Beschleunigung des Klimawandels und zu einer Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit (Geupel & Frommer, 2015; Schellnhuber, 2015).

Ausgehend von dem Wissen um die **komplexen**, positiven wie auch negativen Wechselbeziehungen mit der Umwelt, die mit **sozialen**, organisatorischen und ingenieurtechnischen **Innovationen** einhergehen, liegt in einer **Transformation** der **Innovation** eventuell der Schlüssel, um aktuelle Umweltkrisen zu bewältigen und fortschreitende Urbanisierungsprozesse ökologisch und **sozial** zu gestalten. Gerade angesichts immer deutlicher werdender (natürlicher) Grenzen braucht es ein reflektiertes Verständnis von **Innovation**, das Folgen und Grenzen mitdenkt, verschiedene Perspektiven integriert und ein Denken in Alternativen beinhaltet. Dann könnten neue Prozesse, Verfahren, Produkte, Organisationsformen und Praktiken signifikant dazu beitragen, eine **nachhaltige Transformation** in Städten voranzutreiben (Bernögger et al., 2022; Peer et al., 2024).

Darunter fallen auch neuartige Ansätze und Theorien, die eine veränderte Form des Zusammenlebens diskutieren und einfordern.

Neue Formen des Zusammenlebens: Konvivialismus und Kohabitation

Ausgehend von französischen Wissenschaftler*innen und Intellektuellen um Alain Caillé, Marc Humbert, Serge Latouche und Patrick Viveret wird unter dem Begriff *Konvivialismus* eine politische Philosophie angestrebt, die eine neue Kunst des Zusammenlebens intendiert, welche nicht zulasten anderer und nicht zulasten der Natur geht (Les Convivialistes, 2014, S. 9). Abgeleitet von dem Begriff *convivere* (lat. zusammenleben, koexistieren, nebeneinander bestehen) bedeutet Konvivialismus das „Ausloten von Möglichkeiten, wie jenseits der Wachstumsgesellschaft ein Zusammenleben möglich sein kann, wie Sozialität, Konflikt und Individualität aufeinander bezogen werden und wie ökologisch und sozial nachhaltige Formen demokratischen Lebens ausschauen können“ (Les Convivialistes, o. J.). Betont wird im zweiten Manifest der Konvivialisten, dass Menschen dabei nicht in einem Verhältnis der Äußerlichkeiten zur Natur leben. Aus dieser Perspektive heraus besitzen Menschen keine Machtposition oder Herrschaftsansprüche gegenüber natürlichen Entitäten (Die konvivialistische Internationale, 2020, S. 40). Der Schutz der Natur und biologischen Vielfalt soll also nicht aus menschlichem Eigennutz und -interesse, sondern aus einer Anerkennung und Respekt der intrinsischen Werte anderer Arten erfolgen (Adloff & Busse, 2021).

Eine ähnliche Grundhaltung spiegelt auch der Ansatz der *Kohabitation* wider, der jedoch weniger eine politische Philosophie, sondern eher einen *planungspraktischen* Zugang darstellt. Kohabitationsprojekte in der Freiraum*planung* gehen davon aus, dass nicht nur Menschen Nutzungsansprüche an Stadtnatur und Freiräume haben, sondern auch nichtmenschliche Mitbewohner*innen (Hauck & Osten, 2022). Insofern bricht der Kohabitationsansatz mit herkömmlichen Paradigmen der Stadt- und Freiraum*planung*, die bisher überwiegend menschenzentriert waren (Hernandez-Santin et al., 2022). Ähnlich wie der Konvivialismus schlägt auch das Konzept der Kohabitation ein anderes Mensch-Natur-Verhältnis vor, das nicht auf menschlichem Eigeninteresse und Machtansprüchen beruht, sondern auf der Anerkennung anderer Arten. Ausgehend von einer Multispezies-Perspektive wurde zunehmend nach Möglichkeiten gesucht, menschliche wie auch nichtmenschliche Bewohner*innen in *Planungs-* und Entscheidungsprozesse einzubeziehen (Hernandez-Santin et al., 2022). In den letzten Jahren wurden einige Ansätze entwickelt, die *species as clients* sehen, beispielsweise *Biodiversity Inclusive Design* (Hernandez-Santin et al., 2022), *Animal-Aided Design* (Weisser & Hauck, 2017), *Wildlife Inclusive Design* (Apfelbeck et al., 2020) oder *Biodiversity Sensitive Urban Design* (Kirk et al., 2021).

Stadt- und Freiraumkonflikte

Eine auf Kohabitation fokussierte Stadt- und Freiraum*planung* könnte vielfach zur Bewältigung gegenwärtiger Umweltkrisen beitragen, trägt jedoch neben vielen Synergiepotenzialen auch viele mögliche Konflikte in sich. Denn Städte werden meist als Orte betrachtet, die vorrangig für menschliche Interessen und Bedürfnisse gedacht sind (Weisser et al., 2023). So werden bei der Errichtung von Wohngebäuden und Infrastruktureinrichtungen die negativen Wechsel*wirkungen* mit anderen Stadtbewohner*innen – etwa Tieren, Pflanzen und anderen Organismen – nur wenig berücksichtigt. Die menschenzentrierte Perspektive zeigt sich auch bei zahlreichen Grün- und Freiraum*planungen*, bei denen die Integration von Natur vorrangig im

Dienst der Menschen steht, wie das Wort **Ökosystem-Dienstleistung** schon erahnen lässt. Die Natur ist in diesem **Kontext** primär auf das menschliche Wohlbefinden ausgerichtet (Adloff & Busse, 2021; Hernandez-Santin et al., 2022). Ein für Menschen angenehmes Stadtklima sowie die Lebensqualität menschlicher Stadtbewohner*innen scheinen die wesentlichen Motive zu sein, um – gemäß dem Leitbild der doppelten Innenentwicklung (Bundesamt für Naturschutz [BfN], 2017) – verstärkt naturnahe und klimawandelangepasste Grün- und Freiflächen in den Städten voranzutreiben und zu qualifizieren. Der Erwartungshorizont und das Funktionsspektrum für Grün- und Freiräume nehmen stetig zu, doch Raum innerhalb der städtischen Grenzen ist nicht beliebig vermehrbar, was zu erhöhten Konflikten führt. Linke und Putz (2021) heben hervor, dass Interessenkonflikte, Flächenkonkurrenzen und mangelnde Ressourcen die größten Hürden bei der Umsetzung eines klimaorientierten Stadtumbaus darstellen. Öffentliche Grün- und Freiräume werden zum Ort der **Transformation** und Krisenbewältigung, in denen sich gesellschaftliche Aneignung und **Aushandlung** mit all ihren Widersprüchen und Konflikten entfalten mag (Knierbein & Ahn, 2023).

Konflikte reichen in diesem **Kontext** von kleineren Spannungen und Diskrepanzen bis hin zu aggressiven Auseinandersetzungen und können in der individuellen Wahrnehmung enorm variieren – d. h., während einige Konfliktparteien die Situation als hoch eskaliert und bedrohlich erleben, nehmen andere Parteien den Konflikt kaum wahr (Glasl, 2011). Die zunehmende Beschäftigung mit Widersprüchen, Konflikten und deren Lösungsstrategien erscheint daher in der Stadt- und Freiraum**planung** unerlässlich. Im Konfliktmanagement lassen sich gemäß Schwarz (2005) sechs grundlegende Muster feststellen, um Konflikte zu klären oder gar zu lösen: Flucht, Vernichtung, Unterwerfung, Delegation, Kompromiss, Konsens. Während die ersten vier Muster eine eindeutige *Win-loose*-Situation herbeiführen, gibt es beim Kompromiss aufgrund von Teileinigungen keinen eindeutigen Verlierer oder Gewinner. Dies mag in vielen **Planungs**projekten ein befriedigendes Ergebnis darstellen, dennoch kann nicht übersehen werden, dass hier nicht nur ein Gewinn, sondern gleichsam ein Verlust mitschwingt. Insofern schafft aus der Perspektive des Konfliktmanagements nur das sechste Konfliktlösungsmuster – der Konsens – eine *Win-win*-Situation. Denn beim Konsens wird eine konstruktive Lösung angestrebt, die die unterschiedlichen Bedürfnislagen möglichst erfüllt, ohne jedoch die Diversität und Perspektivenvielfalt reduzieren oder angleichen zu wollen, wodurch eine dauerhafte und zugleich umsichtige Lösung forciert werden kann. Dies kann dann sinnvoll sein, wenn es um Konflikte geht, bei denen weiterhin von anhaltenden Beziehungen und längerfristigen, zahlreichen **komplexen Wechselwirkungen** ausgegangen wird. Die Erzielung konsensorientierter Lösungen ist jedoch nicht einfach, besonders bei Umwelt- und bei Kohabitationskonflikten. Dies mag mitunter am Konfliktumfang, an der hohen **Komplexität**, an fehlenden Kenntnissen etwa bezüglich der Konfliktparteien, an mangelhaft organisierten Prozessen, Finanz- und Zeitdruck sowie an starken Macht- und Hierarchiegefällen liegen.

Um bei *Kohabitations*projekten herkömmliche anthropozentrische Machtpositionen und Konfliktmuster nicht weiter zu bedienen, wären Prozesse erforderlich, die konsensorientiert versuchen, die Interessen, Bedürfnisse und Lebenszyklen der involvierten Parteien – ob menschlich oder nichtmenschlich – zu verstehen und auf Basis dessen Lösungen für Raum- und Ressourcenkonflikte herbeizuführen.

Insofern wäre es zielführend, *Kohabitationsprojekte* zusammen mit konfliktklärenden, erkenntnis- und verständnisfördernden Prozessen und Herangehensweisen weiterzuentwickeln, sodass ein gesellschaftliches Umdenken von möglichst vielen mitgetragen werden kann. Anknüpfungspunkte hierfür bieten Konfliktklärungsprozesse wie die Umweltmediation, die in den 1970ern in den USA entwickelt wurde, um gemeinwohl- sowie natur- und umweltbezogene Infrastrukturkonflikte zu klären (Shmueli & Kaufman, 2006).

Konfliktklärung und Umweltmediation

Ziel der Umweltmediation ist eine Beilegung von Konflikten mithilfe von Lösungen, die auf Konsensen zwischen unterschiedlichen Interessen- und Stakeholdergruppen beruhen. Basierend auf dem zunehmenden gegenseitigen Verständnis, der Reflexion der eigenen und fremden Sicht- und Handlungsweisen sowie dem wachsenden Begreifen der Bedürfnisse und Beweggründe des Gegenübers sollen die Konfliktpartien in die Lage versetzt werden, eigene Lösungsansätze zu entwickeln. Geleitet wird der Prozess durch eine*n oder mehrere zertifizierte Mediator*innen oder eine erfahrene **intermediäre** Instanz.

Innerhalb der Umweltmediation oder eines mediativ geleiteten Prozesses kann der gegenseitige Erkenntnisgewinn gleich einer Forschungsreise ausschlaggebend für das Herausfinden neuer Lösungen sein, die anfangs nicht ersichtlich waren. Zwar ist die Auseinandersetzung mit direkt betroffenen Parteien am zielführendsten, doch können gerade bei Umweltmediationen auch Stellvertreter*innen für die Interessen und Bedürfnisse der Konfliktparteien eintreten, sofern diese nicht selbst am Verfahren teilnehmen möchten oder können. Gängig sind bei solchen Verfahren Vertreter*innen, welche die Interessen der Zivilgesellschaft, der Politik, der Wirtschaft, der Umwelt sowie des **Gemeinwohls** vertreten. Nachdem Mediationsverfahren einen informellen, prozessualen und flexiblen Charakter haben, können die Teilnehmenden*innen stark variieren (Harrison, 1997). Daher wäre es ebenso möglich, dass durch Stellvertreter*innen auch die Interessenlagen nichtmenschlicher Stakeholder in die Lösungssuche von Raumkonflikten integriert werden. Zentral für das Verfahren ist, dass alle Konfliktparteien mit ihren unterschiedlichen Anliegen gleichrangig und auf Augenhöhe gesehen werden, sodass herkömmliche Macht- und Hierarchiegefälle nicht bedient werden. Das Verfahren folgt dabei den Prinzipien der Freiwilligkeit, Transparenz, Allparteilichkeit, Ergebnisoffenheit und Vertraulichkeit.

Ein mediativ geführter Prozess, der Konfliktanalysen, Bedürfniserkennung, Entscheidungsfindungen und Konfliktbewältigungsstrategien konstruktiv und strukturiert begleitet, trägt dazu bei, Konflikte und Unterschiede anzuerkennen und kollaborative Prozesse trotz unterschiedlicher Positionen und Hintergründe herbeizuführen. Nachdem Konflikte eine unumgängliche und für den **sozialen** Wandel erforderliche Begleiterscheinung in allen Gesellschaften darstellen (Ropers, 2002), wäre es fatal und illusorisch, Konflikte und Unterschiede zu ignorieren – besonders wenn ein „anderes Zusammenleben“ erreicht werden soll (Les Convivialistes, 2014, S. 48). Vielmehr geht es darum, konstruktive Herangehensweisen zur **Aushandlung** von Differenzen in den Alltag und die Arbeit zu integrieren. Basierend auf der Grundannahme, dass Konflikte nicht (nur) negativ sind, sondern auch Anlass und Triebkraft für **Innovation**, Wandel

und Weiterentwicklung darstellen, ist es wichtig, dass das Augenmerk in diesen Prozessen nicht auf der Klärung der Konfliktursache, etwa einer vergangenheitsfixierten Fehler- und Schuldsuche, verharrt – wie es sonst bei der Bau- und Planungsbranche häufig der Fall ist. Der Fokus müsste eher auf die Frage gelegt werden, wie unter aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen **nachhaltige** Lösungen für menschliche wie auch nichtmenschliche Akteure gefunden werden können und wie eine weiterentwickelte Umweltmediation zu einer konstruktiven Lösungsfindung beitragen kann. Die Zukunftsperspektive und die mediative Herangehensweise helfen, den Zugang zu neuen Bewältigungsstrategien, kokreativen **Experimenten**, ergebnisoffenen Prozessen und unkonventionellen Zukunftsbildern zu schaffen. Dies scheint besonders bei Ansätzen notwendig, die entgegen herkömmlicher **Planungsparadigmen** eine andere Art des Zusammenlebens herbeiführen wollen und eine veränderte **Planungs- und Konfliktkultur** anstoßen.

Literaturverzeichnis

- Adloff, F., & Busse, T. (2021). Welche Rechte braucht die Natur? Eine Einleitung und ein Vorschlag. In F. Adloff & T. Busse (Hrsg.), *Welche Rechte braucht Natur? Wege aus dem Artensterben* (S. 9–24). Campus. <https://doi.org/10.12907/978-3-593-44851-0>
- Apfelbeck, B., Snep, R. P., Hauck, T. E., Ferguson, J., Holy, M., Jakoby, C., MacIvor, J. S., Schär, L., Taylor, M., & Weisser, W. W. (2020). Designing wildlife-inclusive cities that support human-animal co-existence. *Landscape and Urban Planning*, 200. <https://doi.org/10.1016/j.landurbplan.2020.103817>
- Bernögger, A., Kobras, V., Peer, C. (2022). *Soziale Innovationen - in der Krise? Was macht uns krisenfester?* TU Wien. <https://doi.org/10.34726/2641>
- Bundesamt für Naturschutz (BfN) (Hrsg.). (2017). *Doppelte Innenentwicklung - Perspektiven für das urbane Grün*. <https://www.bfn.de/publikationen/broschuere/doppelte-innenentwicklung-perspektiven-fuer-das-urbane-gruen>
- Die konvivialistische Internationale (2020). *Das zweite konvivialistische Manifest: Für eine post-neoliberale Welt*. Transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839453650>
- Geupel, M., & Frommer, J. (2015). *Reaktiver Stickstoff in Deutschland: Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen*. Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/reaktiver-stickstoff-in-deutschland>
- Glasl, F. (2011). Konfliktmanagement. In B. Meyer (Hrsg.), *Konfliktregelung und Friedensstrategien* (S. 125–145). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92789-3_4
- Harrison, J. (1997). Environmental Mediation: The Ethical and Constitutional Dimension. *Journal of Environmental Law*, 9(1), 79–102. <https://doi.org/10.1093/jel/9.1.79>
- Hauck, T. E., & Osten, M. von (2022). Stadtnatur verhandelbar machen. *Arch+*, 247, 198–203.
- Hernandez-Santin, C., Amati, M., Bekessy, S., & Desha, C. (2022). A Review of Existing Ecological Design Frameworks Enabling Biodiversity Inclusive Design. *Urban Science*, 6(4), 95. <https://doi.org/10.3390/urbansci6040095>
- Kirk, H., Garrard, G. E., Croeser, T., Backstrom, A., Berthon, K., Furlong, C., Hurley, J., Thomas, F., Webb, A., & Bekessy, S. A. (2021). Building biodiversity into the urban fabric: A case study in applying Biodiversity Sensitive Urban Design (BSUD). *Urban Forestry and Urban Greening*, 62. <https://doi.org/10.1016/j.ufug.2021.127176>
- Knierbein, S., & Ahn, S. (2023). Urbane Alltagsräume zwischen Klima, Krise und Transformation. *Collage*, 5(23), 4–6.
- Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (2017). Der mögliche Umfang von Vogelschlag an Glasflächen in Deutschland – eine Hochrechnung. *Berichte zum Vogelschutz*, 53(54), 63–67.
- Les Convivialistes (o. J.). *Das konvivialistische Manifest*. Transcript. Abgerufen am 21. Februar 2024 von <https://www.transcript-open.de/isbn/2898>
- Les Convivialistes (2014). *Das konvivialistische Manifest: Für eine neue Kunst des Zusammenlebens*. Transcript. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839428986>

- Linke, S., & Putz, A. (2021). *Die Planung einer Grünen Stadt der Zukunft – Handlungsmöglichkeiten und Instrumente*. TU München, Lehrstuhl für Strategie und Management der Landschaftsentwicklung. https://www.lss.ls.tum.de/fileadmin/w00bds/lapl/Bilder/Projekte/GrueneStadt/Broschure_1.pdf
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1-8). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Ropers, N. (2002). *Friedensentwicklung, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung: Technische Zusammenarbeit im Kontext von Krisen, Konflikten und Katastrophen*. Gesellschaft für technische Zusammenarbeit.
- Sassen, S. (2016). Landscape as Infrastructure for Living. In C. Girot & D. Imhof (Hrsg.), *Thinking the Contemporary Landscape* (S. 30-37). Princeton Architectural Press.
- Schellnhuber, H. J. (2015). *Selbstverbrennung: Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff*. Bertelsmann.
- Schneider, H., & Thomi, W. (2016). Ressourceninduzierter Strukturwandel: Nutzung natürlicher Ressourcen und gesellschaftlicher Wandel. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 60(1-2), 1-8. <https://doi.org/10.1515/zfw-2016-0012>
- Schwarz, G. (2005). *Konfliktmanagement: Konflikte erkennen, analysieren, lösen*. Gabler.
- Shmueli, D., & Kaufman, S. (2006). *Environmental Mediation*. The Jerusalem Institute for Israel Studies. https://jerusalem.institute.org.il/wp-content/uploads/2019/06/PUB_mediation_eng.pdf
- Weisser, W. W., & Hauck, T. E. (2017). Animal-aided Design - using a species' life-cycle to improve open space planning and conservation in cities and elsewhere. *bioRxiv*. <https://doi.org/10.1101/150359>
- Weisser, W. W., Hensel, M., Barath, S., Culshaw, V., Grobman, Y. J., Hauck, T. E., Joschinski, J., Ludwig, F., Mimet, A., Perini, K., Roccotiello, E., Schloter, M., Shwartz, A., Hensel, D. S., & Vogler, V. (2023). Creating ecologically sound buildings by integrating ecology, architecture and computational design. *People and Nature*, 5(1), 4-20. <https://doi.org/10.1002/pan3.10411>

Nachhaltigkeit

Ein erschöpftes Paradigma und ein Blick in die kommende Gesellschaft

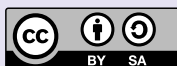
Nachhaltigkeit ist ein diskursiver Masterframe, der umwelt- und klimapolitische Debatten seit der Wende zu den 1990ern hegemonial prägt. Heute verliert der Begriff allerdings seine mobilisierende und richtungsweisende Kraft. Sein besonderer Reiz lag darin, dass er eine grundlegende Transformation und Ökologisierung moderner Gesellschaften in Aussicht stellte, gleichzeitig aber auch eine Weiterführung der bekannten Logik der Entwicklung und Modernisierung versprach. Der Grund für das Verblässen dieses Leitbildes liegt in dem Versuch, Nachhaltigkeitspolitiken durch Entpolitisierung und Verwissenschaftlichung größere gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern. Normative Fragen wurden dabei stets in den Hintergrund gestellt und die Logik und Strukturen des Status quo somit letztlich immer verlängert. Im Anthropozän zeichnet sich eine Tendenz ab, dass an die Stelle zentraler Konzepte, wie gesellschaftlicher Fortschritt, Emanzipation und Demokratisierung, die für das Nachhaltigkeitsparadigma noch konstitutiv waren, Ideen der Resilienz, der Anpassung und des Arrangements mit unvermeidbaren sozial-ökologischen Verwerfungen treten. Aus der Perspektive hergebrachter ökoemanzipatorischer Werte ist das ein traumatisches Szenario. Für diejenigen, die diese Werte zugunsten heutiger Vorstellungen von Freiheit und Selbstverwirklichung gern verabschieden würden, bedeutet das eine Befreiung.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Gerechtigkeit](#), [Kultur](#), [Partizipation](#), [Resilienz](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Blühdorn, I., & Dannemann, H. (2024). Nachhaltigkeit: Ein erschöpftes Paradigma und ein Blick in die kommende Gesellschaft. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 169–174). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_21



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Nachhaltigkeit ist ein diskursiver Masterframe. Seit der Wende zu den 1990ern werden umwelt- und klimapolitische Debatten weit über die urbane **Transformation** hinaus von diesem Begriff hegemonial geprägt. Heute ist das Paradigma der Nachhaltigkeit aber wohl dabei, diesen Status zu verlieren. Damit würde es dem Nachhaltigkeitsbegriff nicht anders ergehen als einst seinen Vorgängern – z. B. Heimat-, Natur- und Umweltschutz –, die in früheren Phasen ökopolitische Debatten geprägt hatten. Der Gedanke eines Verfallsdatums der Nachhaltigkeit erinnert zum einen daran, dass dieses Paradigma nicht alternativlos ist und andere Weisen, **sozial**-ökologische Fragen zu denken, spätmodernen Gesellschaften vielleicht sogar viel eher entsprechen. Zum anderen bricht er mit der Verengung ökopolitischer Debatten auf die Verhandlung lösungsorientierter Ansätze, die die Frage nach der normativen Grundierung bestimmter Ziele – etwa der Dekarbonisierung oder des Zwei-Grad-Ziels – gar nicht mehr stellen. Zudem fordert dieser Gedanke zur kritischen Reflexion über die besonderen Bedingungen auf, die einst den Aufstieg des Nachhaltigkeitsparadigmas ermöglichten, die aber ihrerseits einen Zeitkern haben, der die Unhaltbarkeit des Nachhaltigkeitsparadigmas vorzeichnet. Im Sinne einer solchen Reflexion wird im Folgenden zunächst das doppelte Dilemma skizziert, aus dem sich die Anziehungskraft des Nachhaltigkeitsparadigmas ableitet. Darauf aufbauend werden die konstitutiven Prinzipien und die inhärenten Widersprüche dieses Paradigmas dargestellt. Abschnitt vier beleuchtet das Verhältnis zwischen dem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit und der fortgesetzten Verteidigung der *Nicht-Nachhaltigkeit*. Abschließend wird über das Paradigma der Nachhaltigkeit hinaus auf eine kommende Gesellschaft geblickt, für die die Normen des Nachhaltigkeitsdenkens unhaltbar geworden sind.

Die doppelte Sackgasse

Aus heutiger Sicht lässt sich der überwältigende Erfolg des Nachhaltigkeitsparadigmas gegenüber alternativen Konzepten nicht zuletzt durch eine doppelte Sackgasse erklären, in die in der zweiten Hälfte der 1980er sowohl umweltpolitische Diskurse als auch die westliche Moderne insgesamt geraten waren. Seit den frühen 1970ern waren die ökologischen und **sozialen Nebenwirkungen** der wirtschaftlichen Entwicklung zunehmend sichtbar geworden, und neue Bewegungen mobilisierten eine umfassende Kritik an der kapitalistischen Industriemoderne. Die von den Vordenker*innen der politischen Ökologie (z. B. Enzensberger, 1973; Gorz, 1978) zugespitzte Kritik am Kapitalismus führte jedoch in der gesellschaftlichen Debatte bereits in den frühen 1980ern zu einer unversöhnlichen Frontstellung zwischen kapitalistischer Ökonomie und Ökologie, die ökopolitische Fortschritte erschwerte. Einerseits wurde die industrielle, kapitalistische Moderne zunehmend als zerstörerische Risikomoderne wahrgenommen, andererseits befürchteten breite gesellschaftliche Mehrheiten – auch innerhalb der Umweltbewegungen selbst –, dass eine Befreiung vom Kapitalismus ihre Selbstentfaltung und -verwirklichung behindern könnte. Zwar stellten die **sozialen** und ökologischen Nebenfolgen des industriellen Kapitalismus das gesamte Modell der westlichen Moderne zur Diskussion. Gleichzeitig waren aber auch die ökoemanzipatorischen Bewegungen deren Grundprinzipien – wie etwa dem Glauben an die Gestaltungs- und **Steuerungsfähigkeit** der Menschen oder an die progressive Überwindung etablierter Grenzen – trotz aller Kritik zutiefst verpflichtet. Um die Wende zu den 1990ern schien das Paradigma der Nachhaltigkeit

eine praktikable Lösung sowohl für die spezifischen umweltpolitischen Dilemmata der Zeit als auch für die Krise des Projektes der westlichen Moderne zu bieten (dazu detaillierter Blühdorn, 2024).

Konstitutive Elemente des Nachhaltigkeitsparadigmas

Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung wurden mit dem Brundtland-Bericht (Hauff, 1987) und mit dem sogenannten UN-Erdgipfel von Rio (1992) international zu hegemonialen Leitbegriffen der ökopolitischen Debatte und Praxis. Ihr besonderer Reiz lag darin, dass sie einerseits eine grundlegende **Transformation** und Ökologisierung moderner Gesellschaften in Aussicht stellten, andererseits aber auch eine Weiterführung der bekannten Logik der Entwicklung und Modernisierung versprachen. Sie schlugen eine Brücke zwischen (a) dem Modernisierungsdiskurs, der eine weitere und sogar beschleunigte ökonomische Entwicklung als Vorbedingung für inter- und intragenerationelle **Gerechtigkeit** nicht nur in westlichen Industriegesellschaften, sondern insbesondere auch mit Blick auf die Länder des globalen Südens betrachtete, (b) dem Begrenzungsdiskurs, der zugunsten des Schutzes der Natur und angesichts der Endlichkeit natürlicher Ressourcen eine strikte Begrenzung des Naturverbrauchs forderte, und (c) dem emanzipatorischen Demokratisierungs- und Selbstbestimmungsdiskurs, der auf die Erweiterung von **Partizipations**-, Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten drängte. Dass es diese drei untereinander nicht ohne Weiteres kompatiblen Agenden miteinander verknüpfte, machte das Nachhaltigkeitsparadigma **unwiderstehlich** attraktiv – insbesondere zu einer Zeit, wo das Modell der westlichen Moderne einerseits wegen seiner ökologischen und **sozialen** Nebenfolgen in eine Sackgasse geraten war, sich andererseits mit dem Ende des Kalten Krieges aber die Perspektive eröffnete, es zu globalisieren.

Die Hoffnung, das Nachhaltigkeitsparadigma könne ökopolitisch Erhebliches bewegen, gründete sich im Wesentlichen darauf, dass es keinen Abschied vom Kapitalismus verlangte und ökopolitischen Vorhaben daher viel breitere gesellschaftliche Akzeptanz verschaffen würde. Die Mechanismen des Marktes sollten dabei gezielt als Motor der ökologischen Modernisierung ausgenutzt werden. Statt auf Konfrontation setzte das Nachhaltigkeitsparadigma zudem auf **Partizipation** und Kooperation zwischen allen beteiligten Akteuren. Zur Vermeidung von Konflikten wurde wesentlich auf die Verwissenschaftlichung ökopolitischer Debatten und auf technologische Lösungsansätze gesetzt (Dingler, 2003). Nachdem man die Erfahrung gemacht hatte, dass das Ökologiethema – gerade in seiner wachstums- und kapitalismuskritischen Variante – in weiten Teilen der Gesellschaft wenig Resonanz fand, zielte das Nachhaltigkeitsparadigma ausdrücklich darauf, die Debatte zu entpolitisieren. Es versprach also, **Transformation** mit Kontinuität, Begrenzung mit Entwicklung, die Logik des Marktes mit der Logik demokratischer **Steuerung** und emanzipatorische Werte mit wissenschaftsgestützter Objektivierung verbinden zu können. Das galt auch im Bereich der urbanen **Transformation**. Das Leitbild Nachhaltigkeit stand jedoch von Beginn an in der Kritik, diesem Anspruch nicht **gerecht** werden zu können (Brand & Görg, 2002; Gottschlich, 2017). Und in der Tat stellt sich zunehmend heraus, dass das Nachhaltigkeitsparadigma letztlich nur eine Verlängerung der nichtnachhaltigen Moderne erreichen konnte, nicht aber die Lösung ihrer grundlegenden Probleme.

Nachhaltige *Nicht-Nachhaltigkeit*

Einige Stimmen weisen bereits seit Längerem auf die Erschöpfung des Nachhaltigkeitsparadigmas hin (Blühdorn & Welsh, 2007; Foster, 2015). Was dem Kapitalismus schon immer prophezeit wurde, nämlich dass er letztlich an der Sprengkraft seiner eigenen Widersprüchlichkeit zerbrechen werde, scheint dem Nachhaltigkeitsparadigma tatsächlich zu widerfahren: Im Prozess der fortlaufenden Modernisierung hat im widersprüchlichen Verhältnis zwischen der Modernisierungs- und der Begrenzungsdimension des Nachhaltigkeitsdiskurses die Logik der Modernisierung stets die Oberhand behalten.

Ursächlich ist dafür zunächst v. a. die inhaltliche Offenheit des Nachhaltigkeitskonzeptes. Es erlaubte ganz verschiedenen Akteuren, den Begriff in ihrer je eigenen Weise und auf der Grundlage ihrer jeweiligen Werte zu interpretieren. Denn was für wen in welchem Maße, in welcher Qualität, für welche Dauer und aus welchem Grund erhalten werden soll, legt der Begriff aus sich selbst heraus noch nicht fest. So sickerte der Nachhaltigkeitsbegriff zwar schnell in alle gesellschaftlichen und politischen Felder ein und sorgte tatsächlich für eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz umweltpolitischer Agenden. Gerade wegen seiner inhaltlichen Offenheit war er überall anschlussfähig und hat auf allen politischen Ebenen unzählige Gesetzes- und Regulierungsinitiativen angestoßen und Reformen **bewirkt**. Der Versuch, die innere Widersprüchlichkeit der Nachhaltigkeit zugunsten von Normen der ökologischen Begrenzung aufzulösen, ist aber nie gelungen. Eine grundlegende Veränderung der etablierten Logik – Wachstum, Dynamisierung, Naturbeherrschung – moderner Gesellschaften, eine **sozial-ökologische Transformation** gesellschaftlicher Naturverhältnisse, konnte er nicht einleiten.

Seinen tieferen Grund hat dies in dem Versuch des Nachhaltigkeitsparadigmas, gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern, indem es mittels Verwissenschaftlichung und technologischer **Innovation** seinen normativen Gehalt verleugnete. Die mit derartigen Strategien der Objektivierung verknüpfte Hoffnung, ökopolitische Normenkonflikte vermeiden zu können, wurde jedoch enttäuscht. Denn Verwissenschaftlichung kann bestenfalls im Hinblick auf empirische Fakten Sicherheit schaffen, nicht aber im Hinblick auf die gesellschaftliche Resonanz spezifischer Normen. Während es sich immer auf das Objektive konzentrierte, hat das Nachhaltigkeitsparadigma dieses Subjektive stets sich selbst überlassen und damit eine geschützte Nische geschaffen, in der sich die liberalen Werte der individualistischen Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung ungestört gegenüber den für das ökologische Projekt entscheidenden Werten der individuellen und kollektiven Selbstbegrenzung und Verantwortlichkeit entfalten konnten (dazu ausführlicher Blühdorn, 2024). So erklärt sich, dass heute zwar umfassende Erkenntnisse über ökologische Veränderungen, ihre Wechselwirkungen und ihre Konsequenzen vorliegen und auch vielfältige Technologien, die bei deren Bearbeitung hilfreich sein könnten, nun aber der politische Wille fehlt, diese Erkenntnisse und Technologien in gezielter und konsequenter Weise anzuwenden – denn dafür wäre eine normative Festlegung erforderlich, die dem Nachhaltigkeitsparadigma jedoch grundsätzlich fremd ist.

So hat das Nachhaltigkeitsparadigma, weil es in seinem Bestreben zu entpolitisieren und zu verwissenschaftlichen, normativen Fragen stets ausgewichen ist und normative Konflikte **systematisch** vermieden hat, letztlich immer die Logik und die Strukturen des Status quo verlängert. Insofern kann das Nachhaltigkeitsparadigma selbst als „ein konstitutiver Teil des Problems“ (Foster, 2015, S. 35) und als wesentliche Ursache für die Gesellschaft der *Nicht-Nachhaltigkeit* (Blühdorn, 2020) betrachtet werden. Nachhaltigkeit lässt sich also nicht nur als **transformatives**, sondern auch als ein stabilisierendes Konzept lesen, das die inneren Widersprüche von Gesellschaften verdeckt, die einerseits ihre modernistisch-emanzipatorischen Errungenschaften erhalten und ausbauen wollen, andererseits aber ökologische und **soziale Nebenwirkungen** sehen, die einen grundlegenden Wandel verlangen. Im Schatten des offiziellen Bekenntnisses zur Nachhaltigkeit konnten sich auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene ungehindert Werte und Infrastrukturen der *Nicht-Nachhaltigkeit* entfalten, die eine **Transformation** zunehmend erschwerten. Tatsächlich bildete sich eine mitunter ungewollte Allianz zwischen den verschiedensten Akteuren heraus, die die bedingungslose Verteidigung von bestehenden gesellschaftlichen (Natur-) Verhältnissen betreiben oder die eigene Komplizenschaft **systematisch** ausblenden (Blühdorn & Dannemann, 2019). Entsprechend stellt sich die gesellschaftliche *Nicht-Nachhaltigkeit* heute **resilienter** dar denn je.

Unhaltbarkeit

Im Zeitalter des Anthropozäns hat die fortgesetzte Vergesellschaftung der Natur, d. h. deren vollständige Umgestaltung durch menschliche Aktivität, die hergebrachte Unterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft obsolet gemacht. Das Paradigma der Nachhaltigkeit, das im Namen der **Transformation** letztlich immer schon auf Kontinuität zielte, verliert damit endgültig seinen normativen Referenzpunkt und seine **transformative** Kraft. Die Kritik des Nachhaltigkeitsparadigmas als „Teil des Problems“ beruht selbst zumeist noch auf der Annahme, dass eine Lösung für die diagnostizierte **sozial-ökologische** Krise unbedingt erforderlich sei, sowie auf der Überzeugung, dass sich jenseits des Nachhaltigkeitsparadigmas ein besseres Leitbild und eine verlässlichere normative Grundlage für eine wahre **Transformation** finden und mobilisieren ließe. Diese Annahme und dieser Glaube sind in der Spätmoderne aber zunehmend zweifelhaft. Sie lassen außer Acht, dass eine alternative Leitnorm überhaupt nur so lange und in dem Maße gebraucht wird, wie diese Krise noch als katastrophal und bedrohlich wahrgenommen wird. Das ist aber in der spätmodernen Gesellschaft, die sich zunehmend offen zur Verabschiedung egalitärer, demokratischer und auch ökologischer Werte bekennt, immer weniger der Fall (Blühdorn, 2024). Trotz gegenteiliger Hoffnungen scheinen weder die Klimakrise noch die Covid-19-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine einen strukturellen Wandel moderner Gesellschaften einzuläuten. Vielmehr scheint die sich beschleunigende Krisenspirale der zunehmenden Akzeptanz eines permanenten Modus der Krisenbewältigung Vorschub zu leisten. Sichtbar wird eine Tendenz, dass an die Stelle zentraler Konzepte wie gesellschaftlicher Fortschritt, Emanzipation und Demokratisierung, die für das Nachhaltigkeitsparadigma noch konstitutiv waren, nun Ideen der **Resilienz**, der Anpassung und des Arrangements mit unvermeidbaren **sozial-ökologischen** Verwerfungen treten (Blühdorn, 2020 & 2024; Dannemann, 2023; Folkers, 2022). Demgegenüber wird die Idee einer **sozial-ökologischen Transformation** selbst unhaltbar – zum Anachronismus.

Für die Teile der Gesellschaft, die sich den öko-emanzipatorischen Werten weiterhin verpflichtet fühlen, ist das eine traumatische Erfahrung. Für diejenigen, die diese Werte entweder immer schon für eine Illusion gehalten haben oder sie zur Verteidigung heutiger Vorstellungen von Freiheit und Selbstverwirklichung gern endgültig verabschieden würden, bedeutet das eine Befreiung. Auch im Bereich der Stadtpolitik zeigen **Widerstände** gegen **Transformationsprojekte**, wie etablierte Vorstellungen von urbaner Nachhaltigkeit repolitisiert werden.

Literaturverzeichnis

- Blühdorn, I. (2020). Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Skizze einer umwelt-soziologischen Gegenwartsdiagnose. In I. Blühdorn (Hrsg.), *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet* (S. 83-160). Transcript.
<https://doi.org/10.1515/9783839454428-006>
- Blühdorn, I. (2024). *Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp.
- Blühdorn, I., & Dannemann, H. (2019). Der post-ökologische Verteidigungskonsens: Nachhaltigkeitsforschung im Verdacht der Komplizenschaft. In C. Bohn, D. Fuchs, A. Kerkhoff, & C. Müller (Hrsg.), *Gegenwart und Zukunft sozial-ökologischer Transformation* (S. 113-134). Nomos.
<https://doi.org/10.5771/9783845299693-111>
- Blühdorn, I., & Welsh, I. (2007). Eco-politics beyond the paradigm of sustainability: A conceptual framework and research agenda. *Environmental Politics*, 16(2), 185-205. <https://doi.org/10.1080/09644010701211650>
- Brand, U., & Görg, C. (2002). „Nachhaltige Globalisierung“? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens. In U. Brand & C. Görg (Hrsg.), *Mythen globalen Umweltmanagements: „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung* (S. 12-47). Westfälisches Dampfboot.
- Dannemann, H. (2023). Experiments of authoritarian sustainability: Völkisch settlers and far-right prefiguration of a climate behemoth. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1), 1-16.
<https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2175468>
- Dingler, J. (2003). *Postmoderne und Nachhaltigkeit: Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung*. Oekom.
- Enzensberger, H. M. (1973). Zur Kritik der politischen Ökologie. *Kursbuch*, 33, 1-42.
- Folkers, A. (2022). Nach der Nachhaltigkeit: Resilienz und Revolte in der dritten Moderne. *Leviathan*, 50(2), 239-262. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2022-2-239>
- Foster, J. (2015). *After sustainability: Denial, hope, retrieval*. Routledge.
- Gorz, A. (1978). *Ökologie und Politik: Beiträge zur Wachstumskrise*. Rowohlt.
- Gottschlich, D. (2017). *Kommende Nachhaltigkeit: Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive*. Nomos.
- Hauff, V. (Hrsg.). (1987). *Unsere gemeinsame Zukunft: Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Eggenkamp.

Partizipation

Partizipativ forschen im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Exklusion

Das Konzept der Partizipation ist ein wichtiger Bestandteil zeitgenössischer Diskussionen über soziale Innovationen und die nachhaltige Transformation von Gesellschaft und Demokratie. In einer Zeit, in der Städte als Orte sozialer, ökonomischer und kultureller Transformation entwickelt werden, wird die aktive Beteiligung der Bewohner*innen an städtischen Entscheidungsprozessen als wesentlich für die Schaffung inklusiverer, gerechterer und resilienterer urbaner Gesellschaften betrachtet. Dieser Artikel nähert sich dem Thema aus der Perspektive der Citizen Science und beleuchtet deren Bedeutung für soziale Innovation in der Stadtforschung. In der Citizen Science forschen Bürger*innen und Wissenschaftler*innen gemeinsam zu wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Zunächst führt der Artikel in die unterschiedlichen Arten der Partizipation in der Citizen Science ein. Es werden die Vorteile, aber auch die Herausforderungen der Partizipation diskutiert - wie etwa die Problematik, wer wirklich partizipiert und wie Partizipation effektiv organisiert werden kann. Das steigende Interesse an partizipativen Ansätzen, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik, lässt auf eine weiterwachsende Relevanz von Citizen Science schließen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Empowerment](#), [Engagement](#), [Gerechtigkeit](#), [Inklusion](#), [Transdisziplinarität](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Mayer, K. (2024). Partizipation: Partizipativ forschen im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Exklusion. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 175-182). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_22



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Citizen Science: Soziale Innovation für die Wissenschaft

Das Konzept der Partizipation betont die Notwendigkeit der Beteiligung von Menschen an Entscheidungsprozessen, um eine **gerechte, inklusive** und demokratische Gesellschaft zu fördern. Die aktive Teilhabe der Stadtbewohner*innen an Entscheidungsprozessen ist für die Gestaltung **inklusive** und **resilienter** städtischer Gemeinschaften essenziell.

Im Begriff Partizipation versammeln sich vielfältige Bedeutungen und Verwendungsformen. Je nach **Kontext** sind die Begriffsdimensionen, wie Mitgestaltung, Entscheidungsverantwortung, Wissensaustausch, **Inklusion**, **Nachhaltigkeit** oder **Empowerment**, unterschiedlich ausgeprägt. Dieser Artikel untersucht Partizipation im **Kontext** von *Citizen Science* und deren Bedeutung für die Stadtforschung. Für Citizen Science ist die Förderung zivilgesellschaftlichen **Engagements** für eine **nachhaltige Transformation** der Lebensbedingungen kennzeichnend: Wissenschaftler*innen und Nichtwissenschaftler*innen entwickeln in partizipativer Forschung gemeinsam Lösungsansätze für wissenschaftliche und gesellschaftliche Fragen (Vohland et al., 2021). Die **Mitwirkung** an wissenschaftlichen Abläufen reicht vom kurzzeitigen Sammeln von Daten bis zum intensiven **Engagement** bei der Bearbeitung von Forschungsthemen zusammen mit Expert*innen und anderen Teilnehmenden. Eine akademische **Ausbildung** ist nicht erforderlich, jedoch ist die Beachtung wissenschaftlicher Standards essenziell, einschließlich Transparenz in der Datensammlung und offener Diskussion von Ergebnissen. Der Begriff Citizen Science umfasst einerseits partizipative Forschungsmethoden, andererseits lenkt er die Aufmerksamkeit auf die politische Dimension der Wissenschaft.

Citizen Science liefert Werkzeuge zur Datenerhebung und Analyse sowie digitale Beteiligungsplattformen oder mobile **Kommunikationstools**. Des Weiteren kann Citizen Science auch als **soziale Innovation** in der Wissenschaft betrachtet werden, da sie einen Perspektivenwechsel ermöglicht, neue Erhebungs- und Interpretationsverfahren bietet und als Instrument zur Demokratisierung der Wissenschaft gilt (Bonney et al., 2009; Irwin, 2001). Mittels Citizen Science kann außerdem **systematisch** Wissen zu **sozialen Innovationen** gewonnen werden, indem sie begleitend partizipativ erforscht werden (Butkevičienė et al., 2021). Die Citizen-Science-Bewegung blickt auf eine lange Tradition zurück. Bereits im 19. Jahrhundert wurden meteorologische Messungen oder Beobachtungen von Vögeln und anderen Tieren mithilfe von Bürger*innen durchgeführt (Silvertown, 2009). Im deutschsprachigen Raum ist sie seit der Umweltbewegung der 1970er stark verankert; in den 1990ern fand sie schließlich Einzug ins Wissenschaftssystem (Mahr et al., 2018). Zu Beginn des 21. Jahrhunderts entdeckte dann auch die Wissenschaftspolitik Citizen Science als vielversprechenden Ansatz (Maasen, 2020). Im Rahmen der europäischen Forschungsrahmenprogramme rückte die Aufmerksamkeit auf *Responsible Research and Innovation* (RRI). Mittels RRI will man gesellschaftliche Werte, ethische Betrachtungen und die Beteiligung der Öffentlichkeit besser in den Forschungs- und Entwicklungsprozess integrieren. Dies soll gewährleisten, dass wissenschaftliche Entwicklungen nicht nur wegweisend, sondern auch gesellschaftlich verantwortungsbewusst und **inklusiv** gestaltet werden (Owen et al., 2012). Citizen Science vereint diese Ansprüche heute in vielen wissenschaftlichen Feldern und wird laufend in diesem Sinne weiterentwickelt.

Partizipation findet sich außerdem in vielfältiger Ausprägung bereits seit geraumer Zeit in Strategien und Maßnahmen der Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Historisch betrachtet wurden partizipative Bemühungen von städtischen Verwaltungen und politischen Institutionen oft durch Konflikte mit Bürger*innen ausgelöst, in Deutschland z. B. im **Kontext** der weitverbreiteten Flächensanierungen Ende der 1960er. Ein Hauptantrieb für diese Entwicklung war der Druck aus der Bevölkerung, wohingegen der öffentliche Sektor, einschließlich Verwaltung und Politik, anfangs zögerlich bis sogar ablehnend reagierte (Nedden, 2020).

Die Stadtforschung untersucht die **sozialen**, wirtschaftlichen, **kulturellen** und ökologischen Aspekte des städtischen Lebens. Sie **experimentiert** mit zahlreichen **sozial-** und raumwissenschaftlichen Perspektiven. Kritische, relationale Ansätze, wie etwa feministische und postkoloniale Studien, heben die Situiertheit von Wissen hervor und betonen, dass Wissen immer aus einer spezifischen **sozialen** Position und Perspektive heraus entsteht und daher niemals objektiv oder universell ist (Haraway, 1995). Partizipative und aktivistische Methoden, wie z. B. die kollektive kritische Kartographie, fordern nicht nur mehr Beteiligung im Forschungsprozess, sondern auch mehr Sensibilität im Umgang mit Wissen und Macht (Beurskens, 2020). Die Herangehensweisen solcher Projekte und Initiativen der Stadtforschung variieren beträchtlich, sei es hinsichtlich ihrer Beweggründe und Ambitionen oder der ihnen zugewiesenen finanziellen, personellen und institutionellen Mittel. Zudem unterscheiden sich das Maß an Einfluss und Beteiligung der **Mitwirkenden**, die Rolle der Einzelnen im Forschungsverlauf und die Erwartungen an die beteiligten Wissenschaftler*innen. Citizen Science im Bereich der Stadtforschung präsentiert sich somit als ein vielschichtiger und lebhafter Ansatz, welcher durch aktuelle gesellschafts- und wissenschaftspolitische Anstöße in naher Zukunft weiter an Relevanz gewinnen wird. Doch was bedeutet nun diese Hinwendung zur Partizipation konkret? Wie sind die Vorstellungen davon, was Teilhabe bedeutet, und die damit verbundenen Erwartungen von organisatorischen und praktischen Logiken der Forschung geprägt?

Arten der Partizipation

Partizipation in der Citizen Science entsteht erst durch gemeinsame Praktiken in der Konstellation der Akteure und ist immer im **Kontext** zu bewerten. Sie geht jedoch über einen deliberativen Ansatz eines informierten Austauschs zwischen Akteuren hinaus. Citizen Science zielt darauf ab, **systematisch** produziertes, robustes Wissen für gesellschaftliche Entscheidungsprozesse bereitzustellen (Mayer & Schuerz, 2022; Nowotny, 2003). Partizipation äußert sich somit durch die aktive Einbindung verschiedener Akteure – darunter Individuen, Bevölkerungsgruppen, Institutionen, Vereine oder politische Gremien – in Forschungsprozesse, die ihre Lebensumstände nicht nur studieren, sondern auch beeinflussen wollen. Denn partizipative Ansätze gewähren den betroffenen Gruppen und zugehörigen Organisationen nicht nur die Möglichkeit, ihre Anliegen zu **kommunizieren**, sondern auch **wirksam** zu vertreten – ein Prozess, der **Empowerment** genannt wird.

Partizipation soll zudem gewährleisten, dass die individuellen Erfahrungshorizonte und ethischen Richtlinien aller Beteiligten in den kollaborativen Prozess integriert werden. Dies begünstigt ein verstärktes **Engagement** für die initiierten Projekte

und stimuliert die Übernahme proaktiver Rollen im Hinblick auf die erfolgreiche Umsetzung dieser Projekte – ein Phänomen, das als *Ownership* bezeichnet wird. Damit eng verwandt ist der politische Begriff *Active Citizenship*, der die Bereitschaft ausdrückt, Verantwortung zu übernehmen und sich für das **Gemeinwohl** einzusetzen. Historisch sind die Begriffe nicht unumstritten, denn sie stehen zwischen den Traditionen der solidarischen **Ermächtigung** politisch oder ökonomisch marginalisierter Gruppen einerseits und der neoliberalen Entmündigung von Staat und Verwaltung sowie der Überantwortung der Bürger*innen andererseits. Partizipation steht immer im Spannungsfeld von **Inklusion** und Exklusion, Repräsentanz und Ungleichheit (Herzog & Lepenies, 2022). Gerade in Zeiten labiler Demokratien und großer Skepsis gegenüber Politik und Wissenschaft wird die Balance zwischen Subjektivität, Autonomie und dem Leben in der Gemeinschaft von Teilen der Bevölkerung immer wieder infrage gestellt. Der politische Diskurs heute ist geprägt von Risiken, sei es in Bezug auf die Umwelt oder die Technologie; es fehlen oftmals die Bereitschaft und die Vorstellungskraft, eingeschlagene Wege zu verlassen (Prainsack, 2022). Wenn Partizipation in der Forschung schließlich helfen soll, gemeinsam alternative Perspektiven zu entwickeln und Lösungen zu finden, die verfügbaren Ressourcen effizient für **nachhaltige Transformation** einzusetzen, dann müssen wir verstehen, was Partizipation für die Teilnehmenden bedeutet und mit welchen Versprechen sie verbunden wird.

Zunächst müssen die unterschiedlichen Stufen der Partizipation unterschieden werden, denn in der Citizen Science variiert die Beteiligung in Ausmaß und Art und reicht von sogenannten beitragenden bis zu kollaborativen Projekten. Beitragende bzw. kontributive Projekte organisieren Partizipation v. a. in der Datenerfassung, wie etwa bei Initiativen zur Kartierung städtischer Wärme, bei denen Bürger*innen Temperaturdaten mit einfachen Sensoren aufzeichnen und so z. B. Wärmeinseln monitoren. Kollaborative Projekte gehen weiter: Hier sind die Teilnehmenden an Projektentwurf, Datenerfassung und gelegentlich auch an der Analyse beteiligt. So nutzen etwa Studien zur städtischen Lärmbelastung oft den kollektiven Input der Stadtbewohner*innen, um die Verteilung und **Auswirkung** von Lärm in verschiedenen Stadtvierteln zu verstehen und die durch veraltete Technologien entstehenden Kosten sichtbar zu machen. Gemeinsam erstellte, kokreierte Projekte sehen die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler*innen und Bürger*innen von der Problemdefinition über die **Kommunikation** der Ergebnisse bis hin zur Einbindung in politische Entscheidungsprozesse vor. Beispiele dafür finden sich etwa in der partizipativen Aktionsforschung, bei der lokale Gemeinschaften mit Forscher*innen zusammenarbeiten, um Probleme rund um Vereinsamung, Gentrifizierung oder Biodiversität besser zu verstehen und gemeinsam neue Wege zu gehen (Kinson et al., 2007).

Jedes Beteiligungsniveau nutzt die Expertise, Ressourcen und Netzwerke der Bewohner*innen, um **systematisch** Wissen für Veränderung zu generieren. Die Formate erreichen unterschiedliche Levels an **Engagement**, **Empowerment**, Gemeinschaftsbildung und politischer Teilhabe. So sind aus Citizen-Science-Projekten bereits ständig beratende Gremien wie *Citizen Observatories* entstanden oder es wurden Protokolle für partizipative Budgetierung oder neue Indikatoren für die Sustainable Development Goals (SDGs) geschaffen (Fraisl et al., 2020; Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [OECD], 2022).

Jede Form der Partizipation geht mit spezifischen Anforderungen an die Teilnehmenden einher. Bei jedem Citizen-Science-Projekt geben Wissenschaftler*innen den **Mitwirkenden** ein Versprechen über das Maß an Beteiligung und Entscheidungsgewalt, das sie zu gewähren bereit sind. Um Vertrauen und **Engagement** aufzubauen, ist ein effektives Erwartungsmanagement von zentraler Bedeutung (Eleta et al., 2019). Welche Motivationen treiben *Citizen Scientists* an? Welche Vorteile und Erfahrungen erhoffen sie sich von ihrer Beteiligung? Zu den häufigsten genannten Motivationen gehören persönliches Interesse am Forschungsthema, die **soziale** Interaktion mit Gleichgesinnten oder ähnlich Betroffenen, aber v. a. die Aussicht, positive Veränderungen herbeizuführen (Land-Zandstra et al., 2021). Ein klares und proaktives Management dieser Erwartungen hilft, Missverständnisse zu vermeiden, die Enttäuschung der Teilnehmenden zu minimieren und sicherzustellen, dass alle Beteiligten eine klare Vorstellung von ihren Rollen, Verantwortlichkeiten und den erwarteten Ergebnissen haben. Effektive Partizipation erfordert eine robuste Projektgestaltung und ausreichende Flexibilität in der **Zeitplanung**, z. B. für die Rekrutierung von Teilnehmenden oder für die Gemeinschaftsbildung, was jedoch oft nicht vollständig realisiert werden kann. Denn Citizen-Science-Projekte stehen oft vor der Herausforderung, dass durch zeitliche Begrenzungen, wie festgelegte Projekt-Endtermine, keine weiterführenden Aktivitäten durchgeführt oder finanziert werden können, was wiederum die Bewertung des Impacts der Partizipation erschwert. Damit führt die wissenschaftliche Projektlogik leider oftmals zu überzogenen Zusagen und Erwartungen hinsichtlich der erreichbaren Resultate, während tatsächliche Partizipationsmöglichkeiten begrenzt sind (Dickel et al., 2020).

Da Forschung primär nach wissenschaftlichen Kriterien gefördert und bewertet wird – z. B. nach ihrer Originalität oder den damit verbundenen wissenschaftlichen Publikationen –, ist die Einbindung von Akteuren außerhalb des Wissenschafts-**systems** in den Forschungsprozess oder gar in die Leitung eines Projektes schwierig. Die kurzen Projektlaufzeiten erschweren das Training von Koforschenden, die gemeinsame Entwicklung von Instrumenten oder die Datenanalyse auf Augenhöhe. **Inklusivität** ist gerade in der Partizipation marginalisierter Akteure sehr aufwendig zu erreichen und aufrechtzuhalten – denn sie sind oftmals für Wissenschaftler*innen schwer erreichbar und setzen andere Prioritäten, als Forschung zu betreiben. Auch Diversität muss laufend eingefordert und die Balance der Repräsentanz gewährleistet werden (Wöhler et al., 2021). Für die Teilnehmenden wichtige, angestrebte **soziale** Veränderungen finden oftmals erst lange nach Projektende statt. All diese Limitationen werfen nicht nur Fragen hinsichtlich der Realisierung einer **nachhaltigen** und partizipativen Forschungskultur auf, wie sie im **Kontext** von RRI diskutiert wird, sondern weisen auch auf Hürden der Gestaltung der Partizipation hin.

Erfolgsfaktoren von Citizen Science in der Stadtforschung

Partizipation in der Stadtforschung hat viele Facetten, nicht nur diskursive; sie kann auch institutionelle, materielle oder digitale Formen annehmen. Partizipative Methoden – von Fokusgruppen, Storytelling, Photovoice, Community Mapping, Sozio-metrie über Szenarienentwicklung, Aktionsforschung bis hin zu Bürgerkonferenzen und Observatorien – sind ausschlaggebend für die **Inklusivität** und Exklusivität der Ansätze. Diese Methoden sind nicht nur Instrumente zur Datenerhebung, Analyse

oder Strategieentwicklung, sondern dienen auch dazu, die Beziehung zwischen den Forschenden und den Betroffenen bzw. Teilnehmenden zu stärken, das Vertrauen zu fördern und sicherzustellen, dass die Forschung auch deren Bedürfnisse und Interessen widerspiegelt. In reflexiven Prozessen sollte daher die Partizipation in ihrer eigenen Situiertheit immer wieder hinterfragt werden: Wird so **inklusiv**, offen und zugänglich wie **geplant** agiert? Werden Anliegen und Feedback ausreichend adressiert? Werden die Privatsphäre und die **Rechte** der Teilnehmenden und der Forschungssubjekte ausreichend geschützt? Partizipative Ansätze erfordern einen erheblichen Einsatz in **Kommunikation**, Moderation und Training, wobei das Schaffen von Transparenz und sicherer Umgebungen für den reflexiven Erfahrungsaustausch sowie die Berücksichtigung ethischer Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung sind. Die notwendigen Fähigkeiten für Projektleitung und *Community Management* sowie ausgeprägte Theorie- und Methodensicherheit in partizipativen Aktivitäten werden entweder durch *Learning by Doing* oder durch das Hinzuziehen externer Expert*innen sichergestellt, denn selten bis gar nicht werden diese im Rahmen einer akademischen **Ausbildung** erworben. All diese Überlegungen müssen von Anfang an in das Forschungsdesign integriert werden, damit ein Citizen-Science-Projekt Erfolg hat.

Ist ein Citizen-Science-Projekt entsprechend gut **geplant** und durchgeführt, bieten sich neue Möglichkeiten für die partizipative Stadtforschung:

- Flexible Ansätze werden den sich schnell verändernden städtischen Umgebungen **gerecht**.
- Die Offenheit in Daten und Methoden erhöht die Nachvollziehbarkeit und Anschlussfähigkeit der Resultate.
- Von Bürger*innen generierte Daten in guter Qualität können nicht nur bestehende Datensätze anreichern, sondern auch neues Wissen generieren, zu dem es noch keine Daten gibt, und so als Katalysator für die Transparenz öffentlicher Verwaltung **wirken**.

Partizipation in der Stadtforschung kann einen Beitrag zur urbanen **Transformation** hin zur **Nachhaltigkeit** leisten: Durch Citizen Science können Forscher*innen direkt auf die Bedürfnisse und Herausforderungen der städtischen Akteure eingehen. Die angestrebte **Inklusion** und Diversität fördern außerdem die Vernetzung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Lokale Akteure wie Büchereien, Schulen oder Museen bieten institutionelle Partnerschaften, die auch nach Projektende Anlaufstellen für Bürger*innen bleiben können. Citizen Science ermöglicht den Teilnehmenden, Wissen zu generieren und die Entstehung wissenschaftlicher Ergebnisse zu verstehen, wodurch sie besser in der Lage sind, Informationen zu bewerten, sich Meinungen zu bilden und sich aktiv in politische Prozesse einzubringen. Des Weiteren fördert Citizen Science ein **inklusiveres** Verständnis von Wissenschaft, das auf gegenseitigem Respekt basiert und Hierarchien zwischen Wissenschaft und Gesellschaft überwindet. Unter dem Gesichtspunkt der Demokratisierung betont Citizen Science, wie wichtig es ist, vielfältige Stimmen und Interessen einzubeziehen, was insbesondere in der Stadtentwicklung von Bedeutung ist. Denn hier helfen *Bottom-up*-Ansätze nicht nur, Wissenslücken zu schließen, sondern auch die Lebensqualität zu erhöhen und eine lebendige Nachbarschaft zu stärken. Schließlich

eröffnet Citizen Science die Möglichkeit, Projektlogiken in der Stadtforschung selbst aufzubrechen und neue Formen der Zusammenarbeit und Förderung von partizipativen Initiativen zu etablieren.

Literaturverzeichnis

- Beurskens, K., Elias, L. C., Carbone, A., El-Kayed, N., Gribat, N., Höhne, S., Hoerning, J., Hutta, J., Kadi, J., Keizers, M., Meubrink, Y., Michel, B., Nettelblatt, G., Pohl, L., Roskamm, N., Schuster, N., Vollmer, L. (2020). Editorial. *sub|urban*, 8(3), 5–10. <https://doi.org/10.36900/suburban.v8i3.659>
- Butkevičienė, E., Skarlatidou, A., Balázs, B., Duží, B., Massetti, L., Tsampoulaidis, I., & Tauginienė, L. (2021). Citizen Science Case Studies and Their Impacts on Social Innovation. In K. Vohland, A. Land-Zandstra, L. Ceccaroni, R. Lemmens, J. Perelló, M. Ponti, R. Samson, & K. Wagenknecht (Hrsg.), *The Science of Citizen Science* (S. 309–329). Springer International. https://doi.org/10.1007/978-3-030-58278-4_16
- Bonney, R., Cooper, C. B., Dickinson, J., Kelling, S., Phillips, T., Rosenberg, K. V., Shirk, J. (2009). Citizen Science: A Developing Tool for Expanding Science Knowledge and Scientific Literacy. *BioScience*, 59(11), 977–984. <https://doi.org/10.1525/bio.2009.59.11.9>
- Dickel, S., Maasen, S., & Wenninger, A. (2020). Nachhaltige Transformation der Wissenschaft? *Soziologie und Nachhaltigkeit*, 6(1), 1–20.
- Eleta, I., Clavell, G. G., Righi, V., & Balestrini, M. (2019). The Promise of Participation and Decision-Making Power in Citizen Science. *Citizen Science: Theory and Practice*, 4(1). <https://doi.org/10.5334/cstp.717>
- Fraisl, D., Campbell, J., See, L., Wehn, U., Wardlaw, J., Gold, M., Moorthy, I., Arias, R., Piera, J., Oliver, J. L., Masó, J., Penker, M., & Fritz, S. (2020). Mapping citizen science contributions to the UN Sustainable Development Goals. *Sustainability Science*, 15(6), 1735–1751.
- Haraway, D. J. (1995). Situiertes Wissen: Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In D. J. Haraway (Hrsg.), *Die Neuerfindung der Natur: Primaten, Cyborgs und Frauen* (S. 73–97). Campus.
- Herzog, L., & Lepenies, R. (2022). Citizen Science in Deliberative Systems: Participation, Epistemic Injustice, and Civic Empowerment. *Minerva*, 60(4), 489–508. <https://doi.org/10.1007/s11024-022-09467-8>
- Irwin, A. (2001). Constructing the scientific citizen: Science and democracy in the biosciences. *Public Understanding of Science*, 10(1), 1–18.
- Kindon, S., Pain, R., & Kesby, M. (Hrsg.). (2007). *Participatory Action Research Approaches and Methods: Connecting people, participation and place*. Routledge.
- Land-Zandstra, A., Agnello, G., & Gültekin, Y. S. (2021). Participants in Citizen Science. In K. Vohland, A. Land-Zandstra, L. Ceccaroni, R. Lemmens, J. Perelló, M. Ponti, R. Samson, & K. Wagenknecht (Hrsg.), *The Science of Citizen Science* (S. 243–259). Springer International. https://doi.org/10.1007/978-3-030-58278-4_13
- Maasen, S. (2020). Innovation und Relevanz: Forschung im Gerangel widerstreitender Anforderungen. In A. M. Horatschek (Hrsg.), *Competing Knowledges – Wissen Im Widerstreit* (S. 123–140). De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110659658-007>
- Mahr, D., Göbel, C., Irwin, A., & Vohland, K. (2018). Watching or being watched – Enhancing productive discussion between the citizen sciences, the social sciences and the humanities. In S. Hecker, M. Haklay, A. Bowser, Z. Makuch, J. Vogel, & A. Bonn (Hrsg.), *Citizen Science – Innovation in Open Science, Society and Policy* (S. 99–109). UCL Press. <https://doi.org/10.14324/111.9781787352339>
- Mayer, K., & Schuerz, S. (2022). *Policy Report: Opportunities and Challenges of Citizen Social Science*. Zenodo. <https://doi.org/10.5281/zenodo.7466620>
- Nedden, M. zur (2020). Partizipation im Kontext von Stadtentwicklung und Gentrifizierung. In A. Lorenz, C. P. Hoffmann, & U. Hitschfeld (Hrsg.), *Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen und Möglichkeiten* (S. 127–141). Springer VS.
- Nowotny, H. (2003). Democratising expertise and socially robust knowledge. *Science and Public Policy*, 30(3), 151–156.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). (2022). *OECD Guidelines for Citizen Participation Processes*. <https://read.oecd.org/10.1787/f765caf6-en?format=pdf>
- Owen, R., Macnaghten, P., & Stilgoe, J. (2012). Responsible research and innovation: From science in society to science for society, with society. *Science and Public Policy*, 39(6), 751–760.

- Prainsack, B. (2022). The Roots of Neglect: Towards a Sociology of Non-Imagination. *Tecnoscienza - Italian Journal of Science & Technology Studies*, 13(2), 13-34. <https://doi.org/10.6092/issn.2038-3460/17577>
- Silvertown, J. (2009). A new dawn for citizen science. *Trends in Ecology & Evolution*, 24(9), 467-471. <http://dx.doi.org/10.1016/j.tree.2009.03.017>
- Vohland, K., Land-Zandstra, A., Ceccaroni, L., Lemmens, R., Perelló, J., Ponti, M., Samson, R., & Wagenknecht, K. (Hrsg.). (2021). *The Science of Citizen Science*. Springer International. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-58278-4>
- Wöhler, V., Kerschhofer-Puhalo, N., Kieslinger, B., Mayer, K., Schürz, S., Truckenbroth, S., Streicher, B., & Buchner, T. (2021). ‚Hard to reach‘ or ‚easy to ignore‘: Strategies and reflections on including co-researchers. *Proceedings of Science*, 1-5. <https://doi.org/10.22323/1.393.0017>

Planung

Von sozialen Innovationen zur Transformation in der räumlichen Planung?

Mit dem Ziel einer klimagerechten Stadtentwicklung werden auch die raumbezogenen Fachdisziplinen, inklusive der räumlichen Planung, direkt in ihrer Verantwortung adressiert und sind aufgerufen, ihre bisherige Praxis grundlegend zu überdenken. Doch wie kann die dringend notwendige Erneuerung, die ein ganzes Bündel anspruchs- und voraussetzungsvoller, ineinander verflochtener und sich teilweise widersprechender Einzelerneuerungen umfasst, gelingen? Der Beitrag greift diese Frage auf, indem er zunächst einige zentrale Ergebnisse eines Forschungsprojektes vorstellt, das eine analytisch-retrospektive Untersuchung sozialer Innovationen in der räumlichen Planung zum Ziel hatte. Sodann wenden wir die dabei gewonnenen Erkenntnisse prospektiv und verdichten sie zu drei übergreifenden Einsichten, die sich für normativ-zukunftsgewandte Erneuerungsprozesse hin zu einer nachhaltigen urbanen Transformation als nützlich erweisen könnten.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Experiment](#), [Innovation](#), [Komplexität](#), [Kontext](#), [Soziales](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Jessen, J. & Zupan, D. (2024). Planung: Von sozialen Innovationen zur Transformation in der räumlichen Planung? In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 183-190). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_23



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Räumliche Planung und Transformation

Die **Transformation** aller gesellschaftlichen Bereiche mit dem Ziel einer klimagerechten Stadtentwicklung trifft auch die räumliche Planung in ihrem Kern. Was unter programmatischen Schlagworten wie Mobilitätswende, Energiewende, Bauwende oder Agrarwende für die Zukunft gefordert ist, verlangt jede für sich ein **komplexes** Bündel an Neuerungen; sie alle beeinflussen sich in ihren Ansprüchen und **Wirkungen** wechselseitig. Damit sind die raumbezogenen Fachdisziplinen in ihrer Verantwortung direkt adressiert. Was können sie dazu beitragen? Dies verlangt von ihnen nichts weniger, als ihre bisherige Praxis grundlegend zu überdenken und neu zu gestalten. In diesem Sinne fordert beispielsweise die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL, 2022, S. 5) in ihrer Berliner Erklärung die in ihr vertretenen Disziplinen zu einem „Paradigmenwechsel für eine ‚transformative Planung‘“ auf (vgl. auch programmatische Selbstpositionierungen verwandter Disziplinen wie z. B. Bund Deutscher Architektinnen und Architekten [BDA], 2019) und benennt als deren „Stellschrauben und Weichen“ (DASL, 2022, S. 7–9):

- Bodenwende umsetzen
- Teilhabe und Beteiligung in der Planung neu regeln und ihr **soziales** Kapital heben
- Institutionelle Strukturen verändern und **Rechts**rahmen reformieren
- **Sozialen** Ausgleich sichern und **Gemeinwohl** stärken
- Leitlinien der Planung und Gestaltung neu justieren

Hinter jedem dieser abstrakten Appelle zur Selbstreform verbirgt sich ein **komplexer**, geradezu einschüchternder Anforderungskatalog zu tiefgreifenden Neuerungen, die anspruchs- und voraussetzungsvoll zugleich sind. Was hier an der Berliner Erklärung nur exemplarisch ausgeführt ist, gilt für nahezu alle ambitionierten professionellen Initiativen in diesem **Kontext**, auch für den, in dem dieser Sammelband entsteht (Peer et al., 2024).

Räumliche Planung und soziale Innovation

Wie kann eine so profunde Erneuerung, die ein ganzes Bündel ineinander verflochtener und sich teilweise widersprechender Einzelerneuerungen umfasst, im Sinne der geforderten Wenden gelingen? Dazu müssten die räumliche Planung und die ihr nahen Disziplinen fähig und in der Lage sein, ihre eigene Praxis so zu ändern, dass sie den Anforderungen einer substanziellen **Transformation gerechter** werden können. Bisher ist das nur sehr bedingt der Fall. Zu diesem Potenzial einer neuartigen Praxis sollen einige Einsichten eingebracht werden, die aus einem Forschungsprojekt¹ gewonnen wurden, das sich mit folgenden Fragen befasste: Wie kommt Neuartiges in

1 Das DFG-finanzierte Forschungsvorhaben „Innovationen in der Planung. Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung?“ (2013–2016) wurde am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart und dem Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung IRS in Erkner durchgeführt. In diesem wurde retrospektiv der Entstehungs-, Verbreitungs- und Durchsetzungsprozess von vier exemplarischen **Innovationen** innerhalb der räumlichen Planung untersucht: Planung und Bau neuer Stadtteile, Quartiersmanagement, reflexive Strukturpolitik und der planerisch-strategische Einsatz von Zwischennutzungen (grundlegend zum Projekt siehe Christmann et al., 2020).

die räumliche Planung? Wie entstehen Neuerungen in der Praxis der Stadt- und Raumentwicklung selbst, wie verbreiten sie sich und wie werden sie zum neuen Konsens?

Diese Neuerungen in und aus den Praxisfeldern der räumlichen Planung wurden im Projekt als **soziale Innovationen** gefasst. Durch die immense Popularisierung des **Innovationsbegriffs** und seine mittlerweile beinahe inflationäre Verwendung wird heute unter **Innovation** Unterschiedliches verstanden, verhandelt und vermarktet (Braun-Thürmann, 2005, S. 10). Der Begriff der **sozialen Innovation** wird hier nicht normativ, sondern analytisch genutzt; er bezeichnet Prozesse der Neuorientierung, in denen neuartige, von Akteuren als neu wahrgenommene und gesellschaftlich als besser verhandelte Praktiken erfolgreich verbreitet, durchgesetzt und als neue Routine etabliert worden sind (Christmann et al., 2016). Als **Innovation** gilt daher nicht bereits die neue, potenziell bahnbrechende Idee oder das einmal umgesetzte neuartige Projekt. Vielmehr wird die Neuerung erst durch ihre erfolgreiche Verbreitung und Institutionalisierung zur **Innovation**. Entsprechend liegt diesem Beitrag ein Verständnis von **Innovationen** zugrunde, welches den gesamten Prozess vom Aufkommen neuer Ideen, zu Vorgängen der Skalierung, Verbreitung und Institutionalisierung eines neuen Modells bis zu seiner Erschöpfung umfasst.

Blick zurück

Lassen sich die im Projekt durch Retrospektion gewonnenen Einsichten auch prospektiv nutzbar machen? Was lässt sich aus einer analytisch-rekonstruierenden Untersuchung vergangener **Innovationsprozesse** für normativ-zukunftsgewandte **Innovationen** hin zur **Transformation** der räumlichen Planung **lernen**?

Im Zuge des Projektes wurde ein Phasenmodell entwickelt (Christmann et al., 2020; Ibert et al., 2018; Jessen, 2020). Dieses unterscheidet fünf Phasen, innerhalb derer bei der Entstehung und Durchsetzung von Neuerungen jeweils eine Vielzahl von Akteuren in unterschiedlichen Konstellationen und mit je unterschiedlicher **Wirkung** beteiligt ist, die hier nur in aller Kürze skizziert werden können:

1. In der *Inkubationsphase* verlieren bisherige Routinen allmählich ihre **Wirkkraft**. Die Kritik an ihnen – oft von Außenseiter*innen innerhalb oder außerhalb der Disziplin vorgebracht – nimmt zu. Das Neue im Sinne einer neuartigen Praxis deutet sich bereits durch erste Anzeichen an.
2. Die darauffolgende *Entstehungsphase* bringt erste Prototypen des Neuen hervor, befördert durch massiven Veränderungsdruck und/oder günstige Akteurskonstellationen. Sie bewegen sich außerhalb bisheriger Denk- und Lösungsmuster, schlagen neue Wege ein und provozieren, denn sie brechen mit gängigen Regeln und geltenden Verständnissen. Der Weg hin zu den Prototypen ist stets voraussetzungsvoll, an ihm sind zahlreiche Akteure beteiligt. Damit es nicht beim Prototyp bleibt, muss das Vorhaben trotz aller Konflikte und Gegenwehr eine gewisse Anschlussfähigkeit an die Planungspraxis erzeugen und bewahren. Dies ist essenziell, denn die Umsetzung neuer Ideen erfordert i. d. R. Allianzen mit etablierten und einflussreichen, gleichzeitig aber Neuerungen gegenüber offenen Akteuren.

3. Der Übergang in die *Formatierungsphase* gelingt dann, wenn erfolgreich umgesetzte Modelle genügend **Wirkkraft** entfalten, um auch anderswo implementiert zu werden. Die erfolgreiche Verbreitung beruht meist auf einflussreichen Akteursnetzwerken sowie auf ersten öffnenden Anpassungen der Vergabekriterien bei Fördermitteln. Hing die Umsetzung der Prototypen noch stark von lokalen Allianzen ab, sind für die Verbreitung darüber hinausgehende, oft interkommunale Netzwerke wichtig, beispielsweise in den Führungsebenen der Planungsverwaltungen und Kommunalpolitik. In dieser Phase setzen verschiedene Formate zur **Innovationsförderung** wichtige Anreize.
4. In der *Stabilisierungsphase* werden institutionelle und gesetzliche Hindernisse, die die Neuerung zuvor blockierten, aus dem Weg geräumt, es werden kompatible Förderprogramme aufgelegt, es bilden sich technische und didaktische Module heraus und es werden erste kodifizierte Handlungsanweisungen formuliert. Mit diesen Schritten verliert die **Innovation** ihre Neuheit und wird schrittweise zur neuen Routine, zum neuen Konsens. Zahlreiche Vorhaben weisen nur noch lose Verbindungen zu den Kernprinzipien der **Innovation** auf, teilweise kommt es zur schematischen Reproduktion mittlerweile anerkannter Gewissheiten. Entsprechend tun sich kritische Fragen auf, etwa inwiefern die **Innovation** im Zuge ihrer Institutionalisierung die erwünschten **Wirkungen** überhaupt noch entfaltet oder ob mittlerweile gar andere, unerwünschte Effekte sichtbar werden.
5. In der letzten *Justierungsphase* nimmt die Kritik deutlich zu und eine gewisse Ermüdung mit der neuen Praxis macht sich breit. Inzwischen werden nicht beabsichtigte Nebeneffekte und unerwartete Folgeprobleme deutlich sichtbar. Die mittlerweile zur neuen Routine geronnene **Innovation** gilt selbst als verkrustet, dogmatisch oder nicht mehr zeitgemäß, wodurch möglicherweise der Boden für einen neuen **Innovationszyklus** bereitet wird.

Blick nach vorn

Vor diesem Hintergrund sollen nun einige Ergebnisse der retrospektiven Untersuchung **sozialer Innovationen** in der räumlichen Planung prospektiv gewendet und zu drei übergreifenden Einsichten verdichtet werden, die sich auch für normativ-zukunftsgewandte Erneuerungsprozesse hin zu einer **nachhaltigen urbanen Transformation** als nützlich erweisen könnten:

1. *Neuerungen in der Planung brauchen Zeit.* Neuerungen in der räumlichen Planung, verstanden als **soziale Innovationen**, sind **komplexe** Prozesse. Ihr Gelingen ist voraussetzungsvoll und eher die glückliche Ausnahme. Dort, wo sie gelingen, brauchen sie Zeit, die skizzierten Phasen zu durchlaufen. Es sind Jahre, manchmal Jahrzehnte, die zwischen ersten Prototypen und der etablierten neuen Routine liegen. Versuche, den Prozess durch eine Politik der **Innovationsförderung** zu beschleunigen, sind wichtig und hilfreich. Abkürzungen sind jedoch nur bedingt möglich. Dies zu betonen, erscheint uns aus zwei Gründen wichtig: Zum einen spricht aus den jüngeren Debatten eine große Ungeduld, die angesichts der Dringlichkeit der **Transformation** auch wohlbegründet ist. Zum anderen werden in der Debatte

- mit modellhaften Projekten und Strategien oft sehr optimistische Erwartungen hinsichtlich ihrer **Wirkungen** verknüpft, die sich aber in aller Regel in der erhofften Unmittelbarkeit und Zurechenbarkeit nicht einstellen. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass sie keine **Wirkungen** entfalten – allerdings sehr viel vermittelt, mit Verzögerung, nicht unbedingt am Ort ihrer Implementation und leider auch keineswegs immer in der gewünschten Weise. Eine Verortung von **Experimenten** und Modellprojekten innerhalb des beschriebenen Phasenmodells könnte helfen, mögliche und unmögliche **Wirkungen** systematisch zu reflektierten und entsprechend etwas enttäuschungsfester zu werden.
2. *Chancen für Neuerungen in der Planung sind ungleich im Raum verteilt.* Neuerungen in der räumlichen Planung durchlaufen mit den Phasen auch unterschiedliche räumliche Konstellationen, die sich ausgehend von sehr spezifischen Einzelorten ihrer Entstehung hin zu ihrer Ubiquität in der Stabilisierungsphase verbreiten. Strategisch gewendet sind hier v. a. die räumlichen Konfigurationen in der Entstehungsphase von Bedeutung. Gelingende Neuerungen in der Planung nehmen mit größerer Wahrscheinlichkeit dort ihren räumlichen Ausgang, wo zweierlei zusammenkommt: Erstens – wenig überraschend – an Orten, an denen der spezifische Problemdruck am höchsten und die Ratlosigkeit am größten ist. Es ist kein Zufall, dass neuartige Strategien zur Bewältigung des Strukturwandels in altindustrialisierten Regionen im Ruhrgebiet formuliert und im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park in den 1990ern zum ersten Mal erprobt wurden, nachdem alle in den Jahrzehnten zuvor verfolgten konventionellen Konzepte der Strukturpolitik gescheitert waren (Füg & Ibert, 2020). Zweitens an Orten, wo es eine kritische Masse an Pionier*innen gibt, die mit Kreativität, Energie und **Engagement** Prototypen in entsprechenden Möglichkeitsräumen zu entwickeln und mittels vorhandener Ressourcen auf den Weg zu bringen vermag. So ist es ebenso kein Zufall, dass die Zwischennutzung von innerstädtischen Gebäuden und Flächen als neuartiges strategisches Element der Stadtentwicklung im Berlin nach der Jahrtausendwende entwickelt wurde (Honeck, 2017). Nirgendwo sonst gab es damals so viele Brachen und leere Bausubstanz einerseits und ein so großes kreatives Milieu andererseits, dessen Mitglieder mit wenig Geld und vielen Ideen sich diese Räume aneignen und für ihre Zwecke nutzen konnten und wollten. Dies bedeutet für beide Orte, dass die Neuerungen zwar dort ihren Ursprung hatten, dass sie aber keineswegs an die dort gegebenen lokalen oder regionalen Gegebenheiten gebunden waren. Es macht diese Neuerungen als **soziale Innovation** gerade aus, dass sie sich vom Ort ihrer Entstehung emanzipieren konnten.
 3. *Mit urbanen Experimenten ist ein reflexiver Umgang geboten.* Urbane **Experimente** (Reallabore, Urban Living Labs u. a.) werden als wichtiges strategisches Element bei der Suche nach Lösungen für die **Transformation** angesehen (Schreiber et al., 2023). Sie stehen in einer langen Linie von Formaten, die **Innovationen** im Bauwesen und in der räumlichen Planung befördern wollen – von den Demonstrativbauvorhaben der 1960er über die Internationalen Bauausstellungen, die Bundes- und Landesgartenschauen bis hin zu den Modellvorhaben des Bundes (z. B. Experimenteller Wohnungs- und

Städtebau und Modellvorhaben der Raumordnung [MORO]). Mit ihnen teilen sie auch einige Strukturmerkmale (zeitliche Begrenzung der Bearbeitung und Finanzierung; erhöhte, aber nur befristet aufrechtzuerhaltende Mobilisierung von personellen, organisatorischen und motivationalen Ressourcen etc.). In der Vergangenheit wurden nur sehr selten **systematische wissenschaftliche Wirkungsanalysen** durchgeführt, wie sie auch Schreiber et al. (2023) für urbane **Experimente** einfordern. So besteht wenig Wissen über ihre tatsächlichen **Wirkungen**: Sind die Initiativen verpufft? Haben sie **Innovation**spotenzial entfalten, Neuerungen befördern und zu ihrer Verbreitung beitragen können? Oder waren sie gar kontraproduktiv? Im erwähnten Forschungsprojekt, in dem urbane **Experimente** wie Reallabore noch nicht Gegenstand waren, wurden zwei Aspekte deutlich: Zum einen zeigte sich, dass sich die Funktion unterschiedlicher Formate in den einzelnen Phasen der **Innovation** durchaus verändern kann (Jessen & Zupan, 2017, S. 73–74), und zum anderen, dass Formate in bestimmten Phasen ihre **Wirkung** bzw. ihre Potenziale in besonderer Weise entfalten. So sind Internationale Bauausstellungen weniger eine Plattform zur Entwicklung von Prototypen, also zum Generieren des Neuartigen; eher tragen sie durch mediale Inszenierung zu ihrer Verbreitung und Kanonisierung bei. Entsprechend wäre bei urbanen **Experimenten** zur **sozial-ökologischen Transformation** zweierlei zu reflektieren. Zunächst in welcher Phase sich urbane **Experimente** verorten lassen: Zielen sie zuvorderst auf Pionierlösungen, auf die Verbreitung der **Innovation** oder auf ein Drittes? Des Weiteren, wenn es um die Bewertung der **Wirkungen** urbaner **Experimente** geht, sollten diese stets innerhalb eines **komplexen**, gesellschaftlichen Erneuerungsprozesses, wie er im vorgestellten Phasenmodell abgebildet ist, verortet werden. Denn sie werden sich in aller Regel nur bedingt am Ort des **Experiments** und auch nicht im unmittelbaren zeitlichen Nachgang nachweisen lassen, sondern sich mehr oder weniger subkutan in diesen sehr **komplexen**, zeitlich sich über Jahre hinstreckenden Prozess einer erfolgreichen Neuorientierung eines Politikfeldes (z. B. im Rahmen einer Mobilitätswende) einbetten.

Literaturverzeichnis

- Braun-Thürmann, H. (2005). *Innovationen*. Transcript.
- Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA). (2019). *Das Haus der Erde: Positionen für eine klimagerechte Architektur in Stadt und Land*. BDA. <https://www.bda-bund.de/thematiken/bda-positionen/>
- Christmann, G., Ibert, O., Jessen, J., & Walther, U.-J. (2016). Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung? In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute. Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 273-30). Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8>
- Christmann, G., Ibert, O., Jessen, J., & Walther, U.-J. (2020). Innovations in spatial planning as a social process - phases, actors, conflicts. *European Planning Studies*, 28(3), 496-520. <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1639399>
- Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). (2022). *Unsere Städte und Regionen: Was sich ändern muss - wie wir uns ändern müssen. Berliner Erklärung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung*. DASL. <https://dasl.de/berliner-erklaerung-der-dasl-eine-vorwaertsschau/>
- Füg, F., & Ibert, O. (2020). Assembling social innovations in emergent professional communities. The case of learning region policies in Germany. *European Planning Studies*, 28(3), 541-562. <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1639402>
- Honeck, T. (2017). From squatters to creatives. An innovation perspective on temporary use in planning. *Planning Theory and Practice*, 18(2), 268-287. <https://doi.org/10.1080/14649357.2017.1303536>
- Ibert, O., Christmann, G., Jessen, J., & Walther, U. J. (2018). Innovationen in der räumlichen Planung. Zum Wechselverhältnis von inhaltlicher Entfaltung und räumlicher Verbreitung des Neuen. In N. Gestring & J. Wehrheim (Hrsg.), *Urbanität im 21. Jahrhundert* (S. 295-312). Campus.
- Jessen, J. (2020). Städtebauliche Leitbilder. Komfortzone oder Kampfarena? In Wüstenrot Stiftung (Hrsg.), *Bedingt planbar. Städtebau und Stadtentwicklung in Deutschland und Europa* (S. 28-34). Wüstenrot.
- Jessen, J., & Zupan, D. (2017). Leitbildwechsel - Wie kommt Neues in die Stadtplanung? *Forum Stadt*, 44(1), 59-77.
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1-7). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Schreiber, F., Fokdal, J., & Ley, A. (2023). A Catalyst for Innovation? A Conceptual Framework for Analyzing the Potential of Urban Experiments to Transform Urban Planning Practices. *Planning Theory and Practice*, 24(2), 224-241. <https://doi.org/10.1080/14649357.2023.2199460>

Resilienz

Konturen eines schillernden Konzeptes

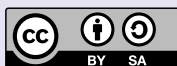
In den letzten Jahren hat sich der Begriff Resilienz in verschiedenen Kontexten etabliert; auch für die Gestaltung urbaner Entwicklungen gewinnt er an Bedeutung. Der Begriff wird von verschiedenen Disziplinen genutzt und ermöglicht den interdisziplinären Austausch, wobei sich im Wesentlichen zwei Perspektiven etabliert haben. Die erste betont die Fähigkeit zur Erholung nach einer Katastrophe sowie die Widerstandsfähigkeit von (urbanen) Systemen gegenüber Störungen. Die zweite betont die Fähigkeit zu Veränderung und Transformation. Die Debatte um eine resiliente urbane Entwicklung ist damit durch eine paradoxe Spannung geprägt: Auf der einen Seite wird die Bedeutung von Kontinuität und Stabilität betont, auf der anderen die Notwendigkeit von Veränderung und Transformation. In der deutschsprachigen Debatte hat sich die Wahrnehmung des Konzeptes in den letzten Jahren stark gewandelt. Während der Begriff Resilienz zunächst wenig präsent war, haben in den letzten Jahren zahlreiche Veröffentlichungen das Thema aufgegriffen. Dennoch wird Resilienz in der Verwaltungspraxis oft noch als fremd empfunden. Es stellt sich daher die Frage nach dem konkreten Mehrwert des Konzeptes im urbanen Kontext. Dieser Beitrag gibt einen kurzen Überblick zu wesentlichen Diskussionspunkten.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Experiment](#), [Governance](#), [Nachhaltigkeit](#), [Planung](#), [System](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Kuhlicke, C. (2024). Resilienz: Konturen eines schillernden Konzeptes. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 191-196). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_24



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Resilienz: Eine Einleitung

Seit einigen Jahren führt am Begriff Resilienz kaum ein Weg vorbei. Seien es Strategie-papiere, **Planungs**sdokumente oder politische Leitworte, immer häufiger verweisen Autor*innen auf die Bedeutung des Konzeptes und etablieren es als neues Orientierungsparadigma von **Planungs**- und Gestaltungsprozessen. Stellvertretend sei hier der Soziologe Reckwitz (2021, S. 42) zitiert: „Er [der Resilienzbegriff] könnte zu einem Schlüsselwort der Post-Corona-Ära werden, ja sogar für die Politik des 21. Jahrhunderts insgesamt.“ Der Ökonom Rifkin (2022) verkündet gleich das „Zeitalter der Resilienz“. Auch im urbanen **Kontext** gewinnt der Begriff an Relevanz (Kuhlicke, 2018)¹.

Über Jahrzehnte war es ein relativ kleiner Kreis von Forschenden, der sich **systema**tisch mit Resilienz befasste. Ausgangspunkte waren jeweils empirische Phänomene, die sich nicht ohne Weiteres in die bestehenden Deutungs- und Erklärungsrahmen einordnen ließen. Psycholog*innen interessierten sich für die Frage, warum einige Menschen relativ gut mit schwersten traumatischen Erfahrungen zurechtkommen, während andere daran zugrunde gehen. Ökolog*innen setzten sich mit der Frage auseinander, wie man die Stabilität von **Ökosystemen** beschreiben sollte, also von **Systemen**, die sich ständig verändern und gleichzeitig stabil sind (Holling, 1973). Beide Phänomene wurden mit dem Begriff Resilienz bezeichnet.

Was Psycholog*innen und Ökolog*innen verband, war die generelle Perspektive auf Resilienz: Sie verstanden Resilienz als ein deskriptiv-analytisches Konzept. Dies änderte sich im Laufe der Jahre. Das Konzept wurde zunehmend zu einem normativen umgedeutet, also zu einem Konstrukt, das eine Vorstellung davon vermittelt, wie Gesellschaft im Angesicht von Bedrohungen und Gefahren **gesteuert** werden sollte (Brand & Jax, 2007). Diese Veränderung spiegelt sich auch in der jüngeren Diskussion zur urbanen Resilienz wider. Es werden Anforderungen an **Planungs**- und **Steuerungs**prozesse formuliert – mit dem Ziel, die Resilienz von Städten zu erhalten oder zu steigern. Dazu gehören beispielsweise die Steigerung der **Widerstandskraft**, die Fähigkeit zur **Selbstorganisation**, der Aufbau von **Lern**- und Anpassungskapazitäten sowie eine große Offenheit gegenüber **experimentellen** Vorgehensweisen und Kooperations**kulturen** (De Flander et al., 2014).

Ein Begriff – viele Perspektiven

Da das Wort *Resilienz* im deutschen Alltagssprachgebrauch nicht geläufig ist, erschließt sich seine Bedeutung nicht unmittelbar. Auch die direkte Übersetzung des Begriffs aus dem Lateinischen – zurückspringen, zurückprallen (Alexander, 2013) – offenbart die durchaus vielfältigen Bedeutungszuweisungen nicht. Dabei ist diese Vielfalt charakteristisch für das Konzept. Sie ermöglicht, dass verschiedenste Disziplinen mit ihren jeweils unterschiedlichen Verständnissen miteinander in Austausch kommen können. Gleichzeitig ist der Begriff hinreichend konkret, sodass ein mehr oder weniger geteiltes Grundverständnis über Disziplin, Ressort- und Sektorengrenzen hinweg vorausgesetzt werden kann und damit der Austausch überhaupt erst sinnvoll wird (Brand & Jax, 2007).

¹ Der vorliegende Text basiert auf vorhergehenden Handbuchbeiträgen (u. a. Kuhlicke, 2018 & 2023).

Zwei wesentliche, wenn auch nicht spannungsfreie Bedeutungsperspektiven sind in den meisten Definitionen angelegt. Die erste Perspektive ist nahe am lateinischen Ursprung des Wortes und betont v. a. den Aspekt des Sich-Erholens bzw. des Wiederherstellens oder der **Widerstandsfähigkeit** gegenüber Störungen. Das bedeutet, dass urbane **Systeme** sich nach einer *Störung* entweder schnell erholen und zu einem Ausgangspunkt zurückkehren können oder dass wesentliche Funktionen oder Strukturen gar nicht erst unterbrochen werden, also **widerstandsfähig** sind. Beiden Perspektiven gemein ist, dass sie die Beharrungskraft urbaner Räume in den Vordergrund stellen und damit ein eher konservatives Resilienzverständnis zugrunde legen: „Resilienz steht für einen bestimmten Charakter: Resilienz steht wesentlich für die Erhaltung von Identität unter großen, existentiellen Belastungen“ (Sieverts, 2013, S. 318). Dieser Perspektive ist allerdings ein durchaus praxisrelevanter Widerspruch inhärent: Resilienz zu erhalten bzw. zu steigern, impliziert, eben jene verwundbaren Funktionen und Strukturen zu reproduzieren, die zu einer hohen Störungsanfälligkeit geführt haben. Damit werden die eigentlichen „Wurzeln der Verwundbarkeit“ (Blaikie et al., 1994) in dieser Perspektive nicht adressiert.

Eine zweite Perspektive sucht diese Fehlstellung zu lindern und akzentuiert die Fähigkeit zur Veränderung, zur Anpassung bzw. zur **Transformation**: „Ein aufgeklärter Resilienz-begriff ist ein explizit zukunftsorientierter Ansatz, der sich nicht nur über Widerstand oder Wiederherstellung definiert, sondern ausdrücklich als die Fähigkeit zur Selbsterneuerung verstanden wird. Die Resilienz von Städten und Regionen bedeutet, dass urbane Systeme flexibler, robuster und intelligenter gestaltet werden müssen“ (De Flander et al., 2014, S. 284). Das Verhältnis beider Perspektiven auf Resilienz ist durchaus paradox: Während die eine auf Beharrung und feststehende Identitäten setzt, betont die zweite die Notwendigkeit zu Veränderung und **Transformation** (Gross, 2023).

Warum ausgerechnet Resilienz?

Warum gewinnt der Begriff so sehr an Prominenz? Drei Begründungskontexte sollen hier angeführt werden:

Ein erster hebt auf die Zunahme von Naturkatastrophen, Seuchen, Epidemien und anderen Bedrohungen und Krisenlagen ab. Diese resultieren in neuartigen Herausforderungen, denen mit etablierten Leitideen, wie z. B. jener der **Nachhaltigkeit** im urbanen **Kontext**, nicht länger adäquat begegnet werden kann – Resilienz sei geeigneter, um auf die um sich greifenden Krisen und Bedrohungen reagieren zu können. Daher bedürfe das „naive Nachhaltigkeitsleitbild“ der Ablösung (Jakubowski, 2013, S. 373). Es ist für die Diskussion durchaus stilbildend, dass die Überlegenheit des Konzeptes gegenüber dem der **Nachhaltigkeit** mit Verweis auf die Zunahme von Bedrohungen zwar proklamiert wird, diese Überlegenheit allerdings meist nicht im Detail hergeleitet und begründet wird. Inwiefern sich die Konzepte unterscheiden bzw. ergänzen, also wahlweise Resilienz eine Voraussetzung für **Nachhaltigkeit** oder umgekehrt **Nachhaltigkeit** eine für Resilienz ist, wird durchaus kontrovers diskutiert (Elmqvist et al., 2019; Rink et al., 2023).

Ein zweiter Begründungszusammenhang ist ein dezidiert begrifflich-theoretischer und stellt nicht externe Bedrohungen in den Mittelpunkt, sondern sich ändernde

gesellschaftliche Risikorahmen. Risiken setzen, dem klassischen ingenieurwissenschaftlichen Verständnis folgend, nicht nur Wissen über Wahrscheinlichkeiten und mögliche Konsequenzen voraus; konstitutiv für Risiken ist vielmehr die Möglichkeit der Zuschreibung (Kuhlicke, 2023). Erst die Zuschreibung zukünftiger Bedrohungen oder Schäden auf eine konkrete Entscheidung lässt aus einer nicht weiter spezifizierten Gefahr ein Risiko werden (Luhmann, 1991). Mit dieser Zuschreibung geht auch die Annahme von Kontrollierbarkeit einher, also dass Maßnahmen ergriffen werden können, die Risiken auf ein akzeptables Maß verringern (Evers & Nowotny, 1987). Im Theoriekontext der reflexiven Moderne, so Rungius et al. (2018), verändert sich die Vorstellung von Risiken, und deren Kontrollierbarkeit wird als eine modernistische Fiktion verstanden. Reflexivität bedeutet in diesem Kontext eben v. a. ein um sich greifendes Bewusstsein dafür, dass Kontrolle über Risiken unmöglich ist. Die Relevanz des Resilienzkonzeptes ergibt sich nun daraus, dass es Antworten auf Bedrohungen gibt, die sich den etablierten Kontroll-, Schutz- und Sicherheitskonzepten entziehen. Rungius et al. (2018, S. 39) meinen z. B., dass Resilienz „Halt und Hoffnung“ gäbe und suggeriere, dass Kontrolle zurückerlangt bzw. Krisen weitestgehend „unbeschadet durchlebt werden könnte[n]“.

Ein dritter Begründungskontext stellt die Entgrenzung von Bedrohungen und die damit einhergehende Verantwortungsverschiebung in den Vordergrund. Resilienzbasierende Rahmen, so Pospisil (2013), basieren auf einer „doppelten Entgrenzung“: Konkrete Bedrohungen werden zu relativ unbestimmten Gefahren (erste Entgrenzung), womit eine räumliche Eingrenzung de facto nicht länger möglich ist (zweite Entgrenzung). In diesem Sinne wird im Prinzip alles Mögliche zu einer Quelle für Bedrohungen. In Folge dieser Entgrenzung ändern sich Verantwortlichkeiten, da im Prinzip jeder Akteur für die eigene Resilienz verantwortlich wird. Dies kann durchaus als die dritte Entgrenzung verstanden werden (Kuhlicke, 2018). Mit dem Verweis auf Resilienz ist demnach die Möglichkeit verbunden, Individuen und lokale Gemeinschaften als wesentliche Verantwortliche im Umgang mit Bedrohungs- und Krisenlagen zu kennzeichnen (Welsh, 2014). Damit könnten sich auch in Bezug auf urbane Entwicklungen unter dem Deckmantel der Resilienz neue Ungleichheiten auf tun: Während einige Akteure finanziell, kulturell, mental und auch physisch in der Lage sind, ihre Resilienz zu sichern, könnten andere diese Fähigkeit möglicherweise nicht haben (Begg et al., 2017).

Reichweite des Konzeptes in der Praxis

Auf internationaler Ebene betonen verschiedene politische und programmatische Rahmenwerke die Bedeutung des Resilienzkonzeptes für die städtische Planung, wie z. B. ICLEI (Local Governments for Sustainability) oder die Vereinten Nationen (UN) mit der Definition des Nachhaltigkeitsziels (SDG) 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“. Gerade in englischsprachigen Ländern beziehen sich mittlerweile zahlreiche politik- und planungsrelevante Dokumente auf nationaler Ebene stark auf die Leitidee der Resilienz.

Auch die deutschsprachige Diskussion hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert und bezieht sich zunehmend auf das Konzept. War die Feststellung vor wenigen Jahren noch, dass „Resilienz als Begriff oder zentrales Konzept ... in deutschsprachigen stadtbezogenen politik- und planungsrelevanten Dokumenten derzeit noch kaum

zu finden“ (Kuhlicke, 2018, S. 369) sei, so hat sich dies nun deutlich geändert. Es gibt mittlerweile eine kaum zu überblickende Zahl von Veröffentlichungen, sowohl wissenschaftliche als auch praxisorientierte, die sich dezidiert mit dem Konzept befassen. Zwar dominieren konzeptionelle abstrakte Abhandlungen, allerdings werden auch zunehmend Beiträge mit einer klaren Orientierung auf Operationalisierung und praktische Implementierung veröffentlicht.

Im Unterschied zum Konzept der **Nachhaltigkeit**, das gerade im urbanen **Kontext** stark über zivilgesellschaftliche Prozesse und **soziale** Bewegungen mitangestoßen und getragen wurde, wird das Konzept der Resilienz v. a. über öffentlich finanzierte Forschungs- und Pilotprojekte in die kommunale Praxis getragen (Rink et al., 2023). Generell zeigt sich dabei, dass Resilienz als ein Konzept etabliert wird, das viele verschiedene urbane Handlungsfelder berührt. Das betrifft u. a. Handlungsfelder mit einem klaren Bezug zu Gefahren und Risiken, wie z. B. Klimaanpassung, Katastrophenschutz und (multifunktionale) Flächennutzung etwa durch blau-grüne Infrastrukturen, aber auch Querschnittsthemen, wie etwa Digitalisierung, **Governance** und Verwaltung.

Allerdings ist auch festzustellen, dass trotz der Vielzahl von Veröffentlichungen und der allgemeinen Betonung seiner Relevanz das Konzept in der kommunalen Verwaltungspraxis oft noch nicht angekommen ist und auf „Akzeptanzprobleme“ stößt (Behrendt, 2022, S. 402). Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits ist die publizierte Resilienzdiskussion häufig abstrakt und generisch (Behrendt, 2022, S. 402); andererseits sind für die kommunale Verwaltung gerade mit der Implementierung des querschnittsorientierten Konzeptes – ein Prozess, der als **soziale Innovation** verstanden werden kann – vielfältige **Governance**-Herausforderungen verbunden. Diese beinhalten u. a. den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung neuer Organisationsstrukturen, wie z. B. die Etablierung einer Lenkungsgruppe, die Stärkung der intersektoralen Kooperation (Fekkek et al., 2016), die weitere Etablierung kooperativer **Steuerungsformen** und insbesondere die Einbeziehung informeller Strukturen und Netzwerke sowie den Aufbau von **lernenden** und flexiblen Verwaltungs- und Kooperationsstrukturen (De Flander et al., 2014).

Gleichzeitig sind viele der resilienzbezogenen Prozesse und Aufgaben keinesfalls neu, sondern im Rahmen der Daseinsvorsorge, des Klimaschutzes, der Klimaanpassung, des Katastrophenschutzes bzw. des Flächenmanagements bereits etablierte kommunale Aufgaben (Behrendt, 2022), sodass sich die Frage stellt, welcher konkrete Mehrwert mit dem Konzept im urbanen **Kontext** verbunden ist, also welcher Nutzen für Kommunen und Städte mit der Implementierung von resilienzbezogenen Strukturen, Strategien und Maßnahmen einhergeht. Des Weiteren sind viele mögliche resilienzbezogene Maßnahmen keine kommunalen Pflichtaufgaben, sondern freiwillige Aufgaben. Auch daraus ergeben sich handfeste Herausforderungen für die kommunale Praxis. Freiwillige Aufgaben können häufig nicht ohne Weiteres finanziert werden, da sie nur dann umgesetzt werden können, wenn die „Pflichtaufgaben finanziert sind und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen und Regionen gesichert ist“, was angesichts knapper Haushaltskassen nicht immer der Fall ist (Behrendt, 2022, S. 408). Es bleibt also weiterhin abzuwarten, wie sich das Resilienzkonzept in die kommunale Praxis einfügt und welcher Nutzen damit verbunden sein wird.

Literaturverzeichnis

- Alexander, D. E. (2013). Resilience and disaster risk reduction: an etymological journey. *Natural Hazards and Earth System Sciences*, 13, 2707–2716. <https://doi.org/10.5194/nhess-13-2707-2013>
- Begg, C., Ueberham, M., Masson, T., & Kuhlicke, C. (2017). Interactions between citizen responsabilization, flood experience and household resilience: insights from the 2013 flood in Germany. *International Journal of Water Resources Development*, 33(4), 591–608. <https://doi.org/10.1080/07900627.2016.1200961>
- Behrendt, D. (2022). Resilienz in der regionalen wie kommunalen Praxis. In H. Pechlaner, D. Zacher, & E. Störmann (Hrsg.), *Resilienz als Strategie in Region, Destination und Unternehmen: Eine raumbezogene Perspektive* (S. 399–424). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37296-5_14
- Blaikie, P., Cannon, T., Davis, I., & Wisner, B. (1994). *At Risk: Natural hazards, people's vulnerability, and disaster*. Routledge.
- Brand, F. S., & Jax, K. (2007). Focusing the Meaning(s) of Resilience: Resilience as a Descriptive Concept and a Boundary Object. *Ecology and Society*, 12(1), 23. <https://www.jstor.org/stable/26267855>
- De Flander, K., Hahne, U., Kegler, H., Lang, D., Lucas, R., Schneidewind, U., Simon, K.-H., Singer-Brodowski, M., Wanner, M., & Wiek, A. (2014). Resilience and Real-life Laboratories as Key Concepts for Urban Transition Research. *GAI A*, 23(3), 284–286. <https://doi.org/10.14512/gaia.23.3.19>
- Elmqvist, T., Andersson, E., Frantzeskaki, N., McPhearson, T., Olsson, P., Gaffney, O., Takeuchi, K., & Folke, C. (2019). Sustainability and resilience for transformation in the urban century. *Nature Sustainability*, 2, 267–273. <https://doi.org/10.1038/s41893-019-0250-1>
- Evers, A., & Nowotny, H. (1987). *Über den Umgang mit Unsicherheit: Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Fekkek, M., Fleischhauer, M., Greiving, S., Lucas, R., Schinkel, J., & Winterfeld, U. von (2016). *Resiliente Stadt: Zukunftsstadt*. Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV).
- Gross, M. (2023). Urbane Resilienz, Realexperimente und die Stadt als Labor: Zum paradoxen Zusammenhang von Beharrungsvermögen und Veränderung. In S. Kabisch, D. Rink, & E. Banzhaf (Hrsg.), *Die resiliente Stadt: Konzepte, Konflikte, Lösungen* (S. 23–37). Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66916-7_2
- Holling, C. S. (1973). Resilience and Stability of Ecological Systems. *Annual Review of Ecology and Systematics*, 4, 1–23. <https://doi.org/10.1146/annurev.es.04.110173.000245>
- Jakubowski, P. (2013). Resilienz – eine zusätzliche Denkfigur für gute Stadtentwicklung. *Informationen zur Raumentwicklung*, 4, 371–378.
- Kuhlicke, C. (2018). Resiliente Stadt. In D. Rink & A. Haase (Hrsg.), *Handbuch Stadtkonzepte: Analysen, Diagnose, Kritiken und Visionen* (S. 359–381). Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838549552>
- Kuhlicke, C. (2023). Resilienz und Risiko. In M. Sonneberger, A. Bleicher, & M. Groß (Hrsg.), *Handbuch Umweltsoziologie* (S. 1–13). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37222-4_31-1
- Luhmann, N. (1991). *Soziologie des Risikos*. De Gruyter.
- Pospisil, J. (2013). Resilienz: Die Neukonfiguration von Sicherheitspolitik im Zeitalter von Risiko. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 42(1), 25–42.
- Reckwitz, A. (2021, 6. März). Die neue Politik des Negativen. *Der Spiegel*, S. 42.
- Rifkin, J. (2022). *Das Zeitalter der Resilienz: Leben neu denken auf einer wilden Erde*. Campus.
- Rink, D., Gebauer, R., Haase, A., Intelmann, D., Kabisch, S., Kuhlicke, C., & Schmidt, A. (2023). Die resiliente Stadt: Forschungsstand in Deutschland, definitorische und konzeptionelle Überlegungen. In S. Kabisch, D. Rink, & E. Banzhaf (Hrsg.), *Die resiliente Stadt: Konzepte, Konflikte, Lösungen* (S. 3–22). Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66916-7_1
- Rungius, C., Schneider, E., & Weller, C. (2018). Resilienz – Macht – Hoffnung: Der Resilienzbegriff als diskursive Verarbeitung einer verunsichernden Moderne. In M. Karidi, M. Schneider, & R. Gutwald (Hrsg.), *Resilienz: Interdisziplinäre Perspektiven zu Wandel und Transformation* (S. 33–60). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19222-8_3
- Sieverts, T. (2013). Am Beginn einer Stadtentwicklungsepoche der Resilienz? Folgen für Architektur, Städtebau und Politik. *Informationen zur Raumentwicklung*, 4, 315–323.
- Welsh, M. (2014). Resilience and responsibility: governing uncertainty in a complex world. *The Geographical Journal*, 180(1), 15–26. <https://doi.org/10.1111/geoj.12012>

Selbstorganisation

Urbane Aktionsformen zur sozial-ökologischen Transformation

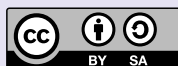
Ursprünglich aus den Naturwissenschaften entlehnt, bezeichnet Selbstorganisation in den Sozialwissenschaften einen kollektiven Prozess, in dem eine Regulation oder Ordnung basierend auf geteilten Interessen, Positionen und Beziehungen sowie Werten, Normen und Moralvorstellungen entsteht und institutionalisiert wird. Selbstorganisierte urbane Akteure, welche Prozesse der sozial-ökologischen Transformation adressieren, sind eine spezifische Form dieser Selbstorganisation. Urbane Missstände ebenso wie Forderungen nach sozial-ökologischer Transformation begründen Prozesse der Selbstorganisation. Hierbei sind urbane Räume nicht nur Ort, sondern mitunter auch Anlass für Selbstorganisation. Der folgende Beitrag definiert und diskutiert die Selbstorganisation in urbanen Räumen und zeigt die Vielfalt urbaner Selbstorganisation zur sozial-ökologischen Transformation auf, welche von Guerilla Gardening und Umwelt-NGOs bis zu Klimacamps und den Klimagerechtigkeitsbewegungen reichen. Während sich einige selbstorganisierte Akteure autonom und von der Gesellschaft und Politik abgewandt konstituieren, sind andere mobilisierend und streben nach deren sozial-ökologisch gerechter Veränderung.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Empowerment](#), [Engagement](#), [Gemeinwohl](#), [Transformation](#), [Widerstand](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Daniel, A. (2024). Selbstorganisation: Urbane Aktionsformen zur sozial-ökologischen Transformation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 197-202). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_25



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Sich kollektiv organisieren: Definition von Selbstorganisation

Das Konzept der Selbstorganisation entstand in der Physik, um chaotische Prozesse wie die Formation von Galaxien zu beschreiben. Schließlich wurde es in der betriebswirtschaftlichen Organisationslehre auf Regulationsprozesse angewandt und auf kollektive, gesellschaftliche Akteure, welche sich unabhängig vom Staat organisieren, übertragen (Nederhand et al., 2015). Selbstorganisation kann als ein Prozess definiert werden, in dem **soziale** Beziehungen und Organisationsformen durch die Definition von gegenseitigen Interessen, Positionen und Beziehungen sowie von Werten, Normen und Moralvorstellungen institutionalisiert werden (Fuchs, 2002; Mayntz, 2004; Nederhand et al., 2015). Kollektive Selbstorganisation ist also als eine autonome Regulations- und Ordnungsform zu verstehen, im Zuge derer Regeln etabliert und gesichert werden. Dieser Prozess der Regulation wird durch ein geteiltes Interesse geprägt und nimmt schließlich Einfluss auf das Verhalten von Individuen.

Die individuellen Motive für Selbstorganisation sind vielfältig: Menschen organisieren sich in **sozialen** Zusammenhängen, um gemeinsam Bedürfnisse zu erfüllen, **soziale**, politische, wirtschaftliche oder ökologische Probleme anzusprechen und ggf. zu lösen oder **Widerstand** auszudrücken. Selbstorganisation beruht damit auf der Handlungsfähigkeit bzw. der Fähigkeit der beteiligten Individuen, sich selbst zu organisieren (Förster, 2013). In der individuellen Handlungsfähigkeit liegt idealerweise ein Element von **Empowerment**. Selbstorganisation hat zum Ziel, Gegenwärtiges zu bewahren oder zu überwinden und Neues zum Wohl des selbstorganisierten Kollektivs oder für das **Gemeinwohl** zu schaffen.

Da Selbstorganisation sich aus einem Kollektiv konstituiert, existiert ein *Wir-Gefühl* und damit eine relationale Bindung zwischen den beteiligten Individuen (Nederhand et al., 2015; Rothfuß & Korff, 2015). Wie die Relation zwischen den Individuen entsteht bzw. welche Organisationsform sie wählen, kann variieren: Diese kann institutionalisiert und formalisiert oder informell und lose strukturiert sein. Im **komplexen** Verhältnis des Individuums zum selbstorganisierten Kollektiv können überdies Spannungen oder Brüche entstehen. Es kann sowohl freiwillig als auch verpflichtend, solidarisch, integrativ und basisdemokratisch oder exklusiv und hierarchisch sein (Daniel, 2021).

Zugleich stehen selbstorganisierte Kollektive in Relation zu gesellschaftlichen und politischen **Kontexten**: Sie können z. B. das Resultat einer schwachen Staatlichkeit sein und durch den Aufbau autonomer Strukturen den Staat infrage stellen. Sie können auch ein Ausdruck demokratischer Kontrolle durch Bürger*innen sein oder im Einklang und in Ergänzung zu dominierenden gesellschaftlichen und politischen Normen, Werten und Prozessen von **Governance** stehen (Daniel et al., 2023; Nederhand et al., 2015). Selbstorganisation kann sich in Distanz, im **Widerstand**, im Einklang oder subsidiär zum Staat und zur Gesellschaft formieren. Folglich resultiert Selbstorganisation im Inneren aus einem **komplexen** Beziehungsgefüge der beteiligten Individuen und steht auch zum gesellschaftlichen und politischen **Kontext** in einer **komplexen** Relation, welche zudem einen Einfluss auf die Struktur der kollektiven Selbstorganisation und ihr Handeln haben kann.

Infolgedessen haben bisherige akademische Analysen einerseits aus einer handlungstheoretischen Perspektive die Bedeutung, Funktion, Organisation und **Wirkung** von Selbstorganisation auf das Umfeld untersucht. Ebenso haben Studien gezeigt, wie gesellschaftliche und politische **Kontexte** auf Prozesse der Selbstorganisation **wirken** (Fuchs, 2002). Andererseits adressiert die akademische Forschung zur Selbstorganisation nicht nur die Prämisse der Handlungsfähigkeit und -kreativität von Individuen (vgl. Förster, 2013), sondern schreibt der Selbstorganisation vermehrt zu, basisdemokratisch, bürgernah, **partizipativ** oder emanzipatorisch zu sein (Neubert, 2021). Diese Forschungszugänge zur Selbstorganisation in akademischen Studien bleiben zumeist implizit und sind darauf zurückzuführen, dass eine Vielzahl wissenschaftlicher Forschungen aus linken und anarchistischen Perspektiven verfasst wird und sich auf Akteure wie **soziale** Bewegungen, Ökodörfer oder Solidarökonomien bezieht (Fuchs, 2002). Allerdings ist Selbstorganisation nicht immer mit einem normativen Anspruch auf **Inklusion**, **Partizipation**, **Sozialität** und Emanzipation verbunden, sondern kann mitunter auch ausschließend sein, mit Korruption und Gewalt einhergehen und sich beispielsweise im ideologisch rechtsextremistischen Spektrum konstituieren (Espejo, 2000; Fitting, 1991).

Urbane Selbstorganisation

Die neoliberale Wende der 1970er (Werdning, 2008) löste auch in urbanen Räumen eine Reihe von **Transformationen** aus, die Prozesse der Selbstorganisation bis heute stimuliert und beschleunigt haben. Neoliberale Reformen und daraus resultierende Prozesse der Gentrifizierung, Touristifizierung oder des Verlusts **sozialer** und naturnaher Beziehungen führen in urbanen Zentren weltweit zu einer Verfestigung von Ungleichheiten, Segregation oder der Entstehung **sozialer** Kämpfe (Harvey, 2012; Mayer, 2013; Portaliou, 2007). Ebenso argumentierten Wissenschaftler*innen, dass sich diese urbanen Krisenszenarien überlappen und mitunter der entfesselte Kapitalismus in einem ökologisch-ökonomischen Dilemma münde. Dieses sei dadurch gekennzeichnet, dass eine **nachhaltige** urbane Zukunft nur mit einer grundlegenden Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen möglich sei, denn Wachstum basiere auf der Ausbeutung und Erschöpfung der Natur (Dörre et al., 2009).

Vor diesem Hintergrund wird die Stadt weltweit vermehrt zum Anlass und Raum für kollektive Selbstorganisation. Diese entsteht zur Überwindung von Missständen und Ungleichheiten und um eine lebenswerte Zukunft zu gestalten (Mayer, 2014). Die Formen der urbanen Selbstorganisation können sich auf urbane Missstände beziehen oder auch ökologische Fragen adressieren. **Soziale** und ökologische **Gerechtigkeit** werden jedoch häufig als zwei Seiten einer Medaille gesehen und in gleicher Weise von selbstorganisierten Akteuren angesprochen.

Die Stadt ist nicht immer Anlass, sondern auch Ort der Selbstorganisation. Urbane Räume und v. a. öffentliche Plätze repräsentieren in der Geschichte die Zentren von Gesellschaft und Politik. Sie sind Ort für politische Versammlungen, wirtschaftliches Handeln, Protest oder Revolutionen (Mayer, 2013 & 2014). Die Besetzung öffentlicher Räume durch selbstorganisierte Akteure symbolisiert daher einen **Widerstand** und kann gleichsam präfigurieren und präsentieren, wie eine **sozial gerechte** und ökologisch **nachhaltige** Zukunft aussehen soll (Feigenbaum et al., 2013).

Selbstorganisation ist damit eine Möglichkeit, sich urbane Räume (wieder) anzueignen: Der Leitspruch *Recht auf Stadt* drückt diesen Prozess und die damit verbundenen **Rechte** von Menschen aus, eine **sozial gerechte**, ökonomisch und ökologisch **nachhaltige** Stadt zu gestalten (Harvey, 2012; Lefèbvre, 1972). Menschen organisieren sich, um urbane Missstände aufzuzeigen und ggf. selbst zu lösen. Ihr **Engagement** veranschaulicht die Handlungsfähigkeit der Individuen, denn häufig bewältigen sie urbane Probleme mit geringen Budgets und ohne politische Intervention z. B. von Politiker*innen, wie Förster (2013) betont. In dieser Selbstorganisation zeigt sich auch eine gewisse Kreativität zur Problemlösung von Individuen, die unabhängig von einer institutionalisierten Politik eine rasche Lösung für urbane Probleme anbieten, wie etwa die Schaffung von naturnahem Alltagsleben durch Gemeinschaftsgärten. Jedoch stößt die Kreativität und auch die Problemlösungskapazität von Individuen bei der Lösung struktureller Probleme, wie Prozessen der Gentrifizierung oder Touristifizierung, an ihre Grenzen.

Facetten urbaner Selbstorganisation zur sozial-ökologischen Transformation

Die Formen der Selbstorganisation zur Gestaltung einer **sozial-ökologisch nachhaltigen** Zukunft sind vielfältig: Sie reichen von jenen, die im Einklang mit bestehenden Normen, Werten und Institutionen stehen, bis hin zu Formen von Selbstorganisation mit **transformativem** Charakter, die nach grundlegenden Veränderungen streben. Im Folgenden stehen v. a. letztere im Mittelpunkt. **Sozial-ökologische Transformation** als normativer Begriff entwirft ein Bild einer **sozial** und ökologisch **nachhaltigen** Zukunft und versteht sich damit als Gegenbegriff zu einem ökonomischen Fortschrittsparadigma, welches auf der Ausbeutung der Naturverhältnisse basiert. Als akademische Forschungsperspektive blicken Studien zur **sozial-ökologischen Transformation** auf die gesellschaftliche Regulation von Natur, die Relation von Mensch und Natur sowie die daraus entstehenden Veränderungen (Brand & Wissen, 2017; Polanyi, 1944).

Die Selbstorganisation zur **sozial-ökologischen Transformation** reicht bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück und erhielt einen Aufschwung im Rahmen der Neuen **Sozialen** Bewegungen ab dem Ende der 1960er (vgl. Daniel et al., 2021; Daniel & Exner, 2020). Besonders in den letzten Jahren ist die Zahl **sozial-ökologischer** Selbstorganisation mit **transformativem** Charakter erneut angestiegen, nicht zuletzt mit der (Wieder-)Belebung der **Klimagerechtigkeitsbewegung** im Zuge des Jugendaktivismus von Fridays for Future. Selbstorganisierte Kollektive adressieren unterschiedliche urbane Lebensfelder, wie Wohnen, Arbeiten, Ernährung, oder konstituieren sich entlang von Lebensstilen oder politischen Forderungen. Nur z. T. kritisieren diese die Neoliberalisierung der Stadt oder die Ökonomie im Allgemeinen. Insbesondere die Frage, wie gesellschaftliche Naturverhältnisse gestaltet werden bzw. die Beziehung zwischen Mensch und Natur, spielt für selbstorganisierte Akteure eine zentrale Rolle (vgl. Görgen & Wendt, 2020).

Zur Vielfalt von selbstorganisierten urbanen Akteuren zählt z. B. das *Guerilla Gardening*. Dabei wird Saatgut punktuell ausgestreut, die Stadt so Stück für Stück begrünt und damit umgestaltet. Dadurch drücken Aktivist*innen nicht nur Protest gegen eine urbane Entfremdung und Distanzierung von der Natur aus, sondern unterstützen den Renaturierungsprozess durch einzelne, aber auch wiederkehrende Begrünung. *Guerilla-Gardening*-Aktivist*innen werden zumeist nur durch ein loses und wenig institutionalisiertes

Netzwerk zusammengehalten. Im Gegensatz zu dieser Form kollektiver Selbstorganisation sind Klimacamps institutionalisiert, doch gleichsam temporär. Klimacamps entstehen vorübergehend, um **nachhaltige** Lebensstile **auszuprobieren** und darzustellen sowie einen Ort des Austauschs, Rückzugs und Trainings für Aktivist*innen zu bieten. Kontinuierliche Formen der institutionalisierten Selbstorganisation sind z. B. urbane Ökodörfer oder solidarische Ökonomien, welche ökologisch **nachhaltige** Produktionsformen und Lebensstile jenseits kapitalistischer Logik im Alltag durchsetzen. Auch Umweltorganisationen, wie Global 2000, Green Peace oder World Wide Fund for Nature (WWF), sowie die vielen Heimat- und Umweltschutzvereine bilden eine Form der institutionalisierten Selbstorganisation. Teilweise sind diese Formen selbstreferenziell und damit ausschließlich auf die eigenen Mitglieder bezogen, wie dies bei Ökodörfern häufig der Fall ist. Selbstorganisierte Akteure können auch politisch mobilisierend sein, wie etwa ein Teil der Umweltorganisationen oder die variierenden kollektiven Akteure der **Klimagerechtigkeitsbewegung** (vgl. Daniel & Exner, 2020; Iveson, 2013). Zur **Klimagerechtigkeitsbewegung** als Allianz unterschiedlicher **sozialer** Bewegungen gehören z. B. Fridays for Future, Extinction Rebellion, die Letzte Generation oder auch System Change, not Climate Change sowie variierende Kampagnen, welche diese Akteure mitunter verbinden – etwa *Lobau Bleibt* als **Engagement** und **Widerstand** gegen den Ausbau des Wiener Autobahnnetzes.

Die Akteure der **Klimagerechtigkeitsbewegung** haben unterschiedliche Grade der Institutionalisierung und Dauerhaftigkeit, teilen überwiegend basisdemokratische Organisationsformen, sind offen und integrierend, denn **soziale** Bewegungen streben stets nach der Mobilisierung von Anhänger*innen für ihre Anliegen. Sie greifen dabei auf ein breites Spektrum an Aktionsformen zurück – von medien**wirksamen** und spektakulären Demonstrationen, Besetzungen, Blockaden bis hin zu Petitionen und Lobbying. Einige Aktionsformen weisen eine Kontinuität auf, andere sind eher spontan und auf ein bestimmtes Ereignis ausgerichtet (vgl. Taylor & Van Dyke, 2004). Fridays for Future setzt auf die kontinuierliche Mobilisierung der breiten Masse zumeist zu den Globalen Klimastreiks. Dagegen nutzen Extinction Rebellion und die Letzte Generation u. a. temporär zivilen Ungehorsam, um Druck auf die Umsetzung klimapolitischer Ziele auszuüben und die mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen (vgl. Daniel et al., 2021). Abhängig von den Aktionsformen ist die Relation zur Stadtpolitik oder generell zur Politik sehr unterschiedlich und reicht von einer **partizipativen** oder komplementären Relation zwischen selbstorganisierten Akteuren und der Stadtpolitik bis hin zur Kontrolle oder gar Unterbindung von selbstorganisierten Akteuren durch staatliche Institutionen.

Diesem breiten Spektrum selbstorganisierter Akteure ist gemeinsam, dass die Stadt entweder als krisenhafter Raum wahrgenommen oder als zentraler Ort gesehen wird, um **sozial-ökologische Transformation** zu praktizieren und zu fordern. Selbstorganisation hat verschiedene Facetten und ist damit von variierenden Temporalitäten (punktuell vs. dauerhaft) geprägt. Ebenso konstituieren sich selbstorganisierte Akteure in unterschiedlicher Weise (institutionalisiert vs. informell) und haben konträre Bezugspunkte (selbstreferenziell vs. politisch mobilisierend). Allen gemeinsam ist, dass die Formen der Selbstorganisation sich als mikroräumliche urbane Strategien und Praktiken verstehen, die die Städte **sozial** und ökologisch **nachhaltig transformieren** wollen. Dabei sind urbane selbstorganisierte Akteure mitunter auch in nationale und globale Netzwerke eingebunden.

Literaturverzeichnis

- Brand, U., & Wissen, M. (2017). Social-Ecological Transformation. *International Encyclopedia of Geography*, 1-9. <https://doi.org/10.1002/9781118786352.wbieg0690>
- Daniel, A. (2021). Rhodes Must Fall: Different layers of intersectionality in students' struggles in South Africa. *Interface*, 13(1), 12-37. <https://www.interfacejournal.net/wp-content/uploads/2021/07/Interface-13-1-Daniel.pdf>
- Daniel, A., & Exner, A. (2020). Kartographie gelebter Ökotopten. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(4), 785-800. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0070>
- Daniel, A., Frey, I., & Strickner, A. (2021). Klimaaktivismus in Österreich. In Armutskonferenz, Attac, & Beigewum (Hrsg.), *Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten* (S. 19-30). Bahoe books.
- Daniel, A., Lauth, H., & Rothfuß, E. (2023). Local Self-Governance and Weak Statehood: A Convincing Liaison? *Politics and Governance*, 11(2), 272-279. <https://doi.org/10.17645/pag.v11i2.7166>
- Dörre, K., Lessenich, S., & Rosa, H. (2009). *Soziologie - Kapitalismus - Kritik: Eine Debatte*. Suhrkamp.
- Espejo, R. (2000). Self-construction of desirable social systems. *Kybernetes*, 29(7/8), 949-963. <https://doi.org/10.1108/03684920010342062>
- Feigenbaum, A., Frenzel, F., & McCurdy, P. (2013). *Protest Camps*. Zed Books.
- Fitting, P. (1991). Utopias Beyond Our Ideals: The Dilemma of the Right-Wing Utopia. *Utopian Studies*, 2(1/2), 95-109. <https://www.jstor.org/stable/20719029>
- Förster, T. (2013). On Urbanity: Creativity and Emancipation in African Urban Life. In B. Obrist (Hrsg.), *Living the City in Africa* (S. 235-253). LIT.
- Fuchs, C. (2002). *Concepts of Social Self-Organisation*. SSRN. <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.385185#>
- Görgen, B., & Wendt, B. (Hrsg.). (2020). *Sozial-ökologische Utopien: Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?* Oekom.
- Harvey, D. (2012). *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. Verso.
- Iverson, K. (2013). Cities within the city: Do-it-Yourself Urbanism and the Right to the City. *International Journal of Urban and Regional Research*, 37(3), 941-956. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12053>
- Lefebvre, H. (1972). *Die Revolution der Städte*. List.
- Mayer, M. (2013). Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. *sublurban*, 1(1), 155-168.
- Mayer, M. (2014). Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In N. Gestring, R. Ruhne, & J. Wehrheim (Hrsg.), *Stadt und soziale Bewegungen* (S. 25-42). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01398-1_2
- Mayntz, R. (2004). *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?* Max Planck Institute for the Study of Societies. <https://hdl.handle.net/10419/44296>
- Nederhand, J., Bekkers, V., & Voorberg, W. (2015). Self-Organization and the Role of Government: How and why does self-organization evolve in the shadow of hierarchy? *Public Management Review*, 18(7), 1063-1084. <https://doi.org/10.1080/14719037.2015.1066417>
- Neubert, D. (2021). *The hidden side of local self-organisation and self-regulation: Elements for the comparative analysis of the constitution of self-organised groups* [Arbeitspapier]. Universität Würzburg. <https://doi.org/10.25972/OPUS-25149>
- Polanyi, K (1944). *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Suhrkamp.
- Portaliou, E. (2007). Anti-global movements reclaim the city. *City*, 11(2), 165-175. <https://doi.org/10.1080/13604810701396009>
- Rothfuß, E., & Korff, R. (2015). Urban Self-organisation in the Global South: The Everyday Life of the Poor as a Collective Resource to Enhance the Politics of Sustainability. In D. Wilson (Hrsg.), *The Politics of the Urban Sustainability Concept* (S. 152-166). Common Ground.
- Taylor, V., & Van Dyke, N. (2004). "Get up, Stand up": Tactical Repertoires of Social Movements. In D. A. Snow, S. A. Soule, & H. Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell Companion to Social Movements* (S. 262-293). Blackwell.
- Werdning, M. (2008). Gab es eine neoliberale Wende? Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 56(2), 303-376. <https://doi.org/10.1524/vfzg.2008.0011>

Soziales

Das Soziale und sozial sein - deskriptive und normative Elemente des Begriffs

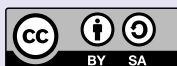
Der Beitrag versucht eine Annäherung an das Begriffsfeld und den Phänomenbereich Sozial/sozial zunächst durch eine philosophisch-anthropologisch inspirierte Leseart, die einige Ideen zum Wesen des Sozialen aus der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte aufgreift. Anschließend an diese ersten Ausführungen wird v. a. auf die Normativität des Sozialen Bezug genommen, mit Seitenblicken auf eine mögliche wertfreiere analytische und deskriptive Thematisierung. Zuletzt werden Überlegungen aus den aktuellen Diskursen zu sozialer Innovation aufgegriffen und kritisch und rückfragend zu den Ausführungen zu Sozial/sozial in Beziehung gesetzt.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Gerechtigkeit](#), [Governance](#), [Innovation](#), [Planung](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Brunner, A. (2024). Soziales: Das Soziale und sozial sein - deskriptive und normative Elemente des Begriffs. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 203-210). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_26



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Der folgende Beitrag versucht sich in einer Annäherung an den Begriff des Sozialen in dem Bewusstsein, dass es sich dabei nicht nur um ein sehr breites Feld möglicher Merkmale und Bedeutungen, sondern auch um einen vielfältigen Phänomenbereich handelt. Gerade deshalb scheint es aber notwendig – auch im Sinne der Intention des vorliegenden Sammelbandes –, einige Wegmarken in der Begriffslandschaft Sozial einzurichten, die eine Orientierung ermöglichen. Die Wege, die dazu beschritten werden, beginnen zunächst mit einer sozialphilosophisch-anthropologischen Annäherung und gehen in der Folge zu Thematiken der normativen Besetzungen des Begriffs über (das Soziale als *das Gute*). Davon weg führt der Weg weiter zu eher deskriptiven und analytischen Merkmalen des Sozialen, gefasst als Gesellschaftliches bzw. Zwischenmenschliches, um die Konnektivität von Sozial zu unterschiedlichsten Begriffen, Praktiken und Phänomenen partiell sichtbar zu machen. Zuletzt führen die Wege, ausgehend von den vorhergehenden Darstellungen und Analysen, kritisch auf Fragen und Leerstellen für den Begriff und die Praxis sozialer **Innovation** zurück.

Sozialphilosophische und anthropologische Annäherungen

Ein erster Zugang bezieht sich auf sozialphilosophisch-anthropologische Wesensbestimmungen *des Menschen*. Zunächst wird in der Antike, etwa bei Aristoteles, der Mensch als *zoon politikon* bestimmt – als ein Lebewesen, das im Gemeinwesen, der *polis* – ein Verweis auf die Stadt – lebt. Wobei hier kritisch und einschränkend gegenüber möglichen Idealisierungen festgehalten werden muss, dass mit Menschen hier erwachsene Männer gemeint waren, nicht jedoch Frauen, Kinder und Sklav*innen. Das christliche Mittelalter sieht den Menschen v. a. eingebunden in eine göttliche Ordnung. Das Soziale im Sinne von Gesellschaft ist geprägt von klaren und hierarchischen Standespositionen, verbunden mit der Idee einer Gemeinschaft der Gläubigen sowie speziellen Gemeinschaftsformen im Sinne der Kommunität in der klösterlichen Lebensweise. Wenn in der Folge, v. a. in der Neuzeit, der Mensch nicht mehr als Teil der göttlichen Ordnung und Gemeinschaft der Gläubigen, sondern zunehmend als autonomes Einzelwesen sowohl philosophisch als auch im Rahmen des Liberalismus als ökonomischer Akteur in den Blick genommen wird, so steht dies in einer gewissen Spannung zum Sozialen, gefasst als dem *Gemeinschaftlichen*, das auch immer Abhängigkeiten und damit Heteronomie impliziert. Vor allem in der Aufklärung widersetzt sich das Individuum gegen eine Beschränkung durch Kirche, Staat und andere überkommene Ordnungen. Bei Jean-Jacques Rousseau ist der Mensch im *Naturzustand* als unabhängiges Einzelwesen gefasst, das allein, selbstgenügsam und anderer nicht bedürftig lebt (vgl. Rousseau, 2018, S. 68–69). Dieses Glück des Naturzustandes wird in dieser gattungsgeschichtlichen Spekulation durch das Soziale durchbrochen, indem Menschen sich immer mehr einander zuwandten, voneinander abhängig wurden, vergesellschafteten und in einen politisch eingerichteten Gesellschaftszustand (*état civil*) übergingen.

Der Betonung des Individuums in der Aufklärung setzte Marx eine gegen die *Robinsonaden* des Bürgertums auf das Soziale gerichtete Anthropologie entgegen. Er hält mit Rückgriff auf die antike Bestimmung fest: „Der Mensch ist im wörtlichen Sinn ein *zoon politikon*, nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das sich nur in der Gesellschaft vereinzeln kann“ (Marx, 2018, S. 345). Damit wird das Soziale im Sinne von *Gesellschaft* als Bedingung für die Möglichkeit gesetzt, dass sich das

Individuum herausbilden kann. Schon vor Marx war im Rahmen der Übersetzung des altgriechischen *zoon politikon* ins Lateinische aus dem Wesen, das im Gemeinwesen lebt, der Mensch als *animal sociale*, als soziales Tier, hervorgegangen. Zudem steckt im verwandten lateinischen Wort *socius*, als Adjektiv gebraucht, die Semantik von sozial, wie sie auch heute noch häufig anklingt, im Sinne von gemeinsam, gemeinschaftlich, verbunden. Im Wörterbuch für Philosophische Begriffe heißt es dazu recht lapidar und normativ bzgl. sozial: „Der Gesellschaft entsprechend, auf die Gesellschaft und das Leben in ihr, auf die Beziehungen der Menschen zueinander gerichtet, sich ihnen hingebend und ihnen dienend“ (Regenbogen & Meyer, 2020, S. 615).

Damit wird nicht nur eine Beschreibung des Sozialen vorgenommen, sondern auch eine gewisse normative Richtung eingeschlagen, auf die noch einzugehen ist. Der Widerspruch bzw. die Dialektik zwischen Menschen als sozialen Wesen und als Individuen, der gerade die westliche **Kultur** mit ihrem Fetisch des Individualismus gegenwärtig bestimmt, wird normativ verhandelt, auch in der moralischen Unterscheidung von Altruismus und Egoismus. Dies kann **kultur**pessimistische Züge im Sinne des Verlusts oder Niedergangs des Sozialen annehmen bzw. sich in Klagen über mangelnde Solidarität, Bereitschaft sich zu **engagieren** etc. äußern, bis hin zu einer weiteren Postsemantik des Postsozialen.

Eine Wesensbestimmung, die das Soziale auf das *Menschliche* oder *Zwischenmenschliche* beschränkt, wie es die bisherigen Ausführungen nahelegen, ist jenseits der Normativität noch in einer anderen Hinsicht problematisch. Menschen vergesellschaften sich nicht nur im Sinne des oben angeführten Marx-Zitats gemeinsam, sondern sie tun dies auch immer in der Auseinandersetzung mit der Natur und in der Aneignung der natürlichen und von ihnen selbst produzierten (Um-)Welten. Wie immer man Technik und Technisierung fassen will (vgl. Hubig et al., 2013), menschliche Koexistenz ist immer schon von der Herstellung und dem Gebrauch von Gegenständen und Artefakten geprägt, bestimmt und durchdrungen. Das Technische steht nicht außerhalb des Sozialen, sondern Technisierung und Soziales sind immer schon aufeinander verwiesen. Insofern wäre im Sinne dessen, was heute vielfach als kritischer Posthumanismus firmiert (vgl. Brunner, 2021), einerseits die Zentrierung auf den Menschen infrage zu stellen und andererseits klar in den Blick zu nehmen, dass die soziale Welt als Lebenswelt immer auch eine schon technisierte Welt ist (vgl. Ihde, 1990). Aus diesem Grund macht es gerade in unserer modernen und technisierten Welt wenig Sinn, soziale und technische **Innovation** gegeneinander auszuspielen oder als völlig getrennte Sphären zu betrachten.

Normative und deskriptive Momente des Sozialen

Ausgehend von den sozialphilosophisch-anthropologischen Semantiken mit den vielfachen normativen Aufladungen von Sozial soll hier auf die zentrale Thematik der Normativität noch einmal vertiefend eingegangen werden. Soziales wird nicht nur im Alltag, sondern auch in wissenschaftlichen Diskursen häufig mit dem Gesollten oder auch dem Guten assoziiert. Jemandem im Alltag zu attestieren, sozial zu sein, ist eine gesellschaftlich hoch positiv besetzte Bewertung. Sozial zu sein ist also moralisch positiv besetzt, während das Gegenteil mit den Konnotationen vom normativ

noch milderen unsozial zu asozial, antisozial und dissozial reicht und eindeutig als negativ oder zumindest problematisch gesehen wird. Grundsätzlich fördert die positive Besetzung des Wortes sozial die Tendenz, als negativ besetzte menschliche und gesellschaftliche Themen und Phänomene außerhalb des Sozialen anzusiedeln. Es ist eine Aufgabe der Sozialwissenschaften, v. a. der Soziologie, über die „Grenzen des Sozialen“ (vgl. dazu Lindemann, 2016) nachzudenken, denn wenn alles *irgendwie sozial* ist, ist wenig gewonnen. Gleichzeitig gilt es aber, normative Zuschreibungen zu reflektieren und deskriptiv und analytisch an Begriff und Sache heranzugehen.

So könnte man bezüglich des Begriffs und Phänomens des Sozialen, zunächst beschränkt auf das sogenannte Zwischenmenschliche, vorerst einmal festhalten, dass Menschen zusammenleben und existieren, also aufeinander bezogen, voneinander abhängig und wohl auch einander ausgesetzt und ausgeliefert sind (vgl. zu letzterem Liebsch, 2018). Dass diese Formen des Zusammenlebens und der Bezogenheit nicht nur harmonische Seiten haben, wie viele positive Besetzungen von sozial nahelegen, sondern auch schwierige, herausfordernde, konflikthafte und gewalthaltige Aspekte, kann dann im Rahmen einer erweiterten Perspektive auf Soziales thematisiert und theoretisiert werden. Beispielsweise sind rein positive Besetzungen von Gemeinschaft, Nachbarschaft, Community, Gemeinwesen, die auch für viele Überlegungen zu sozialem Raum und Stadtentwicklung immer wieder implizit leitend sind, um das Konflikthafte, Ausschließende, Einengende etc. zu erweitern und zu ergänzen, das solche Vergesellschaftungsformen an sich haben. Bewertungen von z. B. Nachbarschaft in positiver Gleichsetzung mit Nähe, Gemeinschaft, Integration und Unterstützung unterschlagen in harmonisierender Weise Aspekte wie soziale Kontrolle, soziale Ausschließung und soziale Konflikte. Auch der Diskurs um soziale **Innovationen** ist nicht frei davon. Es steckt also zusammenfassend sowohl im Begriff als auch im Wesen des Sozialen eine gewisse Ambivalenz, wie sie Kant früh in seinen geschichtsphilosophischen Überlegungen als gesellig-ungesellige Natur des Menschen bezeichnet hat, in der sich eine Spannung bzw. ein Antagonismus ausdrückt. „Ich verstehe hier unter dem Antagonismus die ungesellige Geselligkeit der Menschen; d. h. den Hang derselben, in Gesellschaft zu treten, der doch mit einem durchgängigen Widerstande, welcher diese Gesellschaft beständig zu trennen droht, verbunden ist“ (Kant, 2019, S. 37). Eine Auseinandersetzung mit dem Sozialen wird dieser Ambivalenz bzw. diesem Antagonismus Rechnung tragen müssen, um nicht vorschnell in positive oder negative Bewertungen des Sozialen zu münden.

Erweitert, über normative Aufladungen und Engführungen hinaus, wäre das Soziale nicht nur über das Zwischenmenschliche auf das Technische hin, sondern deskriptiv und analytisch in seiner Konnektivität zu betrachten. Das heißt, es sind semantische und inhaltliche Verbindungen mit anderen Begriffen bzw. Phänomenen zu denken und zu berücksichtigen, die mit dem Sozialen assoziiert werden. Es lassen sich eine Vielzahl solcher Verbindungen in Alltag, Politik und Wissenschaft aufzeigen, wenn man, um nur ein Beispiel heranzuziehen, an Institutionen und Phänomene wie Sozialstaat, Sozialrecht, Sozialpolitik, Sozialraum etc. denkt. Und innerhalb dieser Verbindungen lassen sich wiederum Relationen herstellen. Der Sozialstaat mit der entsprechenden Sozialpolitik und institutionalisierten sozialen Institutionen und Leistungen stellt eine der Antworten und eine mögliche gesellschaftliche und politische Reaktion auf die sogenannte soziale Frage dar. Mit der Verteilung von

sozialen und materiellen Ressourcen ist er ein wesentlicher Akteur in der Strukturierung des sozialen Raums und der sozialen Positionen, die Individuen in unterschiedlichen sozialen Feldern (vgl. dazu auch Bourdieu, 1985) einnehmen können, und kann zu mehr sozialer **Gerechtigkeit** beitragen. Neben der räumlichen ist auch die zeitliche Dimension des Sozialen zu beachten. Zeitbegriffe beziehen sich dabei auf Phänomene wie den sozialen Wandel oder soziale **Transformationen** und sind mit den Thematiken von sozialen Veränderungen und Neuerungen, auf die zuletzt einzugehen ist, verknüpft.

Soziale Innovation? Rückfragen und Anmerkungen

Seit der europäischen Aufklärung waren mit dem Zerbrechen alter Ordnungen und mit dem sich zunehmend beschleunigenden sozialen Wandel die Ideen der Gestaltbarkeit der menschlichen Verhältnisse und der Hoffnung auf Fortschritt verbunden, die im 20. Jahrhundert viel an Strahlkraft eingebüßt haben und im 21. Jahrhundert angesichts vermehrter gesellschaftlicher und globaler Konflikte sowie der Klimakrise höchst ambivalent zu betrachten sind. Auch wenn die Fortschrittserzählung und der Glaube an die Machbarkeit des Sozialen, der im 20. Jahrhundert vielfach in exzessiver Gewalt geendet hat, gebrochen ist, so lebt heute in Spielarten der sozialen **Innovation** etwas von der Idee der Herstellbarkeit des Sozialen bzw. der **Steuerung** und Gestaltung des sozialen Wandels „zumindest ihrem Versprechen nach“ (Schubert, 2016, S. 409) weiter. Zwar sind weder der soziale Wandel noch die soziale Beschleunigung (vgl. Rosa, 2013) Naturtatsachen, sondern Ergebnis menschlicher Praxis, gleichzeitig sind die soziotechnischen und gesellschaftlichen Bedingungen für soziale **Innovationen** hoch **komplex** und von vielfachen Eigenlogiken, gesellschaftlichen Kämpfen und nichtintendierten Folgen durchzogen und wohl nur eingeschränkt **plan-** und **steuerbar**. Soziale **Innovationen** führten im Diskurs neben ökonomischen und technischen **Innovationen** lange ein Schattendasein. Soziale **Innovationen** begrifflich und phänomenal daher klarer gegen die technisch-ökonomische Perspektive zu positionieren, macht Sinn, jedoch kann von bestimmten, rein zwischenmenschlichen **Innovationen** abgesehen, soziale **Innovation** nicht jenseits des Technischen und Ökonomischen gesehen werden (vgl. Rammert, 2010; Schubert, 2016).

Hinsichtlich der weiter oben thematisierten Normativität zeigt z. B. die von Rueede und Lurtz (2012, S. 14) zusammengestellte Übersicht zu Konzepten sozialer **Innovation** eine starke normative Fokussierung des Diskurses, wenn man nicht nur auf die normative Positionierung zu Sozial/sozial, sondern auf die Zahl der entsprechenden Publikationen blickt. Verstärkt wird dies noch durch die Tendenz, die Schubert als „doppelt positiv-normative Leseart sozialer Innovation“ (2016, S. 416) bezeichnet. Nicht nur das Soziale ist normativ positiv besetzt, sondern ebenso **Innovation**. Demgegenüber ist festzuhalten, dass erstens neuartig nicht an sich positiv und automatisch mit besser gleichzusetzen ist. Zweitens ist aus einer gesellschaftskritischen Perspektive zu fragen: Verbesserung für wen, in Bezug auf welche Interessen und welche Rolle spielen dabei soziale Konflikte (vgl. Martens, 2010, S. 372–373)? Die Frage ist insofern zu stellen, als es sich bei sozialer **Innovation** nicht immer nur um Verbesserungen, sondern auch um Versuche handelt, Schäden zu beheben, die durch sozialen und technischen Wandel entstanden sind. Demzufolge unterscheidet Schubert (2016, S. 413) folgerichtig zwischen Reparatur**innovationen** und Verbesserungs**innovationen**.

Howaldt und Schwarz (2010, S. 91) sprechen nicht von Konflikten, sondern von Ambivalenzen, die sowohl technische als auch soziale **Innovationen** auslösen können. Grundsätzlich wird wohl immer auch die Frage der Bewertung des Neuartigen und seiner **Auswirkungen** auf das Zusammenleben zu stellen sein. Die Beantwortung hängt auch davon ab, wie man die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Veränderungen gesellschaftstheoretisch liest. Insgesamt scheint der Diskurs um soziale **Innovation** stark von **systemfunktionalistischer**, **pragmatistischer** und **praxistheoretischer** Leseart geprägt zu sein. Ein kritischerer Blick auf die Ideologie der **Innovation** und auch auf manche Heilsversprechen bzw. nicht erfüllbare Erwartungen in Bezug auf gesellschaftliche Herausforderungen wäre angesichts der Irrationalität so mancher bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse – wie etwa das weitere Festhalten an fossilen Brennstoffen angesichts von Klimakrise, Armut und Hunger, der weiterhin das Leben von Millionen Menschen kennzeichnet, wiewohl der Stand der Produktionsmittel und eine **gerechtere** Verteilung dem Abhilfe schaffen könnten, ... – angebracht, ohne in einen rückwärtsgewandten **Kulturpessimismus** zu münden. Denn man kann sich trotz Krisen mit Serres (2018) kritisch fragen *Was genau war früher besser?* sowie in Bezug auf soziale **Innovation** und auf die Zukunft gerichtet *Was genau wird damit besser?*

Literaturverzeichnis

- Bourdieu, P. (1985). *Sozialer Raum und „Klassen“*. *Leçon sur la leçon: Zwei Vorlesungen*. Suhrkamp.
- Brunner, A. (2021). Soziale Arbeit in der Perspektive von trans- und posthumanistischen Diskursen. In C. Freier, J. König, A. Manzeschke, & B. Städtler-Mach (Hrsg.), *Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit: Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft* (S. 433–446). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32556-5_30
- Howaldt, J., & Schwarz, M. (2010). Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und -perspektiven. In J. Howaldt & H. Jacobsen (Hrsg.), *Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma* (S. 87–108). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4_5
- Hubig, C., Huning, A., & Ropohl, G. (Hrsg.). (2013). *Nachdenken über Technik: Die Klassiker der Technikphilosophie und neuere Entwicklungen*. Edition Sigma.
- Ihde, D. (1990). *Technology and the lifeworld. From Garden to Earth*. Indiana University Press.
- Kant, I. (2019). Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht. In W. Weischedl (Hrsg.), *Immanuel Kant: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik* (S. 33–50). Suhrkamp.
- Liebsch, B. (2018). *Einander ausgesetzt – Der Andere und das Soziale. Umrisse einer historisierten Sozialphilosophie im Zeichen des Anderen*. Alber.
- Lindemann, G. (2016). *Das Soziale von seinen Grenzen her denken*. Velbrück Wissenschaft.
- Martens, H. (2010). Beteiligung als soziale Innovation. In J. Howaldt & H. Jacobsen (Hrsg.), *Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma* (S. 371–390). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4_20
- Marx, K. (2018). Einleitung [zu den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie«] (1857). In F. Butollo & O. Nachtwey (Hrsg.), *Karl Marx Kritik des Kapitalismus: Schriften zur Philosophie, Ökonomie, Politik und Soziologie* (S. 344–374). Suhrkamp.
- Rammert, W. (2010). Die Innovationen der Gesellschaft. In J. Howaldt & H. Jacobsen (Hrsg.), *Soziale Innovation* (S. 21–51). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4_2
- Regenbogen, A., & Meyer, U. (Hrsg.). (2020). *Wörterbuch der philosophischen Begriffe*. Felix Meiner.
- Rosa, H. (2013). *Beschleunigung und Entfremdung*. Suhrkamp
- Rousseau, J.-J. (2018). *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen*. Reclam.
- Rueede, D., & Lurtz, K. (2012). Mapping the various meanings of social innovation: Towards a differentiated understanding of an emerging concept. *EBS Business School Research Paper*, 12(3). <https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2091039>
- Schubert, C. (2016). Soziale Innovationen: Kontrollverluste und Steuerungsversprechen sozialen Wandels. In W. Rammert, A. Windeler, H. Knoblauch, & M. Hutter (Hrsg.), *Innovationsgesellschaft heute: Perspektiven, Felder und Fälle* (S. 403–422). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10874-8_18
- Serres, M. (2018). *Was genau war früher besser? Ein optimistischer Wutanfall*. Suhrkamp.

System

Warum systemisches Denken und Handeln gut zu sozialer Innovation und nachhaltiger Transformation passen

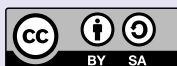
In der Planungswissenschaft, in Planungsstudiengängen und in der Praxis räumlicher Planung dominiert seit Langem ein technisch-naturwissenschaftliches Verständnis der Begriffe System und systemisch. Diese Tradition ist unverzichtbar, denn räumliche Entwicklung ist z. B. ohne die Arbeit mit technischen, komplexen Strukturen und Modellen nicht denkbar. Sie hat aber eine Schwäche: Sie denkt Systeme mechanisch und hat Schwierigkeiten, die Unwägbarkeit und Kreativität von Menschen einzubeziehen. Für die gewollte Transformation zu nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen ist zusätzlich ein sozialer Systembegriff nötig, der heute überwiegend im Zusammenhang mit konstruktivistischen Gedanken verwendet wird und auf die Individualität, Wirklichkeitskonstruktion und Selbststeuerung von Akteurssystemen aufmerksam macht. Arbeitet man mit Menschen, Gruppen und Institutionen, hilft systemisch-konstruktivistisch geprägtes Arbeiten dabei, Menschen zu motivieren, eigenen Einfluss zu relativieren und dann passender zu gestalten, Lernen und Reflexion Platz zu geben und für stets mögliche Überraschungen gewappnet zu sein.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Governance](#), [Innovation](#), [Kommunikation](#), [Komplexität](#), [Lernen](#), [Planung](#), [Soziales](#), [Transformation](#), [Wirksamkeit](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Stein, U. (2024). System: Warum systemisches Denken und Handeln gut zu sozialer Innovation und nachhaltiger Transformation passen. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 211-218). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_27



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

System und systemisch sind vieldeutige Begriffe, die im Zusammenhang mit der Diskussion über die nötige *Große Transformation* (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [WBGU], 2011) in den letzten Jahren häufig verwendet werden. Die Herausgeber*innen dieses Sammelbands merken im Vorwort an: „Der Akzent auf soziale Innovation steht ... durchaus in Konkurrenz zu technik- und ökonomiezentrierten Konzepten, die zahlreiche Programme und Strategien nach wie vor dominieren“ (Peer et al., 2024, S. X). Ähnlich kann man feststellen, dass in der räumlichen **Planung** weithin ein technisch-naturwissenschaftliches Verständnis von Systemen gebräuchlich ist. Dabei stehen systemisch-konstruktivistische Denkmodelle zur Verfügung, die dem Verständnis von Akteurssystemen, ihrer für die **Planung** relevanten **Selbststeuerung** und ihren Beziehungen untereinander ebenfalls dienlich sind. Für die Gestaltung adäquater Prozesse als Fundament für **soziale Innovation** und **Transformation** sind sie unerlässlich.

Durch die Behandlung des Begriffs System in diesem Beitrag zieht sich also die Unterscheidung zwischen einem technisch-naturwissenschaftlichen Systemverständnis und systemisch-konstruktivistischen Ansätzen zum Thema **soziale Innovation** und **nachhaltige Transformation**. Beiden Zugängen kommt angesichts der anstehenden **Transformationsaufgaben** je eigene Bedeutung zu. Als Transparenzhinweis: Die Autorin steht aufgrund ihrer Praxis in **kommunikativen Planungsprozessen** und ihrer **Ausbildung** in systemischer Organisationsberatung dem systemisch-konstruktivistischen Ansatz nahe.

System

In den 1980ern wurde in vielen Familien und studentischen Wohngemeinschaften ein neuartiges Brettspiel populär: Ökolopoly, ein von Frederic Vester entworfenes „kybernetisches Umweltspiel“. Für die Entwicklung eines Territoriums mussten die Spielenden Entscheidungen für Politik und Wirtschaft treffen. Dabei wurden zum ersten Mal Feedbackschleifen in die Strategien einbezogen und dabei auch nicht-lineare Wechselwirkungen in und zwischen vernetzten Systemen berücksichtigt – ein fundamentaler Unterschied zum Namenspaten Monopoly, in dem es allein um mehr Kaufen, mehr Bauen und mehr Besitzen geht. Das Spiel machte anschaulich, was seit den 1970ern Studierende der Raumplanung an der TU Dortmund als Studienfach kennenlernten: Systemtheorie und Systemtechnik – eine Wissenschaftsrichtung, die durch immer genaueres Abbilden von Zusammenhängen in Computermodellen versuchte, die **Wirkungen** von Gesetzen und Maßnahmen der Raumplanung vorherzusagen. Hierdurch sollte die **Steuerung** von Entwicklungsprozessen präziser und **wirkungsvoller** im gewünschten Sinn gemacht werden. Diese Haltung unterstützt nach wie vor ein paternalistisch eingefärbtes Rollenverständnis und Handeln von **Planenden**. Heute heißt das Studienfach Raumbezogene Informationsverarbeitung und Modellbildung, während Systemtheorie z. B. an der Maschinenbau-Fakultät gelehrt wird.

Dieses technisch-naturwissenschaftliche Verständnis von System bedeutet also: Unterschiedliche, miteinander in Verbindung stehende Elemente beeinflussen sich gegenseitig und können für bestimmte Zwecke von anderen Elementen und Systemen abgegrenzt werden. Ohne diese Beobachtung und entsprechende Forschung wären

viele praktische, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Errungenschaften der Raumentwicklung nicht denkbar. Dazu gehören beispielsweise die Hochwassermodellierungen, die es erlauben, den Bedarf an Retentionsflächen und die nötige Höhe von Deichen festzulegen, oder die vernetzten Systeme des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Rolfes und Wilhelm (2021, S. 24) weisen darauf hin, dass „systemwissenschaftliche Ansätze oder Ansätze der Complexity Science ... in der Regel auf das Systemverständnis von Bertalanffy ... zurückgehen und mithilfe mathematischer, quantitativer oder agentenbasierter Modellierungen versuchen, urbane Komplexität zu simulieren oder zu analysieren.“

Schon Bertalanffy (seine grundlegende Darstellung erschien zuerst im Jahr 1969; Bertalanffy, 1976) hat gesehen, dass es Unwägbarkeiten und Unerwartetes in Systemen gibt. Dies rücken Theorien **sozialer** Systeme in den Vordergrund. Wenn also **soziale Innovation** das Thema ist, ist zu bedenken: **Soziale** Systeme mit lebendigen Menschen sind keine Maschinen oder mathematischen Modelle, sie sind nicht vollständig berechenbar. Luhmann (1981) unterscheidet mehrere Typen von **sozialen** Systemen und hält fest, dass sie zunächst unabhängig voneinander handeln und eigene Interessen, Logiken und Rationalitäten entwickeln. „Soziale Systeme operieren autonom und konstruieren ‚ihre‘ Umwelt“ (Rolfes & Wilhelm, 2021, S. 39). Dies ist ein Grundgedanke systemisch-konstruktivistischen Denkens, das sich im 20. Jahrhundert auf der Grundlage von verschiedenen Perspektiven entwickelt hat. Mit Verweis auf die Biologen Maturana und Varela (1987) halten systemische Denker*innen und Berater*innen fest, dass solche Systeme sich im Wesentlichen selbst ihre Umwelt erklären, ihre Abgrenzungen und Selbstdefinitionen vornehmen und nach eigener Interpretation von Umwelten ihre Handlungen verändern. Meist ist von Umwelten im Plural die Rede, denn die eine, für alle gleiche Umwelt kann es in diesem konstruktivistischen Verständnis nicht geben.

Die Begegnung mit anderen Systemen kann ein **soziales** System – wenn es ihm für die eigenen Interessen sinnvoll erscheint – dazu benutzen, die eigene Wahrnehmung und Konstruktion von Wirklichkeit zu überprüfen und sich ggf. weiterzuentwickeln (zum Modell der **Kultur**begegnung siehe Schmid, 2019, S. 16–18). **Kommunikation** ist demnach die Begegnung von Akteurssystemen, also **sozialen** Systemen, in Form *nichtinstruktiver Interaktion*: „Das heißt, man erwartet, dass B aus den Äußerungen von A auswählt und mit einer der eigenen Wirklichkeitslogik angepassten Verhaltensanpassung reagiert“ (Schmid, 2008, S. 72). Es wäre nicht zu erwarten, dass eine Äußerung von A durch irgendein Medium unverändert bei B ankommt und auch noch die intendierte **Wirkung** zeigt. **Soziale** Systeme (und Individuen) agieren nach ihren eigenen Wirklichkeitskonstruktionen. Der Raum, also Regionen, Städte, Plätze usw., als Ort und als Gegenstand von **Kommunikation** und Aktion kann sogar eine bedeutsame Rolle spielen, wenn es darum geht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wahrnehmung und Wirklichkeitskonstruktion festzustellen und zu erkennen, ob sich z. B. Interessen ähneln und gemeinsames Handeln sinnvoll ist (Stein, 2016). Solches zu erkennen, ist die Basis auch von **sozialen Innovations**prozessen, die zu urbaner **Transformation** beitragen sollen.

In der räumlichen **Planung** und der urbanen **Transformation** haben wir es also sowohl mit Systemen des technisch-naturwissenschaftlichen Typs als auch mit

sozialen Systemen zu tun. Technische Systeme erlauben in gewissem Maße noch die Vorstellung, **Planung** könne **steuern** und durch Optimierung und Perfektion ihre **Wirkung** in Kausalitätsketten verbessern. Solche Vorstellungen und ihre Kopplung an die Vorstellung einer dominanten, **steuernden** Persönlichkeit hat Siebel (z. B. 2006) wiederholt als „Gottvater-Prinzip“ in einem geschlossenen **Planungsmodell** bezeichnet. Systemisch-konstruktivistische Ansätze zu **sozialen** Systemen machen hingegen darauf aufmerksam, dass **planende** Systeme selbst und die Akteursysteme, die sie für die Umsetzung **komplexer** räumlicher Vorhaben und Veränderungen brauchen, als **soziale** Systeme meist nicht im klassischen Sinne in Kausalitätsbeziehungen **steuerbar** sind. Systeme in der **Planung** sind v. a. durch Netzwerkstrukturen mit losen Kopplungen gekennzeichnet (Stein, 2006, S. 46, unter Verweis auf Spiess, 2003; Weick & Orton, 1990). Dies verweist auf die Notwendigkeit passender nicht-hierarchischer Ansätze für **Kommunikations-**, **Lern-** und Anpassungsprozesse, in denen **soziale Innovation** entstehen kann.

Systemisch

Auch als Adverb oder Adjektiv führt *systemisch* in mindestens zwei Richtungen. Es wird – im Sinne einer Weiterentwicklung der Arbeit mit funktionalen Zusammenhängen, Wechselwirkungen und Feedbackschleifen im kybernetischen Denken bei Vesters Ökopolopoly – benutzt, um Fundamentales anzudeuten. Vielleicht wird es genau deshalb angesichts der vielen derzeit diskutierten Krisen und der nötigen Wenden so gern im Zusammenhang mit **Transformation** verwendet. Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL, 2022, S. 5) schreibt in der Berliner Erklärung unter dem Stichwort *Paradigmenwechsel für eine transformative Planung*:

Systemisches Denken und Handeln: Stadt und Land sind durch ‚Stoffwechsel‘ vielfach miteinander verbunden und müssen immer als ein räumlicher Zusammenhang verstanden werden. Nur dann lassen sich die Konkurrenzen ausgleichen und die gemeinsamen Interessen synergetisch nutzen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für das Etablieren einer Kreislaufwirtschaft. Hierfür ist die institutionelle und fachliche Fragmentierung der Disziplinen zu überwinden.

In diesem Zitat zeigen sich mehrere Eigenschaften von systemisch, z. B. vernetzt, synergetisch, kreislaufbezogen, inter- oder **transdisziplinär**. In diesem Sinne verwendet auch der WBGU das Wort systemisch mehrfach in seinem Gutachten zur *Großen Transformation*. Zur Gestaltung der **Transformation**, etwa in den Feldern Energie, Urbanisierung und Landnutzung, heißt es: „Der WBGU empfiehlt, die Transformationspolitik so auszugestalten, dass systemische Strukturveränderungen eingeleitet und Pfadabhängigkeiten vermieden sowie bestehende hinderliche Strukturen aufgebrochen werden“ (WBGU, 2011, S. 186). **Raumplanung** wird explizit als Chance erwähnt: „Auch international wird das Instrument [sic] Raumplanung für die systemische und zielgerichtete Verknüpfung der Maßnahmen aus den verschiedenen Sektoren (Waldwirtschaft, Landwirtschaft, Energie usw.) zur Steuerung der nachhaltigen Landnutzung zunehmend diskutiert“ (WBGU, 2011, S. 248).

Für systemisch inspiriertes Denken und Handeln lassen sich eher typische Haltungen und Vorgehensweisen als eine klare Definition von systemisch finden. Hier eine Auswahl (mehr z. B. in Rolfes & Wilhelm, 2021; Schmid, 2014):

- Eher in Mobiles als in Maschinen denken: In Mobiles bewegen sich alle anderen Elemente mit, wenn sich ein Teil verändert oder verändern soll. Wie kann man den einzelnen Teilen – nennen wir sie Akteurssysteme – Gelegenheit geben zu erkennen, dass eine Veränderung ihrer Umwelten-Wahrnehmung, ihrer Wirklichkeitskonstruktion und ihres Handelns in ihrem eigenen Interesse ist? Veränderungen sind **nachhaltig**, wenn sie der Logik des Akteurssystems oder der Organisation entsprechen und sich daraus eine eigene Dynamik entwickeln kann. Was wird, was muss sich mitbewegen? Welche Dynamiken entstehen dann? Wie werden die entsprechenden Prozesse für Austausch und **Lernen** konzipiert? Warum ist Peer-to-Peer-**Lernen** hier oft **wirkungsvoller** als das Vermitteln von Informationen, die von anderen in einem hierarchischen Prozess ausgewählt wurden, der den Lernenden fremd bleibt?
- Mehrere Perspektiven einnehmen: Systemiker*innen arbeiten systematisch damit, sich in die unterschiedlichen Perspektiven von relevanten Akteurssystemen hineinzusetzen. Auf die Spitze treibt dies die typische Methode des *zirkulären Fragens*: Was würde A B über C und ihre Beiträge zur Diskussion über mehr Grün in der Stadt erzählen? Und wie stellt D den Vorgesetzten die Ergebnisse vor? Solche Erkundungen der Akteurssysteme münden in Hypothesen, denn die Wirklichkeit der anderen kennen wir vorerst nicht – so lange, bis uns eine beteiligte Person sagt, dass diese Hypothese eine relevante Erkenntnis erzeugt hat. Analysen von Akteurslandschaften sind nicht dem systemischen Handwerkszeug vorbehalten. Systemisch zentral ist aber die explorativ-wertschätzende Haltung, nach der Probleme nicht einer dysfunktionalen Person zugeschrieben werden, sondern der Hintergrund und die **Wirkung** eines Verhaltens oder eines Beitrags als funktional im Sinne des jeweiligen Systems betrachtet werden und Auskunft über Wirklichkeitskonstruktionen geben.
- Auf die Qualifizierung der (Teil-)Systeme und die Integration von **Lernen** in **Planungs-** und Entwicklungsprozesse achten: Akteurssysteme in unterschiedlicher Körnungsgröße müssen – wenn **Transformation** dauerhaft gelingen soll – ihre inneren Vorgänge und Entscheidungen ebenso wie ihre Außenbeziehungen weiterentwickeln und neuen Situationen anpassen. Schmid (1993, S. 18) definiert eine solche Systemqualifizierung mit den Worten: „Hier wird überlegt, wie die inneren Lebensvollzüge eines Systems und dazu passend seine Bezüge zu den verschiedenen Umwelten verbessert werden können.“ Selle betont in vielen seiner Arbeiten zu kooperativen **Planungsprozessen** in Stadt und Quartieren: „Prozesse müssen so gestaltet sein, dass sie den beteiligten Akteuren ein (individuelles und kollektives) Lernen ... ermöglichen. Zugleich müssen die an der Kommunikation beteiligten Akteure zu diesem Lernen bereit sein“ (Selle, 2005, S. 543). Wichtig sind also System- und Personenqualifizierung gleichermaßen, die in einer systemischen Perspektive nur nichthierarchisch sinnvoll erscheinen (ein solches systemisches Modell organisationalen **Lernens** findet sich in Stein, 2006, S. 42–46).

Wie würde soziale Innovation von einer bewussten systemischen Haltung profitieren?

Für die selbstkritische Überprüfung eigener Ambitionen und Erfolgskriterien ist es hilfreich, in der räumlichen **Planung** die oft beanspruchte **Steuerung** nicht als einseitige Beeinflussung zu imaginieren, sondern sich bewusst zu machen, dass sich Systeme vorrangig selbst entlang der eigenen Wirklichkeitskonstruktionen **steuern**. Dann wird eher der Begriff Steuerungsimpuls – im Zusammenhang dieses Bandes auch Entwicklungs- oder **Transformationsimpuls** – passen. Ein Impuls kann gegeben werden, überlässt aber dem Gegenüber, ob er ihn annimmt und in sein Denken und Handeln integriert. Er ist keine Anweisung in einem hierarchischen **Kontext** wie etwa innerhalb einer Behörde. Es besteht allerdings die Chance, dass das System, das einen Impuls aussendet, von den Reaktionen anderer Systeme selbst beeinflusst wird, sofern es dafür offen ist!

Von einem respektvollen Umgang mit anderen Akteurssystemen im Sinne der Kulturbegegnung profitieren auch **transdisziplinäre** Forschungssettings, in denen Menschen und Organisationen zusammenkommen, die nicht zur Kooperation verpflichtet sind, sondern sie freiwillig eingehen. Hier ist ein grundlegender Respekt vor den Wirklichkeitskonstruktionen der jeweils anderen Wissenschaften und Welten und ein auf Offenheit und Neugier gestütztes Explorieren ihrer Ansätze und Motive hilfreich.

Die **soziale Innovation** ist ein Prozess mit vielen Phasen – z. B. Inkubationsphase, Entstehungsphase, Formatierungsphase, Stabilisierungsphase, Justierungsphase (Christmann et al., 2020, S. 501; Jessen & Zupan, 2024) – und überdies voraussetzungs-voll, was ihr Zustandekommen angeht. Dann ist eine kreative Prozessgestaltung ausschlaggebend, um die intrinsische Motivation der Beteiligten anzusprechen. Eine attraktive und im Sinne der **Innovation nachhaltige** Prozessgestaltung in lokalen und regionalen **Kontexten** fördert die Neugier und die Gelegenheiten zum Austausch. Sie muss dazu beitragen, dass die Akteure ihre Wahrnehmungen öffnen, ihre Prioritäten anpassen und ihr Handeln verändern wollen. Beispielsweise **wirken** Zweckgemeinschaften, die allein dem Einwerben von Fördermitteln dienen, meist nicht **nachhaltig**.

Die bewusste Einbeziehung des Raums als Ort und Gegenstand von Begegnung und Verständigung zwischen Akteurssystemen in einem nichthierarchischen Setting ist ein Beispiel für eine systemisch fundierte Arbeitsweise. Sie kann dazu beitragen, lokale Sachkenntnisse zutage zu fördern, eine gemeinsame Sprache zu finden, geteilte Interessen zu identifizieren, Aktionsbündnisse für Lösungen und Entwicklungen zu vereinbaren und gemeinsam Erfahrungen und Erreichtes zu reflektieren (Stein, 2016).

Literaturverzeichnis

- Bertalanffy, L. von (1976). *General System Theory: Foundations, Development, Applications*. George Braziller.
- Christmann, G., Ibert, O., Jessen, J., & Walther, U.-J. (2020). Innovations in spatial planning as a social process - phases, actors, conflicts. *European Planning Studies*, 28(3), 496-520. <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1639399>
- Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). (2022). *Unsere Städte und Regionen: Was sich ändern muss - wie wir uns ändern müssen. Berliner Erklärung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung*. DASL. <https://dasl.de/berliner-erklaerung-der-dasl-eine-vorwaertsschau/>
- Jessen, J. & Zupan, D. (2024). Planung: Von sozialen Innovationen zur Transformation in der räumlichen Planung? In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 183-190). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_23
- Luhmann, N. (1981). *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Suhrkamp.
- Maturana, H., & Varela, F. (1987). *Der Baum der Erkenntnis: Die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens*. Scherz.
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (Hrsg.). (2024). *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven*. TU Wien Academic Press. <https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8>
- Rolfes, M., & Wilhelm, J. L. (2021). *System[theoret]ische Stadtentwicklung: Der Potsdamer Leiternsatz*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-34516-7>
- Schmid, B. (1993). Menschen, Rollen und Systeme: Systemische Professionsperspektiven im Bereich Humanressourcen. *Organisationsentwicklung*, 3, 18-26.
- Schmid, B. (2008). *Systemische Professionalität und Transaktionsanalyse*. Edition Humanistische Psychologie.
- Schmid, B. (2019). *isb-Handbuch Gemeinsam Wirklichkeiten gestalten*. isb. https://www.isb-w.eu/campus/de/themenkoerbe/isb_handbuch.php
- Schmid, B. (Hrsg.). (2014). *Systemische Organisationsentwicklung: Change und Organisationskultur gemeinsam gestalten*. Schäffer-Poeschel.
- Selle, K. (2005). *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Siebel, W. (2006). Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung. In K. Selle (Hrsg.), *Zur Räumlichen Entwicklung beitragen: Konzepte, Theorien, Impulse* (S. 195-209). Dorothea Rhon.
- Spieß, K. (2003). Die Schule entwickelt sich. Change Management in einem lose verbundenen System. *Organisationsentwicklung*, 4, 50-57.
- Stein, U. (2006). *Lernende Stadtregion: Verständigungsprozesse über Zwischenstadt*. Müller + Busmann.
- Stein, U. (2016). Ein systemisches Kommunikationsmodell für die räumliche Planung. In G. B. Christmann (Hrsg.), *Zur kommunikativen Konstruktion von Räumen: Theoretische Konzepte und empirische Analysen* (S. 223-239). Springer VS.
- Stein, U. (2022). A systemic model of communication in spatial planning. In G. Christmann, H. Knoblauch, & M. Löw (Hrsg.), *Communicative Constructions and the Refiguration of Spaces* (S. 273-285). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780367817183>
- Weick, K. E., & Orton, J. D. (1990). Loosely coupled systems: A reconceptualization. *Academy of Management Review*, 15(2), 203-233.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten*. https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf

Transdisziplinarität

Wie die Kooperation von Wissenschaft und Praxisakteuren in Reallaboren soziale Innovationen in der Stadt fördert

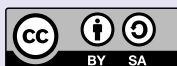
Städte stehen durch eine Vielzahl an Herausforderungen unter Zugzwang. Besonders herausfordernd ist es, tragfähige Lösungen für die Stadtgesellschaft zu entwickeln, die mit Nachhaltigkeitszielen auf nationaler oder globaler Ebene einhergehen. Diesbezüglich rückt das Konzept der sozialen Innovation verstärkt in den Fokus. Dieser Artikel skizziert, wie Transdisziplinarität bzw. transdisziplinäre Prozesse soziale Innovationen fördern können, indem Wissenschaftler*innen und Praxisakteure gemeinsam realweltliche Probleme adressieren und das Potenzial beider Welten nutzen. Eine besondere Rolle spielen hierbei Reallabore, die als stabile Infrastruktur die Entwicklung von Quartieren oder Städten langfristig unterstützen. Wie transdisziplinäre und transformative Projekte im Reallabor soziale Innovationen praktizieren und ermöglichen können, wird u. a. anhand des Beispiels Klimafreundliche Kantinen illustriert.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Experiment](#), [Innovation](#), [Nachhaltigkeit](#), [Partizipation](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Ober, S., Szaguhn, M., & Fricke, A. (2024). Transdisziplinarität: Wie die Kooperation von Wissenschaft und Praxisakteuren in Reallaboren soziale Innovationen in der Stadt fördert. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 219-226). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_28



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Städte stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen Lösungen für drängende Probleme finden, die u. a. vom Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder der Spaltung der Gesellschaft herrühren, attraktive Bedingungen für zukunftsfähige Unternehmen schaffen und Maßnahmen ergreifen, um die Lebensqualität und **soziale** Teilhabe der Bewohner*innen zu fördern (Intergovernmental Panel on Climate Change [IPCC], 2021; Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen [WBGU], 2016). Hierbei ist vermehrt das Potenzial **sozialer Innovation** und **experimenteller** Ansätze in den Fokus gerückt (WBGU, 2011). Wie kann die Forschung Prozesse anstoßen, in denen alle relevanten Akteure involviert werden, um **soziale Innovationen** zu fördern? Dieser Artikel stellt den Modus der Transdisziplinarität vor und zeigt, wie eine fruchtbare Kooperation von Akteuren der Stadtentwicklung und Wissenschaftler*innen dazu beitragen kann, insbesondere durch eine **transformative** Forschung im Reallabor.

Was ist Transdisziplinarität?

In den 1970ern entstanden Bestrebungen, quer zu disziplinären Denk- und Wissensgrenzen zu forschen, womit die Grundlagen für die inter- und später transdisziplinäre Forschung gelegt wurden. Interdisziplinarität beschreibt die Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen innerhalb der Wissenschaft, die fächerübergreifendes Wissen erzeugt. Transdisziplinäre Forschung ist reflexiv in die Gesellschaft eingebettet und arbeitet integrativ und **partizipativ** mit gesellschaftlichen Akteuren zusammen (Gibbons et al., 2010), indem sie sich zur Gesellschaft hin öffnet (Beecroft et al., 2018). Transdisziplinäre Forschung ist häufig auch interdisziplinär. Einen aktuellen Überblick über Diskurse und Methoden bieten die tdAcademy (2023) und die Methodensammlungen von Defila und Di Giulio (2019).

Es gibt viele verschiedene Definitionen von Transdisziplinarität, die jedoch im Kern die enge Kooperation von Praxisakteuren und interdisziplinären Teams aus Wissenschaftler*innen hervorheben. Gemeinsam lernen sie in einem reflexiven (Forschungs-)Prozess, um realweltliche Probleme zu lösen.

Der idealtypische transdisziplinäre Forschungsprozess nach Jahn (2021) ist in drei Phasen gegliedert (siehe Abb.). Diese sind iterativ und reflexiv und verbinden die lebensweltliche und die wissenschaftliche Sphäre. In *Phase A* bildet sich ein Team aus Wissenschaftler*innen und Praxisakteuren, um gemeinsam das gesellschaftliche Problem zu beschreiben und das Forschungsobjekt abzugrenzen. Zusammen formulieren sie problem- und lösungsorientiert Forschungsfragen, die für die Wissenschaft und Praxis anschlussfähig sind. In *Phase B* wird lösungsorientiertes und übertragbares Wissen in einem koproduktiven Prozess erarbeitet. In *Phase C* werden die Ergebnisse, die aus verschiedenen Wissenstypen und Wertesystemen entstanden sind, übersetzt. Die Integration lebensweltlichen Wissens in die Wissenschaft und die Reintegration praxisrelevanter Lösungen ist eine Herausforderung des transdisziplinären Arbeitens.

Angestoßen durch die Veröffentlichung „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU, 2011) entwickelten sich die **Transformationsforschung**, die analytisch-deskriptiv **Transformation** erforscht, und die **trans-**

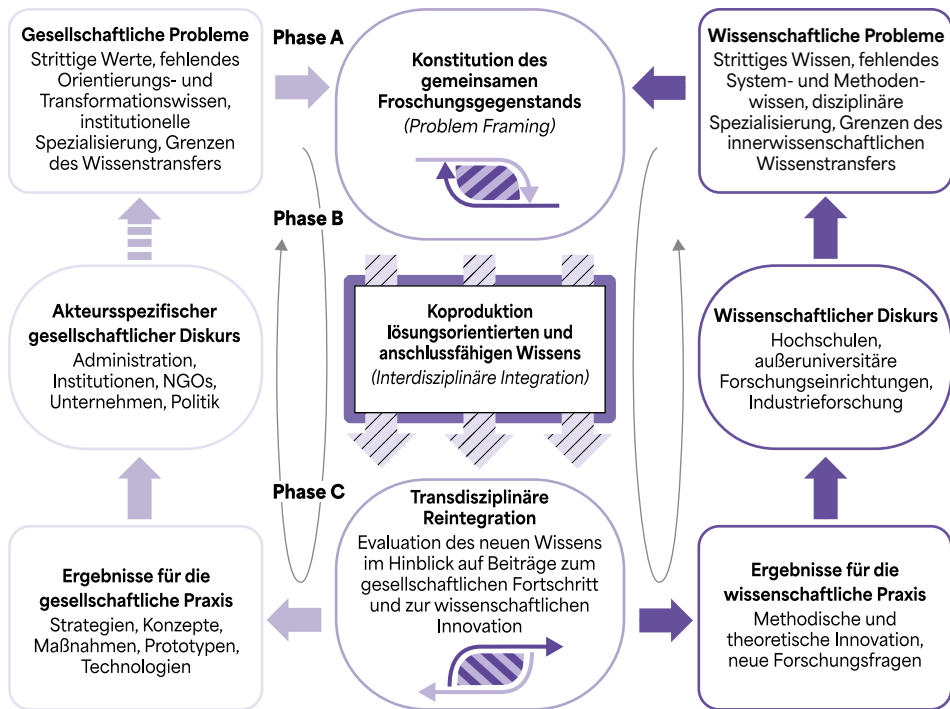


Abbildung: Idealtypischer transdisziplinärer Forschungsprozess
(Abbildung von T. Jahn, 2021, S. 148, nach Jahn et al., 2012, S. 5, bearbeitet von Kobras)

formative Forschung, die selbst zum Akteur des Wandels wird. Transdisziplinäre Forschung ist nicht zwingend normativ, die **transformative** Forschung ist jedoch in aller Regel normativ und gestaltend (Fricke et al., 2023). Letztere zeichnet sich besonders durch den **experimentellen** Ansatz aus, der durch Versuche und Evaluation ermöglicht, Lösungsansätze iterativ und adaptiv zu testen. Dabei generiert sie **Systemwissen** (Wissen über bestehende Systeme), Zielwissen (Wissen über den Sollzustand) und **Transformationswissen** (Handlungswissen, wie man vom Ist- zum Sollzustand kommt) (Konferenz der Schweizerischen Wissenschaftlichen Akademien [CASS] & Forum für Klima und Global Change [ProClim], 1997).

Reallabore beziehen sich normativ zumeist auf das Konzept der **Nachhaltigkeit**, das als Brücke zwischen Forschung und **transformativer** Praxis aufgefasst werden kann. Was jedoch heute als **Nachhaltigkeit** verstanden wird, ist zunehmend widersprüchlich und angesichts der Problemgröße unzureichend. Im *Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel* (KAT) wird daher der inter- und intragenerationelle **Gerechtigkeitsanspruch** von **Nachhaltigkeit** aus dem Brundtland-Bericht von 1987 betont und durch den Ansatz der personalen **Nachhaltigkeit** (Parodi et al., 2023; Tamm & Parodi, 2015) angereichert, der dem inneren Wandel des Menschen eine wichtige Rolle beimisst und ein tiefgreifenderes Verständnis ermöglicht. Darüber hinaus trägt das KAT dazu bei, kooperativ Wege aus nicht**nachhaltigen** Lebens- und Wirtschaftsweisen und Strukturen **experimentell** zu erschließen, um individuell und gesellschaftlich **Nachhaltigkeit** zu erlernen (KAT, 2023).

Soziale Innovationen mit Transdisziplinarität verbinden

Peer et al. (2024, S. 3) verstehen **soziale Innovation** als „absichtsvolle[n] Prozess der Rekonfiguration sozialer Praktiken und Strukturen“, welcher zur **Transformation** hin zu einem **nachhaltigen** Zustand beitragen soll. Dabei werden drei analytische Elemente beschrieben:

- *Variation* umfasst **soziale** Strukturen oder Praktiken, die neu oder anders ausgestaltet werden. Sie gehen mit anderen technischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen einher.
- Als *Mehrwert* wird der ökologische und **soziale** Nutzen dieser Variationen bezeichnet, der in einem **Aushandlungs-** und Legitimationsprozess beteiligter Akteursgruppen ermittelt wird.
- Als Teilbeitrag zur gesamtgesellschaftlichen **Transformation** inklusive der damit einhergehenden **Lern-** und Veränderungsprozesse, der Übernahme und Institutionalisierung gesellschaftlicher Veränderungen wird hier der Aspekt der *Übertragbarkeit* näher betrachtet.

Die transdisziplinäre Perspektive kann **soziale Innovationen** v. a. durch die inter- und transdisziplinäre Integration (Schäfer, 2013) fördern, da sie diese Veränderungsprozesse rahmt und durch die wissenschaftliche Begleitung unterschiedliche Wissensarten miteinbezieht. Wie Transdisziplinarität zu **sozialen Innovationen** in diesem Sinne beitragen kann, wird deutlich, wenn die drei Elemente und die drei idealtypischen Phasen aufeinander bezogen werden:

In *Phase A* wird das zu lösende gesellschaftliche Problem von Wissenschaftler*innen und Praxisakteuren gemeinsam identifiziert und definiert. Ausgehend von bekannten Lösungsansätzen (*Übertragbarkeit*), entwickeln sie *Variationen* der Problembeschreibung, die auf mögliche Lösungsansätze hindeuten können. Die *Variationen* werden in *Phase B* kokreativ mit allen relevanten Akteuren **partizipativ** entwickelt und **ausprobiert**, um den erwarteten *Mehrwert* zu testen. Dieser koproduktive Prozess ist in der **transformativen** Forschung stärker ausgeprägt als in der transdisziplinären Forschung und kann *Variationen* fördern, da Wissen und Ansätze der wissenschaftlichen und lebensweltlichen Perspektiven wechselseitig übertragen werden, Ideen durch wissenschaftliche Erkenntnisse oder relevante Praxiserfahrungen angereichert und **soziale** Strukturen bei der Lösungsfindung berücksichtigt werden können. Die *Übertragbarkeit* und Verstetigung der Ergebnisse und Lösungen wird in *Phase C* der transdisziplinären (Re-)Integration adressiert. Durch wissenschaftliche Evaluation kann der *Mehrwert* der *Variation* nochmals kritisch beleuchtet werden. Hierfür wurden viele Methoden erarbeitet (Defila & Di Giulio, 2019), die auch für die Förderung und Evaluation **sozialer Innovationen** inspirierend sein können. Idealerweise wird die (Re-)Integration von Beginn an mitgedacht, um frühzeitig die Verbreiterung der entwickelten Lösungen anzustoßen.

Transdisziplinarität im Reallabor konkret

Ein Reallabor bezeichnet eine transdisziplinäre Forschungs- und Entwicklungseinrichtung, die durch **Nachhaltigkeitsexperimente** lernt und **Transformations**prozesse anstößt, d. h. **transformativ** wirkt (Parodi & Steglich, 2021). Das KAT betreibt seit 2012 das Reallabor *Quartier Zukunft – Labor Stadt* in der Karlsruher Oststadt, in welchem neben dem Projekt *Karlsruher Reallabor Nachhaltiger Klimaschutz* (KARLA) zahlreiche andere **transformative** und transdisziplinäre Projekte stattfinden (KAT, 2023). Das Wesen des Projekts KARLA ist, die städtischen Klimaschutzmaßnahmen des *Karlsruher Klimaschutzkonzepts 2030* im Kleinen mittels sogenannter **Transformationsexperimente** zu pilotieren und deren **nachhaltige** und **partizipative** Umsetzung zu gewährleisten. Eines der insgesamt fünf **Transformationsexperimente** – *Klimafreundliche Kantinen* (KliKa) – wird im Folgenden herangezogen, um die Zusammenhänge zwischen **sozialen Innovationen** und den drei Phasen des idealtypischen transdisziplinären Forschungsprozesses aufzuzeigen.

Phase A: KliKa wurde vor Projektbeginn als **partizipativer** Co-Design-Prozess durch Abstimmungsgespräche, Workshops und eine Umfrage mit Karlsruher Bürger*innen, Klimaschutzexpert*innen der Stadtverwaltung und potenziellen Projektpartner*innen ausgewählt. Das **Transformationsexperiment** wurde bei allen Befragten als relevant eingestuft und daher mit dem Ziel pilotiert, Betreiber*innen, Mitarbeiter*innen und Nutzer*innen möglichst vieler Kantinen und Essensausgabestellen in Karlsruhe dazu zu sensibilisieren und zu motivieren, die eigenen Betriebe klimaschonender zu gestalten. Anhand sogenannter Stellschrauben wurde der Klimaschutz im Betrieb konkretisiert, beispielsweise durch den vermehrten Einsatz klimafreundlicherer Zutaten, die Minimierung der Lebensmittelverschwendung und die Emissionsbilanzierung von Gerichten. Insbesondere durch eine Unterstützerin bei der Stadt Karlsruhe konnte ein breiter Kreis an interessierten Akteuren erschlossen werden.

Phase B: Bei den Vernetzungsveranstaltungen *FutureBowls* wurden lokale Best-Practice-Beispiele (BPB) einzelner Stellschrauben vorgestellt und Erfahrungen ausgetauscht, wobei das wissenschaftliche Team auch den Prozess moderierte. Die BPB umfassen etwa die Kooperation einer Kantine mit der Initiative Foodsharing, die Bilanzierung von Gerichten oder die Einführung von Mehrwegoptionen. Bei *Kantinenbesuchen* konnten Praxiseinblicke in die BPB gegeben werden. Die BPB können als *Variationen* aufgefasst werden, deren (potenzielle) *Mehrwerte* bei den Vernetzungsveranstaltungen ebenso wie deren *Übertragbarkeit* in andere Betriebe und **Kontexte** diskutiert wurden. Angeregt durch die Erfahrungen der Peergroup wurden ein paar der o. g. *Variationen* in andere Betriebe übertragen oder zumindest deren (zukünftige) Übertragung angedacht.

Phase C: Die Reintegration der Formate *FutureBowls* und *Kantinenbesuche* gestaltete sich auf der Praxisebene als schwierig. Die Relevanz wurde zwar insbesondere von städtischen Akteuren betont, es fand sich jedoch wegen fehlender zeitlicher und finanzieller Kapazitäten kein organisierender und moderierender Akteur, der sie fortführte. Die Reintegration in die Wissenschaft wird hingegen durch Publikationen umgesetzt. Das Beispiel verdeutlicht, dass Plattformen zum Austausch und **Lernen** elementar für **Innovation**sprozesse sind und deshalb längerfristig unterstützt werden sollten.

Fazit

Transdisziplinäre Kooperationen von Akteuren aus der Wissenschaft und der Stadtentwicklung können zu **sozialen Innovationen** beitragen und Antworten auf Herausforderungen unserer Zeit finden.

Die transdisziplinäre Zusammenarbeit ist besonders geeignet, um Lösungen für realweltliche Probleme zu finden und dauerhaft zu verankern. Die drei Elemente **sozialer Innovation** finden sich im transdisziplinären Forschungsprozess (Jahn, 2021) theoretisch und praktisch wieder. Der *Mehrwert* wird über den ganzen Prozess gemeinsam ausgehandelt, *Variationen* werden in der *Phase B* getestet und *Phase C* widmet sich durch transdisziplinäre (Re-)Integration der *Übertragbarkeit*. Das Praxisbeispiel KliKa zeigt, dass die Fortführung der **partizipativen** Aktivitäten nach Projektabschluss für Praxisakteure herausfordernd ist. Reallabore wie das *Quartier Zukunft – Labor Stadt* können hierfür eine langfristige Infrastruktur bieten (Beecroft et al., 2018) und so **soziale Innovation** unterstützen. Kurzzeitige Projektfinanzierungen wie KARLA, welches wir somit eher als transdisziplinäres Projekt denn als Reallabor verstehen, erschweren jedoch den Kooperations- und Vertrauensaufbau zwischen Wissenschaft und Praxis sowie die Verstetigung und Übertragung **sozialer Innovationen**. Reallabore, die transdisziplinäre Prozesse ermöglichen und damit in der Lage sind, **soziale Innovationen** zu fördern, können wichtige Bausteine einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung sein. Sie fördern die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, nutzen das kreative Potenzial beider Welten und können trotz der oben beschriebenen Hürden dauerhafte Infrastrukturen einer **nachhaltigen** Entwicklung in Städten sein.

Literaturverzeichnis

- Beecroft, R., Trenks, H., Rhodius, R., Benighaus, C., & Parodi, O. (2018). Reallabore als Rahmen transformativer und transdisziplinärer Forschung: Ziele und Designprinzipien. In R. Defila & A. Di Giulio (Hrsg.), *Transdisziplinär und transformativ forschen: Eine Methodensammlung* (S. 75–100). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21530-9_4
- Defila, R., & Di Giulio, A. (Hrsg.). (2019). *Transdisziplinär und transformativ forschen. Band 2: Eine Methodensammlung*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-27135-0>
- Fricke, A., Parodi, O., Trenks, H., & Saha, S. (2023). Transdisziplinär forschen. In E. Nöthen & V. Schreiber (Hrsg.), *Transformative Geographische Bildung: Schlüsselprobleme, Theoriezugänge, Forschungsweisen, Vermittlungspraktiken*. Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66482-7_36
- Gibbons, M., Limoges, C., Nowotny, H., Schwartzman, S., Scott, P., & Trow, M. (2010). *The new production of knowledge: The dynamics of science and research in contemporary societies*. Sage. <https://doi.org/10.4135/9781446221853>
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). (2021). *Climate Change 2021 – The Physical Science Basis: Working Group I Contribution to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781009157896>
- Jahn, T. (2021). Transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung – Methoden, Kriterien, gesellschaftliche Relevanz. In B. Blättel-Mink, T. Hickler, S. Küster, & H. Becker (Hrsg.), *Nachhaltige Entwicklung in einer Gesellschaft des Umbruchs* (S. 141–157). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31466-8_8
- Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel (KAT). (2023). *Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel*. Abgerufen am 7. Dezember 2023 von <https://www.transformationszentrum.org>
- Konferenz der Schweizerischen Wissenschaftlichen Akademien (CASS), & Forum für Klima und Global Change (ProClim). (1997). *Forschung zu Nachhaltigkeit und Globalem Wandel – Wissenschaftspolitische Visionen der Schweizer Forschenden*. CASS & ProClim. <https://naturwissenschaften.ch/service/publications/75640-visionen-der-forschenden>
- Parodi, O., & Steglich, A. (2021). Reallabor. In T. Schmohl & T. Philipp (Hrsg.), *Handbuch Transdisziplinäre Didaktik* (S. 255–266). Transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839455654-024>
- Parodi, O., Wamsler, C., & Dusseldorp, M. (2023). Personal sustainability. In T. Philipp & T. Schmohl (Hrsg.), *Handbook transdisciplinary learning* (S. 277–286). Transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839455654-024>
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1–7). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Schäfer, M. (2013). Inter- und transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung – Innovation durch Integration? In J. Rückert-John (Hrsg.), *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit: Perspektiven sozialen Wandels* (S. 171–194). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18974-1_10
- tdAcademy. (2023). *tdAcademy*. Abgerufen am 7. Dezember 2023 von <https://td-academy.org/>
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. WBGU. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation>
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). (2016). *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte*. WBGU. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/der-umzug-der-menschheit-die-transformative-kraft-der-staedte>

Transformation

Warum transformative Innovationen auch exnovativ sind

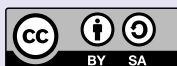
Dieser Beitrag definiert Transformation als einen evolutionären, langfristigen, aber auch disruptiven Prozess, der hier und jetzt gestaltet werden kann. Wir unterscheiden zwischen einer deskriptiven und einer normativen Bedeutung von Transformation, d. h. zwischen *derzeit stattfindenden* Umbrüchen (Istzustand) und *zielgerichteten*, grundlegenden Veränderungen von Rahmenbedingungen (Sollzustand). Darauf aufbauend entwickeln wir das Konzept der transformativen Innovation: Im Sinne evolutionär-transformativer Prozesse verbindet es erstens kurzfristige und pragmatische Schritte mit einem langfristig radikalen Zielhorizont; es betont zweitens, dass das zielgerichtete Gestalten von Rahmenbedingungen in einer immer schon vorstrukturierten Welt stattfindet und daher den Istzustand berücksichtigen muss; es impliziert drittens gleichzeitige Prozesse der Innovation und Exnovation, der Neuerung und Beendigung, politische Entscheidungen für und gegen bestimmte Praktiken. Nach der Skizze eines konkreten Beispiels einer transformativen Innovation in der Stadtentwicklung folgen Überlegungen zu neuen Formen der Entscheidungsfindung und Kooperation, um transformative Innovationen zu verwirklichen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Exnovation](#), [Governance](#), [Innovation](#), [Nachhaltigkeit](#), [Wirksamkeit](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Bärnthaler, R., & Novy, A. (2024). Transformation: Warum transformative Innovationen auch exnovativ sind. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 227-234). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_29



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Transformation: Begriffliche Vorüberlegungen

Transformationen sind grundlegende Veränderungen. In Zeiten des Umbruchs finden sie auf vielfältige Weise, in unterschiedlichen Bereichen und niemals gleichförmig statt. Angelehnt an Polanyi verstehen wir Transformation als einen evolutionären und langfristigen, aber immer auch disruptiven Prozess, der hier und jetzt gestaltet werden kann (Novy, 2022). Dementsprechend bezeichnet Transformation eine bestimmte Art des Wandels. Polanyi (1973) beschreibt sie als eine Metamorphose, einen *Formwandel*, wie jener der Raupe zum Schmetterling: In einem kontinuierlichen Prozess der Veränderung bleibt es dasselbe Lebewesen, das aber irgendwann ein völlig anderes Leben führt.

Um die Potenziale der gegenwärtigen Umbruchszeit zu nutzen, braucht es eine Analyse der derzeit stattfindenden Prozesse, also des Istzustands, und Klarheit über das Ziel der Transformation, den anzustrebenden Sollzustand. Deshalb unterscheiden wir eine *deskriptive* Bedeutung von Transformation (Istzustand) – z. B. das Erstarken des Rechtspopulismus, geopolitische und ökologische Umbrüche – von einer *normativen* Bedeutung, die auch den Zielhorizont (Sollzustand) vorgibt (Novy et al., 2023). Letzterer fußt auf gemeinsamen Vorstellungen, was wie sein soll.

Beide begrifflichen Vorüberlegungen – der evolutionäre Charakter von Transformation und die Unterscheidung zwischen Ist- und Sollzustand – sind mit der Philosophie des kritischen Realismus vereinbar. In dieser Denktradition verhaftet, gründet Bhaskars (1998) *Transformational Model of Social Activity* darauf, dass die Welt immer schon vorstrukturiert ist. Menschen werden in eine Welt hinein geboren bzw. *sozialisiert*, die bereits existiert. Daraus folgt, dass Akteure Strukturen nicht *ex nihilo* (aus dem Nichts) schaffen, sondern Gegebenes, den Istzustand, kontinuierlich *reproduzieren* oder *transformieren*. Damit verbundene Auseinandersetzungen finden demnach in institutionellen *Kontexten* statt, die ihrerseits die Kristallisation früherer Auseinandersetzungen und daher strategisch selektiv (Jessop, 1990) sind, d. h., sie bevorzugen bestimmte Akteure, Ideen und Strategien gegenüber anderen.

Zusammengefasst: Transformatives Handeln setzt innerhalb eines strategisch selektiven Istzustands an und will diesen zielgerichtet verändern, anstatt ihn zu reproduzieren. Dies erfordert einen Zielhorizont (Sollzustand), der angesichts strategischer Selektivitäten berücksichtigen muss, dass bestimmte Handlungen im Hier und Jetzt eher ausgewählt (*selected*) und bewahrt (*retained*) werden als andere (Jessop, 2015). Nicht alles Mögliche ist wünschenswert, und nicht alles Wünschenswerte ist möglich.

Das begrenzte Transformationspotenzial geläufiger Innovationsansätze

In der *Innovationsforschung* können u. a. drei Ansätze unterschieden werden, die auf einem evolutionären Transformationsverständnis beruhen: die *Multi-Level Perspective* soziotechnischen Wandels (MLP), der *Innovationssystemansatz* (IS) und die Theorie langer Wellen des technoökonomischen Paradigmenwechsels (TLW).

MLP (z. B. Geels, 2011) basiert auf der Unterscheidung zwischen *Nischen* radikaler *Innovation* (z. B. geteilte Mobilität), *Regimen* als Zusammenspiel von u. a. Technologien (z. B. Autos, Infrastrukturen), Regelwerken (z. B. Straßenverkehrs- und Parkordnung)

und soziokulturellen Bedeutungen (z. B. das Auto als Freiheitssymbol) sowie *Landschaften* (z. B. makroökonomischen Trends, geopolitischen Spannungen, Umweltkrisen). Demzufolge passieren soziotechnische Regimewechsel dadurch, dass Nischeninnovationen interne Dynamiken entwickeln, Veränderungen auf der Landschaftsebene Druck auf das Regime ausüben und eine Destabilisierung des Regimes Zeitfenster für Nischeninnovationen schafft. Im Gegensatz dazu fokussiert IS (z. B. Edquist, 2011) die Interaktion zwischen Akteuren (z. B. Unternehmen, öffentlichen Entscheidungstragenden, Konsument*innen) und Institutionen (z. B. Förder- und Forschungsprogrammen, regulatorischen Rahmenbedingungen) bei der Steuerung von Innovationsdynamiken, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung und Verbreitung bestimmter Technologien (z. B. Elektroantrieb). Ziel ist es, politische Interventionspunkte zu identifizieren, um das Innovationssystem zu stärken und bestimmte Arten von Innovation zu fördern. Schließlich konzeptualisiert TLW (z. B. Perez, 1983) vorherrschende technoökonomische Paradigmen als eine Abfolge langer Wellen ökonomischer Entwicklungen. Jede Welle beruht auf einer entscheidenden technologischen Innovation (z. B. Auto), einem Energieträger (z. B. Erdöl) sowie einer Leitindustrie (z. B. Automobilindustrie), die die Entwicklungen vorantreiben. Neue Wellen entstehen demnach aus der Krise des Bestehenden (z. B. sinkenden Profitraten in der Automobilindustrie, steigenden Marktpreisen für Erdöl).

Um das begrenzte Transformationspotenzial dieser Ansätze zu verstehen, unterscheiden Hausknot und Haas (2019) drei Handlungsoperatoren: Wahl(entscheidung) (*choice*), Lösung (*solution*) und Entscheidung (*decision*) (vgl. auch Hausknot, 2014). Diese Operatoren „do different things to reality“ (Hausknot & Haas, 2019, S. 9):

1. Der *Handlungsoperator der Wahl* gründet in Märkten. Eine Wahl findet zwischen inkommensurablen Optionen statt, eliminiert aber keine Option, z. B. der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ohne gleichzeitige Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs. Kurz: Die Politik muss nicht entscheiden; sie eliminiert keine Wahlmöglichkeiten, sondern erweitert diese. Konsument*innen können zwischen mehr oder weniger nachhaltigen Optionen wählen.
2. Der *Handlungsoperator der Lösung* fokussiert Technologie. Eine Lösung betrifft kommensurable Optionen und verfolgt das Ziel, die bestmögliche – z. B. die energieeffizienteste – gegenüber anderen durchzusetzen. Ein Beispiel ist der Übergang vom Verbrennungs- zum Elektroantrieb. Es zeigt: Lösungen zielen primär darauf ab, dasselbe zu tun wie immer (z. B. mit dem Auto unterwegs zu sein), nur eben besser, insbesondere: effizienter (z. B. mit dem Elektroauto).

Der Fokus auf Märkte und Technologien liegt allen oben beschriebenen Ansätzen der Innovationsforschung zugrunde: Sie setzen primär auf die Handlungsoperatoren Wahl und Lösung als jene Mechanismen, die Transformationen – verstanden als evolutionäre Prozesse – vorantreiben. Die Richtung (und Dauer) gegenwärtiger Transformationen ist demnach das Ergebnis aggregierter individueller Wahlentscheidungen von Unternehmen und Konsument*innen auf Märkten. Die Politik beschränkt sich größtenteils darauf, die Rahmenbedingungen für das Markthandeln zu gestalten (z. B. durch Emissionszertifikate, Umweltafgaben und Effizienzvorgaben). Aus Sicht der Klima- und Umweltforschung erweisen sich auf Marktinstrumenten und Effizienzsteigerungen

basierende **Innovations**pfade jedoch tendenziell als wenig **wirksam**, um Emissionen und materiellen Durchsatz zu reduzieren. **Innovation**serfolge gingen und gehen oft mit der Ausweitung von Produktion und Konsum einher (Haberl et al., 2020; Shove, 2018).

3. Demgegenüber birgt der *Handlungsoperator der Entscheidung* – als genuiner Operator der Politik – das Potenzial, Rahmenbedingungen durch Entscheidungen zwischen inkommensurablen Optionen¹ und dem Eliminieren der verworfenen Optionen strukturell umzugestalten. Damit geht es einerseits um mehr und um anderes als um die Erweiterung individueller Wahlmöglichkeiten, welche tendenziell einer „Logik der Addition“ (Novy et al., 2022, S. 593) folgt. Explizites Ziel ist auch das Beenden des Nicht**nachhaltigen**, das gezielte **Verlernen** überholter Praktiken im Sinne der diesen Band leitenden Definition **sozialer Innovation**. Andererseits sind Entscheidungen immer Wertentscheidungen, denn es geht nicht nur darum, bestehende Praktiken (technologisch) effizienter umzusetzen, sondern Dinge qualitativ anders zu machen. **Soziale Innovation** wird damit als ein „absichtsvoller Prozess der Rekonfiguration **sozialer** Praktiken und Strukturen verstanden, der zu gesellschaftlichen Bedürfnissen und Zielen beitragen soll“ (Peer et al., 2024, S. 3). Entscheidungen fußen nicht auf (aggregierten) *individuellen* Präferenzen, sondern auf **kollektiven Aushandlungen** über einen anzustrebenden Sollzustand.

Transformative Innovationen: (R-)Evolution, strategische Selektivität und die Macht der Entscheidung

Aus den bisherigen Reflexionen ergeben sich drei Merkmale transformativer **Innovationen**²:

1. Als evolutionär-transformative Prozesse verbinden sie kurzfristige und pragmatische erste Schritte mit einem langfristig radikalen Zielhorizont. Im Sinne einer „revolutionären Realpolitik“ (Luxemburg, 2019) überwindet dieses Verständnis den Dualismus zwischen kleinen Schritten im Hier und Jetzt und radikaler Veränderung.

1 Auf die Inkommensurabilität möglicher Zukünfte transformativer Prozesse verweist auch der Beitrag **Lernen**.

2 Vertreter*innen des MLP-Ansatzes definieren transformative **soziale Innovationen** als einen „process in which social relations, involving new ways of doing, organising, framing and/or knowing, challenge, alter and/or replace established (and/or dominant) institutions in a specific social-material context“ (Haxeltine et al., 2016, S. 22). Eine transformative **soziale Innovation** „challenges, alters or replaces dominant institutions“ (Avelino et al., 2017, S. 1). Dieser Ansatz unterscheidet sich in mindestens drei Aspekten von dem hier vorgestellten. Erstens betonen MLP-Vertreter*innen die Nichtnormativität ihres Ansatzes. Sie untersuchen Selektionsprozesse und Netzwerk-Evolutionen, ohne im Voraus zu definieren, ob diese wünschenswert sind. Im Gegensatz dazu impliziert unsere Definition von transformativer **Innovation** eine normative Dimension: Dieser Sollzustand reflektiert das Wünschenswert-Mögliche, d. h., er ist in einem strukturellen Istzustand eingebettet. Dieses Bewusstsein für Strukturen ist ein zweites Unterscheidungsmerkmal: MLP-Vertreter*innen konzentrieren sich i. d. R. auf Nischen und Regime, während die Spezifizierung von Landschaften und die Analyse des strukturellen Wandels tendenziell unterbelichtet bleiben. Drittens beschränken sich empirische Forschungen zu transformativer **sozialer Innovation** weiterhin meist auf **Innovations**projekte in Nischen. Diese Initiativen sind jedoch auf ein günstiges politisches Umfeld angewiesen, dessen Analyse in MLP-Ansätzen allerdings eine untergeordnete Rolle spielt. Ohne eine **systematische** Verbindung zu öffentlichen Entscheidungstragenden können **Nischeninnovationen** keine transformative - d. h. Strukturen verändernde - **Wirkung** entfalten.

2. In einer vorstrukturierten Welt ist es das (dialektische) Ziel transformativer **Innovation**, „der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien“ zu entwickeln (Marx & Engels, 1976, S. 345). Dies setzt Strukturbewusstsein voraus: Erstens geht es weniger um das Optimieren innerhalb bestehender Rahmenbedingungen, sondern primär um das zielgerichtete Gestalten von Rahmenbedingungen (Görg et al., 2023); zweitens muss zielgerichtetes, d. h. an einem Sollzustand orientiertes Gestalten strategische Selektivitäten des Istzustands berücksichtigen.
3. Transformative **Innovationen** setzen auch auf den Handlungsoperator der Entscheidung. Es braucht demokratische Auseinandersetzungen, kollektive Wertentscheidungen und Prozesse der **Aushandlung**, um mit bestimmten Praktiken aufzuhören, d. h. Optionen zu eliminieren. Transformative **Innovationen** implizieren gleichzeitige Prozesse der **Innovation** und **Exnovation**, der *Neuerung* und *Beendigung*, politische Entscheidungen *für und gegen*.

Ein Beispiel transformativer Innovation in der Stadtentwicklung

Paradigmatisch für transformative **Innovationen** ist die **systematische** Verknüpfung kurzfristiger Alltagsbedürfnisse mit langfristigen ökologischen Notwendigkeiten, von **Sozial-** und Umweltpolitik. Angesichts der Tatsache, dass die Umweltpolitik in Zeiten zunehmender **sozialer** und materieller Unsicherheiten für viele nicht prioritär erscheint und zunehmend in **Kulturkämpfen** instrumentalisiert wird, ist diese Verknüpfung entscheidend, um **Widerständen** entgegenzuwirken und die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass ökologisch **wirksame** Handlungen im Hier und Jetzt auch ausgewählt und bewahrt werden (strategische Selektivität)³.

Ein Beispiel ist die Stärkung der *Alltagsökonomie* (Foundational Economy Collective [FEC], 2019), d. h. der lokalen Daseinsvorsorge und Nahversorgung, z. B. durch dezentrale Pflege-, Gesundheits- und Betreuungsangebote, Einzelhandelsgeschäfte für Alltagsgüter vor Ort, Naherholungsräume sowie Gastgärten und konsumzwangfreie **soziale** Treffpunkte. Klug ausgestaltet kommen diese Infrastrukturen Mittelschichten und Geringverdienenden gleichermaßen zugute. Für die prekäre Gesellschaftsschicht eröffnet dies die Chance, besser am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Dies schafft Sicherheit in unsicheren Zeiten, fördert den **sozialen** Zusammenhalt und erschwert die Instrumentalisierung von **Kulturkämpfen**. Ein politisches Programm für eine dekommodifizierte Grundversorgung als einem **sozialen Recht** ermöglicht milieuübergreifende Bündnisse (Bärnthaler et al., 2023). Diese **sozialpolitische** Akzentuierung setzt gleichzeitig erste pragmatische Schritte in Richtung Klimaschutz (z. B. weniger Emissionen durch kürzere Wege) und Klimawandelanpassung (z. B. gestärkte **Widerstandsfähigkeit** durch dezentrale Pflegeangebote und kühlende Naherholungsräume).

Um das in diesem Programm angelegte radikale Potenzial langfristig zu verwirklichen, reicht jedoch die Stärkung der Alltagsökonomie nicht aus. Es braucht gleichzeitig Entscheidungen, um mit **nichtnachhaltigen** Praktiken aufzuhören (Bärnthaler et al., 2021). Dies verkompliziert politisches Handeln, da es deutlich einfacher ist, neue

3. Einschränkend muss erwähnt werden, dass die hier prononcierten strategischen Selektivitäten keinesfalls umfassend sind; auch andere, in der Kürze des Beitrags nicht behandelbare sind nicht zu vernachlässigen, z. B. Kapitalinteressen.

Praktiken zu den verfügbaren Optionen hinzuzufügen, als gleichzeitig bestehende (nichtnachhaltige) Optionen zu eliminieren. Letzteres benötigt Wertentscheidungen, wobei Konflikte unvermeidbar sind. Die Kunst des Entscheidens beruht darin, aufzuzeigen, dass ein kollektiv wünschenswerter Sollzustand, z. B. die Stärkung der lokalen Nahversorgung, unter gegebenen Rahmenbedingungen nicht oder nur defizitär verwirklicht werden kann (Bärnthaler, 2024). So kann beispielsweise gezeigt werden, dass die Stärkung der lokalen Nahversorgung in vielerlei Hinsicht von der Dominanz des motorisierten Individualverkehrs unterminiert wird, z. B. im Hinblick auf die Schaffung gemütlicher Gastgärten und florierender Geschäfte, die von polyfunktionalen Geschäftsstraßen profitieren. Die Monofunktionalität autozentrierter Nutzungen des öffentlichen Raums hemmt die Entwicklung sozialer Treffpunkte und einer Alltagsökonomie der kurzen Wege zugunsten reiner Übergangsräume (Sennett, 2018). Kurz: Um kollektiv selbst gesteckte Ziele zu erreichen, um neue Türen zu öffnen (z. B. eine gestärkte Nahversorgung), müssen andere geschlossen werden (z. B. die Dominanz des motorisierten Individualverkehrs) – eine transformative Innovation bedarf der Exnovation (für ein konkretes Fallbeispiel vgl. Bärnthaler & Baumgartner, 2022).

Conclusio

Transformation – normativ verstanden als zielgerichtete, evolutionäre und grundlegende Veränderung von Rahmenbedingungen – bedarf der Prozesse der Planung und Governance, die sich nicht auf Marktlogiken und technologische Lösungen beschränken. Transformation fußt auf politischen Entscheidungen, auf „governing (also) through government“ (Haderer, 2023). Damit gewinnen u. a. neue Formen der Entscheidungsfindung an Bedeutung, insbesondere die Verknüpfung von Bottom-up und Top-down, von Konsens und Zwang, von deliberativ- und repräsentativ-demokratischen Verfahren (Bärnthaler, 2024). Erstere haben das Potenzial, einen anzustrebenden Sollzustand gemeinsam (von unten und unter Einbezug wissenschaftlicher Expertise) auf verschiedenen räumlichen Ebenen auszuhandeln: von der Nachbarschaft (z. B. zur Ortskerngestaltung) bis zum Nationalstaat und darüber hinaus (z. B. europäische Bürger*innenräte). Dies fördert u. a. die Legitimation von Veränderung, wiewohl Konflikte zwischen Partikularinteressen in pluralen Gesellschaften nie vollständig verschwinden. Repräsentative Demokratien haben den Vorzug – als die tendenziell universellste Form des Zwangs –, diese Konflikte zu entscheiden, indem allgemeingültige Regeln durch demokratisch legitimierte Entscheidungstragende (von oben) festgelegt werden (z. B. Gesetze, Verkehrsregeln). Regelsetzungen, die definitionsgemäß einschränken und ermöglichen, sind Voraussetzung, um die Möglichkeitsbedingungen gegenwärtiger Praktiken langfristig und grundlegend zu verändern. Neue Formen der Kooperation zwischen öffentlichen Entscheidungstragenden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie auf und zwischen verschiedenen räumlichen Ebenen – vom Stadtteil zur Kommune, vom Nationalstaat zur EU – sind dafür unerlässlich.

Literaturverzeichnis

- Avelino, F., Wittmayer, J. M., Kemp, R., & Haxeltine, A. (2017). Game-changers and transformative social innovation. *Ecology and Society*, 22(4), 41. <https://doi.org/10.5751/ES-09897-220441>
- Bärnthaler, R. (2024). Towards eco-social politics: A case study of transformative strategies to overcome forms-of-life crises. *Environmental Politics*, 33(1), 92-113. <https://doi.org/10.1080/09644016.2023.2180910>
- Bärnthaler, R., & Baumgartner, B. (2022). Lebensweisen und Infrastrukturen: Transformative Innovationen für eine zukunftsfähige Alltagsökonomie in Wien am Beispiel Atzgersdorf. *Sozialwissenschaftliche Rundschau*, 62(3), 266-286.
- Bärnthaler, R., Novy, A., & Plank, L. (2021). The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social-Ecological Transformation. *Sustainability*, 13(18), 10460. <https://doi.org/10.3390/su131810460>
- Bärnthaler, R., Novy, A., & Stadelmann, B. (2023). A Polanyi-inspired perspective on social-ecological transformations of cities. *Journal of Urban Affairs*, 45(2), 117-141. <https://doi.org/10.1080/07352166.2020.1834404>
- Bhaskar, R. (1998). Societies. In M. Archer, R. Bhaskar, A. Collier, T. Lawson, & A. Norrie (Hrsg.), *Critical Realism: Essential Readings* (S. 206-257). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315008592>
- Edquist, C. (2011). Systems of innovation approaches – Their emergence and characteristics. In C. Edquist (Hrsg.), *Systems of Innovation: Technologies, Institutions and Organizations* (S. 1-3). Routledge.
- Foundational Economy Collective (FEC). (2019). *Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik*. Suhrkamp.
- Geels, F. W. (2011). The multi-level perspective on sustainability transitions: Responses to seven criticisms. *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 1(1), 24-40. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2011.02.002>
- Görg, C., Madner, V., Muhar, A., Novy, A., Posch, A., Steininger, K. W., & Aigner, E. (Hrsg.). (2023). *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben)*. Springer Spektrum.
- Haberl, H., Wiedenhofer, D., Virág, D., Kalt, G., Plank, B., Brockway, P., Fishman, T., Hausknost, D., Krausmann, F., Leon-Gruchalski, B., Mayer, A., Pichler, M., Schaffartzik, A., Sousa, T., Streeck, J., & Creutzig, F. (2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: Synthesizing the insights. *Environmental Research Letters*, 15(6), 065003. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/15/6/065003>
- Haderer, M. (2023). Experimental climate governance as organized irresponsibility? A case for revamping governing (also) through government. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1), 2186078. <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2186078>
- Hausknost, D. (2014). Decision, choice, solution: 'Agentic deadlock' in environmental politics. *Environmental Politics*, 23(3), 357-375. <https://doi.org/10.1080/09644016.2013.874138>
- Hausknost, D., & Haas, W. (2019). The Politics of Selection: Towards a Transformative Model of Environmental Innovation. *Sustainability*, 11(2), 506. <https://doi.org/10.3390/su11020506>
- Haxeltine, A., Avelino, F., Pel, B., Dumitru, A., Kemp, R., Longhurst, N., Chilvers, J., & Wittmayer, J. M. (2016). A framework for Transformative Social Innovation. *TRANSIT Working Paper*, 5, 1-32. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.30337.86880>
- Jessop, B. (1990). *State Theory: Putting the Capitalist State in its Place*. Polity.
- Jessop, B. (2015). The Symptomatology of Crises, Reading Crises and Learning from Them: Some Critical Realist Reflections. *Journal of Critical Realism*, 14(3), 238-271. <https://doi.org/10.1179/1572513815Y.0000000001>
- Luxemburg, R. (2019). *Sozialreform oder Revolution?* Boer.
- Marx, K., & Engels, F. (1976). *Marx-Engels-Werke* (Bd. 1). Dietz.
- Novy, A. (2022). The political trilemma of contemporary social-ecological transformation – lessons from Karl Polanyi's The Great Transformation. *Globalizations*, 19(1), 59-80. <https://doi.org/10.1080/14747731.2020.1850073>
- Novy, A., Barlow, N., & Fankhauser, J. (2022). Transformative innovation. In L. Pellizzoni, E. Leonardi, & V. Asara (Hrsg.), *Handbook of Critical Environmental Politics* (S. 593-610). Edward Elgar.
- Novy, A., Bärnthaler, R., & Prieler, M. (2023). *Zukunftsfähiges Wirtschaften: Herausforderungen der sozialökologischen Transformation*. Beltz Juventa.
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1-7). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1

- Perez, C. (1983). Structural Change and Assimilation of New Technologies in the Economic and Social System. *Futures*, 15(5), 357-375. [https://doi.org/10.1016/0016-3287\(83\)90050-2](https://doi.org/10.1016/0016-3287(83)90050-2)
- Polanyi, K. (1973). *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Suhrkamp.
- Sennett, R. (2018). *Building and Dwelling: Ethics for the City*. Allen Lane.
- Shove, E. (2018). What is wrong with energy efficiency? *Building Research & Information*, 46(7), 779-789. <https://doi.org/10.1080/09613218.2017.1361746>

Widerstand

Über die Hürden der urbanen Nachhaltigkeitstransformationen

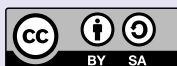
Vor dem Hintergrund eines Verständnisses von Stadt und städtischer Entwicklung als komplex, konflikthaft und emergent geht dieser Beitrag auf die interne Mehrdeutigkeit und praktische Offenheit des Konzepts einer urbanen Nachhaltigkeitstransformation als möglicher Quelle für Widerstände, Widersprüche und Konflikte ein. Es wird der Versuch unternommen, einen realitäts- und prozesstauglichen Begriff des Widerstands jenseits von Heroisierung und Dämonisierung zu entwickeln. Dieser muss in der Lage sein, sowohl die Widerstände gegen soziale Innovationen und Nachhaltigkeitstransformationen als auch den Widerstand zu erläutern, den Nachhaltigkeitsakteure oft selbst auszuüben sich gezwungen sehen. Die Zuspitzung des Widerstands gegen die Widerstände gegen Nachhaltigkeit wird abschließend als eine vielleicht mögliche, aber zugleich nicht sehr erfolgversprechende Strategie charakterisiert. Ergänzend brauchen wir neue Akteurskonstellationen, überzeugende und milieusensible soziale Innovationen und einen positiven Umgang mit Emotionen. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Widerstände listig überwunden statt gebrochen werden.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Aushandlung](#), [Engagement](#), [Innovation](#), [Nachhaltigkeit](#), [Selbstorganisation](#), [Transformation](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Reusswig, F. (2024). Widerstand: Über die Hürden der urbanen Nachhaltigkeitstransformationen. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 235-242). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_30



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert. <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Stadtentwicklung als komplexer, konflikthafter und emergenter Prozess

Städte entwickeln sich in ökonomischen, **sozialen**, politischen, **kulturellen** und ökologischen **Kontexten**, die teilweise außerhalb ihrer Entscheidungsreichweite liegen, teilweise von ihnen beeinflusst werden. Städte entwickeln sich in **komplexen** Prozessen, die sich aus vielfältigen Interaktionen vieler heterogener Akteure ergeben. Konflikte sind dabei eher die Regel als die Ausnahme. Fast alle dieser Akteure haben Absichten, **Pläne** und Strategien – und sie verfügen über unterschiedliche Arten und Mengen von Machtmitteln. Das Ergebnis aber ist in dieser Form von niemandem gewollt und **geplant** worden. Selbst mächtige Akteure müssen oft Abstriche machen, Kompromisse eingehen, mit Zufällen und Gegenentwicklungen rechnen. In der Soziologie ist die Fokussierung auf derlei nichtintendierte Folgen intentionalen Handelns gang und gäbe. Das kann auch als Emergenz bezeichnet werden: Das **systemische** Produkt hat andere Eigenschaften als die Summe der einzelnen Teile bzw. Inputs.

Hinzu kommt, dass Menschen und Organisationen nicht immer *rational* handeln, worunter i. d. R. das selbstinteressierte Handeln und das Abwägen von Zwecken und Mitteln gemeint ist. Werte, Traditionen und Gefühle prägen das Handeln mit. Und oft genug sind auch rationale Präferenzen nicht immer klar. Ihnen können andere, ebenso *vernünftige* Präferenzen entgegenstehen, sodass wir wie Buridans berühmter Esel nach zwei Richtungen gleichzeitig streben (Inkonsistenz, innerer Konflikt). Als sinnverarbeitende Wesen müssen wir außerdem immer wieder neu interpretieren, was wir eigentlich tun, was wir wollen und was die geeigneten Mittel dafür wären. Diese Interpretationen können wir als **soziale** und **kommunikative** Wesen niemals (ganz) für uns alleine leisten – der gesellschaftliche Diskurs und speziell das, was die für uns bedeutsamen anderen sagen, **wirken** daran mit.

Widerstand zwischen Heroisierung und Dämonisierung

Mit Widerstand ist praktisch überall dort zu rechnen, wo aus unterschiedlichen bis gegensätzlichen Kräften **soziale** Realität gestaltet wird: „Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand“ (Foucault, 1983, S. 116). Widerstand kann manifest auftreten, aber auch sehr subtil in Gestalt von „Mikropraktiken des Widerstands“ – insbesondere in autoritären politischen **Systemen** (Zupan et al., 2023, S. 241). Zwei Grundbedeutungen von Widerstand sind zu unterscheiden: zum einen eine *staatlich-juridische*, die Widerstand aus der Perspektive der Legalität betrachtet, zum anderen eine *gesellschaftliche*, die auf die aktive oder passive Opposition von Individuen und Gruppen gegen Formen des gesellschaftlichen Zwangs, der Kontrolle und Regulierung ausgerichtet ist – also Legitimität ins Zentrum stellt (Plümecke, 2008).

Diese beiden Grundbedeutungen können zu zwei Extrempositionen zugespitzt werden: *Dämonisierung* liegt vor, wenn jedwede Form des Einwands oder Protests als destruktiv gebrandmarkt wird, quasi als Widerstand gegen die Staatsgewalt. *Heroisierung* liegt vor, wenn die Akte und Träger*innen des Widerstands als die moralisch einzig legitimen Positionierungen gegenüber einer letztlich bösen Macht gedeutet werden – meist durch die Akteure selbst.

Ein sozialwissenschaftlich informierter Begriff des Widerstands meidet das Extrem einer legalistischen Dämonisierung genauso wie das der moralischen Heroisierung und konzentriert sich auf die genauere Beschreibung der in Rede stehenden Phänomene, die Analyse der Funktionsmechanismen und Ursachen sowie die Herausarbeitung möglicher produktiver Umgangsweisen mit Widerstand und Konflikt (Hiebaum, 2022).

Nichtdämonisierende und nichtheroisierende Zugänge sind nicht zuletzt deshalb erforderlich, weil der Begriff des Widerstands auch für nationalistische und rassistische Positionen und Forderungen verwendet oder im Zuge neoliberaler Regierungstechniken von Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden vereinnahmt wird (z. B. als Widerstand gegen den Mindestlohn). Auch der produktive Umgang mit Widerständen im Unternehmen wird mittlerweile Führungskräften angeraten (Nagel, 2021).

Nachhaltigkeitstransformationen zwischen Reform und Revolution

Das Leitbild der **nachhaltigen** Entwicklung stellt eine normative Orientierungsgröße dar, die in ihrem historischen Entstehungskontext der 1980er primär über die Megathemen Umwelt und Entwicklung codiert wurde. Ein Problem von Anfang an: Das lange dominante Mantra der drei Säulen der **Nachhaltigkeit** (ökonomisch, sozial, ökologisch), das meist als simple Addition heterogener Anliegen und dahinterstehender Interessen verkauft wurde, ließ nahezu beliebige konkrete Ziele und Vorhaben als **nachhaltig** zu. Im Extremfall konnte sogar unbegrenztes Wachstum in bestehenden Wirtschaftsformen und Geschäftsmodellen als ökonomische **Nachhaltigkeit** verkauft werden. Dabei hängen die drei Säulen doch innerlich zusammen, nicht äußerlich-additiv.

Ein schwaches **Nachhaltigkeitsverständnis** favorisiert inkrementellen Wandel und sieht ökologische Fragen eher nur als Zusatzkriterium für ansonsten unverändertes wirtschaftliches Wachstum (O'Rourke & Lollo, 2015). Dem steht eine Deutung gegenüber, die radikaler ansetzt: beim Wachstum selbst, bei den kapitalistischen Basisinstitutionen, beim imperialistischen Lebensstil (Brand & Wissen, 2021). Als **nachhaltig** gilt dann etwa die *Post-Growth City* (Savini et al., 2022).

Das reformistische **Nachhaltigkeitsverständnis** kennt keinen legitimen Widerstand, das revolutionär-antikapitalistische sieht im Widerstand die einzig konsistente und legitime Gegenstrategie. Reformistische **Nachhaltigkeit** brandmarkt Widerstand als illegal, revolutionäre **Nachhaltigkeit** adelt ihn als moralisch überlegen.

Zwischen das Raster beider Extrempositionen fallen dabei nicht nur der reale **Transformationsprozess** der Städte mit all seinen Widersprüchen, sondern auch seine vielfältigen Widerstände in all ihren Schattierungen und Ambivalenzen. Um sie wahrnehmen und angemessen bewerten zu können, braucht es eine dritte Position jenseits von einem reformistischen **Nachhaltigkeitsverständnis** mit seiner *Widerstandsdämonisierung* zum einen und von einem revolutionären **Nachhaltigkeitsverständnis** mit seiner *Widerstandsheroisierung* zum anderen. Man könnte diesen *dritten Weg* auch als Rekonfiguration der **Nachhaltigkeit** auffassen (Geels et al., 2015).

Nachhaltigkeit als Rekonfiguration geht davon aus, dass es weder eine schrittweise Anpassung bestehender **Systeme** (z. B. des Transports, der Ernährung, des Wohnens) noch deren völliger Umsturz ist, die es braucht. Stattdessen müssen konkrete sozio-technische **Systeme** und alltägliche Praktiken neu ausgerichtet und kombiniert (konfiguriert) werden, um mehr **Nachhaltigkeit** zu erreichen. Es reicht nicht, die bestehenden **Systeme** ein wenig zu optimieren. Es ist aber auch zu riskant und unklar, was es heißt, sie alle zugleich und grundlegend auf neue, postkapitalistische Paradigmen auszurichten – abgesehen davon, dass nicht jeder Widerstand sich auf diesen Nenner bringen lässt.

Daher bekommen **Experimente**, Nischenlösungen und das **Ausprobieren sozialer Innovationen** eine wichtige Bedeutung. Sie überschreiten das Bestehende, ohne als völlig undefinierte Vorgriffe auf das ganz andere herhalten zu müssen. An und mit ihren soziotechnischen **Experimenten** können Städte **lernen** und debattieren. Sie können damit auch die Abstraktheit und Unschärfe der **Nachhaltigkeitsziele** in konkrete Lösungen überführen, die lokal stimmig sein können und müssen – die Eigenlogik der Städte muss berücksichtigt werden, denn es gibt keine einfachen Übertragungen von Stadt zu Stadt (Löw & Sept, 2019). Dazu braucht es die demokratische Debatte, den Widerstreit der Meinungen, Werte und Optionen, und eine **Kontextualisierung** neuer Lösungen – vor Ort. Erst vor diesem Hintergrund lassen sich **soziale Innovationen** angemessen einordnen. Sie können als neue Wege verstanden werden, um (neue) Ziele besser als bisher zu lösen, etwa über „neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern“ (Zapf, 1989, S. 177).

Widerstand gegen Nachhaltigkeitstransformationen

Gerade **sozialer** Wandel trifft aber nicht immer auf Gegenliebe, oft sogar auf dezidierten Widerstand. Wissenschaftler*innen sprechen sehr oft von (**sozialen**) **Innovationen** und **Transformationsprozessen** in positiver Absicht, wenn nicht voller Begeisterung für das Neue (Pel et al., 2020). Übersehen wird dabei leicht, dass **Innovationen** und gar **Transformationen** zunächst einmal Änderungen des Alltags darstellen, also u. a. Gewohnheiten und Routinen unterbrechen, die auch Stabilität geben – insbesondere dann, wenn die bestehende Situation als einigermaßen zufriedenstellend bewertet wird. Gerade im urbanen Raum kommt es aufgrund des Wachstums- und Kommerzialisierungsdrucks immer wieder zu Veränderungen der Wohnsituation und des Lebensumfelds, die auch dann zunächst auf Abwehr treffen, wenn sie **Nachhaltigkeitsziele** verfolgen, die langfristig Besserung versprechen (Habringer et al., 2021).

Es kommt erschwerend hinzu, dass unsere Gesellschaften nicht nur überhaupt in **sozialer** und politischer Hinsicht pluralistisch verfasst sind, sondern dass sie in der Frage der **Nachhaltigkeitstransformation** *innere Widersprüche* und *äußere Gegensätze* aufweisen. Ein innerer Widerspruch liegt vor, wenn Personen auf der Ebene ihres Bewusstseins sehr **nachhaltig** sind, in ihrer Alltagspraxis aber nicht oder jedenfalls bei Weitem nicht so konsequent. Nicht Wissensdefizite sind hier verantwortlich, sondern ein breites Feld individueller wie kollektiver Widerstände blockieren das Handeln: Bequemlichkeit, Gewohnheiten, **soziale** Normen, fehlende Strukturen usw. Diskrepanzen zwischen Bewusstsein und Verhalten gibt es auch umgekehrt: Viele

(oft ältere und/oder konservative) Menschen verhalten sich viel **nachhaltiger**, als sie wissen und **kommunizieren**. Ressourcen sparen aus Tradition und gegen eine grüne Ideologie sein – das kann durchaus zusammengehen. Äußere Gegensätze treten zwischen Individuen oder **sozialen** Gruppen dann auf, wenn ihre Normen, Werte, Gefühle und/oder Praktiken nicht zueinander passen, konträr zueinander stehen. Häufen sich solche Gegensätze und bündeln sich zu gesellschaftsübergreifenden Gegensätzen – nehmen sich Menschen z. B. gegenseitig als Risiko wahr (Scheve & Lange, 2023) –, dann sprechen wir von **sozialer Polarisierung** (Brandsma, 2017).

Symptom wie Problemverstärker dafür ist nicht nur in Europa die Zunahme des Populismus. Das populistische Narrativ verbindet die Diagnose einer von den korrupten politischen Eliten verratenen moralischen Mehrheit des Volks mit dem Versprechen, diese Mehrheit (wieder) angemessen zu repräsentieren – gegen die politischen Eliten und die moralisch inferioren gesellschaftlichen Minderheiten, auf die sie sich stützen: links-grüne (vornehmlich urbane) Milieus, Multikulti-Propagierer, Mainstream-Medien etc. (Müller, 2016; Rosanvallon, 2021).

Gerade der Umwelt- und **Nachhaltigkeitsbereich** hat sich als eine Zentraldimension gesellschaftlicher Polarisierung entwickelt (Buzogány & Mohamad-Klotzbach, 2021). Die Wissenschaft weist seit Langem darauf hin, dass die Menschheit dabei ist, gleich mehrere planetare Grenzen zu überschreiten und damit den sicheren Operationsraum des Planeten in Richtung Krisen und Katastrophen verlässt. Der rechtspopulistische Diskurs leugnet diese Tatsachen und versteht Klimaschutz und **Nachhaltigkeit** als Anliegen böser Minderheiten und Eliten, die den *normalen* (fossil- und ressourcenintensiven) Lebensstil im Sinne einer Ökodiktatur abschaffen wollen (Reusswig, 2022). Die radikaleren Teile der Klimaschutzbewegung – z. B. die Letzte Generation – rufen umgekehrt den Klimanotstand aus und praktizieren den zivilen Ungehorsam. Ganz in diesem Sinne sieht Alt (2022) den Widerstand gegen eine „Wirtschaft, die tötet“ – nicht einiges, sondern alles stehe auf dem Spiel: Ziviler Ungehorsam und ziviler Widerstand seien **gerechtfertigt**, allerdings keine Gewalt gegen Menschen.

Beide Seiten nehmen einander als riskante, ja gefährliche Gruppen wahr. Zwischen diesen Polen findet sich die Mehrheit der Gesellschaft, die am anthropogenen Klimawandel zwar nicht zweifelt und auch **Nachhaltigkeit** mehr oder weniger gut findet, aber hinsichtlich der Dringlichkeit wie der zu wählenden Mittel und Wege dahin ganz unterschiedlich aufgestellt ist. Je nach **sozialem** Milieu sind die Widerstände anders begründet: Neoliberal orientierte Eliten lehnen Eingriffe in Wirtschaft und Wachstum ab, postmoderne Hedonist*innen fürchten um ihre Spaßgesellschaft, die nostalgisch-bürgerliche Mitte fürchtet (ein weiteres Mal) den Statusverlust, die integrations- und konsumorientierte prekäre Unterschicht hält die **Transformation** für ein unbezahlbares Luxusprojekt grüner Oberschichten. Gestützt wird die **Nachhaltigkeitstransformation** von den grün orientierten Postmateriellen, Teilen der anpassungsorientierten Mitte, Teilen der konservativen Elite und ansatzweise den kosmopolitischen Individualisten – Milieus, die gerade in Großstädten besonders zahlreich vertreten sind. Auch hier sind es unterschiedliche Motivlagen, die diese Gruppen antreiben (Reusswig & Schleer, 2021). Jede dieser Gruppen zeichnet sich zudem durch innere Widersprüche aus, etwa ein starkes grünes Bewusstsein bei gleichzeitig relativ hohem Kohlendioxid-Fußabdruck.

Der Gesamtwiderstand gegen eine **Nachhaltigkeitstransformation** setzt sich aus inneren Widersprüchen und äußeren Gegensätzen zusammen.

Widerstände aufheben, nicht brechen

Der Gedanke, mit einer Art Ökodiktatur all diese Widerstände gegen **Nachhaltigkeit** brechen zu wollen, liegt vielleicht nahe. Aber er bringt nichts. In demokratischen **Systemen** müssen alle Maßnahmen durchs Nadelöhr nicht nur der Debatte, sondern auch der Mehrheitsfindung. Spätestens dann müssen jene Menschen und Institutionen mitgenommen werden, über die man zu herrschen gedenkt. Wer aus diesem Zirkel springen will und eine grüne Diktatur ins Auge fasst, muss mit der harten Wahrheit leben, dass momentan alles, was sich in Europa in Richtung autoritärer Herrschaft aufmacht, dezidiert antiökologisch orientiert ist.

Was bleibt, wenn es mit Gewalt nicht geht? List. Listig ist, wer mit der Kraft des Widerstands kämpfen und konstruktive Bewegungen organisieren kann. Etwa indem nicht nur die radikalen (**sozialen**) **Innovationen** gefördert werden, sondern auch die moderaten, die für bestimmte Gruppen glaubwürdiger und attraktiver sind. Oder indem die Symmetrie der populistischen Feinderklärung unterbrochen wird und populistische Wähler*innen (wohl nicht die Hardcores und auch nicht die Funktionäre) nicht zu Feinden erklärt werden, sondern wieder zu Gegnern oder vielleicht sogar zu potenziellen Verbündeten. Oft stehen hinter mit emotionaler Vehemenz vorgetragene Verschwörungserzählungen durchaus richtige Fragen und Zweifel – etwa nach **sozialer Gerechtigkeit**. Vielleicht sollte öfter gefragt werden, wie es um die eigenen Gefühle steht. Ist da noch mehr außer Zukunftsangst?

Das wäre hilfreich, um nach den Überschneidungszonen für größere und ungewöhnliche Bündnisse für mehr urbane **Nachhaltigkeit** zu suchen, etwa zwischen Kleingärtner*innen und *Urban Gardening*, der Grünflächenverwaltung und Landschaftsplaner*innen, Senior*innen und Schüler*innen, der Letzten Generation und dem städtischen Katastrophenschutz. **Soziale Innovationen** brauchen sektorübergreifende Netzwerke, um aus ihrer Nische herauszukommen (Howaldt, 2019), etwa durch die Ernennung von *Upscaling*-Beauftragten und die Institutionalisierung der Schnittstelle von Wissenschaft und Verwaltung. Der Widerstand gegen die weitere Kommodifizierung unserer Städte kann sich mit der Entwicklung neuer soziotechnischer Infrastrukturen verbinden (Bärnthaler et al., 2023). Es braucht in jedem Fall Diskursformate, die zum Ausdruck bringen, dass Demokratie nicht nur in Mehrheitsentscheiden besteht, sondern v. a. in deren stets prekär bleibender Herbeiführung durch die Organisation von Widerstreit.

Literaturverzeichnis

- Alt, J. (2022). *Widerstand! Gegen eine Wirtschaft, die tötet*. Vier-Türme-Verlag.
- Bärnthaler, R., Novy, A., & Stadelmann, B. (2023). A Polanyi-inspired perspective on social-ecological transformations of cities. *Journal of Urban Affairs*, 45(2), 117-141.
<https://doi.org/10.1080/07352166.2020.1834404>
- Brand, U., & Wissen, M. (2021). *The Imperial Mode of Living: Everyday Life and the Ecological Crisis of Capitalism*. Verso.
- Brandsma, B. (2017). *Polarisation: Understanding the dynamics of us versus them*. BB in Media.
- Buzogány, A., & Mohamad-Klotzbach, C. (2021). Environmental Populism. In M. Oswald (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Populism* (S. 321-340). Palgrave Macmillan.
- Foucault, M. (1983). *Sexualität und Wahrheit. Band 1: Der Wille zum Wissen*. Suhrkamp.
- Geels, F. W., McMeekin, A., Mylan, J., & Southerton, D. (2015). A critical appraisal of Sustainable Consumption and Production research: The reformist, revolutionary and reconfiguration positions. *Global Environmental Change*, 34, 1-12. <http://dx.doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2015.04.013>
- Habringer, M., Stoik, C., Poigner, M., & Kirsch-Soriano da Silva, K. (2021). Widerstände im Nachverdichtungsprozess: Ergebnisse einer Begleitforschung. *Soziales_Kapital*, 25, 303-318.
- Hiebaum, C. (2022). Was ist ein sozialer Konflikt? In M. Lakitsch & W. Suppanz (Hrsg.), *Grazer Forschungsbeiträge zu Frieden und Konflikt* (S. 135-158). Universität Graz.
<https://doi.org/10.25364/978-3-903374-03-4-08>
- Howaldt, J. (2019). Soziale Innovation im Fokus nachhaltiger Entwicklung: Die Bedeutung von Kooperationen und Netzwerken für den Erfolg sozialer Innovationen. In C. Neugebauer, S. Pawel, & H. Biritz (Hrsg.), *Netzwerke und soziale Innovationen: Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen?* (S. 13-30). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21551-4_2
- Löw, M., & Sept, A. (2019). Innovationen in Stadt und Raum. In B. Blätzel-Mink, I. Schulz-Schaeffer, & A. Windeler (Hrsg.), *Handbuch Innovationsforschung: Sozialwissenschaftliche Perspektiven* (S. 725-741). Springer VS.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-17668-6_49
- Müller, J.-W. (2016). *Was ist Populismus? Ein Essay*. Suhrkamp.
- Nagel, E. (2021). *Glücksfall Widerstand: Vom produktiven Umgang mit ganz normalen Ausnahmen*. Verso.
- O'Rourke, D., & Lollo, N. (2015). Transforming Consumption: From Decoupling to Behavior Change, to System Changes for Sustainable Consumption. *Annual Review of Environment and Resources*, 40, 233-259.
<https://doi.org/10.1146/annurev-environ-102014-021224>
- Pel, B., Haxeltine, A., Avelino, F., Dumitru, A., Kemp, R., Bauler, T., Kunze, I., Dorland, J., Wittmayer, J., & Jørgensen, M. S. (2020). Towards a theory of transformative social innovation: A relational framework and 12 propositions. *Research Policy*, 49(8). <https://doi.org/10.1016/j.respol.2020.104080>
- Plümecke, T. (2008). Widerstand - Die Regierbarkeit des Willens zur Veränderung. In C. Haug, R. Maier, & B. Schröder (Hrsg.), *Kampf um Teilhabe: Akteure - Orte - Strategien* (S. 70-82). VSA.
- Reusswig, F. (2022). Nicht-Nachhaltigkeit als politisches Projekt: Rechtspopulistische Diskurse und Akteure in der Energiewende. *Bürger & Staat*, 4(72), 218-226.
- Reusswig, F., & Schleer, C. (2021). *Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Akteursgruppen im Hinblick auf Veto- und Aneignungspositionen*. Wissenschaftsplattform Klimaschutz.
https://www.wissenschaftsplattform-klimaschutz.de/files/WPKS_Studie-Resonanzfaehigkeit.pdf
- Rosanvallón, P. (2021). *The Populist Century: History, Theory, Critique*. Polity.
- Savini, F., Ferreira, A., & Schönfeld, K. C. von (2022). *Post-Growth Planning: Cities Beyond the Market Economy*. Routledge.
- Scheve, C. von, & Lange, M. (2023). Risk entanglement and the social relationality of risk. *Humanities & Social Sciences*, 10(170). <https://doi.org/10.1057/s41599-023-01668-0>
- Zapf, W. (1989). Über soziale Innovationen. *Soziale Welt*, 40, 170-183.
- Zupan, D., Naumann, M., Nettelblatt, G., & Beurskens, K. (2023). Was heißt hier Widerstand? Widerständige Praktiken im Kontext von autoritärem Urbanismus. *sub|urban*, 11(3/4), 233-243.
<https://doi.org/10.36900/suburban.v11i3/4.885>

Wirksamkeit

Soziale Innovationen wirken - aber wie und wann?

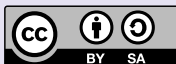
Ob soziale Innovationen als solche zu beurteilen sind, ist eine Frage ihrer Wirksamkeit. Sie müssen nicht nur auf der Mikroebene in Form von Outcomes Wirkungen entfalten, sondern auch auf der Systemebene als Impacts. Die Evaluationsforschung in raumbezogenen Politikfeldern hat grundsätzlich ein differenziertes Instrumentarium zur Ermittlung der Wirkungen sozialer Innovationen auf beiden Ebenen entwickelt. Allerdings sind Evaluationen potenzieller sozialer Innovationen, wie etwa Reallabore, bislang v. a. auf die Mikroebene kurzfristiger Wirkungen konzentriert. Die Systemebene bleibt weitgehend aus dem Fokus. In dieser Richtung besteht Forschungsbedarf. Neue Impulse könnten sich aus durch den Begriff des Reallabors inspirierten kontrafaktischen Evaluationsansätzen ergeben. Für die Ermittlung langfristiger Wirkungen bedarf es jedoch v. a. Ressourcen außerhalb der Programme zur Förderung sozialer Innovationen.

Starke Bezüge zu anderen Schlüsselbegriffen:

[Innovation](#), [Komplexität](#), [Soziales](#), [System](#), [Transdisziplinarität](#)

Alle Schlüsselbegriffe des Sammelbandes sind im Text farblich ausgezeichnet.

Zitiervorschlag: Diller, C. (2024). Wirksamkeit: Soziale Innovationen wirken - aber wie und wann? In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 243-248). TU Wien Academic Press.
https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_31



Dieser Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0) lizenziert.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Wirkung als zentraler Begriff in der Evaluationsforschung

Wirksamkeit bezeichnet, ob und wenn ja, auf welche Art und in welchem Maße etwas auf etwas anderes wirkt. *Wirkung* ist in der Evaluationsforschung ein zentraler Begriff. Evaluationen haben auch in raumbedeutsamen Politikfeldern, wie der Stadterneuerungs- oder der Regionalentwicklungspolitik, an Bedeutung gewonnen (Diller, 2023). Dabei haben sie eine sehr unterschiedliche Relevanz entwickelt. In der Regionalpolitik, die durch EU-Vorgaben geprägt ist, bestehen mittlerweile sehr **komplexe Systeme** unterschiedlicher Evaluationstypen, die kontinuierlich und in die Programmentwicklung integriert durchgeführt werden. In Deutschland ist in Stadterneuerungsprogrammen ebenfalls ein sehr differenziertes Evaluations**system** vorzufinden. In anderen Bereichen wie der Raum**planung** sind Evaluationen dagegen rar.

In gängigen Typisierungen von Evaluationen wird das Kriterium der Wirkungen auch als differenzierendes Merkmal hervorgehoben (Rossi et al., 2004, S. 80). Dabei wird zwischen Evaluationstypen unterschieden, die nur die Umsetzung von Programmen bzw. Maßnahmen betrachten (Implementation), und jenen, bei denen auch versucht wird, die Wirkungen zu ermitteln, die sich durch die Umsetzung ergeben. Die Wirkungsforschung ist also ein Teil der Evaluationsforschung.

Die erste Generation der Evaluationsforschung (in den USA bereits seit den 1930ern, in Deutschland seit den 1960ern) war mit einem rationalistischen Politikverständnis verbunden. Ausgehend von dem zu lösenden Problem sind an klar strukturierten Wirkungsmodellen Ziele und Maßnahmen zu formulieren und umzusetzen. Die Evaluation soll helfen, die Wirkungen zur Lösung des Problems zu beurteilen. Die Wirkungen auf den Gegenstand der Intervention sollten möglichst quantitativ messbar sein, um diese im Idealfall dem Aufwand monetär gegenüberzustellen. Das Modell wurde seit den 1970ern durch den Typus der zielfreien Evaluation erweitert. Mit dieser können nicht zielbezogene, überraschende und ggf. unerwünschte **systemische** Nebenwirkungen besser erfasst werden. In den 1980ern veränderte sich das Verständnis zielgetreuer Implementation: Abweichungen von ursprünglichen Zielen in der Programmumsetzung wurden nicht als Fehler, sondern als Teil des politischen Prozesses gesehen. Gleichzeitig wurde immer deutlicher, dass eine Vielzahl – wenn nicht die Mehrzahl – von Wirkungen nicht exakt quantifizierend operationalisierbar ist. In den 1990ern und 2000ern war im Zusammenhang mit dem Begriff der *formativen Evaluation*, der eine deutlich stärkere Einbeziehung der evaluierten Akteure bei der Konzeption der Evaluation impliziert, eine weitere Paradigmenverschiebung zu beobachten (Stockmann & Meyer, 2014). Es zeigte sich, dass die Wirkung von Evaluationen auf die Implementation von Programmen verbessert werden kann, wenn die umsetzenden Akteure intensiv in die Evaluation eingebunden sind (Diller, 2023).

Wie können nun Wirkungen in Evaluationen ermittelt werden? Zunächst ist die Unterscheidung zwischen *Outcomes* und *Impacts* wichtig – beide Begriffe bezeichnen Wirkungen. Hier wird der Unterscheidung von Döring und Bortz (2016, S. 984) gefolgt: Outcomes sind die unmittelbar bzw. kurzfristig mit der Erstellung der Programm-Outputs verbundenen Wirkungen auf der Mikroebene (also z. B. auf Akteure in Quartieren); Impacts sind dagegen die mittel- bis langfristigen Wirkungen auf der übergeordneten **Systemebene**. Deren Zurechenbarkeit zur Maßnahme ist schwerer

festzustellen als die der Outcomes, da andere Faktoren ebenfalls Einfluss auf den Interventionsgegenstand haben können. Um die Lücke zwischen Outcomes und Impacts zu schließen, können mehrstufige Wirkungsketten konstruiert werden, mit denen dem Problem der Zurechenbarkeit zumindest z. T. begegnet werden kann.

In den klassischen Politikfeldern der Evaluationsforschung, wie v. a. der **Bildungs-** und Gesundheitspolitik (Rossi et al., 2004), kann die Wirksamkeit von Maßnahmen auf der Mikroebene bisweilen durch das naturwissenschaftliche Prinzip des Kontrollgruppenvergleichs ermittelt werden (White, 2013). Dieser „kontrafaktische“ Ansatz als an quantitativen Methoden orientierter „Goldstandard“ (Vo & Archibald, 2018) ist jedoch in Politikfeldern wie der Stadterneuerungspolitik kaum anwendbar (Altrock, 2016; Göddecke-Stellmann & Wagner, 2016). Zu unterschiedlich sind Quartiere, Städte und Regionen, zu unkontrollierbar die **Kontext**bedingungen. Aus diesem Grund wird hier meist eher auf „faktische“ Ansätze zurückgegriffen (White, 2013), die auch unter dem Begriff Realistic Evaluation (Lam, 2020) diskutiert werden. Diese Wirkungsabschätzung erfasst eher qualitative Merkmale, als dass sie quantitativ exakte Kontrollgruppenvergleiche durchführt.

Zur Beurteilung der Wirksamkeit von sozialen Innovationen am Beispiel von Reallaboren

Soziale Innovationen sind in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Thema der raumbezogenen **Transformation**forschung geworden. Anknüpfend an Rammert (2010, S. 39) bedeutet **Innovation** auch, dass eine Variation, die als Verbesserung erfahren wird, durch Imitation und Diffusion einen Bereich der Gesellschaft verändert.

Bereits vor Längerem wurde festgestellt, dass für die Beurteilung der **systemischen** Wirkung **sozialer Innovationen** eigene Indikatoren erforderlich sind (Antadze & Westley, 2012). Eine vergleichende Untersuchung von 28 Evaluationen **sozialer Innovationen** ergab jedoch, dass die untersuchten Evaluationen sich fast ausschließlich auf die Mikroebene fokussierten (Milley et al., 2018). Die **System**wirkungen bleiben weitgehend außen vor, erst recht **komplexe** Wechselwirkungen. Das ist v. a. dadurch zu erklären, dass diese Wirkungen längerfristig sind und sich der Logik programmimmanenter Evaluationen, die auf Programmlaufzeiten ausgerichtet sind, entziehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit Reallabore, die als **transdisziplinäre** Formate in den letzten Jahren in Deutschland z. T. sehr intensiv diskutiert wurden (Rose et al., 2018), noch Potenziale für eine Methodik der Wirkungsermittlung **sozialer Innovationen** haben. In Reallaboren können **soziale Innovationen** hervorgebracht werden, Reallabore können als Instrumente jedoch auch selbst als **soziale Innovation** betrachtet werden.

Der erste Blick auf Evaluationen, die im Rahmen von Förderprogrammen durchgeführt wurden, fällt ernüchternd aus (Holewik et al., 2022): Wenn überhaupt evaluiert wird, dann steht auch hier die Wirkung auf die an den Reallaboren beteiligten Akteure, also die Mikroebene, im Vordergrund. Insgesamt fällt v. a. auf, dass bei den bisherigen Evaluationen insbesondere die Frage von Impacts, also mittelbaren **System**wirkungen, kaum angegangen wird und insofern auch nicht die Standards

der Evaluationsforschung aus anderen Themenfeldern erreicht werden. Dabei haben Reallabore, zumindest was die Mikroebene angeht, durchaus Potenziale für **soziale Innovationen**. Aus der Perspektive der **Planungswissenschaften** ist der Aspekt der Praxisnähe von Reallaboren nicht neu – Beispiele hierfür gibt es etwa im Rahmen des deutschen Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) (Diller & Willinger, 2019). Neu ist aber der Begriff des Labors, der kontrolliertere Bedingungen unterstellt als andere praxisnahe Ansätze. Daher wäre die Frage interessant, ob nicht Evaluationsansätze mit einem kontrafaktischen Design die vorherrschenden faktischen Evaluationsansätze ergänzen könnten. Eine Frage, der die sehr umfassenden methodischen Betrachtungen von Reallaboren kaum oder keine Aufmerksamkeit widmen (Beecroft et al., 2018). Immerhin gibt es durchaus erste konzeptionelle Überlegungen, die in kontrafaktische Evaluationsdesigns **sozialer Innovationen** überführt werden können (Svensson et al., 2018). So könnte z. B. die städtebauliche Aufgabenstellung der Integration eines Kinderspielplatzes in einen Park (so aktuell das Beispiel eines Reallabors in Unna; vgl. Rinke, 2023) innerhalb eines kontrafaktischen Designs zum einen in einer *Reallaborgruppe* mit entsprechend differenzierten Beteiligungsmethoden und zum anderen in einer *Kontrollgruppe* mit den konventionellen Vorgehensweisen bei der **Planung** (durch Behörden und **Planungsbüros** geprägt, mit nur geringer oder keiner **Partizipation** von Bürger*innen) unter ansonsten ähnlichen Rahmenbedingungen bearbeitet werden (Kommune, Standort, **Sozialstruktur** der Adressaten). Hierbei könnte die Wirkung der Prozess-**innovation Reallabor** auf das Produkt *Spielpark* ermittelt und zudem der Frage nachgegangen werden, ob ein **innovatives** Verfahren auch zu einem **innovativeren** – in diesem Fall attraktiveren, zielgruppengerechteren – Produkt führt. Neben dem Kontrollgruppenvergleich könnten auch verschiedene Reallaboransätze unter in etwa gleichen Rahmenbedingungen miteinander verglichen werden.

Perspektiven

Zur Diskussion der Perspektiven der Evaluationsforschung für die Ermittlung der Wirkung **sozialer Innovationen** am Beispiel von Reallaboren bieten sich die durch die Herausgeber*innen dieses Sammelbandes definierten drei analytischen Elemente Variation, Mehrwert und **Transformation** an (Peer et al., 2024):

- *Variation*: Wie haben sich durch Programme und **soziale Innovationen** routinisierte Handlungsmuster verändert? Mit den bisher praktizierten Evaluationen, sofern diese überhaupt durchgeführt werden, kann hierzu keine überzeugende Antwort gegeben werden. Die Evaluationen von Reallaboren richten sich fast ausschließlich auf die Outcomes, die direkten Wirkungen, womit zumindest die Potenziale von Reallaboren als **soziale Innovation** besser qualifiziert werden können. Routinisierte Handlungsmuster, um deren Beeinflussung es diesbezüglich geht, sind jedoch nicht als Muster einzelner Akteure, sondern als Muster von **Systemen** interessant. Dies erfordert eine Abschätzung der Impacts, wofür es in der Evaluationsforschung zu **sozialen Innovationen** wie Reallaboren noch keine überzeugenden Beispiele gibt. Das wiederum erklärt sich dadurch, dass konzeptionelle Überlegungen empirisch ohnehin nicht umzusetzen wären, da Evaluationen an die Logiken der politikfeldbezogenen Programme mit ihren Laufzeiten gekoppelt sind, die kürzer

sind als der Zeithorizont **systemischer** Wirkungen. Für die Ermittlung langfristiger Wirkungen bedarf es v. a. Ressourcen außerhalb der Programme zur Förderung **sozialer Innovationen**. Dies könnten zum einen programmunabhängige Stellen innerhalb der Ministerien sein. Aber auch politisch unabhängige Institutionen aus der Grundlagenforschung wären hierfür geeignete Adressaten; Qualifikationsarbeiten wären hier ein wichtiges Instrument.

- *Mehrwert*: Welches ist der Mehrwert der vermutlichen **sozialen Innovation**? Zu dieser Frage können Evaluationen der Wirkungen von Reallaboren aus den o. g. Gründen zwar nicht auf der **Systemebene**, jedoch zumindest auf der Mikroebene von Outcomes für beteiligte Akteure und einzelne Institutionen eine Antwort liefern. Es könnte der Grad der Variation des Produktes oder Prozesses und dessen Mehrwert für die beteiligten Akteure ermittelt werden. Um diese Frage der Outcomes noch präziser und auch quantitativ zu beantworten, wird angeregt, die im Laborbegriff suggerierte Möglichkeit des kontrafaktischen Vergleichs stärker in den Mittelpunkt zu rücken, um so v. a. den Aspekt der Verfahrens**innovation** besser zu qualifizieren. Hier wäre eine weiterführende Überlegung, das Spektrum im Bereich *faktischer Wirkungsanalysen* durch punktuelle, durch den Laborbegriff inspirierte *kontrafaktische Wirkungsanalysen* zu ergänzen, die auch im Rahmen der politikfeldbezogenen Programme machbar wären.
- *Transformation*: Wie stellt sich der Prozess der Übertragung und Übernahme, der Institutionalisierung, des **Lernens** und der verknüpften gesellschaftlichen Veränderungen, die im Ergebnis lokale und globale Wirkungen entfalten, dar? Dies ist wie die erste Frage v. a. eine **Systemfrage**. Es ist zweifelhaft, ob diese methodische Herausforderung, deren Bewältigung v. a. lang angelegter Betrachtungszeiträume bedarf, in der Logik des nach schnellen Ergebnissen verlangenden **Forschungssystems** überhaupt leistbar ist. Vermutlich wird sich in zehn bis zwanzig Jahren in einer rückblickenden Betrachtung zeigen, ob sich die Ansätze von Reallaboren wirklich als **soziale Innovation** entwickelt haben.

Literaturverzeichnis

- Altrock, U. (2016). Evaluation komplexer Programme in der Städtebauförderung: Evaluierung der Städtebauförderung – Wirkungen und Nebenwirkungen. *Informationen zur Raumentwicklung*, 1, 5–16.
- Antadze, N., & Westley, F. R. (2012). Impact Metrics for Social Innovation: Barriers or Bridges to Radical Change? *Journal of Social Entrepreneurship*, 3(2), 133–150. <https://doi.org/10.1080/19420676.2012.726005>
- Beecroft, R., Trenks, H., Rhodius, R., Benighaus, C., & Parodi, O. (2018). Reallabore als Rahmen transformativer und transdisziplinärer Forschung: Ziele und Designprinzipien. In A. Di Giulio & R. Defila (Hrsg.), *Transdisziplinär und transformativ forschen: Eine Methodensammlung*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21530-9_4
- Diller, Christian (2023). *Lehrbuch der raumbezogenen Evaluationsforschung*. Waxmann. <https://doi.org/10.36198/9783838561240>
- Diller, C., & Willinger, S. (2019). Der Experimentelle Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) – Pionier der innovationsimpulsgebenden Stadtforschung in Deutschland. *RaumPlanung*, 200, 52–59.
- Döring, N., & Bortz, J. (2016). *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-642-41089-5>
- Göddecke-Stellmann, J., & Wagner, R. (2016). Einführung: Evaluierung der Städtebauförderung – Wirkungen und Nebenwirkungen. *Informationen zur Raumentwicklung*, 1, 1–5.
- Holewik, C., Detzel, A., & Rubik, F. (2002). *Evaluation in Reallaboren: Hintergrundpapier*. Institut für Energie- und Umweltforschung. https://www.ifeu.de/fileadmin/uploads/Evaluation_in_Reallaboren_-_Hintergrundpapier.pdf
- Lam, S. (2020). Toward Learning from Change Pathways: Reviewing Theory of Change and Its Discontents. *Canadian Journal of Program Evaluation*, 35(2), 188–203. <https://doi.org/10.3138/cjpe.69535>
- Milley, P., Szijarto, B., Svensson, K., & Cousins, J. B. (2018). The evaluation of social innovation: A review and integration of the current empirical knowledge base. *Evaluation*, 24(2), 237–258. <https://doi.org/10.1177/1356389018763242>
- Peer, C., Semlitsch, E., Güntner, S., Haas, M., & Bernögger, A. (2024). Editorial: Urbane Transformation durch soziale Innovation. In C. Peer, E. Semlitsch, S. Güntner, M. Haas, & A. Bernögger (Hrsg.), *Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven* (S. 1–7). TU Wien Academic Press. https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-8_1
- Rammert, W. (2010). Die Innovationen der Gesellschaft. In J. Howaldt & H. Jacobsen (Hrsg.), *Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma* (S. 21–51). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92469-4_2
- Rinke, S. (2023). Kein Park, kein Spielplatz – ein „Reallabor“: Willkommen in Unnas Freiluft-Petrischale. *Rundblick Unna*. <https://rundblick-unna.de/2023/04/22/kein-park-kein-spielplatz-ein-reallabor-willkommen-in-unnas-freiluft-petrischale/>
- Rose, M., Wanner, M., & Hilger, A. (2018). *Das Reallabor als Forschungsprozess und -infrastruktur für nachhaltige Entwicklung: Konzepte, Herausforderungen und Empfehlungen*. Fraunhofer ISI. <https://nachhaltigeswirtschaften-soef.de/sites/default/files/NaWiKo%20Synthese%20Working%20Paper%20No%201.pdf>
- Rossi, P. H., Lipsey, M. W., & Freeman, H. W. (2004). *Evaluation: a systematic approach*. Sage.
- Stockmann, R., & Meyer, W. (2014). *Evaluation. Eine Einführung*. Barbara Budrich. <https://doi.org/10.36198/9783838585536>
- Svensson, K., Szijarto, B., Milley, P., & Cousins, J. B. (2018). Evaluating Social Innovations: Implications for Evaluation Design. *American Journal of Evaluation*, 39(4), 459–477. <https://doi.org/10.1177/1098214018763553>
- Vo, A. T., & Archibald, T. (2018). New directions for evaluative thinking. *New Directions for Evaluation*, 158, 139–147. <https://doi.org/10.1002/ev.20317>
- White, H. (2013). The use of mixed methods in randomized control trials. *New Directions for Evaluation*, 138, 61–73. <https://doi.org/10.1002/ev.20058>

Kurzbiografien der Autor*innen und Herausgeber*innen

Susann Ahn ist Professorin, Landschaftsarchitektin, Stadtplanerin und Mediatorin. Sie studierte an der TU München und promovierte an der ETH Zürich. Neben ihrem Büro Ahn Landscape Mediation lehrte und forschte sie an der TU München und ETH Zürich. Ihr Fokus liegt auf der Schnittstelle von Landschaftsarchitektur und Kommunikation unter Anwendung von künstlerisch-partizipativen, prozessorientierten und konfliktklärenden Planungs- und Entwurfsmethoden. 2021 wurde sie zusammen mit Thomas E. Hauck für die Professur für Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung an die TU Wien berufen.

Richard Bärnthaler ist Lecturer an der University of Leeds, School of Earth and Environment, Sustainability Research Institute. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die sozial-ökologische Ökonomie und Transformation sowie eine politische Ökonomie der Suffizienz. Er ist u. a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Kompetenzzentrums für Alltagsökonomie, des Forschungsnetzwerks Foundational Economy Collective und der International Karl Polanyi Society.

Andreas Bernögger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am future.lab der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien. Er studierte ebendort Raumplanung sowie Urban Design an der TU Berlin und war in Berlin, München, Salzburg und Wien in Architektur- und Planungsbüros sowie als Handwerker, Rettungssanitäter und Musiker tätig. Er arbeitet zu sozialen Innovations- und urbanen Transformationsprozessen.

Ingolfur Blühdorn ist Professor für soziale Nachhaltigkeit und leitet das Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit an der WU Wien. Er promovierte an der University of Keele im Fach Politische Theorie und lehrte dann lange an der University of Bath. 2015 wurde er auf den Lehrstuhl für Soziale Nachhaltigkeit nach Wien berufen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Soziologie und die Theorie moderner Gesellschaften.

Lisa Bohunovsky arbeitet am Zentrum für globalen Wandel und Nachhaltigkeit an der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) und beschäftigt sich mit Nachhaltigkeit an Universitäten. Sie koordiniert u. a. die BOKU-Nachhaltigkeitsstrategie und die Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich. Ein wichtiger Aspekt dabei ist immer die Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Lehre und in der Fortbildung Lehrender.

Manuela Brandstetter ist Sozialarbeiterin und Soziologin. Sie leitet das Studienprogramm Soziale Arbeit an der Bertha von Suttner Privatuniversität St. Pölten. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Community Studies, Community Work und Hilfekulturen.

Ingrid Breckner beschäftigt sich seit ihrem Ruhestand als Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie in Hamburg mit Möglichkeiten der Gestaltung sozialer Innovationen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Räumen. Neben Publikationen und Vorträgen entwickelt sie beispielsweise im Rahmen des Hamburger Vereins Altstadt für Alle! mit Kolleg*innen Strategien und Projekte zur Belebung der Innenstadt. Gleichzeitig untersucht sie den Mehrwert, den Baugemeinschaften in Quartieren der östlichen Hafencity einbringen.

Alexander Brunner lehrt und forscht an der FH Campus Wien im Bachelorstudium Soziale Arbeit. Er studierte Pädagogik, Soziologie und Geschichte in Klagenfurt und Wien. Forschungsschwerpunkte sind Theorien der Sozialen Arbeit, Soziale Arbeit und Digitalisierung sowie Soziale Arbeit und Leib und Körper. Er ist Sprecher der Sektion Soziale Arbeit in der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie sowie Koordinator der AG Körper-Leib und Soziale Arbeit in der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit sowie Mitglied des Interdisziplinären Arbeitskreises Phänomenologien und Soziologie der Deutsche Gesellschaft für Soziologie.

Dragana Damjanovic ist Universitätsprofessorin für Öffentliches Recht an der TU Wien und Leiterin des Forschungsbereichs Rechtswissenschaften des Instituts für Raumplanung. Sie studierte in Wien und Berkeley Rechtswissenschaften und habilitierte sich an der WU Wien mit der Arbeit „Legal structure of the EU social market economy“. Sie forscht zum Planungs-, Umwelt-, Verkehrs-, Bau-, öffentlichen Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht.

Jens S. Dangschat ist emeritierter Professor der TU Wien. Er war dort 1998 Begründer des Forschungsbereichs Soziologie an der Fakultät für Architektur und Raumplanung. Seine Forschungsschwerpunkte sind sozialräumliche Prozesse, insbesondere Segregierung und Gentrifizierung im Kontext breiter Ansätze der sozialwissenschaftlichen Armut- und Ungleichheitsforschung. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Verkehrs- und Mobilitätswende vor dem Hintergrund von Einstellungs- und Verhaltensänderungen.

Antje Daniel ist Vertretungsprofessorin am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien und assoziiert am Centre for Social Change in Johannesburg. Sie ist ebenso Teil des Environmental Research Hub der Universität Wien. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Themen der politischen Soziologie, der Protest- und Bewegungsforschung, mit Prozessen und Akteuren der sozial-ökologischen Transformation, Jugend, Gender und Intersektionalität in Europa, Afrika und Lateinamerika.

Hauke Dannemann promoviert und lehrt am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit der WU Wien. Er arbeitet aus Perspektiven der Gesellschaftstheorie und der politischen Soziologie zu gesellschaftlichen Grundlagen einer Nachhaltigkeitstransformation. Insbesondere fragt er nach Irritationen der Theorie und Praxis emanzipatorischer, ökologischer Gesellschaftskritik angesichts der jüngeren Normalisierung der äußeren Rechten.

Christian Diller ist seit 2007 Professor für Raumplanung und Stadtgeografie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Seine Themenschwerpunkte sind Evaluationsforschung, Raumplanungsforschung, Stadt- und Regionalforschung. Er studierte Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin, wo er 2000 promovierte und 2005 habilitierte. Von 1990 bis 1995 war er als Wissenschaftler am Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH in Berlin tätig, von 1996 bis 2021 als Mitgesellschafter. Von 2001 bis 2006 arbeitete er zudem in der Stadtentwicklungsverwaltung von Hamburg und in der Landesplanung von Schleswig-Holstein.

Oliver Fehren ist Professor für Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Nach dem Studium der Erziehungswissenschaften an den Universitäten in Münster und Bielefeld war er als Gemeinwesenarbeiter in Nordrhein-Westfalen im Kontext integrierter Stadtteil-Entwicklungsprozesse tätig. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg-Essen und promovierte an der Universität Bielefeld.

Othmar Fett ist promovierter Philosoph und hat zudem Library and Information Science studiert. Er konzipiert und begleitet Projekte transformativen Lernens und ist in Graswurzel-Projekten der Nachhaltigkeitstransformation in Hannover aktiv. Im Hauptberuf ist er Geschäftsführer der Landespressekonferenz Niedersachsen e. V. und freiberuflicher Dokumentar im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Annika Fricke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Karlsruher Instituts für Technologie. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind transdisziplinäre und transformative Forschung, personale Nachhaltigkeit, Bildung für nachhaltige Entwicklung und die Schnittstelle von Kunst und Kultur.

Simon Güntner ist Professor für Raumsoziologie und Leiter des Forschungsbereichs Soziologie an der TU Wien. Er studierte Verwaltungs- und Sozialwissenschaften sowie Stadtplanung in Konstanz, Duisburg und Cardiff und war danach an der TU Berlin, beim Städtenetzwerk Eurocities sowie an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg in verschiedenen Bereichen der Stadt- und Sozialforschung und -politik tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind soziale Ungleichheit, Migration und Stadtentwicklung.

Mara Haas ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am future.lab der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien. Sie studierte ebendort Raumplanung und war in München und Wien in Planungsbüros tätig. In ihren Forschungstätigkeiten beschäftigt sie sich mit sozialen Innovations- und Transformationsprozessen als Aufgabe nachhaltiger Stadtentwicklung.

Margaret Haderer ist seit 2021 als Universitätsassistentin im Forschungsbereich Soziologie an der TU Wien tätig, wo sie an einer Habilitation zur sozial-ökologischen Transformation arbeitet. Sie promovierte an der University of Toronto im Fach Politikwissenschaft. Zuvor war sie Postdoc am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit der WU Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind gesellschaftliche Transformationsprozesse, die Rolle von Städten in diesen sowie deren Governance.

Paul Hahnenkamp ist Universitätsassistent (Postdoc) am Forschungsbereich Rechtswissenschaften des Instituts für Raumplanung der TU Wien. Er studierte in Wien und Leuven Rechtswissenschaften und Geschichte. Er forscht in den Bereichen des Planungs-, Umwelt- und öffentlichen Wirtschaftsrechts und beschäftigt sich aktuell mit Eigentumsrechten in der Klimakrise und sozio-ökologischen Transformation.

Alexander Hamedinger ist außerordentlicher Professor am Forschungsbereich Soziologie im Institut für Raumplanung, TU Wien. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der WU Wien. Seit 1998 an der TU Wien, wo er sich 2015 im Bereich der Stadt- und Regionalsoziologie habilitierte. In seinen Forschungstätigkeiten beschäftigt er sich mit raumbezogener Governance, Planungstheorien, Raumentwicklungspolitiken sowie mit nachhaltiger Stadtentwicklung. Er ist Mitglied in verschiedenen internationalen Stadtforschungs- sowie Planungsnetzwerken.

Thomas E. Hauck ist Professor und Landschaftsarchitekt. Er studierte an der Universität Hannover sowie am Edinburgh College of Art und promovierte an der TU München. Er lehrte und forschte an der TU München und der Universität Kassel. Zudem ist er Büropartner bei Polinna Hauck Landscape + Urbanism und Geschäftsführer bei Studio Animal-Aided Design. Sein Fokus liegt auf der Erforschung und dem Entwerfen von Stadtnaturen und auf der Entwicklung von städtebaulichen und freiraumplanerischen Konzepten der Kohabitation aus einer Multispecies-Perspektive. 2021 wurde er zusammen mit Susann Ahn für die Professur für Landschaftsarchitektur und Landschaftsplanung an die TU Wien berufen.

Hans Holzinger ist Senior Adviser der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg, für die er dreißig Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter und pädagogischer Leiter tätig war. Seine Arbeits- und Publikationsschwerpunkte als Wirtschafts- und Sozialgeograf sind nachhaltige Entwicklung, neue Wohlstandsmodelle, Zukunft der Arbeit, Postwachstum sowie Transformationsforschung. Er ist u. a. Mitglied von Scientists for Future Salzburg sowie im Fachkollegium von Scientists for Future Österreich.

Johann Jessen war bis 2016 Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung an der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart. Er studierte Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der TH Darmstadt. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Stadt- und Planungsforschung. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und des wissenschaftlichen Kuratoriums von Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e. V.

Christian Kuhlicke ist Leiter des Departments Stadt- und Umweltsoziologie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig und Professor für Umweltrisiken und Nachhaltigkeit an der Universität Potsdam. Er studierte an der Universität Potsdam bzw. der University of Kentucky Humangeografie. Er war und ist Koordinator und Mitwirkender in zahlreichen nationalen und internationalen Forschungsverbänden mit einem Schwerpunkt auf Wahrnehmung von Umweltrisiken, gesellschaftlichem Umgang mit Klimafolgen und sozialer Resilienz.

Andrea Mann ist Inhaberin des Raumplanungsbüros di*mann. Sie studierte Raumplanung an der TU Wien, wo sie als Universitätsassistentin wissenschaftliche Erfahrungen sammelte. Seit über zwanzig Jahren ist sie in der Wiener Stadterneuerung und in Prozessen der Lokalen Agenda 21 tätig und hat zahlreiche Partizipationsverfahren in Wien und kleineren Gemeinden durchgeführt. Als Lektorin unterrichtet sie an der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien.

Helena Mathis ist Klimaaktivistin bei Fridays for Future Austria und ist auch bei anderen klimabezogenen Organisationen wie Extinction Rebellion, Lobau Bleibt und Erde Brennt aktiv. Sie hat Soziologie an der Universität Wien studiert und fokussiert sich nach einem Praktikum im EU-Parlament in Brüssel auf ihren Master in Sozioökonomie an der WU Wien sowie auf das folgende Masterstudium der Stadtplanung in Venedig.

Katja Mayer ist Elise-Richter-Fellow am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung der Universität Wien. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Macht sozialwissenschaftlicher Methoden in der Gesellschaft. Aktuell untersucht sie die Herausforderungen der offenen Wissenschaft mit Citizen Science, künstlicher Intelligenz und Computational Social Sciences. Außerdem arbeitet sie als Senior Scientist am Zentrum für Soziale Innovation im Bereich Forschungspolitik.

Michaela Moser ist Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung der FH St. Pölten mit den Schwerpunkten Partizipation, Diversität und Demokratieentwicklung. Sie ist Teil einer Denkfreundinnengruppe rund um das ABC des guten Lebens, seit vielen Jahren in der österreichischen Armutskonferenz engagiert und lebt im gemeinschaftlichen Wohnprojekt Wien.

Andreas Novy ist Professor an der WU Wien am Institute for Multi-Level Governance and Development. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die sozial-ökologische Transformation, politische Ökonomie und Stadt- und Regionalentwicklung. Er ist u. a. Präsident der International Karl Polanyi Society und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Alltagsökonomie.

Susanne Ober ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Karlsruher Instituts für Technologie. Sie studierte Nachhaltigkeitswissenschaften an der Universität Lüneburg und arbeitete im Reallabor Wissensdialog Nordschwarzwald. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist transdisziplinäre und transformative Nachhaltigkeitsforschung in Reallaboren.

Christian Peer forscht und lehrt als Senior Scientist am future.lab der TU Wien. Als Kulturanthropologe, Bauingenieur, Umwelt- und Raumplaner befasst er sich mit inter- und transdisziplinärer Stadtentwicklung. Aktuelle Tätigkeiten sind ferner die Koordination der Lectures for Future sowie die Mitarbeit bei der Association of European Schools of Planning, Citizen Science Network Austria und Scientists for Future Austria, vormals Arbeitskreis Mind the Gap der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft.

Alexandra Penicka-Arndt arbeitete bis Herbst 2023 am Zentrum für globalen Wandel und Nachhaltigkeit an der Universität für Bodenkultur Wien an der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie. Das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung spielte dabei eine wichtige Rolle. Aktuell ist sie im Rahmen der Klimapionierstadt Wien in der Bereichsleitung für Klimaangelegenheiten der Stadt Wien tätig.

Werner Rammert ist Professor i. R. für Techniksoziologie und Gründungsdirektor des Instituts für Soziologie an der Fakultät Bauen, Planen und Umwelt an der TU Berlin. Er initiierte den Studiengang Soziologie technikwissenschaftlicher Richtung und das Graduiertenkolleg der Deutschen Forschungsgemeinschaft Innovationsgesellschaft heute. Gastaufenthalte u. a. an der TU Wien und Stanford. Er forscht zur Innovationsbiografie (Telefon, Hightech und künstliche Intelligenz), zur Technografie der Mensch-Maschine-Interaktion (PC, Sozionik, Robotik) und zur Gesellschaftsdiagnose.

Fritz Reusswig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, wo er sich mit Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadt befasst. Er studierte Soziologie und Philosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und war im Sommersemester 2023 Gastprofessor an der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien.

Manfred Rolfes studierte Geografie, Germanistik und Pädagogik in Osnabrück, wo er 1995 zum Thema Regionale Mobilität von Hochschulabsolventen promovierte. Er lehrte und forschte in Osnabrück, Kassel, Potsdam und Toulouse. Seit 2004 ist er Hochschullehrer für Angewandte Humangeografie und Regionalwissenschaften am Institut für Umweltwissenschaften und Geographie der Universität Potsdam. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der angewandten Stadtforschung, raumbezogenen Risiko- und Unsicherheitsforschung sowie dem Slumtourismus.

Klaus Selle untersucht, begleitet und gestaltet Stadtentwicklungsprozesse. Sein besonderes Interesse gilt dabei der Kommunikation zwischen und mit Akteuren, die an diesen Prozessen beteiligt sind oder sein sollten. Nach Tätigkeiten an den Hochschulen Dortmund, Hannover, Aachen (Leitung des Lehrstuhls Planungstheorie und Stadtentwicklung, 2001–2018) ist er aktuell im Kontext von NetzwerkStadt aktiv.

Emanuela Semlitsch ist promovierte Raumplanerin, Elementarpädagogin und Theatermacherin. Sie forscht und lehrt als Senior Scientist am Forschungsbereich Örtliche Raumplanung der TU Wien. Darüber hinaus ist sie Mitglied des disziplinenübergreifenden Forschungsteams Arbeitsraum Bildung an der Fakultät für Architektur und Raumplanung, wo sie sich mit den vielfältigen Bedingungen und Schnittstellen von Bildungs-, Lern- und Aneignungsprozessen beschäftigt.

Daniel Shams ist Klimaaktivist, Pressesprecher bei Fridays for Future Austria sowie in der Lehre und Forschung der Raumplanung tätig. Er hat seinen Abschluss an der TU Wien absolviert und begann auch dort sein politisches Engagement.

Martin Sondermann leitet das wissenschaftliche Referat I Gesellschaft und Kultur in der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft und arbeitet dort in vielfältigen inter- und transdisziplinären Projekten mit. Als Geograf und Planungswissenschaftler beschäftigt er sich mit kooperativer Stadtentwicklung, Stadtgrün und lokalen Planungskulturen und lehrt an der Leibniz Universität Hannover.

Ursula Stein ist Büroinhaberin von Stein Stadt- und Regionalplanung in Frankfurt am Main. Sie studierte Raumplanung an der Universität Dortmund, wo sie 2006 zum Thema Lernende Stadtregion promovierte. Bis 2023 lehrte sie Kommunikation in der Planung an der Universität Kassel. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Strategien für Städte und Regionen, Prozessgestaltung kooperativer Planung und Organisationsentwicklung in planenden Institutionen.

Johannes Suitner arbeitet am Forschungsbereich Stadt- und Regionalforschung der TU Wien. Der ausgebildete Raumplaner befasst sich in seiner Forschung mit dem Wechselspiel von politisch-institutioneller und räumlicher Veränderung und wie sich hieraus Stabilität und Wandel speisen. Er setzt dabei unterschiedliche zeitliche und räumliche Schwerpunkte und arbeitet so u. a. zur Wiener Stadtplanungsgeschichte, zur Governance der regionalen Energiewende sowie zum Beitrag von sozialer Innovation und Experimenten für eine transformative Planung.

Markus Szaguhn ist Doktorand der Soziologie am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Karlsruher Instituts für Technologie. Er studierte Maschinenbau in Konstanz und war in der kommunalen Klimaschutzberatung tätig. Seit 2015 ist er Dozent im Kontext Nachhaltigkeit, zuletzt an der Ostschweizer FH in St. Gallen. Er setzt sich für das deutschlandweite Bildungsangebot #climatechallenge ein und publiziert zu Reallaboren und transformativer Nachhaltigkeitsforschung.

Jan Lorenz Wilhelm ist systemischer Coach und Berater sowie seit 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltwissenschaften und Geographie der Universität Potsdam. Er promovierte 2012 und folgte 2015 und 2023 Forschungseinladungen der University of Otago und der University of Pretoria. In seiner freiberuflichen wie in seiner forschenden Tätigkeit beschäftigt er sich mit systemtheoretischen und systemischen Fragestellungen der Stadtentwicklung.

Rafael Ziegler ist Professor an der École des hautes études commerciales Montréal und Direktor des Institut international des coopératives Alphonse-et-Dorimène-Desjardins. Er ist Mitherausgeber des Journal of Human Development and Capabilities und Mitglied von Alliance pour l'innovation dans les infrastructures urbaines de mobilité. Rafael ist seinen beiden Kindern dankbar, dass sie ihn an die Freude der schöpferischen Zerstörung erinnern haben, die wir als erwachsene Gewohnheitstiere zu oft vergessen.

Daniela Zupan ist Juniorprofessorin für European Cities and Urban Heritage sowie Direktorin des Instituts für Europäische Urbanistik an der Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar. Sie studierte Architektur und Slawistik in Graz, Vladimir und A Coruña. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Stadt- und Planungsforschung.



future.lab

ISBN 978-3-85448-063-1



9 783854 480631

www.tuwien.ac.at/academicpress